



Protokoll

der 30. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 18. Oktober 2023, um 9:00 Uhr

Vorsitz: *Bülent Pekerman, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: *Anina Ineichen (GAB)*

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung	2
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte.....	8
3.	Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1732)	9
4.	Bericht und Antrag der Wahlvorbereitungskommission über die Besetzung der Ombudsstelle des Kantons Basel-Stadt für die Amtsdauer 2024 – 2029.....	11
6.	Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Bericht des Regierungsrates betreffend Kantonale Volksinitiative "Hafen für alle - Freiräume statt Luxusprojekte!"	13
7.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Kantonale Volksinitiative "Kinderbetreuung für Alle" und Gegenvorschlag "für eine bedarfsgerechte, finanziell tragbare und qualitativ hochwertige familienergänzende Kinderbetreuung"	21



Beginn der 30. Sitzung

Mittwoch, 18. Oktober 2023, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[18.10.23 09:00:02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Neue Interpellationen

Es sind 14 neue Interpellationen eingegangen die Interpellationen Nr. 125, 127, 129, 130, 131, 133 und 134 werden mündlich beantwortet.

Rücktritts eines Gerichtspräsidenten

Dr. René Ernst hat fristgerecht seinen Rücktritt als Gerichtspräsident am Strafgericht per 31. Dezember 2024 eingereicht. Ich danke René Ernst für die dem Staat geleisteten Dienste. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ansetzung der Ersatzwahl.

Tagung der IPK Nordwestschweiz am 27. Oktober 2023 in Bern

Die Anmeldefrist für die Tagung läuft noch bis zum 22. Oktober, falls sie sich noch nicht angemeldet haben und dies noch tun möchten. Vorne auf dem Tisch des Hauses hat es einige Exemplare mit dem Programm inklusive Link zur Anmeldung.

Soirée Parlemantaire 2023 der ILK am 9. November 2023 in Aarau

Sie können sich bis Freitag 3. November an die soirée parlementaire der ILK zum Thema Möglichkeiten und Grenzen der parlamentarischen Aufsicht über verselbstständigte Einheiten anmelden. Auf dem Tisch des Hauses sind einige Exemplare mit dem Programm

Nachtsitzungen

Ich werde immer wieder gefragt, ob eine Nachtsitzung stattfinden wird oder nicht für die Oktobersession kann ich Ihnen bestätigen, dass wir eine Nachtsitzung haben werden. Ebenso möchte ich Ihnen zeigen, wie Sie bereits auf dem Geschäftsverzeichnis sehen, ob eine Nachtsitzung definitiv geplant ist, es keine Nachtsitzung gibt oder allenfalls eine Nachtsitzung stattfinden wird. **Und** bedeutet das Grossratspräsidium rechnet fest mit einer Nachtsitzung. **Eventuell** bedeutet das Grossratspräsidium rechnet allenfalls mit einer Nachtsitzung. Keine Erwähnung einer Nachtsitzung bedeutet, dass es keine geben wird, was ich auch immer hoffe.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen damit zur Tagesordnung

Antrag auf Absetzung von Traktandum 5

Fleur Weibel möchte einen Antrag stellen.

Fleur Weibel (GAB): Für die Fraktion des GAB stelle ich hiermit den Antrag, Traktandum 5. Bericht der BRK zum Ratschlag betreffend Campus Gesundheit, Änderung des Bebauungsplans von der Tagesordnung abzusetzen. Dieser Antrag auf Absetzung erfolgt mit der Bedingung, dass der Bebauungsplan erst dann wieder traktandiert wird, wenn auch der Ratschlag der Regierung «Bauinvestitionen Universitätsspital Basel» Gewährung eines Darlehens zur Mitfinanzierung der Neubauten Klinikum 2 und Klinikum 3 auf der Tagesordnung des Grossen Rats traktandiert sind. Etwas einfacher gesagt, beantragen wir, dass die Änderung des Bebauungsplans erst nach der Klärung der Finanzierung der entsprechenden Bauinvestitionen des Universitätsspitals diskutiert werden. Ich möchte unseren Absetzungsantrag kurz begründen, ohne dabei in eine inhaltliche Diskussion einzusteigen.

In den Kommissionsberatungen der GSK war die Finanzierung und auch der Umfang des geplanten Bauvorhabens auf dem Campus Gesundheit von Anfang an ein grosses Thema, das viele Fragen und Bedenken aufgeworfen hat. Die Finanzplanung des Unispitals erschien mit einer Gewinnmarge von 10 Prozent, ohne die Berücksichtigung der aktuellen massiven Teuerung von Bau und Personalkosten und ohne Klarheit über die Tarifenwicklung, enorm risikoreich, nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund anderer Bauprojekte wie etwa dem Biozentrum oder dem Felix Platter-Spital. Die Fragen, die sich



also stellten, waren: können so umfangreiche Bauinvestitionen von gut eineinhalb Milliarden über die nächsten 2 Jahrzehnte vom USB wirklich finanziert werden und wenn ja, welche Auswirkungen hätte der enorme Effizienzsteigerungs- und Gewinnmaximierungsdruck auf das Spital und den laufenden Betrieb.

Angesichts dieser Bedenken, die die Diskussionen des Bebauungsplans im letzten Jahr begleitet haben, begrüßen wir es, haben das USB und die Regierung nun reagiert und Ende September einen überarbeiteten Finanzierungsplan sowie eine finanzielle Absicherung des Bauvorhabens durch den Kanton vorgelegt. Dabei zeigt sich allein schon durch die nun erfolgte Berücksichtigung der Teuerung, dass die Kosten deutlich höher ausfallen werden als ursprünglich angenommen und auch die Risiken für das Spital, das dieses Jahr zudem einen Verlust einfahren wird, werden realistischer eingeschätzt. Deshalb beantragt die Regierung nun ein verzinsliches und rückzahlbares Darlehen in der Höhe von 300 Millionen zur Absicherung der Bauinvestitionen sowie damit verknüpft die Möglichkeit, dass dieses Darlehen bei ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten teilweise oder ganz in Eigenkapital umgewandelt werden kann.

Es ist wichtig, hat das Parlament mit diesem Ratschlag für ein Darlehen nun die Gelegenheit, nochmals sorgfältig über die Finanzierung, die Absicherung und den Umfang des geplanten Campus Gesundheit zu sprechen und ich möchte an dieser Stelle betonen, dass uns eine sehr gute Gesundheitsversorgung, in der das Unispital eine herausragende Rolle spielt und spielen wird, am Herzen liegt. Genau deshalb ist es uns ein Anliegen, zuerst noch mal die Finanzierung genau zu prüfen und dann über den Bebauungsplan zu entscheiden. Wir beantragen ausserdem die aufeinanderfolgende Beratung der beiden Geschäfte im Grossen Rat, auch im Sinne der Transparenz gegenüber der Bevölkerung. Denn auch wenn es sich bei Bebauungsplan und Finanzierung um zwei unterschiedliche Dinge handelt, so geht es doch bei beidem um das Unispital und um die zukünftige Entwicklung der Gesundheitsregion Basel. Darum sollten wir für die bessere Nachvollziehbarkeit durch die Öffentlichkeit auch beides zur gleichen Zeit behandeln.

In diesem Sinne bitte ich Sie, unseren Antrag auf Absetzung des Bebauungsplans zu unterstützen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Eric Weber. Nehmen Sie sie an? Sie wird abgelehnt. Die nächste Wortmeldung ist von Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Die Fraktion der LDP spricht sich gegen die Absetzung des Traktandums 5 aus und möchte den Ratschlag zum Campus Gesundheit heute besprechen. Zum einen hat die Bau- und Raumplanungskommission mit der Gesundheitskommission das Geschäft mehrfach und in aller Tiefe durchleuchtet. Die LDP ist der Meinung, dass eine weitere Verschiebung keine neuen Erkenntnisse bringe. Das Parlament ist heute fähig, über den Bebauungsplan zu entscheiden. Zum anderen geht das Geschäft grundsätzlich nur um die baulichen Vorgaben, das heisst nicht automatisch, dass bei einer Annahme auch tatsächlich und sofort gebaut werden muss. Es gibt Beispiele, wo Bebauungspläne nicht ausgenutzt oder dann später nochmals abgeändert wurden.

Losgelöst können nun die finanziellen Aspekte mit dem Ratschlag über das Darlehen aus dem Verwaltungsvermögen diskutiert werden. Das ist eine sinnvolle Sequenzierung des Geschäftes. Entgegen der Meinung anderer Fraktionen sehen wir eine Gefahr, dass durch eine gemeinsame Behandlung beider Geschäfte die beiden Themen wiederum vermischt werden und dadurch eine grössere Gefahr für eine gänzliche Rückweisung des Spitals besteht. Es ist besser, heute Planungssicherheit zu schaffen.

Eine Absetzung führt sicher zu einer zeitlichen Verzögerung. Das Klinikum 2 hingegen wird jetzt gebaut, die Baubewilligung liegt vor. Die notwendigen Rochadeflächen fehlen dann wiederum. Es müssen dann Provisorien gebaut werden, was man immer vermeiden wollte. Aus finanziellen Gründen, aber auch wegen Patientinnen und Patienten macht dies keinen Sinn. Ich bitte Sie, nochmal nachzudenken und sich dafür auszusprechen, die baulichen Voraussetzungen heute zu bestimmen und die finanziellen Abklärungen später zu diskutieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Sie wissen es mittlerweile, dass die Fraktion FDP ebenfalls für eine Verschiebung dieses Geschäftes und der Terminierung zusammen mit dem Kreditbegehren des Regierungsrats für das USB ist. Es ist uns durchaus bewusst, dass es beim heute traktandierten Geschäft bloss um die Erweiterung eines bereits bestehenden Bebauungsplanes geht. Aber dieser ist insbesondere durch die Erweiterung doch massgebend und auch Basis für die neue Projektdimension des geplanten Campus Gesundheit USB. Und damit dieses Projekt in der Form überhaupt realisiert werden kann, wir wissen es, seit Ende September benötigt das USB finanzielle Mittel seitens des Kantons von 300 Millionen Franken.



Tatsächlich kann man argumentieren, dass es sich hier de jure um zwei unterschiedliche Geschäfte handelt, die somit auch unabhängig behandelt werden könnten. Die Fraktion der FDP ist aber der Meinung, dass diese zwei Geschäfte, wie bereits erwähnt, in ihrer Gesamtheit absolut zusammengehören und daher sinnvollerweise auch zusammen zu behandeln sind. Zudem würde es auch ein sehr eigenartiges Bild abgeben gegen aussen, wenn wir heute dem Bebauungsplan zustimmen und dann in ein bis zwei oder drei Monaten, wenn es um die Verhandlungen über das Finanzierungsdarlehen an das USB geht, dieses vielleicht sogar ablehnen würden.

Daher bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen und dieses Geschäft entsprechend zu verschieben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Verkehrte Welt im Rathaus zu Basel, das GAB interessiert sich für die Finanzierung von Grossprojekten und der LDP spielt es keine Rolle, woher das Geld kommt für ein Grossprojekt. Selbstverständlich müssen wir die Finanzierung und die Umsetzung bei diesem Projekt zusammen betrachten. Das ist nicht eine Frage von Vermischung, das ist eine Frage von gesunder Governance. Nun, die SVP interessiert sich nicht, von wem die richtigen Argumente vorgebracht werden, wenn es um Finanz- und Ordnungspolitik geht, sondern uns interessiert ausschliesslich, welches die richtigen Argumente sind. Deshalb sind wir dem GAB dankbar für diesen Absetzungsantrag. Sie haben es gesehen im «Chrüzlistich», wir hätten sonst das Geschäft der Regierung zurückweisen wollen. Mit diesem zugegebenermassen sauberen Vorgehen ersparen wir uns das. Wir bitten Sie also, diesem Antrag zuzustimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Gerne begründe ich auch noch kurz im Namen der SP-Fraktion unsere Argumente für die Absetzung dieses heutigen Traktandums. Die BRK und auch die GSK haben mit der Beratung des Bebauungsplans vor rund einem Jahr begonnen und sich intensiv mit dem Vorhaben Campus Gesundheit des Universitätsspitals auseinandergesetzt. Beide haben sich in der Folge mehrheitlich für die Überweisung des Ratschlags ausgesprochen, zwei Punkte haben jedoch beide Kommissionen besonders kritisch beleuchtet. Zum einen die Finanzierung und zum anderen die Planung mit Baselland in der gemeinsamen Gesundheitsregion.

Während den Kommissionsberatungen des Ratschlags haben die Kommissionen verschiedene Fragen zur Finanzplanung aufgeworfen, die nicht abschliessend geklärt werden konnten. Mit dem neuen Ratschlag der Regierung für ein verzinsliches und rückzahlbares Darlehen zur Finanzierung der geplanten Neubauten des Campus Gesundheit wurde diesen Bedenken nun Rechnung getragen, was wir begrüssen.

Die beiden nun vorliegenden Ratschläge zum Campus Gesundheit des Universitätsspitals decken grundsätzlich unterschiedliche Aspekte des Vorhabens ab. Der heute zur Diskussion stehende Bebauungsplan beurteilt bauliche und raumplanerische Aspekte, also beispielsweise die zulässige Gesamthöhe des Gebäudekomplexes, während mit dem zweiten Ratschlag ein Darlehen über 300 Millionen Franken zur Mitfinanzierung der Neubauten des USB behandelt wird. In der öffentlichen Wahrnehmung und von den Medien werden die Aspekte jedoch gemeinsam gedacht und auch in unseren Kommissionsberatungen zum Bebauungsplan wurden die Fragen rund um die Finanzierung intensiv diskutiert.

Durch die nun beantragte Absetzung des Traktandums und der dadurch möglichen vorgelagerten Auseinandersetzung der Finanzkommission mit der Finanzierung des Vorhabens können wichtige Fragen in Bezug auf die Finanzierung vertieft beleuchtet und geklärt werden. Dies erscheint uns in Anbetracht der Grösse des Vorhabens und des finanziellen Rahmens von 1,7 Milliarden angezeigt. Wir plädieren deshalb dafür, den Ratschlag zum Bebauungsplan heute von der Traktandenliste abzusetzen, um dadurch eine gemeinsame Beratung der beiden Geschäfte rund um den Campus Gesundheit zu ermöglichen.

Es ist uns von der SP-Fraktion sehr wichtig, dass wir ein gut funktionierendes Gesundheitssystem haben und sich das Universitätsspital zukunftsorientiert weiterentwickeln kann. Eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Vorhaben und der Finanzierung ist uns deshalb ein sehr grosses Anliegen und wir würden es begrüssen, wenn Sie entsprechend ebenfalls diesem Antrag des GAB folgen. Dem zweiten eingangs genannten Kritikpunkt, dem Vorhaben, die gemeinsame Planung, dem werden wir dann uns auch gerne noch annehmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Andrea Strahm.



Andrea Strahm (Mitte-EVP): Machen wir uns nichts vor. Ein derart langjähriges komplexes Projekt wird immer wieder angepasst werden müssen. Wir haben ja bereits jetzt einen angepassten Bebauungsplan vorliegen. Diese Verschiebung bringt gar nichts. Es bedeutet lediglich, dass es noch länger geht, wir werden noch längere Bauzeiten haben und die Kosten werden selbstverständlich steigen, denn dass es billiger wird, davon können wir wirklich nicht ausgehen. Dazu kommt, dass ein neuerliches Verschieben oder Absetzen jetzt ein schlechtes Zeichen gegenüber Baselland ist. Wir riskieren auch, dass irgendwann einmal die Zusammenarbeit gar nicht mehr funktioniert, anstatt dass sie so, wie wir das eigentlich alle wünschen, endlich besser und effizienter wird.

Wir werden um eine rollende Planung, so sehr wir die ja auch nicht schätzen, nicht herumkommen bei dieser langen Dauer eines Projektes. Wir werden immer wieder Projektanpassungen machen müssen. Es ist eine absolute Illusion zu meinen, mit einer Absetzung jetzt würden wir eine absolute Planungssicherheit erreichen. Michael Hug hat es gesagt und ich schliesse mich ihm voll an, ziehen wir das jetzt durch und wir werden noch genug über dieses Projekt sprechen können. Wir werden noch genug Anpassungen machen müssen, anders geht es gar nicht bei einem derartigen gigantischen Plan.

Deswegen setzen wir das jetzt nicht ab, sondern machen wir jetzt vorwärts, wie das ja auch vorgesehen ist.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich verstehe den Wunsch nach der Gleichzeitigkeit auch der Diskussion rund um die Finanzierung und des Bebauungsplans. Ich möchte trotzdem daran festhalten, dass wir sehr froh wären und begrüßen würden, wenn wir dieses Traktandum heute belassen würden. Denn der Ratschlag heisst nicht ohne Grund Campus Gesundheit, weil es gibt zwei Aspekte, wieso man das Klinikum 3 nicht ganz isoliert betrachten soll und weshalb auch Verzögerungen zu einem Problem werden würden. Einerseits ist dieser Campus Gesundheit Teil eines grösseren Ganzen, also dem Life Sciences Clusters, den wir auch haben, diesen Life Sciences-Standort mitten in der Stadt. Auch mit dem Campus Schällemätteli, mit dem Campus Petersplatz, da kommt ganz viel zusammen, Lehre, Forschung, das Spital und das wiederum ist natürlich auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Es kommt auch hinzu, dass man das Klinikum 3 baulich auf dem Campus Gesundheit nicht isoliert betrachten kann. Wir wissen, es gibt die Notwendigkeit nach Rochadeflächen auch während des Baus des Klinikums 2. Wir versuchen, das Spital auch verdichtet zu bauen, also nicht in die Fläche zu gehen oder noch weitere Wege zurückzulegen, sondern das an diesem zentralen Ort auch zu ermöglichen, dass diese hochstehende Institution auch dort sein kann. Und das wiederum benötigt Rochadeflächen, in diesem Willen auch, die Infrastruktur zu erneuern und wenn wir da jetzt dem Bebauungsplan den Stecker ziehen, kommt es zu Verzögerungen und das wiederum ist problematisch für die Gesamtplanung.

Wir glauben auch, das haben wir auch gehört in den Voten, dass die Kommissionen durchaus die Gelegenheit hatten, bereits über die Finanzierung zu sprechen, also auch wussten, das ist eine grosse Kiste. Ich glaube, wir können wirklich diesen Bebauungsplan, der hat auch eine gewisse Flexibilität, wir können den diskutieren, verabschieden und die Diskussion nach der Finanzierung trotzdem führen. Lukas Engelberger wird auf das Betriebliche und Spitalpolitische noch mehr eingehen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich möchte gerade anschliessen bei den Ausführungen von Kollegin Regierungsrätin Esther Keller und Ihnen auch beliebt machen, jetzt von einer Verschiebung abzusehen. Es ist, das hat Regierungsrätin Esther Keller auch gesagt, irgendwo verständlich, dass man die beiden Geschäfte Bebauungsplan und Absicherungsdarlehen als Gesamtpaket zu einem Termin verabschieden möchte. Aber ich glaube, wenn man das sich näher überlegt, dann muss man zum Schluss kommen, dass dadurch nichts zu gewinnen ist. Die Bau- und Planungsgrundlagen sind klar, der Bebauungsplan ist entscheidungsreif. Eine Verzögerung bringt zum Bebauungsplan keine neuen Erkenntnisse. Es ist höchst unwahrscheinlich, dass wir Alternativen für eine Bebauung dieses Perimeters Schanzenstrasse in dieser Zwischenzeit herausfinden werden.

Der vorliegende Bebauungsplan ist das Resultat eines Wettbewerbs und langer Überlegungen und ich muss Ihnen sagen, wenn man dazu steht, dass das Universitätsspital seinen Leistungen in Zukunft nachkommen soll und wenn man dazu steht, dass es seine Leistungen auf seinem Campus in unmittelbarer Nähe zu den anderen Spitälern und zur Universität erbringen will, dann wird das im Rahmen dieses Bebauungsplans geschehen. Es ist höchst unwahrscheinlich, dass wir in ein paar Monaten jetzt Verzögerungszeit da auf neue Konzepte kommen und wir haben auch gar kein Verfahren für diesen Ort, jetzt ein alternatives Projekt zu entwickeln. Sie können diesen Entscheid vertagen, aber Sie können sich letztlich diesen Entscheid so nicht ersparen. Letztlich wird das Parlament hier Farbe bekennen müssen.



Ich glaube auch nicht, dass Sie die Befürchtung haben müssen, ja, wenn man jetzt den Bebauungsplan verabschiedet, dann macht das Unispital, was es will und wir sind dann zu spät mit diesem Absicherungsdarlehen. Das ist nicht so, das ist schon gar nicht möglich. Bis zu diesem Klinikum 3 die Realisierung beginnen kann, benötigt es noch zahlreiche Planungsschritte und ich kann Ihnen hier zusagen, eine Projektrealisierung auf der Klinikum 3-Seite, Vorbehandlung des Geschäftsabsicherungsdarlehens ist ausgeschlossen. Also Sie müssen nicht die Befürchtung haben, dass hier allenfalls Sie die Kontrolle verlieren, wenn wir etappiert vorgehen würden.

Ich kann Ihnen auch sagen, wir haben uns da noch einmal ausgetauscht mit dem Unispital. Mit und ohne Bebauungsplan muss und wird das Unispital die Augen für mögliche Alternativen offen behalten und es wird kritisch sich auch immer die Frage stellen müssen, ob dieses Projekt Klinikum 3 so wirklich realisiert werden kann. Das hängt vor allem von finanziellen Fragen ab. Aber Alternativen, das habe ich schon gesagt, wären ziemlich sicher zu einem grösseren Teil mit Provisorien verbunden und sie wären ziemlich sicher zu einem grösseren Teil ausserhalb des Campus USB. Und zwar nicht nur für irgendwelche Backoffice-Funktionen, sondern auch ausserhalb Campus für die Patientenkontakte. Das bitte ich im Kopf zu behalten.

Also ich meine, man gewinnt nichts, man verliert aber nämlich wertvolle Zeit. Das Unispital ist für das Vorantreiben der weiteren Planung auf die Rechtssicherheit eines Bebauungsplans angewiesen. Sie können sich vorstellen, dass die weitere Planung Klinikum 3 Verzögerungen erfährt, wenn jetzt dieser Bebauungsplan weiterhin in der Schwebe bleibt. Und das führt dann dazu, dass möglicherweise die Seite Klinikum 3 nicht anschlussbereit ist, wenn das Klinikum 2 fertig so weit ist, dass es dann eben diesen Bedarf für die Rochadeflächen ergibt.

Insofern wäre ich dankbar, wenn Sie heute sich den Bebauungsplan annehmen würden. Selbstverständlich liefern wir Ihnen auch sämtliche Antworten, soweit wir das können, in der weiteren Debatte, falls Sie sich für ein anderes Vorgehen entscheiden würden. In dem Fall würde ich aber auf jeden Fall darum bitten, nicht zu viel Zeit verstreichen zu lassen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Hier steht: Mitteilung und Genehmigung der Tagesordnung. Ich komme wirklich nicht ganz draus. Ich habe zwei Anträge zur Tagesordnung und ich bitte Sie, das für uns zu erklären. Ich möchte nicht, dass es heisst, ich habe mich zu spät angemeldet. Ich habe zwei Anträge zur Tagesordnung, die ich wichtig finde und die möchte ich jetzt sagen.

Ich spreche zur Tagesordnung und noch zur Begnadigung und sonst nicht, weil es ist sehr wichtig. Es geht um unsere Glaubwürdigkeit als Grossrat. Die ganze Sache ist sehr peinlich. Ich bringe es auf den Punkt, die Basler Staatskanzlei zieht den Gesamtgrosstrat vollkommen in den Niedergang, weil jeder Grossrat bekommt ein Abendessen von 900 Franken.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Spricht Eric Weber den ersten Ordnungsruf aus.

Eric Weber (Fraktionslos): Thema Absetzung. Ich habe heute Morgen Radio DRS gehört, 7:30 Uhr, dann hat das Radio über diese Sache berichtet. Ich habe zugehört und ich bin dafür, dass wir dieses Thema nicht absetzen, sondern sofort diskutieren. Im Radio wurde heute Morgen gesagt, das Projekt verschandelt unsere Stadt weiterhin und ich beantrage als Grossrat, dass wir dieses Geschäft sofort jetzt noch vor der Begnadigung behandeln.

Ich möchte begründen, warum ich dieses Geschäft sofort besprochen haben möchte, weil das Geschäft ist wichtig. Eine Frau vom Heimatschutz hat heute Morgen im Radio gesagt, und hat meine Worte gebracht, dass die flache Stadt Basel am Rhein kaputt gemacht wird durch die Hochhäuser. Und ich möchte auch nicht ein Hochhaus haben und es geht hier um ein Hochhaus. Und der Heimatschutz hat geredet und Sie wissen alle, was Heimatschutz ist. Ich bin gegen diese Türme in Basel und die Frau hat 5 Minuten heute Morgen im Radio DRS gesprochen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Spricht Eric Weber den zweiten Ordnungsruf aus.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag auf Absetzung von Traktandum 5.

Abstimmung

Abstimmung über die Absetzung von Traktandum 5:



JA heisst Traktandum 5 absetzen, NEIN heisst Traktandum 5 auf der Tagesordnung lassen.

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 32 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001603, 18.10.23 09:30:28]

Der Grosse Rat beschliesst

Traktandum 5 von der Tagesordnung zu streichen und erst wieder zusammen mit dem Geschäft 23.1367 (Ratschlag «Bauinvestitionen Universitätsspital Basel - Gewährung eines Darlehens zur Mitfinanzierung der Neubauten Klinikum 2 (Phase 1, Turm) und Klinikum 3») zu traktandieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben Traktandum 5 abgesetzt mit 60 Ja-Stimmen bei 32 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen.

Resolutionsentwürfe

Es wurden zwei Resolutionsentwürfe eingebracht. Die Entwürfe wurden Ihnen aufgelegt. Wir diskutieren jetzt nur, ob die Resolutionsentwürfe auf die Tagesordnung zu setzen sind. Die Redezeit beträgt dabei fünf Minuten. Wir diskutieren die Entwürfe einzeln und stimmen einzeln über die Traktandierung ab.

Resolution der Fraktion SVP. Möchte die Fraktion SVP begründen? Pascal Messerli hat das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Der schreckliche Terrorangriff der Hamas auf Israel hat uns alle schockiert und es war in den letzten Tagen unerträglich, die Nachrichten zu verfolgen. Wir haben uns in den letzten Jahren schon mehrfach über weltpolitische Geschehnisse unterhalten und entsprechende Resolutionen traktandiert. Heute, wo es um Israel geht, sind wir aber auch in der besonderen Verantwortung, weil Basel einen sehr historischen Bezug zu Israel hat und auch unsere jüdische Glaubensgemeinschaft öffentlich-rechtlich bei unserem Kanton anerkannt ist.

Eine Resolution ist ein sehr schnelles und effizientes Mittel, um sehr schnell auch ein Zeichen, ein Signal zu setzen, aber auch an den Bund zu appellieren, dass er sich insbesondere im Bereich Sicherheitspolitik und im Bereich Bekämpfung von Antisemitismus einsetzt. Und hier müssen wir auch ein klares Signal setzen, das wird von der jüdischen Lebensgemeinschaft auch sicherlich dankend angenommen.

Aus diesem Grund bitte ich Sie, hier der Traktandierung jetzt zuzustimmen. Eine inhaltliche Diskussion können wir dann am Donnerstag um 15 Uhr führen. Auf diesen Zeitraum habe ich auch diese Resolution beantragt zu traktandieren und ich bitte Sie hier, dieser Traktandierung zuzustimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Eric Weber hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich muss jetzt sehr aufpassen, dass ich nichts Falsches sage, dann geht es ans Geld, das wollen wir alle nicht, darum in Kurzform. Pascal Messerli, obwohl Sie Jurist sind, müssten Sie wissen, wir sind ein kantonales Parlament, wir können keine Weltpolitik machen. Das geht nicht, das wollte ich einfach sagen. Wir werden belächelt, wir können das nicht machen, das ist einfach falsch.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir stimmen jetzt über die Resolution ab, ob sie überhaupt auf die Tagesordnung zu setzen ist. Dafür ist ein einfaches Mehr erforderlich. Falls Sie die Resolution auf die Tagesordnung setzen, wird sie gemäss Antrag morgen Donnerstag 19.10. um 15:00 Uhr traktandiert werden. Zur Verabschiedung ist dann ein Zweidrittelmehr erforderlich.

Abstimmung

Abstimmung über die Traktandierung der Resolution der SVP

JA heisst Traktandierung, NEIN heisst keine Traktandierung



Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001605, 18.10.23 09:35:23]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Resolution am Donnerstag 19. Oktober 2023 um 15:00Uhr zu traktandieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben sich für Traktandierung entschieden mit 93 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Resolution von Eric Weber. Möchte Eric Weber begründen? Er hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): In meiner Resolution sage ich, seit über 60 Jahren gibt es ständig diesen Krieg zwischen Israel und Palästina und Palästina wünscht auch einen eigenen Staat. Wir hatten gestern hier die Israel-Konferenz und ich war zufälligerweise im Rathaus. Es waren 50 private Sicherheitsleute hier im Rathaus verteilt und 10 Polizisten mit Maschinengewehr, weil das Thema so wichtig ist.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir stimmen über die Resolution von Eric Weber ab.

Abstimmung

Abstimmung über die Traktandierung der Resolution von Eric Weber

JA heisst Traktandierung, NEIN heisst keine Traktandierung

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 88 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001607, 18.10.23 09:38:00]

Der Grosse Rat beschliesst

Keine Traktandierung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben die Traktandierung abgelehnt mit 88 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme und keiner Enthaltung.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Sie haben die Tagesordnung genehmigt. Geschäft 1 ist erledigt.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[18.10.23 09:38:17]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Oliver Bolliger, Präsident der GSK, beantragt, das Geschäft 23.1367.01 Ratschlag «Bauinvestitionen Universitätsspital Basel - Gewährung eines Darlehens zur Mitfinanzierung der Neubauten Klinikum 2 (Phase 1, Turm) und Klinikum 3» der GSK zum Mitbericht zu überweisen. Möchte Oliver Bolliger begründen? Er möchte es und hat das Wort.



Oliver Bolliger (GAB): Im Namen der GSK beantrage ich, den Mitbericht zuhanden der Finanzkommission zum Ratschlag «Bauinvestitionen USB - Gewährung eines Darlehens zur Mitfinanzierung der beiden Kliniken 2 und 3». Die GSK hat schon zum Bebauungsplan einen Mitbericht verfasst und dort ihre Sorge zur Finanzierung klar zum Ausdruck gebracht. Hinsichtlich des neuen Ratschlags macht es also Sinn, auch zu diesem Ratschlag einen Mitbericht zu verfassen. Vielen Dank für die Entgegennahme.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Ratschlag 23.1367 «Bauinvestitionen Universitätsspital Basel - Gewährung eines Darlehens zur Mitfinanzierung der Neubauten Klinikum 2 (Phase 1, Turm) und Klinikum 3» der GSK zum Mitbericht zu überweisen.

3. Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1732)

[18.10.23 09:39:41]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Begnadigungskommission beantragt eine teilweise Begnadigung. Gemäss Paragraph 6 Abs. 2 des Begnadigungsgesetzes ist für eine Begnadigung die Teilnahme von 60 Mitgliedern des Grossen Rates an der Abstimmung notwendig sowie die Zustimmung einer Mehrheit des Rates, welche mindestens 40 Mitglieder umfasst. Für die Kommission hat das Wort deren Präsidentin Edibe Gölgeci.

Edibe Gölgeci (SP): Bei dem vorliegenden Fall handelt es sich um den 1984 geborenen ledigen Gesuchsteller, welcher sich seit Juli 2022 in der Schweiz aufhält. Nachdem er bis Ende März dieses Jahres als temporärer Spengler tätig war, hat er gemäss eigenen Angaben sowie der Angaben seiner Referenzperson aufgrund der grossen Zufriedenheit seines Arbeitgebers seit dem 1. April 2023 eine Festanstellung als Hilfsarbeiter.

Sein Begnadigungsgesuch vom 30. März dieses Jahres bezieht sich auf den Strafbefehl vom 6. Februar 2023, bei welchem der Gesuchsteller wegen mehrfacher Beschimpfung, mehrfacher Drohung und Hinderung einer Amtshandlung zu einer Freiheitsstrafe von 30 Tagen sowie einer Geldstrafe von 40 Tagessätzen zu 30 Franken verurteilt wurde. Grund dafür war, dass er am 5. Februar 2023 anlässlich einer Personenkontrolle mehrfach die Anweisungen der Polizei nicht befolgt, sich gegen seine Fesselung gesperrt sowie die Polizisten mehrfach mit dem Tod bedroht und sie beschimpft hat. Der Gesuchsteller hält in seinem Gesuch fest, dass er sich für seine Tat schäme, sie bereue und sich zukünftig an die geltende Rechtsordnung halten werde. Er sei froh, in der Schweiz leben und im Kanton Basel-Stadt wohnen und arbeiten zu dürfen. Die Menschen seien sehr nett und er lerne fleissig Deutsch. Aufgrund der Festanstellung mit den wechselhaften Arbeitsbedingungen könne er nicht ins Gefängnis, da er teilweise auch am Wochenende und abends arbeiten müsse und sich sein Arbeitgeber auf ihn verlassen.

Die Referenzperson, ein ehemaliger Arbeitskollege bei der Bauspenglerei, beschreibt den Gesuchsteller als grundsätzlich guter Mensch, den er bei der Arbeit sowie privaten administrativen Aufgaben und Übersetzungen gerne unterstützt hat. Der Gesuchsteller habe es bei seiner Einreise in die Schweiz nicht einfach gehabt, da er praktisch kein Deutsch sprach und ihm die Trennung von seiner Familie in seinem Herkunftsland schwer fiel. In seinem Heimatland habe der Gesuchsteller sehr schlechte Erfahrung mit der Polizei gemacht. Dies manifestierte sich nun dadurch, dass er noch immer ein Misstrauen gegenüber der Polizei hege und sich auch in der Schweiz von dieser verfolgt fühle. Daher hätte er im Kontakt mit ihr jeweils überreagiert.

Die Staatsanwaltschaft empfiehlt in ihrer Stellungnahme den ersuchten Straferlass und auch die Umwandlung in eine bedingte Strafe abzuweisen, da sich der Gesuchsteller erst seit Juli 2022 in der Schweiz aufhalte und in dieser Zeit neben dem aktuellen Urteil vom 6. Februar 2023 bereits mehrfach deliktisch aufgefallen sei. Da der Gesuchsteller zwischenzeitlich eine unbefristete Arbeitsstelle antreten konnte, dürfte jedoch die Bezahlung einer unbedingten Geldstrafe allenfalls in Raten möglich sein und somit könne die Umwandlung der unbedingten Freiheitsstrafe in eine unbedingte Geldstrafe in Erwägung gezogen werden, zumal eine solche Sanktion mit der beruflichen Tätigkeit vereinbar wäre.

Die Begnadigungskommission teilt die Ansicht der Staatsanwaltschaft und hält fest, dass der Gesuchsteller die Konsequenzen seiner Tat tragen muss. Sie lehnt daher den ersuchten Straferlass und auch die Umwandlung in eine bedingte Strafe ab. Dass der Gesuchsteller sehr rasch eine vorerst temporäre Anstellung und infolge seines guten



Arbeitseinsatzes eine Festanstellung als Hilfsarbeiter per April 2023 gefunden hat und damit einer geregelten Arbeit nachgeht, würdigt sie jedoch positiv. Sie sieht darin die Bemühungen des Gesuchstellers, in der Schweiz Fuss zu fassen, Deutsch zu lernen und anerkennt seine grosse Einsatzbereitschaft bei der Arbeit. Bezüglich seiner begangenen Tat zeigt er Reue und Einsicht und beteuert, dass er sich zukünftig an die geltenden Rechtsordnungen halten werde.

Aufgrund dieser positiven Veränderungen in den persönlichen Verhältnissen bejaht sie eine Begnadigungswürdigkeit des Gesuchstellers im Sinne einer Teilbegnadigung und folgt der Empfehlung der Staatsanwaltschaft, die unbedingte Freiheits- in eine unbedingte Geldstrafe umzuwandeln. Unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Gesuchstellers stellt die Geldstrafe in jedem Fall das mildere Urteil dar als die Verbüssung einer Freiheitsstrafe mit all ihren bekannten negativen Konsequenzen. Mit der Teilbegnadigung wird die Strafe durch eine für den Gesuchsteller mildere Strafart ersetzt.

Aufgrund meiner Ausführung bitte ich Sie, dem Antrag der Begnadigungskommission zu folgen und der teilweisen Begnadigung des Gesuchstellers zuzustimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe zwei Zwischenfragen. Die erste von Eric Weber, die zweite von Felix Wehrli. Nehmen Sie sie an? Die erste wird abgelehnt, die zweite Zwischenfrage wird angenommen. Felix Wehrli hat das Wort.

Felix Wehrli (SVP): Es würde mich wundernehmen, was denn die betroffenen Polizisten zu der Begnadigung gesagt haben.

Edibe Gölgeli (SP): Wir haben hier keinerlei Einsicht über diese Details.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine Fraktionssprechenden mehr eingetragen. Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Edibe Gölgeli, ich habe gestern das Begnadigungsgesuch um 5 Uhr nachmittags im Rathaus eingelese und ich möchte auch an die SVP appellieren, es wurden Sachen verschwiegen. Der Mann war Alkoholiker, jetzt nicht mehr. Es hat geheissen, er hat jetzt eine Freundin, aber er war Alkoholiker und Polizist Felix Wehrli hat ja gefragt, was die Polizisten zu dieser Begnadigung sagen. Die Polizisten wurden mit Mord bedroht und das muss man festhalten. Und meine Frage an Edibe Gölgeli wäre gewesen, was für eine Nationalität der Gesuchsteller hat, und dann haben Sie gesagt, ich habe genau hingehört, ein Arbeitskollege hat gesagt, er ist ein guter Mensch. Und jetzt appelliere ich an alle Polizisten im Parlament, von der SVP, Bürgerlichen, Grünen, es hat geheissen, der Arbeitskollege sagt, er ist ein guter Mensch, aber der Arbeitskollege hat nur 3 Monate mit ihm zusammengearbeitet. Was sind 3 Monate? Das ist nichts. Ich kann mir kein Bild nach 3 Monaten über einen Menschen bilden.

Im Begnadigungsgesuch heisst es auch, er sei jetzt nicht mehr Alkoholiker, weil er eine Freundin hat. Gut, das habe ich schon gesagt. Er hat den Polizisten mit dem Tod bedroht, das habe ich auch gesagt. Wenn ich auf die Rednerliste schaue, stelle ich wieder fest, wir haben keine Diskussion und ich finde das als Grossrat traurig. Es wird einfach durchgewunken und ich mache als Grossrat da nicht mit und stelle den Antrag, alles ablehnen, auch die Umwandlung ablehnen. Ich beantrage, dass der Täter ins Gefängnis muss. Darum bin ich gegen diese Begnadigung. Er muss absitzen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch. Sie dürfen nicht ablehnen.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin überzeugt, dass 40 Prozent der Schweizer diese Begnadigung ablehnen würden, wenn Sie heimlich und allein den Wahlumschlag zu Hause ausfüllen könnten. Ich meine, über diese Begnadigung abstimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. In der zweiten Runde verzichtet die Kommissionspräsidentin auf ein Votum.

Eintreten ist obligatorisch. Rückweisung wurde von Eric Weber beantragt. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Abstimmung über die Rückweisung



JA heisst Rückweisung an die Begnadigungskommission, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 91 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001610, 18.10.23 09:52:23]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag auf Rückweisung abgelehnt mit 91 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme und einer Enthaltung.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Ich möchte Sie kurz daran erinnern, dass mindestens 60 Stimmende, mindestens aber 40 Ja-Stimmen für eine Begnadigung nötig sind.

Abstimmung

Abstimmung über die Begnadigung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Begnadigungskommission und zur teilweisen Begnadigung. NEIN heisst Ablehnung des Antrags der Begnadigungskommission und zur teilweisen Begnadigung

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 1 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001612, 18.10.23 09:53:26]

Der Grosse Rat beschliesst

eine teilweise Begnadigung

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Antrag der Kommission zugestimmt mit 85 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und 4 Enthaltungen.

4. Bericht und Antrag der Wahlvorbereitungskommission über die Besetzung der Ombudsstelle des Kantons Basel-Stadt für die Amtsdauer 2024 – 2029

[18.10.23 09:53:41, 23.5446.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Wahlvorbereitungskommission beantragt, Elisabeth Burger Bell und Thierry Moosbrugger für eine weitere Amtsdauer von sechs Jahren zu wählen. Eine inhaltliche Diskussion über kandidierende oder vorgeschlagene Personen findet gemäss Paragraph 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung nicht statt.

Innerhalb der gesetzlichen Frist von vier Wochen gemäss Paragraph 67 Abs. 2 der Geschäftsordnung sind keine weiteren Wahlvorschläge eingegangen. Gemäss Paragraph 2 Abs. 1 des Gesetzes betreffend die Beauftragte/den Beauftragten für das Beschwerdewesen (Ombudsfrau/Ombudsmann) des Kantons Basel-Stadt werden die Ombudsleute mit dem absoluten Mehr der Mitglieder des Grossen Rates gewählt. Das bedeutet, dass mindestens 21 Ja-Stimmen für die Wahl abgegeben werden müssen. Für die Kommission hat das Wort deren Präsident André Auderset.

André Auderset (LDP): Wenn sich die bisherigen Amtsinhaber für eine Wiederwahl bewerben, dann liegt es im Normalfall nahe, sozusagen in einem abgekürzten Verfahren diese zu bestätigen. Wir schlagen Ihnen diese Bestätigung auch vor. Ich kann ihn aber versichern, dass die Wahlvorbereitungskommission die Wiederwahl nicht einfach durchgewunken hat.



Wir haben ein erstes Prozedere abgeklärt und dann beschlossen, Hearings mit beiden abzuhalten und je nach Ergebnis dann eine öffentliche Ausschreibung oder allenfalls Assessments in Betracht zu ziehen. Wir haben sie dann befragt, wie es in der berühmten Fernsehsendung Herzblatt heisst, wir haben sie getrennt voneinander befragt und sind zum Ergebnis gekommen in der Analysebefragung, es spricht nichts gegen eine Wiederwahl. Vor allem, die Ombudsstelle funktioniert, sie ist anerkannt und heute besonders wichtig, sie funktioniert auch skandalfrei.

Es gab kleinere Nebengeräusche, die in der Kommission zu reden gaben, insbesondere die etwas offensive Art des einen der beiden Stelleninhabers. Dass dies nicht zu längeren Überlegungen oder gar zu Unbehagen führte, hat zwei Gründe: Erstens, dass der Betreffende aus anfänglichen Irritationen schnell gelernt hat und seine Position in der Öffentlichkeit bewusster wahrnimmt und zum anderen fanden wir es auch gar nicht so schlecht, zwei Persönlichkeiten zu haben, die sich von ihrer Art her gegenseitig auch irgendwie befruchten und beide bestätigten auch, dass sie davon sehr profitieren können und sich auch gegenseitig als Sparringpartner ansehen. Als positiv wurde auch gewertet, dass die beiden freiwillig und ohne irgendwelchen Anlass ein externes Monitoring in Anspruch nehmen und damit eine weitere Qualitätskontrolle gesichert ist.

Die Wahlvorbereitungskommission ist der Ansicht, dass die Ombudsstelle des Kantons professionell geführt wird und gut funktioniert. Es gibt deshalb für uns keinerlei Anlass, an der Besetzung, der Co-Leitung etwas zu ändern und wir können Ihnen die beiden Kandidaturen von Elisabeth Burger Bell und Thierry Moosbrugger mit gutem Gewissen empfehlen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine Fraktions- sowie Einzelvoten eingetragen. Eintreten ist obligatorisch. Gemäss Paragraph 31 Abs. 1 GO findet die Wahl geheim statt. Wenn nicht mehr Kandidatinnen und Kandidaten vorgeschlagen sind, als gewählt werden können, kann der Grosse Rat mit zweidritteln der Stimmen offene Wahl beschliessen. Ich beantrage Ihnen, offene Wahl.

Wir stimmen über offene Wahl ab. Es braucht ein Zweidrittelmehr.

Abstimmung

Abstimmung über offene Wahl

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001614, 18.10.23 09:58:10]

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahlen

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben sich für offene Wahl entschieden mit 93 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme und einer Enthaltung. Wir kommen zur Wahl.

Abstimmung

Wahl der Ombudsfrau und des Ombudsmannes

Wer dem Antrag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl von Elisabeth Burger Bell und Thierry Moosbrugger zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 1 Nein, 16 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001616, 18.10.23 09:58:58]

Der Grosse Rat beschliesst die Wahl von

Elisabeth Burger Bell, geb. 1973, 4054 Basel

Thierry Moosbrugger, geb. 1966, 4059 Basel



Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Antrag zugestimmt mit 79 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und 16 Enthaltungen.

Ich gratuliere Elisabeth Burger Bell und Thierry Moosbrugger zur Wahl als Ombudsfrau und Ombudsmann und wünsche ihnen weiterhin Freude und Erfolg im Amt.

6. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Bericht des Regierungsrates betreffend Kantonale Volksinitiative "Hafen für alle - Freiräume statt Luxusprojekte!"

[18.10.23 09:59:37, 21.1523.04]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen und die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen. Zuerst führen wir eine Eintretensdebatte durch und beraten dann den vorgelegten Gegenvorschlag zur Initiative. Danach entscheiden Sie, ob der beratene Gegenvorschlag der Initiative gegenübergestellt werden soll oder die Initiative ohne Gegenvorschlag dem Volk vorgelegt wird. Ebenfalls ist dann ein Beschluss zur Abstimmungsempfehlung zu fassen. Für die Kommission der Bau- und Raumplanungskommission hat das Wort deren Präsidenten Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Im Norden von Basel befinden sich ausgedehnte Industrie-, Logistik- und Hafenumflächen, die in den kommenden Jahren entweder ganz oder teilweise einer neuen Nutzung zugänglich gemacht werden können. Der Kanton hat früh erkannt, dass der wirtschaftliche Strukturwandel eine einzigartige Gelegenheit bietet, diese Gebiete neu zu gestalten und für die Allgemeinheit zugänglich zu machen. Das Hauptziel dieser Umwandlung besteht darin, vielfältige Stadtviertel zu schaffen, die Raum für dringend benötigten Wohnraum und Arbeitsplätze bieten. Während Klybeckplus von Privatunternehmen entwickelt werden soll, stellen das Klybeck- und das Westquai die grösste zusammenhängende Fläche im Besitz des Kantons dar, mit Ausnahme von Parzelle 2344 in Sektion 7, die zum Entwicklungssperimeter Klybeckplus gehört und sich in Privatbesitz befindet. Die Flächen, die im Eigentum der Einwohnergemeinde der Stadt Basel stehen, sollen in den kommenden Jahren entwickelt werden. Diese Situation bietet dem Kanton und den Stadtplanern eine einzigartige Gelegenheit, ein grosses Gebiet einheitlich zu gestalten. Der Kanton beabsichtigt, vielfältige Stadtviertel zu schaffen, die Raum für Wohnen, Arbeiten, Kultur, Freizeit und Gastronomie bieten. Darüber hinaus sollen grosszügige Grünflächen geschaffen werden, um insbesondere den Bewohnern der Quartiere Klybeck und Kleinhüningen mehr Naherholungsflächen mit hoher Qualität anzubieten. Diese Grünflächen sollen sich auch positiv auf das Stadtklima auswirken. Dies bietet den Quartieren Klybeck und Kleinhüningen die Möglichkeit, schrittweise bis zum Rhein und zur Wiese zu wachsen.

Die Volksinitiative «Hafen für alle – Freiräume statt Luxusprojekte» setzt in diesem frühen Planungsstand an und macht konkrete Vorgaben der künftigen Nutzung des Perimeters. Aus Sicht der BRK sind die meisten Forderungen im grossen und ganzen nachvollziehbar und entsprechen im Wesentlichen den Ideen des Kantons für Klybeck- und Westquai. Die BRK weist jedoch darauf hin, dass die Initiative in einigen Punkten bereits Details zu der künftigen Planung vorwegnimmt und die Flexibilität stark einschränkt, um die weitere Entwicklung des Gebiets an neue Anforderungen und Anliegen anzupassen. Es ist derzeit noch unklar, wann die Entwicklung des Areals in einem verbindlichen Bebauungsplan konkretisiert wird.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung betonen, dass die Planungen sich noch in einem sehr frühen Stadium befinden und es derzeit unklar ist, welche Bedürfnisse sich in den kommenden Jahren entwickeln werden. Sie argumentieren, dass der Kanton die Entwicklung des Gebiets nicht zu früh zugunsten einer bestimmten Gruppe von Personen einschränken sollte. Die Vertreterinnen und Vertreter des Initiativkomitees präsentierten der Kommission während der Anhörung ihre Sichtweise und bekräftigten ihre Ideen und Ansätze. Sie betonten, dass es sich um eine flexible Initiative mit ausreichendem Potenzial zur Konkretisierung handelt. In Bezug auf die genauen Flächenangaben und die prozentuale Verteilung der Nutzung gäbe es jedoch Spielraum für Anpassungen.

Die Mehrheit der Kommission erkennt viele Ähnlichkeiten zwischen den Zielen der Initiative und den Zielen, die der Kanton für die Entwicklung dieses einzigartigen Areals in Basel verfolgt. Die Kommissionsmehrheit befürchtet jedoch, dass eine direkte Umsetzung der gutgemeinten Ideen der Initiative dazu führen könnte, dass wichtige städtebauliche Aspekte bei der Planung vernachlässigt werden, wie beispielsweise ein ausgewogenes Nutzungskonzept und die Förderung von Mischnutzungen anstelle von Mononutzungen. Dies würde auch die Beteiligungsprozesse der Bevölkerung umgehen. Die



Entwicklung des Hafenareals ist ein langfristiges Projekt, das sich über Jahre bis Jahrzehnte erstrecken soll und sollte nicht vorzeitig durch eine Initiative zu stark eingeschränkt werden. Wesentliche Anliegen der Initiative sind die Fortführung von Zwischennutzung und der Erhalt des sogenannten Wagenparks. Die Verwaltung erklärt jedoch, dass es im Kanton andere Möglichkeiten gäbe, um weitere Zwischennutzungsprojekte wie den Wagenpark zu ermöglichen, da Zwischennutzungen und per Definition nicht langfristig angelegt sind.

Die Kommission diskutierte ausführlich, ob sie einen Gegenentwurf zur unformulierten Initiative vorlegen sollte. Eine Mehrheit der Kommission teilte die Ansicht der Regierung, dass die Ausrichtung der Initiative zwar lobenswert sei, aber gleichzeitig viele Interessensgruppen ausschliesse. Die vorgebrachten Anliegen hätten auch in einem regulären Beteiligungsprozess berücksichtigt werden können. Die Kommissionsminderheit sorgte sich, dass die Entwicklung des Areals sowohl bei Zustimmung zur Initiative als auch bei der Annahme eines Gegenentwurfs, der den Zielen der Initiativen nahe kommt, zu stark eingeschränkt würde. Eine Minderheit in der Kommission teilte grundsätzlich die Bedenken der Mehrheit, unterstütze jedoch auch die inhaltlichen Anliegen der Initiative. Diese Minderheit war der Ansicht, dass die Basler Stadtregierung gut daran tun würde, einen Gegenentwurf zu erwägen, da die Initiative bei einer Abstimmung ohne einen Gegenentwurf gute Chancen auf Annahme hätte. Ein möglicher Gegenentwurf sollte die Ziele der Initiative in einer offenen Form aufnehmen und festlegen, nach welchen Grundsätzen und Leitlinien die Verwaltung die weitere Entwicklung des Areals planen sollte. In der Folge wurde eine politisch ausgewogene Subkommission mit der Ausarbeitung eines unformulierten Gegenvorschlags betraut, welcher der Initiative gegenüberzustellen ist.

Der Gegenvorschlag der Kommission betont die Schlüsselaspekte der Initiative, ohne die Planungsziele des Kantons für das Gebiet übermässig einzuschränken. Daher ist der Gegenvorschlag in seiner Formulierung offener und vermeidet weitergehend die Nennung von Zahlen und konkrete Angaben zu den geplanten Nutzungen. Die Ziffer 1 des Gegenvorschlags bezieht sich auf den unmittelbar betroffenen Bereich, der im Wesentlichen demjenigen der Initiative entspricht. Der Gegenvorschlag macht lediglich eine spezifische Ausnahme, indem er die Parzelle 2344 in Sektion 7 aus dem Geltungsbereich ausnimmt. Dieses Grundstück befindet sich in privaten Besitz und gehört zum Entwicklungsperimeter von Klybeckplus.

Die BRK ist sich einig, dass der gesamte Bereich im Eigentum der Einwohnergemeinde Basel-Stadt verbleiben soll. In Bezug auf die Initiative übernimmt der Gegenvorschlag im Wesentlichen die Anliegen der Initianten mit Ausnahme des Wagenplatzes. Die BRK betrachtet den Wagenplatz als legitim im Kontext von Zwischennutzungen, jedoch sollten andere Formen der Zwischennutzung den Schwerpunkt bei der Entwicklung des Gebietes hin zu einem lebendigen Stadtteil bilden. Das ehemalige Hafenareal hat sich seit seiner Öffnung für Zwischennutzungen im Jahr 2013 zu einem beliebten Treffpunkt für die breite Bevölkerung entwickelt. Die Festlegung der spezifischen Nutzung des Wagenplatzes für die zukünftige Planung wird als zu restriktiv angesehen und die Ausgestaltung experimenteller Wohnformen wie ein Wagenplatz soll in kommenden Planungsschritten erkundet werden.

Die BRK unterstützt die Bestrebungen der Verwaltung, die Qualitäten, die aus den Zwischennutzungen erwachsen sind, in der Entwicklung zu berücksichtigen und einzubeziehen. Zudem ist es der Kommission ein Anliegen, bestehende Gebäude so weit möglichst zu erhalten und umzunutzen. Bezüglich der Grünflächen strebt die BRK an, dass der aktuelle Anteil von Naturschutzflächen auf dem Areal, der derzeit 50 Prozent beträgt, bei der zukünftigen Entwicklung nicht verringert wird. Dies soll sicherstellen, dass Grünflächen nicht Bauvorhaben geopfert werden und nach Abschluss der Projekte keine Ersatzgrünflächen an anderen Stellen geschaffen werden müssen. Diese Grün- und Freiflächen sind nicht nur für das Hafenareal, sondern auch für die umliegenden Quartiere von höchster Bedeutung. Auf dem städtischen Grundstück besteht die Möglichkeit, viele Quadratmeter an Naturwerten zu bewahren oder zu schaffen. Die spezielle Erwähnung von Sportflächen wird vermieden, da sie als Teil der Grün- und Freiflächen betrachtet werden und Details zu ihrem Bedarf und ihrer Gestaltung in späteren Planungsschritten festgelegt werden sollen.

Die Formulierung «Entlang des Rheinufer ist eine grosszügige parkartige Grünanlage anzulegen sowie eine durchgängige Promenade vorzusehen» orientiert sich am Anzug für die Schaffung eines ausgedehnten grünen Parks direkt am Rhein, der von der Wiese bis zum Hafenkran reicht. Dabei wird bewusst auf detaillierte Vorgaben verzichtet. Auf dem Perimeter sollen, wie es die Initianten fordern, Bademöglichkeiten in einem Schwimmbecken oder im Rhein oder in der Wiese erstellt werden. Auch hier soll auf die Nennung von konkreten Flächenangaben und einem genauen Standort abermals verzichtet werden.

Die BRK betont die Notwendigkeit, den Perimeter zu erschliessen und städtische Infrastrukturen, Parks und dergleichen zu schaffen, um eine angemessene Dichte zu ermöglichen. Sie legt jedoch keine qualitativen Dichtevorgaben fest, sondern erwartet, dass die zu bebauenden Flächen effizient genutzt und mit hoher Nutzungsintensität entwickelt werden. Nebst der Schaffung von Arbeitsplätzen ist es der BRK ein Anliegen, ideale Bedingungen für Wohnraum zu schaffen. Um den Pendlerverkehr zu minimieren, sollte für jeden Arbeitsplatz Wohnraum für zwei Personen angestrebt werden. Aufgrund von erhöhter Lärmemission auf dem Westquai soll der Grossteil der Wohnungen im Klybeck entstehen. Dennoch sollte es auch möglich sein, in Bereichen wie dem Westquai beispielsweise in den oberen Geschossen einzelne Wohnungen anzubieten. Grundsätzlich soll überall dort Wohnraum geschaffen werden, wo dies möglich ist.

Bei den Beratungen innerhalb der BRK stellte die Frage über den sozialen Wohnungsbau die grösste Hürde dar. Während die Initiative vorgibt, dass 30 Prozent, rund 6,9 Hektar, der Gesamtfläche zur Bebauung mit gemeinnützigem Wohnraum mit



einer Ausnutzungsziffer von über 3 vorzusehen ist, wollte die Kommission mehr Spielraum offenlassen für verschiedene Wohnformen des preisgünstigen Wohnungsbaus. Die Bauträger sollen Wohnungen in Form von Kostenmiete gemäss dem Wohnraumprogramm 1000+ oder als selbstgenutztes Wohneigentum im Baurecht errichten und betreiben. Die Kostenmiete beruht auf den tatsächlichen Kosten, wobei die Marktlage grundsätzlich keine Rolle spielt. Das Wohnraumprogramm 1000+ wurde von Immobilien Basel-Stadt als Massnahme zur Umsetzung der Verfassungsinitiative «Recht auf Wohnen» konzipiert. Es sieht vor, bis 2035 über 1'000 neue Wohnungen in Eigeninvestition des Kantons zu bauen und zu erschwinglichen Mietpreisen anzubieten. Diese Wohnungen werden nach dem Mietmodellen «Mietvertrag Plus» vermietet, wobei die Mietpreissenkung an Belegungs- und/oder Einkommensvorgang geknüpft ist.

Mit diesen beiden Modellen möchte die BRK explizit den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum berücksichtigen und gleichzeitig die Möglichkeit schaffen, Flächen für selbstgenutztes Wohneigentum im Baurecht bereitzustellen. Dies soll eine vielfältige Mischung von Wohnformen und die Beteiligungen unterschiedlicher Bauträger sicherstellen. Das Westquai aufgrund seiner direkten Nähe zum Hafen ist primär für gewerbliche Nutzung vorgesehen, wozu auch kulturelle, freizeithliche und gastronomische Gewerbenutzung zählt. Die Kommission betrachtet es als folgerichtig, dass der Schwerpunkt auf Gewerbe liegt, insbesondere auf solchem, das aufgrund seiner eigenen Lärmemissionen an anderen gewerblichen Standorten problematisch sein könnte. Die BRK legt besonderen Wert auf die Schaffung kostengünstiger Gewerbeflächen auf dem Perimeter und die Umnutzung bestehender Gebäude für gewerbliche Zwecke, da Neubauten in der Regel teuer sind.

Das städtebauliche Konzept für den Westquai sieht ausserdem Flächen für Ateliers und Zwischennutzungen vor. Die BRK unterstützt dieses Konzept und nimmt diesen Aspekt im Gegenvorschlag auf. Allerdings hält sie es zum aktuellen Zeitpunkt nicht für angemessen, spezifische Flächen und Nutzergruppen festzulegen.

Trotz der geltenden gesetzlichen Bestimmungen und Ziele für Netto-Null-Emissionen bei der Entwicklung des Perimeters sieht die BRK die Notwendigkeit, den Aspekt des klima- und umweltschonenden Bauens in den Gegenvorschlag aufzunehmen, um seine Bedeutung zu unterstreichen. Die Kommission legt grossen Wert darauf, dass die Beteiligungsrechte der angrenzenden Quartierbewohnerinnen und -bewohner und andere interessierte Parteien in den weiteren Planungsprozessen uneingeschränkt genutzt werden. Die BRK ist der Meinung, mit dem ausgearbeiteten unformulierte Gegenvorschlag eine sinnvoll austarierte planungsrechtliche Grundlage vorzulegen, welche in grosser Mehrheit die Anliegen der Initianten wirkungsvoll aufnimmt, ohne dabei eine zukünftige Planung zu fest einzuschränken unter Wahrung der Beteiligungsrechte.

Die Kommission beantragt folglich dem Grossen Rat mit 11 Stimmen bei einer Enthaltung, den nachfolgenden Grossratsbeschluss anzunehmen. Die Kommission beantragt dem Grossen Rat mit 7 Stimmen bei einer Enthaltung, den Stimmberechtigten zu empfehlen, die Volksinitiative zu verwerfen und den unformulierten Gegenvorschlag anzunehmen. Sollten sowohl das Initiativbegehren als auch der Gegenvorschlag angenommen werden, empfiehlt die Kommission mit 7 zu 1 Stimmen, beim Stichtentscheid den Gegenvorschlag vorzuziehen.

An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei meiner Kommission für die ausführliche Beratung und die gute Zusammenarbeit bedanken und möchte auch nicht auslassen, mich bei der Regierung, insbesondere bei Regierungsrätin Esther Keller, Lukas Engelberger und Tanja Soland für die gute Zusammenarbeit zu bedanken und schliesse somit mein Kommissionsvotum.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Diesem Dank kann ich mich gerade anschliessen. Vielen Dank der Kommission, die sich wirklich sehr intensiv mit diesem Bericht auseinandergesetzt hat. Das ist auch wichtig, weil hier sprechen wir doch von einer riesigen Chance, die Basel auch hat. Wir kennen die Wachstumsprognosen des Bundes, auch für den Kanton Basel-Stadt, und es ist wichtig, dass wir dieses Wachstum verträglich gestalten und Basel Nord bietet dafür auch mit diesem Hafenable eine riesige Chance. Da haben wir grosse Potenziale für Wohnen und Arbeiten. Es ist aber mehr als das. Es soll auch eine Verbesserung bringen für die Quartiere, die dort schon sind, die sollen auch etwas davon haben, unbedingt, das ist ganz wichtig. Da geht es beispielsweise um mehr Grünflächen, da geht es um Angebote, auch gastronomische Gewerbe, Freizeitsport und so weiter.

Was wichtig ist, das ist eine sehr, sehr langfristige Entwicklung und dafür brauchen wir den nötigen Spielraum. Deshalb hat auch die Regierung entschieden, hier die Initiative zur Verwerfung zu empfehlen, weil sie relativ enge Leitplanken schon setzt, und auch keinen Gegenvorschlag zu machen. Denn die Bevölkerung hat wirklich noch ausreichend Möglichkeiten, auch an dieser Gestaltung mitzuwirken über ganz verschiedene Wege und auch das Parlament hier hat noch ganz viele Momente, wo man einwirken kann auf diese Planung. Für die Gesamtbevölkerung beispielsweise haben wir den Stadtteilrichtplan, die Beteiligung daran gestartet. Das sind verschiedene Beteiligungsformate, auch im Quartier sehr niederschwellig. Im April war der grosse Startanlass, wo doch grosses Interesse gezeigt wurde, wo viele Leute kamen. Also



ich glaube, Sie sehen, weil das so ein langer Prozess ist, brauchen wir den Spielraum und die Mitwirkung wird möglich sein. Wir können aus diesem Prozess dann wieder wichtige Erkenntnisse gewinnen, die dann einfließen lassen.

Deshalb nochmals, auch wenn der Gegenvorschlag von der BRK relativ offen formuliert ist, denke ich doch und denke der Gesamtregierungsrat, dass es besser ist, im Moment uns diesen Spielraum zu lassen, den wir alle gemeinsam nutzen können, und die Initiative zur Verwerfung zu empfehlen und dieser auch keinen Gegenvorschlag gegenüberzustellen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erste Fraktionssprecherin für das GAB ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Ich bin sehr froh, dass wir heute jetzt über dieses Gebiet sprechen können und hier auch über einen Gegenvorschlag, der uns die Grundzüge für die weitere Planung gibt. Dass das möglich ist, können wir das JUSO verdanken. Sie haben diese Initiative eingereicht, diese Hafeninitiative, die die Grundlage bietet, hier überhaupt zu diskutieren. Ich möchte ganz kurz den Rückblick machen. Das ist jetzt schon über zehn Jahre her, als die Testplanung veröffentlicht wurde, die zu einem grossen Aufruhr im Quartier und auch darüber hinaus geführt hat. Es gab einen ersten Versuch einer Mitwirkung, die ich als gescheitert bezeichnen würde. Danach wurde sie über Jahre auf Eis gelegt, bis sie jetzt so langsam wieder gestartet wurde. Nach dieser Geschichte ist es für mich sehr toll, dass wir hier jetzt über die Grundzüge der Weiterentwicklung diskutieren können, und zwar nicht nur so, wie es in der Mitwirkung war, einfach mitreden, ohne irgendetwas sagen zu können, was dann wirklich ist, sondern wirklich mitbestimmen können. Und nicht nur wir hier im Grossen Rat, sondern im Falle einer Abstimmung auch die Bevölkerung. Ohne Initiative wäre es klar, dass es weitere fünf oder zehn oder noch viele Jahre weitergeplant worden wäre, weitere Testplanung stattfinden würden, usw. und wir am Schluss dann abgesehen von ein paar Detailjustierungen nur Ja oder Nein sagen könnten. Wir kennen das von anderen Transformationsarealen und ich denke, das ist äusserst unbefriedigend, wenn die Politik und auch die Bevölkerung erst zu einem so späten Zeitpunkt verbindlich einbezogen wird.

Nun zum konkreten Projekt oder zur konkreten Planung jetzt mit diesem Gegenvorschlag. Ja, ich war immer Fan von der Idee einer Vogelinsel auf dem Klybeckquai, der Idee, da ein Naturschutzgebiet zu errichten und auch für die Bevölkerung die dringend benötigten Grünflächen zu schaffen. Davon rückt jetzt der Gegenvorschlag ab. Mein Klybeck-Herz blutet dabei ein bisschen, aber ich denke, wir können das mittragen. Dasselbe gilt für mich auch für die Frage des Wagenplatzes. Es ist für mich wichtig, dass die Diskussion, ob ein Wagenplatz weiter bestehen kann oder nicht, nicht auf der Ebene eines Gegenvorschlags entschieden wird. Aber ich denke, was dort entstanden ist mit dem Wagenplatz, initiiert später auch mit der weiteren Zwischennutzung, ist ein sehr spannendes Gebiet und es wäre sehr schade, wenn diese Fläche oder diese Art von Nutzung vollständig verschwinden würde.

Deshalb unterstützen wir vom GAB insbesondere folgenden Punkte des Gegenvorschlags: Dass beim Westquai der Fokus auf das Gewerbe und auch auf kostengünstiges Gewerbe gelegt wird und eben auch auf die laute Kultur. Also es geht darum, da wirklich den Lärm zuzulassen, der sonst schwierig ist. Als Anwohnerin des Hafensareals weiss ich, wie laut es da manchmal sein kann und ich weiss auch, dass das nicht immer nur angenehm ist, auch für mich nicht, aber es braucht diese Flächen, es braucht diese Freiräume und der Westquai vis-à-vis vom Hafen, wo es sowieso laut ist, ist genau der richtige Ort dafür. Wir unterstützen auch sehr diese parkartige Grünfläche entlang des Rheins. Schon lange spuckt der Begriff des Wiesenköpfli bei uns rum. Also wir möchten hier wirklich als Pendant zum Birsköpfli so auf der anderen Seite des Kantons, der Stadt dieses Wiesenköpfli hier im Basel Norden errichten können.

Ganz wichtig ist für uns auch, dass mindestens die Hälfte des Areals als öffentliche Grün- und Freifläche erhalten bleibt und das unter Erhalt der Naturwerte. Ich möchte daran erinnern, dass grosse Teile dieses Gebietes heute im Naturschutzinventar sind und nicht nur das Gleisfeld, über das gesprochen wird, sondern auch grosse Teile der Uferflächen, auch entlang des Hafenbeckens, usw. Also wir haben da, auch wenn es ein industriell genutztes Gebiet ist, ein ökologisch sehr wertvolles Gebiet und das müssen wir erhalten können.

Zum Klima: Auch das ist für uns sehr wichtig, dass das hier eingeflossen ist im Gegenvorschlag, obwohl es eigentlich von der Verfassung her ohnehin schon klar ist. Aber es ist uns wichtig, das hier deutlich auch in den Gegenvorschlag reinzuschreiben, dass die Erstellung, der Unterhalt und der Betrieb des Gebietes nach dem Ziel von Netto-Null 2037 ausgerichtet werden muss. Das gilt auch für die graue Energie und es gilt auch für den Verkehr. Also es geht hier nicht nur darum, dass wir energieeffizient Dämmen oder mit erneuerbaren Energien heizen.

Und dann noch zum letzten Punkt, auf den ich hinweisen möchte: die Art der Bebauung. Für uns ist es absolut richtig, dass hier weiterhin der Boden in Stadtbesitz bleibt und nach Baurecht vergeben wird. Dass es neben der Kostenmiete und dem Wohnbauprogramm 1000+ auch noch die Möglichkeit des selbstgenutzten Wohneigentums gibt, ist für uns ein Kompromiss, den wir im Sinne dieses Gegenvorschlags mittragen können, auch wenn wir nicht wirklich überzeugt davon sind, dass das die sinnvollste Art und Weise ist. Aber im Sinne einer vielfältigen späteren Nutzung können wir das so akzeptieren.



Wir unterstützen zusammengefasst den Gegenvorschlag und bitten Sie, den zu unterstützen. Bei der Initiative sind wir offen, bei der Stichfrage würden wir den Gegenvorschlag bevorzugen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und dem Gegenvorschlag zuzustimmen. Ich möchte es nicht allzu sehr in die Länge treiben. Es herrscht eine breite Einigkeit, dass wir uns für diesen Gegenvorschlag aussprechen, aber es ist trotzdem eine Volksinitiative, die zustande gekommen ist, und da muss man auch etwas darüber debattieren und eine gewisse Würdigung in das ganze reinbringen.

Die Initiative hat insgesamt ein paar legitime Punkte, das müssen wir zugeben. Es ist aber insgesamt etwas zu stark formuliert, dass wir das hier nicht einfach so stehen lassen können. Und deshalb ist es sinnvoll, dass wir hier einen Gegenvorschlag haben und bezüglich Wohnraum, bezüglich Gewerbe, bezüglich Kultur und Bademöglichkeiten jetzt auch einen Kompromiss gefunden haben, wo alle dahinterstehen können, und es macht auch wirklich Sinn, dass wir jetzt diesen Gegenvorschlag als BRK entworfen haben. Wir haben von der Kommission auch nicht das Gefühl gehabt, oder ich zumindest nicht, dass der Regierungsrat jetzt von der Haltung derart weit weg ist von den Initianten, dass gar kein Gegenvorschlag möglich ist. Ich war am Anfang auch eher skeptisch, ob hier ein Gegenvorschlag möglich ist, aber als wir dann den Regierungsrat angehört haben, sahen wir einfach, dass hier ein Potenzial entsteht für einen Gegenvorschlag.

Ich denke, wenn wir jetzt diese Initiative ohne Gegenvorschlag der Bevölkerung vorlegen, dann hat das gute Chancen, um durchzukommen und dann hätten wir auch keine Mitwirkung mehr in der lokalen Bevölkerung. Also klar, die Bevölkerung hätte dann gesamthaft Ja zu dieser Initiative gesagt, aber Mitwirkung der Lokalbevölkerung ist dann nicht mehr möglich, weil dann diese sehr starre Initiative auch durchkommt oder durchgekommen wäre. Und aus diesem Grund verstehen wir es nicht wirklich, warum der Regierungsrat hier es nicht für nötig gehalten hat, einen Gegenvorschlag zu entwerfen. Das Risiko ist viel zu gross, dass dann diese zu starre Initiative durchkommt, und da haben wir mit dem Gegenvorschlag der BRK trotzdem etwas in der Hand, wo alle dahinterstehen können und trotzdem noch einen gewissen Spielraum offen lässt.

Um noch vielleicht ein Thema zu erwähnen: die Grünflächen. Hier muss ich auch ganz ehrlich im Namen der SVP-Fraktion sagen, dass wir hier dem Regierungsrat gar nicht so viel Spielraum geben wollen. Wir merken hier einfach, dass bei den Grünflächen der Regierungsrat nicht wirklich gewillt ist, hier gross Initiative zu ergreifen, dass hier möglichst viele Grünflächen geschaffen werden. Darum haben wir uns auch dafür eingesetzt, dass wir hier in diesem Gegenvorschlag auch mindestens 50 Prozent Grünfläche haben. Wir reden überall, dass wir entsiegeln wollen, wir reden überall, dass es Grünflächen benötigt, dann wäre es auch sinnvoll, dass wir insbesondere auf diesen Arealen, wo noch etwas entsteht in den Kantonen in den nächsten Jahrzehnten, dass wir dort auch das Potenzial richtig ausschöpfen. Und hier haben wir vom Regierungsrat insgesamt zu wenig Bemühungen gesehen. Es war die BRK, die auf diese 50 Prozent gepocht hat und die dies auch in diesem Gegenvorschlag verankert hat. Und wenn wir in den Transformationsareal mehr Grünflächen haben, dann müssten wir auch weniger Parkplätze abbauen. Hier könnte man auch einfach mal etwas machen, wo wir das eine tun und das andere nicht lassen und nicht gegenseitig gewisse Bedürfnisse miteinander ausspielen.

Deshalb ist es sehr wichtig, dass wir gerade auf diesen Arealen und auch in den zukünftigen Transformationsarealen, Dreispitz, Klybeck, etc., uns für diese Grünflächen einsetzen, weil dort wirklich auch etwas ist, was in den nächsten Jahrzehnten entstehen kann, ohne dass wir anderen Playern in diesem Kanton etwas wegnehmen müssen. Aus diesem Grund ist uns das sehr wichtig, dass wir hier diese 50 Prozent Grünflächen verankern. Wir sind insgesamt auch glücklich, wie gesagt, dass wir in den Bereichen Wohnraum, Gewerbe, Kultur, Bademöglichkeiten auch etwas Sinnvolles gefunden haben. Es wird ja auch eine grosse Promenade am Rhein entstehen, ein grosser Mehrwert für die Bevölkerung, und da hat vielleicht die BRK sehr gut gearbeitet und deshalb bitte ich Sie auch, diesem Gegenvorschlag der BRK zuzustimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Stefan Wittlin.

Stefan Wittlin (SP): Zuerst möchte ich die Zeit nutzen, um die Initiative zu würdigen und vier zentrale Forderungen der Initiative hervorzuheben. Die Hafeninitiative verlangt, dass das Hafenareal in öffentlicher Hand bleibt. Sie verlangt, dass geeignete Gebäude und Strukturen erhalten werden sollen. Sie möchte, dass gemeinnütziger Wohnraum entstehen kann und sie verlangt, dass öffentliche Grün- und Freiflächen erhalten und geschaffen werden sollen. Die Initiative mag in ihrer Formulierung etwas umständlich und starr sein, aber der Kern dieser Forderung ist sehr unterstützungswürdig. Wir beantragen daher, die Initiative zur Annahme zu empfehlen.

Die vier vorgängig genannten zentralen Forderungen haben wir folglich auch im Gegenvorschlag aufgenommen. Zusammengefasst heisst das: das gesamte Areal bleibt im Eigentum der öffentlichen Hand. 50 Prozent davon wird als Frei- und Grünfläche erhalten und gestaltet. Von der Bebauung soll mindestens 60 Prozent dem Wohnen zugeschrieben werden,



und zwar durch den Kanton selber zu erstellen oder im Baurecht abzugeben und in Kostenmiete anzubieten. Dass auch die Flächen für die übrigen Nutzungen in Kostenmiete anzubieten sind, ist insbesondere für nicht-gewinnstrebige kulturelle Angebote eine sehr gute Voraussetzung. All diese Vorgaben sind griffig und setzen klare Rahmenbedingungen für die auszuarbeitende Nutzungsplanung. Gleichzeitig bleibt der nötige Spielraum für eine sorgfältige Planung. Ich möchte mich an dieser Stelle bei der Subkommission der BRK bedanken, die gemeinsam zu diesem vorliegenden Kompromiss gefunden hat.

Es wurde gelegentlich auch Kritik an der Schaffung eines Parks am Rhein geäussert, nicht jetzt in der heutigen Debatte, aber im Vorfeld und insbesondere auch von linker Seite. Wir haben dies auch schon vor gut einem Jahr hier drin bei der Beratung des Anzugs von Mark Eichner betreffend eines grossen Parks direkt am Rhein diskutiert. Auch wenn die Handelskammer Ihnen im Vorfeld der heutigen Sitzung die Ablehnung des Gegenvorschlags empfohlen hat, ist es durchaus möglich, dass sich auch die Grundeigentümer auf dem Klybeckareal insgeheim über diesen Gegenvorschlag freuen. Natürlich profitieren insbesondere auch sie von einem Park in nächster Umgebung. Ich möchte hier aber betonen, dass dieser Park auf keinen Fall zu Lasten des Freiraums und Grünraums auf dem Klybeckareal gehen darf. Für die Menschen, die im Klybeck wohnen und arbeiten, muss dort auch ausreichend Freiraum geschaffen werden. Die grosszügige parkartige Grünanlage entlang des Rheinuferes, wie ihn der Gegenvorschlag fordert, soll kompensieren, was heute in Kleinbasel fehlt. Freiraum für die Menschen des ganzen unteren Kleinbasels und weit darüber hinaus.

Ein weiterer Punkt, den ich aufgreifen möchte, ist die Frage nach der Dichte der Bebauung. Hier macht der Gegenvorschlag im Gegensatz zur Initiative keine quantitative Aussage. Dies ist wichtig, weil die optimalen Bebauungsstrukturen und die räumlichen Beziehungen nur über vertiefte städtebauliche Studien zu ermitteln sind und nicht im Rahmen einer Kommissionssitzung der BRK. Dennoch ist wichtig zu erwähnen, dass die zu bebauenden Bereiche im Sinne einer häuslicherischen Bodennutzung mit einer hohen Nutzungsdichte entwickelt werden sollen und es ist uns ein zentrales Anliegen, das neuer Wohnraum entstehen kann.

Abschliessend möchte ich mich beim Initiativkomitee, also bei der JUSO, die heute teilweise auch auf der Tribüne anwesend ist, ganz herzlich bedanken für diesen wertvollen politischen Anstoss für die intensive inhaltliche und fachliche Auseinandersetzung und auch für den Durchhaltewillen beim Unterschriften sammeln. Ich freue mich über die breite Zustimmung hier drin zum Gegenvorschlag und ich bitte Sie, auch die Initiative zur Annahme zu empfehlen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Andreas Zappalà.

Andreas Zappalà (FDP): Namens der FDP-Fraktion bitte ich Sie, den Anträgen der BRK zu folgen, das heisst, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und den Gegenvorschlag anzunehmen. Es wurde schon gesagt, eigentlich ist es viel zu früh, über die Planung der Hafenable Klybeckquai und Westquai hier im Grossen Rat zu diskutieren. Heute weiss man noch gar nicht, was, wie und wo entwickelt werden soll. Deshalb hat die Fraktion Verständnis und auch Sympathien für die im Bericht des Regierungsrats ausgeführte Stellungnahme und den Antrag des Regierungsrates, sowohl die Initiative abzulehnen und keinen Vorschlag zu machen. Grundsätzlich ging auch ich mit dieser Auffassung in die Kommissionsberatung, liess mich dann aber von meinen Kommissionskolleginnen und -kollegen aus politischen Überlegungen überzeugen, dass es doch Sinn macht, hier einen Gegenvorschlag auszuarbeiten und gewisse Anliegen, die auch von Seiten der FDP unterstützt werden können, also Anliegen der Initiative zu übernehmen.

Was uns an der Initiative aber am meisten gestört hat, sind die engen Grenzen, die gesetzt worden sind, die dazu führen, dass man in Bezug auf die Planung dieses Areals, die heute ja noch gar nicht besteht, schon enge Grenzen gesetzt wurden. Aus diesem Grund sind wir froh, dass im Gegenvorschlag hier ein anderer Ansatz gewählt worden ist. Ein No-Go darüber hinaus war die Beschränkung der Wohnnutzung auf den ausschliesslichen gemeinnützigen Wohnraum. Wie festgestellt wurde, gehören die vorgesehenen Areale zu 100 Prozent der Einwohnergemeinde Basel. Bei der Entwicklung der Areale, vor allem wenn es um Flächen in dieser Grössenordnung geht, wo diverse Anliegen Platz finden können, muss der Kanton die Interessen der Gesamtbevölkerung im Auge behalten. Und es ist auch heute noch so, dass eine Bevölkerungsschicht in Basel Wohnende oder nach Basel Zuziehende, dass es solche Leute gibt, die gerne im Wohneigentum leben. Also ist es auch Aufgabe des Kantons, Flächen vorzusehen, die auch für diese Wohnweise genutzt werden muss. Es ist nicht Aufgabe des Kantons, solchen Wohnraum selber zu erstellen, aber Flächen sollten zur Verfügung gestellt werden.

Als der Bericht der BRK veröffentlicht wurde, kam sofort Kritik zurück, man wolle auf dem Hafenable Bonzen-Wohnungen erstellen. Ich lies dann den BRK-Bericht nochmals durch und versuchte herauszufinden, wie man zu einer solchen Schlussfolgerung kommen kann. Aber dem Bericht selbst kann nichts dergleichen entnommen werden. Tatsache ist, dass selbstgenutztes Wohneigentum nicht gleichzusetzen ist mit teuer wohnen oder mit Luxuswohnungen. Ziel soll es sein, dass auch Leute mit normalen Einkommensverhältnissen, also letztlich die Mittelschicht, dort Wohneigentum zur Selbstnutzung erwerben kann. Eine Wohnung zu erstellen, ob jetzt das dann Mietwohnungen sind, ob es dann Genossenschaftswohnungen sind oder im Stockwerkeigentum weitergegeben wird, die Kosten für die Erstellung solcher Wohnungen sind gleich hoch. Das heisst, eine Wohnung, die sich als Mietwohnraum eignet, eignet sich auch für das Stockwerkeigentum. Es gibt viele Beispiele hier in Basel und Umgebung, wo auf einem Areal gleichzeitig beide Wohnarten erstellt wurden. Ich verweise in diesem



Zusammenhang auch auf das Bundesgesetz, das WEG, wo schon im Namen selbst erwähnt wird, dass es dort nicht nur um den gemeinschaftlichen Wohnungsbau geht, sondern auch um die Eigentumsförderung und ich bin der Meinung, dass es durchaus möglich ist, auf diesen Arealen, die jetzt zur Diskussion stehen, neben gemeinnützigem, neben günstigem und billigem Wohnraum eben auch Wohnraum zu schaffen, der im Stockwerkeigentum weitergegeben wird.

Für uns war es von Anfang an klar, dass ein grosser Teil der Areale Grün bleiben soll. Das wurde auch schon von der FDP gefordert. Es war für mich auch eigentlich klar und stand eigentlich nie zur Diskussion, dass jetzt hier der Kanton Parzellen kaufen sollte und dass wenn er es weitergibt, dass das dann nur im Baurecht geschehen sollte. Diese Anliegen sind jetzt im Gegenvorschlag aufgenommen. Wir sind der Meinung, dass es für eine sinnvolle, zeitgemässe und vielfältige Entwicklung des Areals zwingend darum gehen muss, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und wenn man diese zweckdienliche Alternative will, dann den Gegenvorschlag der BRK zu unterstützen. Ich bitte deshalb, dass man den Anträgen der BRK folgen tut.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Fraktionssprechenden mehr eingetragen. Wir kommen zu den Einzelsprechenden. Erste Einzelsprecherin ist Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Es freut mich ausserordentlich, dass ich zum Anlass der Hafeninitiative bzw. des Gegenvorschlags erstmals zu Ihnen spreche. Als Mitglied der JUSO und des Initiativkomitees habe ich selber Unterschriften für die Initiative gesammelt und konnte miterleben, mit welchem grossem Engagement die JUSO Tag für Tag auf der Strasse war und auch jetzt sind starke Unterschriftensammler*innen auf der Tribüne anwesend. Umso mehr freut es mich nun, dass ein Gegenvorschlag entstanden ist, der viele Anliegen der Initiative aufnimmt. An dieser Stelle ein grosses Dankeschön an die wertvolle Arbeit, die in der BRK geleistet wurde.

Ich möchte trotzdem festhalten, dass die Möglichkeit für Stockwerkeigentum und der beschränkte Platz für Alternativkultur nicht im Sinne der Initiative ist. Das Hafenaerial, wie es jetzt besteht, ist einzigartig und bietet Freiräume, die es so in der Stadt kaum mehr gibt. Dass aber beispielsweise weitgehend auf die Forderung bezüglich bezahlbaren Wohnraums und Grünflächen eingegangen wurde, sehe ich sehr positiv.

Entwicklungsareale in Basel beinhalten grosse Flächen und damit verbunden ein riesengrosses Gestaltungspotenzial, noch dazu in den Händen des Kantons. Umso wichtiger ist es, diese Areale vorausschauend und sorgsam zu planen, denn diese werden die Zukunft dieser Stadt entscheidend mitprägen. Wenn Sie in zehn, 20 Jahren am Klybeckquai oder Westquai entlang flanieren und sich an den Grünflächen erfreuen, die Menschen vielleicht auf dem Beachvolleyballfeld oder planschend im Rhein sehen und Sie vielleicht selbst unterwegs sind an einem Event in einem Kulturlokal vor Ort, dann spätestens werden Sie einsehen, wie wichtig diese Initiative war.

Basel braucht Grün- und Erholungsraum, Basel braucht Platz für Jugend und Eventkultur und Basel braucht vor allem auch bezahlbare Wohnungen. All das liefert die Initiative im grösseren Ausmass wie auch der Gegenvorschlag. Ich bin überzeugt, dass die unformulierte Initiative genügend Spielraum für die Planung dieses Areals offenlässt und dass vor allem die Bevölkerung mit der Initiative auch bekräftigen kann, dass sie die geforderten Leitplanken möchte. Daher bitte ich Sie, die Initiative sowie den Gegenvorschlag der Stimmbevölkerung zur Annahme zu empfehlen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich bin teilweise erfreut über den Bericht und den Gegenvorschlag, erfreut darüber, dass die Idee eines grosszügigen grünen Parks direkt am Rhein, und ich betone, nicht hinter einer Blockwandüberbauung auf den Gleisanlagen von der Wiese bis zum Hafenkran Teil des Gegenvorschlags ist.

Ich bin nicht so erfreut darüber, und ich bin heute eher ein bisschen im JUSO-Lager oder bei Kollegin Tonja Zürcher, dass wir sehr stark und sehr viel über Bebauung und wenig - es gibt einen Teil davon, muss ich sagen, ein schöner Teil, die Vision, Tonja Zürcher hat es gesagt, vom Wiesenköppli, wir sprechen vom Klybeck-Park. Im Rahmen der Hafenumgestaltung, des Hafenterminals haben wir uns mit jungen Architekten auseinandergesetzt, wie dieses Areal eben auch ausschauen kann, da ist auch die Idee dieses grosszügigen grünen Parks entstanden. Wir finden es nach wie vor wichtig, dass wir in Kleinbasel auch eine Entlastung haben für das Rheinufer, weil sehr viele Leute halt gerne an den Rhein kommen. Darum ist es schon zentral, dass wir diesen grünen Park wirklich direkt am Rhein machen und nicht auf diesem Areal vorne dann eine Blockwandüberbauung, wie es eben auch angedacht ist, machen.

Von dem her freuen wir uns, dass wir da einen guten Schritt jetzt gemacht haben mit diesem Gegenvorschlag. Aber für uns aus der Idee, und ich glaube auch, die Idee für die ganze Stadt, wäre da ein wirklich grosszügiger Park eine noch bessere



Lösung, dass wir dann noch ein bisschen mehr in die Grünfläche investieren können und auch noch an anderen Orten, wo wir sehr viele Flächen haben, uns da mehr auf das Wohnen konzentrieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 11 des Berichts der BRK)

Titel und Ingress

Römisch I, Gegenvorschlag

Ziffer 1 bis 7

Die Kommission beantragt, der Initiative den unformulierten Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Der Regierungsrat beantragt, der Initiative keinen Gegenvorschlag gegenüberzustellen.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung über den Gegenvorschlag.

Wenn Sie dem Gegenvorschlag in der Schlussabstimmung zustimmen, wird dieser der Initiative so gegenübergestellt.

Wenn Sie den Gegenvorschlag ablehnen, kommt die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001619, 18.10.23 10:45:24]

Der Grosse Rat beschliesst

1) Perimeter: Der Gegenvorschlag zur Hafeninitiative behandelt die Areale Klybeckquai und Westquai, inklusive der im öffentlichen Eigentum und zur Stammparzelle gehörigen Südspitze. Die Parzelle 2344 in Sektion 7, die zum Entwicklungs-perimeter Klybeck Plus gehört und in Privatbesitz ist, wird aus dem Geltungsbereich des Gegen-vorschlag ausgeklammert.

2) Die Areale Klybeckquai und Westquai verbleiben in öffentlichem Eigentum. Bei der städtebaulichen Entwicklung ist darauf zu achten, dass der historische Charakter des Hafenareals in der Planung und Realisierung berücksichtigt wird. Geeignete Gebäude und Strukturen sind zu erhalten und zu integrieren. Es ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wohn-, Arbeits-, Freizeit- und Naturflächen anzustreben.

3) Auf dem Klybeckquai liegt der Schwerpunkt auf Wohnen und quartierdienlichen Nutzungen. Auf dem Westquai ist das Hauptgewicht auf gewerbliche und kulturelle Nutzungen zu legen.

4) a) Von der gesamten Arealfläche ist mindestens die Hälfte als öffentliche Grün- und Freifläche inkl. Naturwerte zu gestalten. Entlang des Rheinufer ist eine grosszügige parkartige Grünanlage anzulegen sowie eine durchgängige Promenade vorzusehen.

b) Im Rahmen der Arealentwicklung sollen Bademöglichkeiten erstellt werden.

5) Bei der Planung ist eine ausreichende bauliche Dichte anzustreben, um die folgenden vielfältigen Flächennutzungen zu ermöglichen:

a) Von den bebaubaren Flächen sollen mindestens 60% der Bruttogeschossflächen für Wohnen zur Verfügung stehen. Diese können in Kostenmiete, gemäss Wohnbauprogramm 1000+ des Kantons Basel-Stadt sowie als selbstgenutztes Wohneigentum im Baurecht erstellt und betrieben werden. Durchmischtes Wohnen und vielfältige Bauträgerschaften sind dabei anzustreben. Die Abgabe von Baurechten erfolgt nach Konzeptvergabe.

b) Die übrigen bebaubaren Flächen sind in Kostenmiete zu erstellen und zu betreiben. Diese sollen vorwiegend quartierdienlichen und gewerblichen Nutzungen wie Gastronomie, Kultur, Freizeit sowie als öffentliche Infrastruktur dienen. Dabei sind ausreichend niederschwellige und preisgünstige Raumangebote für Alternativkultur und Jugendliche zu schaffen.



6) Die Klima- und Umweltbelastung durch Erstellung, Unterhalt und Betrieb der Bauten wird über den gesamten Lebenszyklus minimiert und auf Netto-Null 2037 abgestimmt.

7) Die angrenzende Quartierbevölkerung sowie weitere interessierte Kreise werden partizipativ in die weiteren Entwicklungsschritte des Quartiers einbezogen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben sich für den Gegenvorschlag entschieden mit 93 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und 2 Enthaltungen.

Abstimmung

Abstimmung zur Wahlempfehlung

NEIN heisst Empfehlung auf Verwerfung, JA heisst Empfehlung auf Annahme

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 52 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001621, 18.10.23 10:47:11]

Der Grosse Rat beschliesst

II. Weitere Behandlung

Die Volksinitiative «Hafen für alle – Freiräume statt Luxusprojekte» ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten gleichzeitig mit dem unter I. aufgeführten Gegenvorschlag zum Entscheid vorzulegen. Der Grosse Rat empfiehlt den Stimmberechtigten, die Volksinitiative zu verwerfen und den unformulierten Gegenvorschlag anzunehmen.

Für den Fall, dass sowohl das Initiativbegehren als auch der Gegenvorschlag angenommen werden, haben die Stimmberechtigten zu entscheiden, welche der beiden Vorlagen sie vorziehen. Der Grosse Rat empfiehlt, bei der Stichfrage den Gegenvorschlag vorzuziehen.

Bei Annahme der Volksinitiative oder des unformulierten Gegenvorschlags entscheidet der Grosse Rat, ob die angenommene Vorlage an den Regierungsrat oder eine Kommission des Grossen Rats zur Ausarbeitung überwiesen wird. In Analogie zu § 22 Absatz 3 des Gesetzes betreffend Initiative und Referendum (IRG) beträgt die Frist dafür ein Jahr.

III. Publikation Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Empfehlung auf Verwerfung entschieden mit 52 Nein-Stimmen bei 41 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

7. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Kantonale Volksinitiative " Kinderbetreuung für Alle" und Gegenvorschlag "für eine bedarfsgerechte, finanziell tragbare und qualitativ hochwertige familienergänzende Kinderbetreuung"

[18.10.23 10:48:06, 21.0998.05]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen und die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen.

Zuerst führen wir eine Eintretensdebatte durch und beraten dann den vorgelegten Gegenvorschlag zur Initiative. Danach entscheiden Sie, ob der beratene Gegenvorschlag der Initiative gegenübergestellt werden soll oder die Initiative ohne Gegenvorschlag dem Volk vorgelegt wird. Ebenfalls ist dann ein Beschluss zur Abstimmungsempfehlung zu fassen. Für die Kommission der BKK hat das Wort deren Präsidentin Franziska Roth.



Franziska Roth (SP): Der vorliegende Ratschlag zur kantonalen Volksinitiative «Kinderbetreuung für alle» und der Gegenvorschlag «für eine bedarfsgerechte, finanziell tragbare und qualitativ hochwertige familienergänzende Kinderbetreuung» ist ein umfangreiches und wichtiges Geschäft, das über den Geschäftsbereich des Erziehungsdepartements hinaus Einfluss haben wird. Nebst den Verbesserungen für die Kinder und die Familien, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kitas, den Tagesfamilien und später hoffentlich auch für die Mitarbeitenden in den Spielgruppen wird das Geschäft auch einen Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes und gegen den Fachkräftemangel leisten können. Zudem wird auch erwartet, dass ein höheres Steueraufkommen generiert werden kann. Entsprechend sorgfältig und intensiv hat sich die BKK mit dem Geschäft auseinandergesetzt.

Ich möchte mich an dieser Stelle sehr herzlich bei allen Hearing-Gästen für die wertvollen Auskünfte, für den ehrlichen Einblick in ihr Tätigkeitsfeld und für die aufgebrauchte Zeit, die sie uns gewährt haben, bedanken. Ganz speziell bedanke ich mich im Namen der BKK aber auch bei den Vertreterinnen und Vertretern des Erziehungsdepartements. Wir hatten viele Fragen, die beantwortet werden mussten. Wir hatten viele Anliegen, die möglichst zeitnah behandelt werden mussten und wir hatten grossen Austauschbedarf. Vielen Dank für diese gute Zusammenarbeit. Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei unserem Kommissionssekretär André Schrago für seinen guten Überblick und seine Strukturhilfen, die vor allem bei der Berichterstattung extrem wertvoll waren. Und dann bedanke ich mich natürlich auch bei allen Kommissionsmitgliedern für die intensive Mitarbeit. Nur gemeinsam sind wir heute so weit, einen etwas erweiterten Gegenvorschlag dem Grossen Rat vorlegen zu können.

Und nun zum erweiterten Gegenvorschlag der BKK. Die BKK hat entschieden, mit allen relevanten Interessengruppen ein Hearing durchzuführen. An diesen Hearings haben wir zum Teil sehr eindrücklich erfahren, wie hoch der Druck für Verbesserungen bei allen Einrichtungen der familienergänzenden Tagesbetreuung ist. In allen Hearings wurde uns bestätigt, dass die Initiative etwas bewegen soll, dass der Gegenvorschlag ein Schritt in die richtige Richtung ist und Verbesserungen bringt, dass es aber noch mehr braucht, wenn das System nachhaltig und qualitativ gut funktionieren soll.

So hat die BKK versucht, für fast alle Interessengruppierungen noch eine Verbesserung in den Gegenvorschlag zu bringen. Einzig für die Spielgruppen hat die BKK entschieden, Verbesserungen erst im Rahmen des Ratschlags «Änderung des Gesetzes betreffend Förder- und Hilfeleistungen für Kinder und Jugendliche» zu diskutieren. Die Kita-Verantwortlichen haben uns berichtet, dass es seit langem sehr schwierig sei, genügend Personal zu finden, sei es qualifiziertes oder auch nicht qualifiziertes. Es herrsche auch in diesen Bereich ein grosser Fachkräftemangel. Das Personal sei einer sehr hohen Belastung ausgesetzt. Die Anforderungen an die Kitas würden stetig steigen, die zur Verfügung stehenden Ressourcen allerdings nicht. Dies führe dazu, dass es viele Ausfälle beim Personal gäbe und der Betreuungsschlüssel nicht immer eingehalten werden könne. Im Alltag finde aufgrund der schwierigen Personalsituation eine Priorisierung der Aufgaben statt, so dass administrative Arbeiten zugunsten der Kinder zurückgestellt würden. Trotzdem hätten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu wenig Zeit, sich eingängig mit jedem Kind zu beschäftigen. So drohe ein schleichender Qualitätsverlust. Das Personal leiste massiv Überstunden und brenne vermehrt aus. Da aber auf der anderen Seite die Nachfrage nach Kita-Plätzen stetig steige, befinde sich das System in einer bedrohlichen Schieflage. Etliche Kitas überlegen sich einen Aufnahmestopp oder sogar einen Abbau der Betreuungsplätze.

Von den Vertreterinnen der Tagesfamilien haben wir sehr ähnliche Aussagen vernommen. Durch die Einführung des neuen Tagesbetreuungsgesetzes hat sich die sehr anspruchsvolle finanzielle und personelle Situation sowohl für die Kitas wie auch für die Tagesfamilie noch verschärft. Entsprechend haben sowohl die Kita- wie auch die Tagesfamilien-Verantwortlichen deutlich gemacht, dass Verbesserungen ganz schnell geschehen müssen. Bereits auf 2024 sollten erste Massnahmen wirken.

Im Laufe der Beratung dieses Gegenvorschlags ist der BKK die Petition «Kita ist kein Kinderspiel» überwiesen worden. Die Petentschaft, die ebenfalls zu einem Hearing eingeladen worden ist, hat über sehr unschöne und zum Teil ausbeuterische Arbeitssituationen berichtet, dass es Kitas gäbe, die bei einer Kontrolle des EDs extra eine gute Situation herbeiführen würden, um danach dann wieder mit zu wenig Personal weiterzufahren. Das Personal wehre sich nicht, weil es die Kinder, die es betreuen müsse, nicht im Stich lassen möchte. Die BKK hat nach diesem Hearing feststellen müssen, dass die Aussagen der Petentschaft sich doch sehr weit von der Aussage des EDs, dass die Kitas regelmässig überprüft und bei Verfehlungen angewiesen würden, die nicht gesetzeskonforme Situation auf Dauer zu beheben, befinden würden. Zwar ist sich die BKK bewusst, dass die Petentschaft wohl die absolut schlechteste Situation geschildert hat und sich die allermeisten Kitas sehr wohl an die gesetzlichen Vorgaben halten würden. Trotzdem hat sich die BKK überlegt, ob es nicht möglich sein soll, dass Kita-Mitarbeitende, obwohl sie privatrechtlich angestellt sind, sich an die kantonale Ombudsstelle wenden könnten. Diese Frage geht weit über diesen Gegenvorschlag hinaus und muss ausserhalb dieses Geschäfts bearbeitet werden. Beim Hearing mit den Kita-Verantwortlichen ist zudem das Thema der Firmenkitas aufgeworfen worden. Die Befürchtung ist, dass wenn die Elternbeiträge in den Kitas mit Betreuungsbeiträgen gesenkt werden, dass dann die grossen Firmen, die eine Kita für die Kinder ihrer eigenen Angestellten betreiben und die Vergünstigungen der Elternbeiträge finanzieren, dass sie diese Kitas nicht mehr finanzieren können und diese schliessen müssten.

Ein paar Worte zu den Spielgruppen. Die Spielgruppen leisten einen wertvollen Beitrag in den Bereichen Sozial-, Selbst- und Sachkompetenz in der frühkindlichen Bildung. Sie stehen jenen Familien zur Verfügung, die keine zeitlich umfangreiche



familienergänzende Betreuung benötigen, die aber ihrem Kind im Hinblick auf einen Übertritt in den Kindergarten das Vertraut sein mit einem Gruppenkontext ermöglichen möchten. Zudem sind die Spielgruppen ein wichtiges Element für die Umsetzung der obligatorischen Deutschförderung vor dem Kindergarten. Die Spielgruppen-Vertreterinnen stehen dem Gegenvorschlag eher skeptisch gegenüber. Das Erreichen eines Qualitätslabels würden die finanziellen Probleme der Spielgruppen nicht lösen, da brauche es mehr. Da die Spielgruppen nur für die Kinder aus dem selektiven Deutsch-Obligatorium einen finanziellen Beitrag des Kantons und der Gemeinden erhalten würden und sie die Elternbeiträge für die selbstzahlenden Eltern nicht so erhöhen können, dass die Vollkosten abgedeckt seien, seien die Erzieherinnen gezwungen, auf eine angemessene Entlohnung zu verzichten. Es finde eine Art Selbstaussbeutung statt. Weil die Löhne in den Spielgruppen so niedrig seien, sei es auch ganz schwierig, genügend Personal zu finden.

Das Initiativkomitee, das wir selbstverständlich auch angehört haben, hat klar zum Ausdruck gebracht, dass es ein Ziel der Initiative sei, das bestehende Angebot zu verbessern. Eltern sollen entlastet und die Qualität in den Kitas und Spielgruppen stabilisiert und erhöht werden. Zudem müsse die frühkindliche Förderung als Teil des Bildungsauftrags verstanden werden. Der vorliegende Gegenvorschlag habe einige gute Elemente, gehe aber zu wenig weit. Gemäss Berechnungen des Regierungsrats würden diese Verbesserungen im Gegenvorschlag erheblich weniger Kosten generieren, als die Initiative auslösen würde, nämlich nur etwa einen Fünftel davon. Für einen guten Kompromiss müsse man sich wenigstens in der Mitte treffen.

In der Diskussion dieses Gegenvorschlags hat es sich als sehr anspruchsvoll erwiesen, dass es für die gesamte familienergänzende Tagesbetreuung verschiedene Systeme, verschiedene Kosten und verschiedene Lohnklassen gibt. Da wir im Kanton Basel-Stadt einen verfassungsmässigen Anspruch der Familien auf einen familienergänzenden Betreuungsplatz für ihre Kinder haben, ist es auch verständlich und notwendig, dass der Staat Vorgaben macht und reguliert. Wenn diese Vorgaben aber nicht für alle Bereiche gleich sind, dann wird es schwierig. Die BKK fehlt darum ganz dringend, dass nach der Arbeit an diesem Gegenvorschlag die Arbeit an einer Synchronisierung der verschiedenen Systeme und entsprechend einer Vereinfachung der gesamten familienergänzenden Tagesbetreuung, sei es im Vorschulbereich oder im Schulbereich, in Angriff genommen werden muss.

Wie gesagt, schlägt die BKK vier Änderungsanträge vor. Der Kommission war es sehr wichtig, zu jedem der vier zusätzlichen Anträge einen verbindlichen Gesetzestext zu finden. Einerseits möchte die BKK sicherstellen, dass der Grosse Rat über jeden einzelnen Antrag abstimmen kann und andererseits möchte die BKK, dass vom Grossen Rat angenommene Anträge dann auch genau so umgesetzt werden. Sollte es zudem zu einer Volksabstimmung kommen, würde die Stimmbevölkerung klar sehen, welche Änderungen mit dem Gegenvorschlag vorgenommen würden und nicht nur über einen Finanzbetrag abstimmen können.

Zum ersten Antrag. Die BKK hat nach dem Hearing mit den Kita-Verantwortlichen feststellen müssen, dass die Löhne sowohl der pädagogisch ausgebildeten wie auch der pädagogisch nicht ausgebildeten Mitarbeitenden in den Kitas tiefer ist als die Löhne, die der Staat den Mitarbeitenden in den Tagesstrukturen bezahlt. Die Folge davon ist, dass ein Teil des Personals der Kitas in die Tagesstrukturen abwandert und den Kitas dann Mitarbeitende fehlen. Obwohl die Kitas als privatrechtlich organisierte Träger grundsätzlich frei wären, die Löhne ihrer Mitarbeitenden zu gestalten, ist das für die Kitas mit Betreuungsbeiträgen faktisch nicht möglich, sind doch diese Kitas finanziell durch die Modellkosten gedeckelt. Dieses Modellkostenband, das vom ED festgelegt wird, ist sehr eng und beschränkt die Möglichkeiten jeder Kita sehr ein. Darum können Löhne auch nicht einfach erhöht werden. Wenn in den Kitas das Personal aber immer wieder abwandert, weil die Löhne tief sind, hat das Auswirkungen auf die Qualität der Betreuung.

Zwar beinhaltet der Gegenvorschlag des Regierungsrats kleine Verbesserungen in Bezug auf Arbeitsbedingungen und die Betreuungsqualität, eine Mehrheit der BKK sieht diese aber noch nicht als genügend an und möchte mit einer Anhebung der Löhne auf die Stufe der Tagesstrukturen, die Abwanderung des Kitapersonals in die Tagesstrukturen, aber auch in andere Branchen verhindern helfen. Es geht der Mehrheit der Kommission auch darum, dass gleiche Arbeit gleich entlohnt wird, sofern die Qualifikation der Berufe miteinander vergleichbar ist. Das ist bei den Kitas und den Tagesstrukturen gegeben. Eine Kommissionsminderheit ist allerdings der Meinung, dass zuerst abgewartet werden soll, welche Wirkungen die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Massnahmen entfalten, bevor die Löhne angehoben werden sollen. Zudem erwartet die Minderheit, dass sich eine Nivellierung dieser Abwanderung einstellen wird, sobald der Ausbau der Tagesstrukturen abgeschlossen sein wird.

Die BKK beantragt dem Grossen Rat mit 7 zu 6 Stimmen, dass die in den Modellkosten für Kindertagesstätten mit Betreuungsbeiträgen hinterlegten Lohnklassen für Betreuungspersonal mit und ohne pädagogische Ausbildung an die Lohnklassen der Mitarbeitenden der Tagesstrukturen der Volksschulen angepasst werden. Die Anpassung der Modellkosten erfolgt auf Verordnungsebene. Die Kosten für diese Massnahmen werden mit 2,9 Millionen Franken pro Jahr veranschlagt. Die entsprechende Gesetzesänderung steht im schriftlichen Bericht der BKK.

Der zweite Antrag betrifft die Praktikas. Im regierungsrätlichen Gegenvorschlag wird vorgeschlagen, dass die freiwilligen Praktikas, die im Hinblick auf eine Lehre als Fachfrau oder Fachmann Betreuung und der Modellkosten Berechnung nicht mehr vorkommen. Diese Stellen, die bis jetzt als Personal ohne Ausbildung in den Modellkosten geführt wurden, sollen neu durch ausgebildetes Personal ersetzt werden. Das begrüsst die BKK grundsätzlich. Im Laufe der Diskussion vor allem mit



den Kita-Vertreterinnen mussten wir aber feststellen, dass die sogenannten obligatorischen Praktikas, welche im Rahmen der Ausbildung von Studierenden der Sozialpädagogik oder aus der FMS nach wie vor in den Modellkosten vorgesehen sind, von diesen Studieneinrichtungen gar nicht anerkannt werden und somit auch nicht nachgefragt werden. Das heisst, diese Stellen können gar nicht besetzt werden.

Aufgrund der vertieften Recherche, die das ED daraufhin gemacht hat, beantragt die BKK mit 8 zu 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen, diese obligatorischen Praktikas ganz aus dem Stellenschlüssel und entsprechend aus den Modellkosten zu streichen. Diese Praktikas sollen durch Betreuungspersonal ohne Ausbildung ersetzt werden. Die Massnahme wird mit 1,8 Millionen Franken pro Jahr veranschlagt.

Der dritte Antrag befasst sich mit den Firmenkitas. Wie bereits gesagt, sind Firmenkitas, bei denen Firmen die Differenz zwischen dem Vollkostenpreis pro Platz und Kind und dem Betreuungsbeitrag für Eltern finanzieren. Für diese gelten zwar die gleichen Bewilligungsvoraussetzungen wie für alle anderen Kitas auch. Sie erfüllen zudem die gleichen kantonalen Richtlinien in Bezug auf die pädagogische Qualität wie Kitas mit Betreuungsbeiträgen. Allerdings erfüllen sie die Bedingungen in Bezug auf die Aufnahmekriterien nicht. Sie sind ausschliesslich für Kinder von Eltern, die bei der Firma angestellt sind, offen. Daher sind sie Kitas ohne Betreuungsbeiträge.

Da der finanzielle Aufwand für die Firmen mit dem Gegenvorschlag zur Kita-Initiative sehr viel grösser würde, befürchtet eine BKK-Mehrheit, dass dann die Firmen ihre Kitas schliessen würden und das gut funktionierende System zerschlagen würde. Es sei bei der Akquise von hochqualifizierten Mitarbeitenden aber ein wichtiger Standortfaktor, wenn bei Bedarf sofort ein bezahlbarer Kita-Platz zur Verfügung stehen würde. Daher möchte die Kommissionsmehrheit, dass die Elternbeiträge bei den Firmenkitas auch vom Staat finanziert werden, allerdings ohne dass die Kitas Paragraph 13 des Tagesbetreuungsgesetzes vollständig erfüllen. Die BKK-Mehrheit sieht in der Erhaltung dieses Systems den Beibehalt des Status Quo und nicht einen Ausbau. Die Kommissionsminderheit findet, dass grundsätzlich alle Kitas nach denselben Massstäben beurteilt werden müssten. Sie kann es darum nicht unterstützen, dass die Firmenkitas ihre Plätze ausschliesslich für die Kinder von Eltern, die in der Firma angestellt sind, offen hat und sich diese Plätze über Betreuungsbeiträge finanzieren lässt. Ein diskriminierungsfreier Zugang und eine Durchmischung sind so nicht gegeben.

Die BKK beantragt mit 7 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen, dass Kindertagesstätten von Unternehmen, die Plätze mit Betreuungsbeiträge anbieten, bei Bedarf die Aufnahme auf Kinder von Mitarbeitenden des Unternehmens beschränken können. Die Kosten für diese Massnahme werden mit 2,3 bis 2,6 Millionen Franken pro Jahr veranschlagt.

Der vierte Antrag schliesslich möchte die Betreuungskosten ab dem dritten Geschwisterkind übernehmen. Ein Teil der Kommissionsmitglieder möchte, dass die Kosten für das dritte und alle weiteren Geschwisterkinder vollständig übernommen werden, da die finanzielle Belastung mit jedem zusätzlichen Kind und das bei gleichbleibendem Lohn erheblich zunehmen würde. Für diese Familien soll es eine grössere Entlastung geben. Für einen anderen Teil der Kommission ist der regierungsrätliche Gegenvorschlag schon sehr grosszügig, zudem würden geringverdienende Familien auch in anderen Belangen bereits entlastet.

Die BKK beantragt mit 6 zu 6 Stimmen bei einer Enthaltung mit Stichentscheid, dass ab dem dritten Geschwisterkind, das familienergänzend betreut wird, der Kanton und die Gemeinden Betreuungskosten übernehmen. Diese Kosten werden mit 700'000 Franken pro Jahr veranschlagt.

Diese von der BKK vorgeschlagenen Änderungen im Gegenvorschlag würden einen finanziellen Mehrbedarf von ca. 8 Millionen Franken auslösen.

Die in der BKK beschlossenen Anträge weisen eine gegenseitige Abhängigkeit auf. Sofern nun Anträge verworfen werden oder neue Anträge dazukommen, kann das einen finanziellen Einfluss auf die anderen Anträge haben. An dieser Stelle möchte ich aber wirklich darauf hinweisen, dass wir in der BKK um diesen Kompromiss gerungen haben. Dass wir uns bemüht haben, einen Kompromiss zu finden, der Anliegen von fast allen Anspruchsgruppen beinhaltet und dass wir uns bemüht haben, die zusätzlichen Anträge so zu formulieren, dass sie im Tagesbetreuungsgesetz aufgenommen werden können. Zudem möchte ich nochmals ganz klar sagen, dass die Verbesserungen, so wie sie im BKK-Gegenvorschlag vorliegen, so schnell als möglich ihre Wirkung entfalten müssten. Die Institutionen der familienergänzenden Tagesbetreuung sind darauf angewiesen. Zudem deuten die Signale des Initiativkomitees daraufhin, dass die Initiative zurückgezogen werden kann, wenn der BKK-Gegenvorschlag unverändert angenommen wird.

So empfiehlt die BKK, ihre zusätzlichen Anträge anzunehmen und entsprechend dem verbesserten Gegenvorschlag zuzustimmen. Sie empfiehlt ebenfalls, die Petition als erledigt zu erklären, da einige Aspekte der Petition in diesem Gegenvorschlag aufgenommen worden sind. Im schriftlichen Bericht der Kommission fehlt eine Empfehlung, wie der Grosse Rat mit der Initiative verfahren soll. Tatsächlich haben wir in der Kommission vergessen, darüber abzustimmen. Diese Frage muss der Grosse Rat ohne Empfehlung der Kommission entscheiden. Ich entschuldige mich dafür. Nun bin ich auf die Debatte gespannt und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Mitteilung: Besuch auf der Zuschauertribüne. Auf der Tribüne begrüsse ich Studierende der Politikwissenschaften an der Universität Basel mit Professorin Stefanie Bailer. Wir freuen uns über ihr Interesse an der Basler Politik. Herzlich willkommen.

Wir fahren fort mit der Debatte. Für den Regierungsrat das Wort hat Regierungsrat Conradin Cramer.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Heute haben wir gemeinsam grosses vor. Wir können die Kinderbetreuung in Basel heute nochmals massiv verbessern für die Kinder, für die Eltern, für die Mitarbeitenden in den Kitas und für unsere Wirtschaft. Das Massnahmenpaket, das wir heute diskutieren, ist für den Regierungsrat und ist für mich persönlich eines der Kerngeschäfte dieser Legislatur. Es geht um viel und wir können viel zum Guten bewegen. Aber der Reihe nach.

Basel-Stadt muss sich auch heute in der Kinderbetreuung nicht verstecken. Ganz im Gegenteil. Wir verfügen über ein qualitativ ausgezeichnetes und gut ausgebautes Angebot in der Kinderbetreuung und nehmen damit insbesondere im Vergleich mit den anderen Kantonen in der Schweiz eine klare Vorreiterrolle ein. Diese Vorreiterrolle, die haben wir ausgebaut in den letzten zehn Jahren. Wenn man sich anschaut, wie das Angebot und die Nachfrage sich entwickelt haben, dann kann einem ab und zu fast schon schwindelig werden. Und wir haben ja hier in diesem Grossen Rat, Sie haben vor vier Jahren das neue Tagesbetreuungsgesetz diskutiert und beschlossen. Damit haben wir unser System in die Gegenwart gebracht, da haben wir die Grundlage gelegt, auf der wir jetzt weiterbauen können.

Und wir wollen weiterbauen. Wir wollen die Zahl der Vorschulkinder in einer Kindertagesstätte oder in einer Tagesfamilie noch steigern. Heute sind es knapp die Hälfte der Vorschulkinder, die vom Angebot Gebrauch machen, rund 5'500 Kinder, eine beeindruckende Zahl, die weiter steigen wird. Der gesamtgesellschaftliche und auch der volkswirtschaftliche Nutzen von Investitionen in die frühe Kindheit und in die Familien und unterrichtsergänzende Kinderbetreuung ist unbestritten. Die Angebote für Vorschulkinder sind ein zentraler Bestandteil der frühen Förderung. Die Kinder werden gefördert in ihrer körperlichen Entwicklung, in ihrer kognitiven, sprachlichen und sozialen Entwicklung. Auch die Integration von Kindern aus nicht deutschsprachigen oder sozial benachteiligten Familien sowie von Kindern mit Behinderungen oder Entwicklungsauffälligkeiten wird ganz besonders in Kitas unterstützt. Die familienergänzende Kinderbetreuung ist auch eine Grundvoraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit oder auch von Familie und Aus- und Weiterbildung. Sie ist damit ein Schlüsselfaktor für die Gleichstellung von Frauen und Männern und sie ist eines unserer zentralen Mittel im Kampf gegen den aktuellen Fachkräftemangel.

Entsprechend verfolgen wir mit dem Massnahmenpaket drei Hauptziele. Wir möchten erstens das bestehende und bewährte Angebot sichern und weiterentwickeln. Dazu braucht es jetzt die Investitionen, gezielte Investitionen in die Betreuungsqualität und auch in die Arbeitsbedingungen. Das sind Massnahmen, die einerseits direkt den Mitarbeitenden in Kindertagesstätten und Tagesstrukturen zugutekommen, also den Personen, die das Angebot mit ihrer täglichen Arbeit sicherstellen, andererseits profitieren aber natürlich auch die betreuten Kinder von einer besseren Betreuungsqualität, von mehr qualifiziertem Personal.

Das zweite Ziel ist die finanzielle Entlastung der Eltern. Wir möchten die Betreuungsbeiträge an Eltern mit Kindern in familienergänzender Tagesbetreuung nochmals massiv erhöhen, auch übrigens die ergänzenden Beiträge für Spielgruppen mit Deutschförderung. Dazu einfach ein paar Zahlen. Heute ist besonders für Eltern, die keine staatlichen Beiträge bekommen, die Betreuung in einer Kindertagesstätte enorm teuer. Eine Betreuung an fünf Tagen pro Woche kostet bis zu 2'600 Franken pro Monat, bei zwei Kindern also 5'200 Franken pro Monat. Das sind Beträge, die auch für gut und sehr gut verdienende Eltern schwer finanzierbar sind. Mit den Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, die wir heute beschliessen wollen, mit dem ganzen Massnahmenpaket werden die Kosten in den Kitas entsprechend teurer. Wenn man das auf die vollzahlenden Eltern überwälzen würde, dann würden die Kosten für diese Eltern noch einmal deutlich höher. Die Anreize, ein Erwerbsumsatz nicht im gewünschten Mass aufrecht zu halten oder aufzunehmen, die wären da und das sind genau die Anreize, die wir ja nicht wollen. Es gebe auch Anreize, auf eine kostengünstigere Betreuung im Privathaushalt zu setzen, auch das wollen wir nicht, denn wir wollen in der Kita die gesamte Gesellschaft abbilden, wir wollen wirklich ein Kitasystem haben für alle Menschen im Kanton Basel-Stadt.

Das Ziel bleibt die Integration, die soziale Teilhabe und die Durchmischung. Aus diesem Grund ist es zentral, dass wir einen neuen Mindestbeitrag jetzt für alle Eltern mit Kindern mit Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt gewähren, einen Mindestbeitrag unabhängig von Einkommen und Vermögen. Mit diesem Mindestbeitrag sinken die Kosten für die Betreuung eines Kindes an fünf Tagen pro Woche von bisher bis zu 2'600 Franken auf maximal noch 1'600 Franken. Bei kleineren Pensen, das sind ja die üblichen, die meisten Kinder sind nicht fünf Tage die Woche in einer Kita, ist es entsprechend weniger, aber proportional natürlich dann dieselbe Vergünstigung.

Das dritte Ziel, das ist die Förderung von Familie und Erwerbsarbeit, die Vereinbarkeit von Familien und Erwerbsarbeit und damit ganz direkt verbunden der Kampf gegen den Fachkräftemangel und die Stärkung unseres Wirtschaftsstandorts. Entsprechend geht das Massnahmenpaket in seiner gesamtgesellschaftlichen Bedeutung und in seinen langfristigen Folgen weit über das jetzt konkret zu beschliessende hinaus. Wir machen hier wirklich etwas für unseren Kanton, für unseren Standort, das in ganz vielen Bereichen unseres Wohlstands, unserer Prosperität hineingreift.



Sie wissen, und die Präsidentin der BKK hat es auch gesagt, der Kanton Basel-Stadt ist vom Fachkräftemangel besonders stark betroffen. Das gilt einerseits in den Kitas selbst, aber das gilt natürlich in allen anderen Branchen, wo man darauf angewiesen ist, dass junge Eltern, namentlich junge Mütter bald nach der Niederkunft wieder eine Arbeit aufnehmen können und sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder in der Zeit, in der sie arbeiten, gut betreut sind und in bezahlbarer Weise betreut werden. Das alles können wir verbessern, können wir weiter sichern mit dem heute zur Diskussion stehenden Massnahmenpaket.

Wichtig sind dabei natürlich auch drei Punkte, die das Massnahmenpaket von der Initiative unterscheiden. Ich will auch darauf kurz eingehen. Regierungsrat und BKK halten mit dem Gegenvorschlag am geltenden Grundsatz einer Kostenbeteiligung der Eltern bei. Eltern, die gut verdienen, die Vermögen haben, die sollen weiterhin die Kinderbetreuung mitfinanzieren. Eine Gratisbetreuung bis zu den allerhöchsten Einkommen und höchsten Vermögen, wie das die Initiative «Kinderbetreuung für alle» fordert, die kann nach Überzeugung des Regierungsrats nicht der Weg sein. Ein solches unentgeltliches Angebot würde eine tiefgreifende Veränderung des ganzen Systems nach sich ziehen. Es gäbe eine verzerrte Kostenwahrnehmung, wir hätten auch Fehlanreize in der Belegung von Betreuungsplätzen. Dazu kommt auch, dass der Nachfragesprung, den es geben würde, gar nicht tragbar wäre für das System. Es wäre eine Überforderung für die Anbieter, wenn auf einmal bis zu zwei Tage gratis eine Kita besucht werden könnte durch alle Personen im Kanton Basel-Stadt.

Zweitens hält der Gegenvorschlag von Regierungsrat und BKK an den Anspruchsvoraussetzungen gemäss Tagesbetreuungsgesetz fest. Betreuungsbeiträge werden wie bisher dann gewährt, wenn Eltern arbeiten, eine Aus- oder Weiterbildung absolvieren, sonstige Betreuungsverpflichtungen haben. Es geht um die Vereinbarkeit von Familie und Erwerb bzw. Ausbildung / Weiterbildungstätigkeit.

Schliesslich ein Argument auch gegen die Initiative, das sind die Kosten. Die Kosten der Initiative, die sind schwierig zu berechnen, weil da vieles im Wagen ist, es ist ja auch eine unformulierte Initiative. Wir gehen aber auch, wenn wir ganz konservativ schätzen, davon aus, dass wir hier mit jährlichen Mehrkosten im dreistelligen Millionenbereich rechnen müssen und diese Kosten wären im Rahmen der Finanzplanung nicht angemessen, nicht finanzierbar. Ich bin aber überzeugt, dass der Gegenvorschlag von Regierungsrat und BKK die wesentlichen wichtigen Anliegen der Initiative gut und umfassend aufnimmt mit massiven Investitionen in die Kinderbetreuung.

Ich möchte zu den einzelnen Massnahmen und auch den Kosten des Gegenvorschlags zu sprechen kommen. Insgesamt reden wir hier von Mehrausgaben von rund 35 Millionen pro Jahr. Das sind die Anträge des Regierungsrats und die zusätzlichen Anträge der BKK, die der Regierungsrat mitträgt. Wir gehen davon aus, dass wir eine Nachfragesteigerung haben werden in den nächsten Jahren, ohnehin aufgrund des Bevölkerungswachstums, aber zusätzlich aufgrund der zusätzlichen Attraktivität. Entsprechend werden sich diese wiederkehrenden Kosten in den nächsten Jahren noch stärker erhöhen. Von diesen 35 Millionen sollen rund 15 Millionen für die Verbesserung der Betreuungsqualität und den Arbeitsbedingungen in den Kitas eingesetzt werden.

Dazu haben wir zusammen mit der BKK fünf Massnahmen: Erstens, der Ersatz der Praktika vor der Berufslehre durch pädagogisch ausgebildetes Personal. Das klingt nach wenig und nach etwas technisch, ist aber ein ganz entscheidendes Element. Es ist eine der zentralen Massnahmen. Zukünftig sollen Praktika vor der Berufslehre nur noch die Ausnahme sein und sie sollen nicht mehr im Betreuungsschlüssel angerechnet werden. Stattdessen sollen die Praktikantinnen und Praktikanten ersetzt werden durch ausgebildetes pädagogisches Personal. Das ist eine massive Verbesserung in der Betreuungsqualität und auch in den Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden der Kita, weil sie ein pädagogisch ausgebildetes Gegenüber haben, nicht mehr einen Praktikanten, eine Praktikantin, die man ja selbst ausbilden muss, die ab und zu vielleicht sogar eher noch mehr Arbeit verursacht, als sie abnimmt. Diese Massnahme ist teuer, sind rund 9 Millionen, aber sie ist ganz entscheidend zentral zur Sicherung und Weiterentwicklung des Angebots und auch ein langgehegter Wunsch der Kitabetreibenden. Entsprechend war sie auch nicht bestritten trotz des grossen Umfangs.

Zweitens werden wir auch in den schulexternen Tagesstrukturen und Tagesferien die Praktika durch pädagogisch ausgebildetes Personal ersetzen. Das ist also die analoge Regelung für die Kitas.

Drittens wollen wir die Qualitätsentwicklung in den Kindertagesstätten und in den Spielgruppen weiter fördern. Wir möchten Anreize setzen, dass Kitas Zeit und Geld bekommen, um bewährte Qualitätslabel auch anzustreben.

Und Viertens, und das ist nun der wesentliche wichtige Antrag der BKK, den der Regierungsrat mitträgt, wir möchten die Anpassung der Lohnklassen für das Betreuungspersonal in Kindertagesstätten an die Löhne des Betreuungspersonals in den Tagesstrukturen an unseren Schulen. Und dazu ist vorab schon auch noch zu sagen, es ist nicht so, dass im Kanton Basel-Stadt derzeit schlechte Löhne gezahlt werden in den Kitas im relativen, im Vergleich. Wenn wir uns anschauen, wie Kita-Mitarbeitende in anderen Kantonen, vom Ausland rede ich schon gar nicht, aber in anderen Kantonen bezahlt sind, dann stehen wir auch heute als Kanton Basel-Stadt gut da und unsere Lohnklassen, die Modellkosten-Lohnklassen heute entsprechen oder übertreffen die Empfehlungen von Kibesuisse, also dem schweizerischen Fach- und Branchenverband.

Dies vorausgeschickt, möchte ich aber trotzdem auch betonen, dass wir in den Kitas mit einer Tieflohnbranche zu tun haben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verdienen weniger als in anderen Branchen und das führt auch dazu, dass wir eine



relativ hohe Fluktuation in Betreuungseinrichtungen haben. Die Leute haben Gelegenheiten, gerade in Zeiten des heutigen Fachkräftemangels, für ihre Arbeit auch besser entlohnt zu werden. Das ist einer der Anreize, die Stelle zu wechseln, nicht der einzige, aber natürlich doch ein wichtiger.

Und dem wollen wir begegnen, indem wir für pädagogisch ausgebildetes Personal in der Tagesbetreuung neu mit Lohnklasse 10 rechnen, nicht mehr wie bisher mit 9 und für das Betreuungspersonal ohne pädagogische Ausbildung neu mit Lohnklasse 7 statt Lohnklasse 4. Das ist also nochmals ein massiver Anstieg. Ich glaube, das ist der richtige Weg, dass wir tatsächlich direkt die Löhne verbessern in den Kitas. Das ist nicht ganz günstig selbstverständlich, aber es wird uns helfen, die zusätzliche Nachfrage auch wirklich auffangen zu können, Anreize zu setzen, dass neue Kitas aufgehen, dass bestehende Kitas prosperieren können, das Personal länger bleibt, dass der Beruf attraktiver wird. All das spricht für diesen Antrag der BKK und ich möchte der BKK sehr herzlich danken, dass sie hier mit Nachdruck und Hartnäckigkeit uns gefragt hat und gelächelt hat, wie man denn hier verbessern könnte und sich dann für diesen Antrag, es waren ja noch andere im Raum, so entschieden hat.

Und Fünftens, das ist ein Antrag, den ebenfalls verdankenswerterweise die BKK eingebracht hat, die Präsidentin hat es erleuchtet, wir wollen, dass die verbleibenden obligatorischen Praktika durch Betreuungspersonal ohne pädagogische Ausbildung ersetzen. Die Präsidentin hat es geschildert, diese obligatorischen Praktika spielen eine viel kleinere Rolle heute als früher, entsprechend kann man das streichen, das war auch nicht umstritten. Ich glaube, das sind diese fünf Massnahmen jetzt für Arbeitsbedingungen und Verbesserung der Betreuungsqualität.

Jetzt kommt noch der zweite Teil des Massnahmenpakets und hier geht es direkt um die Eltern. Wir wollen die finanzielle Entlastung der Eltern massiv verbessern und wir wollen dafür 20 Millionen pro Jahr, bei den heutigen Zahlen, investieren. Auch da haben wir fünf Massnahmen. Die erste Massnahme, das ist generell die Erhöhung der Betreuungsbeiträge in der Tagesbetreuung. Das ist eine Massnahme, von der diejenigen Eltern profitieren, die bereits heute Betreuungsbeiträge erhalten. Mit der Totalrevision des Tagesbetreuungsgesetzes haben wir den Beitrag der Eltern an die Kosten der Tagesbetreuung von zehn Prozent des Einkommens auf acht Prozent bereits gesenkt und nun möchten wir sie weiter senken auf nur noch vier Prozent des Einkommens. Das ist also nochmal eine starke finanzielle Entlastung für Eltern, die bereits heute in den Genuss von Beiträgen kommen. Das kostet 5,4 Millionen Franken rund, ist aber natürlich ein zentrales Element.

Wir möchten zweitens den maximalen Betreuungsbeitrag in der Tagesbetreuung noch erhöhen. Bis jetzt ist es so, dass der Mindestbeitrag der Eltern 300 Franken pro Monat für einen Vollzeitplatz entspricht. Das sind Eltern, die nicht in der Sozialhilfe sind. Sozialhilfeempfänger bekommen die Kita voll bezahlt von der Sozialhilfe, aber es sind diejenigen Eltern, die gerade aus der Sozialhilfe gekommen sind oder keine Sozialhilfe beantragt haben. Die Zahlen bis jetzt 300 Franken für einen Vollzeitplatz. Das ist in Relation zur Gegenleistung natürlich nicht viel in absoluten Zahlen, aber für diese Eltern kann es eine Belastung sein, kann es sogar verhindern, dass sie Kinder in eine Kita bringen oder eine Arbeitstätigkeit aufnehmen. Entsprechend wollen wir diesen Beitrag halbieren auf 150 Franken. Wir wollen es auch da nicht ganz gratis machen, um auch diesen Eltern das Gefühl geben zu können, dass sie selbst etwas beitragen nach ihren Kräften. 150 Franken pro Woche, also sprich 30 Franken pro Tag, das wäre dann der Beitrag. Das kostet nur 200'000 Franken, betrifft auch nicht allzu viele Familien, aber ist für diese Familien eine enorm gute zielgerichtete Massnahme.

Dann möchten wir drittens, das habe ich schon erläutert, den Mindestbeitrag in der Tagesbetreuung einführen für alle Eltern, so dass es neu auf maximal 1'600 Franken kommen soll. Das ist eine teure Massnahme selbstredend, gut 10 Millionen Franken kostet das, aber wie schon gesagt, zentral, um dem Fachkräftemangel zu begegnen, zentral, um die Durchmischung in Kitas sicherzustellen, zentral auch einfach für diejenigen Eltern, die zwar gut verdienen, aber sich nicht bei zwei Kindern 5'200 Franken im Monat leisten können, dass die auch sich für eine Kita entscheiden und vielleicht nicht für eine Nanny.

Viertens möchten wir den Geschwisterbeitrag für alle einführen. Wir haben ja ein Rabatt jetzt bei zwei Kindern von 20 Prozent, bei drei und mehr Kindern sind es 30 Prozent. Das sind bisher nur für diejenigen Eltern, die Betreuungsbeiträge haben, neu soll das für alle Eltern gelten. Das kostet eine halbe Million.

Und schliesslich fünftens wollen wir die ergänzenden Beiträge in Spielgruppen mit Deutschförderung erhöhen. Auch das eine wirksame Massnahme für dieses wichtige Angebot, über das wir ja in anderem Zusammenhang in der Beratung der BKK noch ausführlicher diskutieren wollen, wie wir unser Spielgruppenangebot ausbauen und stärken können.

Schliesslich hat die BKK einen weiteren wichtigen Antrag eingebracht, nämlich zum Erhalt des Systems der Firmenkitas, die Präsidentin hat das schon erläutert. Tatsächlich ist es so, dass es für die Firmenkitas schwieriger wird, konkurrenzfähig zu bleiben gegenüber dem sonstigen Angebot. Sie müssten die Beiträge an die Eltern massiv erhöhen und die Unternehmen haben uns teilweise signalisiert, dass sie sich dann verabschieden würden, ihre Kitas entweder schliessen würden oder in andere Hände übergeben würden und das wollen wir natürlich vermeiden. Wir sprechen hier übrigens von 311 bewilligten Plätze. Es gibt sechs Firmenkitas, das sind die Kitas von Novartis, Roche, Baloise und des Universitätsspitals. Die BKK-Mehrheit zusammen mit dem Regierungsrat möchten es diesen Kitas ermöglichen, weiter so bestehend zu bleiben, wie sie jetzt bestehen, aber neu in den Genuss von Betreuungsbeiträgen des Kantons zu kommen und macht deshalb eine



Ausnahmebestimmung von diskriminierungsfreiem Zugang, so dass es möglich ist, dass prioritär Kinder von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aufgenommen werden. Das ist eine Entlastung, die dem ganzen System zugutekommt, aber auch konkret für diese Firmen sehr wertvoll ist. Entsprechend wird der Regierungsrat prüfen, ob die Mehrkosten dadurch in das noch auszuarbeitende Paket zur OECD-Mindeststeuer auch aufgenommen werden kann. Aufgrund dieser Überlegung stimmt auch der Regierungsrat diesem Antrag zu.

Es gibt noch einen weiteren Antrag der BKK, dem wir nicht zustimmen, das ist die Gratisbetreuung des dritten Geschwisterkinds. Bei den Detail-Anträgen werde ich dazu noch ausführen können, nur ganz kurz, warum wir da nicht einverstanden sind. Die Massnahme kostet «nur» 700'000 Franken, das ist in dem Sinne nicht matchentscheidend, aber es würde falsche Anreize im System schaffen. Wir wollen auch wirklich keine Gratisangebote für bestimmte Gruppen, wir reden hier übrigens von 50 Familien, die das betreffen würde, und wir wollen auch nicht Anreize setzen, dass man die Kinder möglichst lange in den Kitas behält, damit man möglichst drei Kinder im Kitasystem hat, sondern die Idee ist natürlich, dass Kinder, die in der Schule sind, dann auch in die schulischen Tagesstrukturen gehen. Also das würde einfach keine guten Anreize schaffen und deshalb bittet der Regierungsrat Sie, diesen einen Antrag abzulehnen. Sonst sind wir ja im vollen Konsens.

Jetzt noch kurz zum weiteren Vorgehen. Wir möchten möglichst schnell umsetzen. Die Kitas wollen die Lohnerhöhungen, die Eltern brauchen die zusätzlichen Beiträge, der Fachkräftemangel wartet nicht auf uns. Deshalb das Ziel, dass wir per 1. August nächsten Jahres 2024 umsetzen. Warum 1. August, mitten im Jahr. Dies deshalb, weil dann das Schuljahr beginnt und das der Punkt ist, wo es an sich in den Kitas mehr Wechsel gibt als beim Jahreswechsel, beim Kalenderjahreswechsel, entsprechend 1. August, das wäre das Ziel. Das ist natürlich, das wissen Sie auch, nur möglich, wenn es keine Volksabstimmung gibt, also wenn die Initiative zurückgezogen wird.

Und auch das hat die Präsidentin als Auftrag formuliert, wir haben uns den Auftrag als Regierungsrat auch selbst gegeben im Ratschlag, mit dem ist es nicht erledigt, es geht weiter. Wir möchten die Systeme der Tagesstrukturen mit der vorschulischen Betreuung, mit der familienergänzenden ausserschulischen Betreuung besser abgleichen. Wir möchten diese historisch gewachsenen Systeme weiter näher aneinander führen, die Tarifstrukturen besser aufeinander abstimmen, um die letzten Fehlanreize, die es noch gibt, auch noch zu beseitigen. Das werden wir angehen unmittelbar nach Umsetzung dieses Grosspakets, so dass wir weiterhin Pioniere bleiben im Kanton Basel-Stadt, weiterhin an vorderster Front das tun, was wir können als Kanton für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für faire Arbeitsbedingungen, für eine exzellente Betreuungsqualität für unsere Kinder.

Ich möchte zum Schluss danken, ich möchte mich dem Dank anschliessend der Präsidentin der BKK. Es wurde viel gearbeitet von vielen Seiten, damit dieses Paket heute Ihnen so vorgelegt werden kann. Die BKK hat in ihrer Debatte äusserst wertvolle Anregungen gebracht, wir haben intensiv diskutiert und ich glaube, der beste Beweis dafür ist, dass der Regierungsrat sich heute den Anträgen der BKK weitestgehend anschliessen kann. Entsprechend schliesse ich mich auch der Bitte an, dies nun als Kompromiss so zu sehen und keine weiteren Änderungen da vorzunehmen.

Und ganz am Schluss, das ist der wichtigste Dank, der geht an diejenigen Menschen, die das System tragen. Das sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kitas, das sind aber auch die unternehmerisch denkenden Frauen und Männer, die selbst Kitas aufbauen. Das sind die ehrenamtlichen Vereine, die Kitas betreiben, mit viel ehrenamtlicher Arbeit. Es ist ein grossartiges System, ein vielfältiges System, das wir in Basel-Stadt haben. Wir wollen es weiter stärken und pflegen, damit es gut vorbereitet ist auf die weiter wachsende Nachfrage.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Eric Weber. Nehmen Sie sie an? Sie wird abgelehnt. Nun kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Erste Fraktionssprecherin für die SP ist Melanie Nussbaumer.

Melanie Nussbaumer (SP): Normalerweise dränge ich mich nicht einfach so vor, aber ich halte dieses Votum nicht nur im Namen der SP-Fraktion, sondern auch als Mitglied des Initiativkomitees «Kinderbetreuung für alle» und damit werde ich auch Informationen mitteilen, die wahrscheinlich für die weitere Debatte wichtig sind.

Am 17. Juni 2021 haben wir als SP Basel-Stadt die Initiative «Kinderbetreuung für alle» mit über 3'000 Unterschriften eingereicht, dies nachdem wir während Corona ein paar Monate mit unzähligen freiwilligen Helferinnen und Helfer der SP Unterschriften gesammelt haben. Deshalb will ich an dieser Stelle zuerst ein grosses Dankeschön an alle Unterschriftensammlerinnen und -sammler und Unterstützerinnen und Unterstützer weitergeben und natürlich auch ein grosses Dankeschön an die mehr als 3'000 Unterzeichnenden der Initiative. Denn ohne diese könnten wir heute knapp zweieinhalb Jahre später nicht über dieses wichtige Anliegen entscheiden. Ja, über diesen Meilenstein mit massiven Verbesserungen für Kitas und Familien. Und auch wenn das jetzt der Regierungsrat für sich beansprucht, wurde natürlich dieses Kernanliegen des Regierungsrates nur möglich, weil wir für diese Initiative gesammelt haben. Aber vielleicht war es ja auch unser Kernziel, dass der Regierungsrat das Anliegen für sich beansprucht. Auf jeden Fall wollte ich mich auch noch beim Initiativkomitee für die gute gemeinsame Arbeit in den letzten Jahren bedanken.



Bei der Vorbereitung für dieses Votum ist mir wieder in den Sinn gekommen, dass die Lancierung der Initiative im Jahr 2020 aufgrund des Lockdowns verschoben werden musste. Das waren verrückte Zeiten, vielleicht können Sie sich erinnern. Vielleicht können Sie sich noch daran erinnern, dass Kitas geöffnet haben mussten während des Lockdowns, damit Eltern mit systemrelevanten Berufen weiterhin arbeiten konnten, was wiederum ganz klar aufzeigt, wie absolut systemrelevant Kitas sind. Und natürlich müssen wir auch für die Kita-Mitarbeitenden mehr als nur Klatschen und Jessica-Brandenburger wird deshalb im Einzelvotum auf die Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen und diese wertvolle Arbeit der Kitas eingehen. Übrigens hätten auch Mitarbeitende von Spielgruppen, Tagesfamilien und auch von externen Tagesstrukturen sehr viel bessere Bedingungen verdient, aber darüber werden wir ein anderes Mal reden müssen.

Bevor ich nun auf den Gegenvorschlag eingehe, ein paar grundsätzliche Überlegungen, warum wir damals die Initiative lanciert haben. Es ist eine Tatsache, dass Kinder in den ersten Lebensjahren über sehr hohe Lern- und Entwicklungskapazitäten verfügen und diese Jahre somit prägend für die gesunde Entwicklung sind. So unterstützt frühkindliche Bildung und Betreuung die soziale, emotionale, kognitive, körperliche und psychische Entwicklung von Kindern hin zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten. Kitas, Tagesfamilien und Spielgruppen bieten eine anregungsreiche Lernumgebung ergänzend zur Umgebung zu Hause. Es ist deshalb im Sinne von uns allen, dem Sozialstaat, den Schulen, der Wirtschaft, der gesamten Gesellschaft, dass alle Kinder von einer solchen Lernumgebung profitieren können. Das bedeutet am Schluss Chancengleichheit.

Und damit alle davon profitieren können, müssen zwingend die Hürden, um davon Gebrauch zu machen, möglichst tief gehalten werden. Und eine solche Hürde besteht, wenn die Kita-Plätze zu teuer sind. Besonders für mittelständische Familien mit mehreren Kindern im Vorschulalter stellen die bisher hohen Kosten für die Kinderbetreuung eine grosse Belastung dar. Aus diesem Grund verzichtet dann auch oft ein Elternteil auf die Erwerbsarbeit oder arbeitet in einem sehr tiefen Pensum. In den allermeisten Fällen ist das die Frau. Wenn eine Frau mehrere Jahre aufgrund der Familie oder eben wegen den zu hohen Kosten der Kinderbetreuung auf eine Erwerbsarbeit verzichtet, dann wirkt sich das auf ihr ganzes weiteres Erwerbsleben und ihre Rente aus. Die Erwerbstätigkeit ist deshalb ein zentrales Element auf dem Weg zur Gleichstellung der Geschlechter. Wer eine höhere Erwerbsquote will, wer mehr Gleichstellung will, muss deshalb die Vereinbarkeit von Beruf und Familie vereinfachen, zum Beispiel mit tieferen oder im besten Fall keinen Kita-Gebühren. Nur so wird echte Wahlfreiheit für Eltern geschaffen, damit bezahlte und unbezahlte Arbeit frei untereinander aufgeteilt werden kann und nicht automatisch die Person mit dem kleineren Gehalt zu Hause bleibt.

Eine höhere Erwerbsquote von Frauen ist aber nicht nur wichtig in Bezug auf die Gleichstellung, sondern ist natürlich auch im Interesse der Wirtschaft, wir haben es gehört. Dass das nun auch der Gewerbeverband und der Arbeitgeberverband von Basel-Stadt mit ihrer Empfehlung für den Gegenvorschlag eingesehen haben, das freut uns sehr. Die Verbände haben sich bewegt, ja, sie mussten sich bewegen und ihre Scheuklappen ablegen, weil sich eben in den letzten Jahren der Arbeitskräftemangel in allen Branchen gezeigt und verstärkt hat. Diese gesamtgesellschaftliche Herausforderung müssen wir unbedingt strukturell angehen und eine strukturelle Lösung ist zum Beispiel, ein gutes und kostengünstiges Kita-Angebot. Alle internationalen Studien weisen darauf hin, dort, wo die Kinderbetreuung gut ist, wo Vereinbarkeit von Beruf und Familie möglich ist, dort ist die Erwerbsquote höher. Unsere Initiative stärkt also auch den lokalen Arbeitsmarkt und die Wirtschaft.

Nun, Sie merken, als Initiativkomitee-Mitglied bin ich weithin begeistert von der Initiative und unserem geforderten Paradigmenwechsel, dass Kitas Service Public sein sollten und via Steuern gerecht finanziert werden. Deshalb beantragen wir auch formell, eine Empfehlung zur Annahme beim Stimmvolk. Je nachdem braucht es das aber gar nicht, denn heute reden wir ja nicht nur über die Initiative, sondern eben auch über den Gegenvorschlag. Wir konnten parteiintern das bereits diskutieren, wie wir damit umgehen. Unseren Entschluss haben wir den anderen Fraktionen auch im Voraus mitgeteilt und gerne mache ich das hier auch nochmals öffentlich.

Kommt der Gegenvorschlag, wie von der BKK beschlossen, durch, dann werden wir die Initiative zurückziehen. Formell entscheiden muss das natürlich das Initiativkomitee. Warum haben wir uns für den Rückzug entschieden. Wir finden es erstens wichtig, diesen Kompromiss, der breit abgestützt ist, mitzutragen. Das ist gelebte Demokratie. Auch wenn der Gegenvorschlag nicht den von uns geforderten Paradigmenwechsel bringt, bringt er für Eltern und Kita-Mitarbeitende und damit indirekt auch den Kindern sehr, sehr viel, und zwar schon bald ab nächstem Jahr. Die vom Regierungsrat vorgeschlagene finanzielle Entlastung der Familien ist substanziell. Bei den tiefsten Einkommen werden die Kosten halbiert, das ist natürlich sehr begrüssenswert, aber auch die Entlastung des Mittelstands geht sehr weit und das ist natürlich auch für uns wahnsinnig wichtig. Kinder zu haben entspricht weiterhin einem der grössten Armutsrisiken. Familien brauchen unbedingt mehr Zeit und Geld. Der Gegenvorschlag ist eine Antwort auf dieses Bedürfnis vieler Familien. Der BKK-Vorschlag entlastet zusätzlich noch Mehrkindfamilien, in dem ab dem dritten Kind nur die Verpflegungskosten bezahlt werden müssen und auch das macht Sinn, denn diese Familien sind noch armutsgefährdeter.

Der dritte Grund, warum wir den Gegenvorschlag mittragen, sind die verbesserten Arbeitsbedingungen, die er bringt. Die Kitas und die Mitarbeitenden sind unter Druck. Das ist nicht gut. Deshalb braucht es dringend Anpassungen. Gute Arbeit braucht gute Löhne. Wenn wir die Initiative zurückziehen, wird der Gegenvorschlag schon bald in Kraft treten gemäss Regierungsrat und das ist wichtig. Und natürlich ist es auch wichtig für die Kaufkraft der Familien in Zeiten von Inflation, höheren Mieten und Krankenkassenprämien.



Die SP Basel-Stadt hat die Initiative auch lanciert, ich habe es schon gesagt, weil eine gute Kita-Infrastruktur zu mehr Chancengleichheit führt. Chancengleichheit entsteht dann, wenn sich Kinder aus allen Schichten und unterschiedlicher Herkunft in den Kitas treffen und voneinander lernen. Die Firmenkitas, die exklusiv für Mitarbeitende sein sollen, entsprechen diesem Anliegen nicht oder nur wenig. Und trotzdem stellen wir keinen Antrag auf Ablehnung und auch keine zusätzlichen Anträge, weil wir eben den Kompromiss mittragen für die Familien und die Kita-Mitarbeitenden.

Zum Abschluss verspreche ich Ihnen, wir werden das als Kanton nicht bereuen. Mit diesem Gegenvorschlag werden wir die Familien entlasten, den Kindern Chancengleichheit ermöglichen, die Vereinbarkeit vereinfachen, die Gleichstellung stärken, den Arbeitskräftemangel entschärfen und die Arbeitsbedingungen verbessern. Jeder Franken, den wir in die Kinder investieren, wird sich langfristig auszahlen. Und in diesem Sinne bedanke ich mich noch ein letztes Mal bei den Mitgliedern der SP. Dank Ihnen werden viele Familien in Basel-Stadt ab nächstem Jahr nur noch die Hälfte der Kita-Gebühren zahlen müssen und Kita-Angestellte bekommen deutlich höhere Löhne. Und das zeigt, unsere Arbeit hat sich gelohnt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich habe schneller gedrückt als Melanie Nussbaumer, habe aber aus dramaturgischen Gründen auf mein Recht zum Erstvotum verzichtet. Wir wissen nun, dass die Initiative zurückgezogen werden wird, falls die SP auch wirklich das Initiativkomitee kontrolliert. Davon gehe ich aus, das haben wir jetzt alle gehört und können unsere Voten entsprechend einstellen. Ich habe es nicht gemacht, damit Sie dieses Lob der SP in extenso zuerst mitbekommen. Ich glaube, alle haben an diesem Resultat mitgearbeitet.

Es wurde auch gesagt, es werden keine Anträge gestellt bezüglich der Firmenkitas, da bin ich froh. Vielleicht noch etwas, so ganz genau haben Sie den Gegenvorschlag eben nicht gelesen. Sie sagen, diese Plätze seien exklusiv reserviert, aber ich meine, wir haben reingeschrieben, die Unternehmen können bei Bedarf eine Beschränkung machen auf die Mitarbeitenden. Das ist etwas anderes, als exklusiv reserviert und ich bitte, den Bericht der BKK nicht nur durch die ideologische Lupe zu lesen. Wir gehen davon aus, dass diese Firmenkita-Regelung so drinbleiben wird. Wir waren auch ein bisschen erstaunt, dass die Regierung diese Problematik übersehen hat und dass da die BKK als Reparaturwerkstätte agieren musste.

Das uns vorgelegte Geschäft ist inhaltlich und formell komplex. In inhaltlicher Sicht können wir vieles mittragen, was beispielsweise im Ratschlag des Regierungsrates zum gesamtgesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Nutzen von Investitionen in die frühe Kindheit und in familien- und unterrichtsergänzende Kinderbetreuung ausgeführt wurde. Wir sind auch froh darüber, dass eben kein Paradigmenwechsel vorgenommen wurde, sondern dass ein bestehendes System ausgebaut und verfeinert wird. Über das angemessene Mass von solchen Investitionen und die genaue Verteilung der bereitgestellten finanziellen Mittel kann und muss aber durchaus gestritten werden. Wären alleine die Prioritäten unserer Fraktion Ausschlag gebend, so wäre das Ergebnis der BKK in einigen Punkten näher am regierungsrätlichen Gegenvorschlag rausgekommen. Das berühmte dritte, vierte, fünfte, sechste, siebte Kind wurde schon angesprochen. Ich glaube auch, die Analyse, wer jetzt wirklich profitiert von dieser Befreiung des dritten Kindes respektive seiner Elternteile, von der Kostentragung ist unterschiedlich vorgenommen worden. Eine bürgerliche Ratskollegin hat mich darüber informiert, es würden eher Familien davon profitieren, die in das Wählerklientel der Bürgerlichen fallen und in der Hoffnung, dass das zutrifft, stimmen wir dem jetzt auch bei, entgegen der Regierung.

Das zeigt eben auch, dass das ganze Geschäft sehr komplex ist und da vielleicht ein bisschen übergreifende Überlegungen. Der regierungsrätliche Gegenvorschlag, wenn Sie den gelesen haben, der besteht formell nur aus einer geänderten Begriffsdefinition im Paragraph 2 Abs. 1 des Tagesbetreuungsgesetzes und einem neu eingeführten Absatz in Paragraph 8 dieses Gesetzes. Die Substanz des regierungsrätlichen Gegenvorschlages, und ich vergleiche die beiden Gesetzesbestimmungen, sind die Spitze des Eisberges an die ganze Substanz. Die Kosten und die entsprechenden Regelungen sind auf Verordnungsebene und dann im Budget als gebundene Ausgaben. Die neuen Verordnungsbestimmungen wurden uns nicht mitgeliefert und formell können wir darüber nicht beschiessen. Conradin Cramer hat einiges gesagt, wie dann die Modellkosten angesetzt werden, etc. und wir nehmen ihn beim Wort und trauen der Regierung, dass sie auch das dann macht, was sie im Ratschlag ausgeführt hat.

Aber es war auch eine Schwierigkeit in der Beratung in der Kommission. Wenn wir all die Vorschläge geprüft haben, um den Gegenvorschlag anzureichern, inhaltlich und finanziell, dann mussten wir zuerst etwas erfinden, worüber wir abstimmen konnten und das war nicht immer ganz einfach. Bei den Firmenkitas waren auch die Lobbying-Verbände nicht ganz sicher, wie sie das umsetzen wollen, was sie eigentlich vorschlagen wollten und da musste dann auch wieder die Kommission mit Hilfe der Verwaltung zuerst etwas abstimmungstaugliches produzieren. Ob das bei ähnlich komplexen Initiativen in Zukunft vielleicht ein bisschen einfacher gehen kann und vielleicht doch einiges von der Verordnungsstufe dann für einen Gegenvorschlag auf die Gesetzesstufe gehoben werden kann, damit auch darüber einzeln befunden werden kann, überlasse ich mal der Weisheit der Regierung. Aber es war formell komplex und vielleicht können wir auch gewisse Lehren daraus ziehen für andere Geschäfte dieser Art.



Wir haben nun die Hoffnung, dass hic et nunc der Gegenvorschlag in vernünftiger Form verabschiedet wird und wir werden auch nicht die SP testen, ob wirklich das dritte Kind ein Casus Belli wäre. Dann, das wurde schon ausgeführt, kann wirklich diese neue Regelung bald in Kraft treten auf das neue Schuljahr und das ist doch viel besser, als wenn wir dann doch noch eine Initiative annehmen würden resp. das Stimmvolk und dann eine weitere Runde drehen würden bei Regierung und dann wieder im Parlament und dann vielleicht nochmals beim Volk.

Insofern bitte ich Sie, der BKK zu folgen, teilweise mit grösserer und teilweise mit weniger grösserer Begeisterung, damit wir wirklich schnell eine wirkliche gute Umsetzung für unsere Bevölkerung und das Personal in den entsprechenden Kitas, etc. finden können. Und dies heisst auch, dass die Petition 459 als erledigt erklärt werden kann. In diesem Sinne danke ich auch allen Beteiligten bei diesem Geschäft und vor allem denjenigen, die wirklich die wertvolle Arbeit erbringen vor Ort.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Vieles wurde jetzt bereits auch von meinem Vorredner, David Jenny, erwähnt. Ich war mit ihm, das wird Sie nicht überraschen, im selben Lager bei diesen Abstimmungen. Wir hätten, wenn dieser Vorschlag mit mehr SVP-Stimmen bestückt gewesen wäre, sicherlich noch etwas mehr wie David Jenny auch für die liberale Eigenverantwortung geworben, denn es ist tatsächlich so, die SVP ist bei diesem Ausbau der Kinderbetreuung über die externe, über die familienergänzende Schiene deutlich kritischer wie vielleicht auch eine Mehrheit in diesem Hause. Wir appellieren hier durchaus etwas stärker auch an die Eigenverantwortung. Es ist so, dass wir hier in diesem Kanton bereits heute, und das ging auch ein wenig in der bisherigen Bewertung des Geschäftes vergessen, ein sehr grosszügiges System haben. Man hat immer das Gefühl, und das ist jetzt auch ein bisschen ein Votum an die Adresse des Initiativkomitees, dass wir in Basel bei null waren und jetzt dank dieser Initiative bei 60 sind, aber wir waren heute schon bei etwa 80 und sind jetzt vielleicht näher bei 100 wie bei 90.

Insofern glaube ich, müssen wir schon noch einmal uns auch vergegenwärtigen, was diese Initiative eigentlich wollte. Diese Initiative wollte, dass jeder, unabhängig, wie viel er verdient, in diesem Kanton gratis seine Kinder fremdbetreuen lassen kann. Das ist die Ausgangslage gewesen und das ist doch reichlich absurd. Ich zitiere hier gerne auch immer einen ehemaligen Regierungsrat, der gesagt hat, ein Regierungsrat mit einem Einkommen von über 250'000 Franken kann dann sein Kind genauso gratis in die Kita abgeben wie eine alleinstehende Reinigungsfachkraft. Das ist doch wirklich absurd und ich glaube, hier hat sich die SP mit dieser Initiative auch nicht wirklich einen Gefallen getan, wenn man hier einfach so mit der Giesskanne derart grosszügig sein will. Der Kanton hätte Kosten von über 125 Millionen Franken gemäss Berechnung und Schätzung des Regierungsrates pro Jahr gehabt, steigend. Das hat Regierungsrat Conradin Cramer auch gesagt, wenn mehr Angebot nachgefragt wird, kostet es mehr, das wäre schlicht nicht finanzierbar gewesen und es wäre auch absurd gewesen. Insofern bin ich sehr froh, hat sich nun das Initiativkomitee auch committed, dann ihre Initiative, wenn der Gegenvorschlag nun so durchkommt, zurückzuziehen.

Die SVP stimmt diesem Gegenvorschlag zu, die SVP stimmt diesem Gegenvorschlag aber sehr zähneknirschend zu. Ich habe es bereits erwähnt, wir waren und sind der Ansicht, dass in diesem Kanton für die externe Kinderbetreuung schon sehr viel getan wird. Deshalb ist es für uns auch sehr wichtig gewesen, dass die weiteren Wünsche in der Bildungs- und Kulturkommission möglichst gering gehalten werden und nichtsdestotrotz wird nun der Vorschlag des Regierungsrates, der ja etwa 28 Millionen Franken an Mehrkosten verursacht hat, noch einmal deutlich aufgestockt mit über 8 Millionen zusätzlich. Das darf man sich auch noch einmal so vergegenwärtigen, wir geben also noch einmal insgesamt künftig aufgerundet 40 Millionen Franken mehr aus pro Jahr, wenn man dann noch diese zusätzlichen Kosten, die Jahr für Jahr dazukommen, dazu rechnet, für die externe Kinderbetreuung. Das kann man toll und gut finden, wir müssen aber trotzdem auch schauen, dass dies in einem gewissen Sinne auch vernünftig bleibt, wenn wir die Ausgabenpolitik des Kantons anschauen. Das dünkt uns jetzt hier durchaus noch vernünftiger als das, was diese Initiative verursacht hätte, aber es ist schon auch eine Grenze, wenn wir schauen, was in anderen Kantonen hier geleistet wird.

Dann zum Thema, dieses Killerargument Fachkräftemangel. Ja, wir sind auch dafür, dass wir möglichst schauen, dass das inländische Potenzial benutzt wird, ich kann Ihnen aber auch sagen, ein Grund für diesen Fachkräftemangel ist der unerbittliche Wunsch der Linken nach immer mehr Teilzeitarbeit. Wenn die Leute immer weniger arbeiten wollen, brauchen Sie immer mehr Leute, das ist einfach eine Realität. Wenn Sie eine ungebremste Zuwanderung haben, und ich möchte jetzt keine zuwanderungskritische Diskussion hier anregen, aber wenn Sie eine immer stärkere Zuwanderung haben, dann benötigen Sie auch mehr Ressourcen. Das liegt auf der Hand, das kann man nicht abstreiten. Also dieser Fachkräftemangel ist zu einem gewissen Grad auch durch Wünsche nach weniger Arbeitsstunden pro Woche, nach mehr Teilzeitarbeit auch einfach hausgemacht. Das bitte ich Sie auch einfach einmal ein bisschen stärker in ihrer Argumentation, wenn Sie den Fachkräftemangel als Argument nehmen, zu berücksichtigen.

Wir werden den Anträgen der Bildungs- und Kulturkommission zustimmen. Wir werden den Abänderungsantrag der Regierung allerdings unterstützen. Hier weichen wir vom FDP-Sprecher David Jenny ab und wir sind ganz besonders froh, und das möchte ich jetzt doch auch zum Schluss noch quasi im Sinne der Gemeinsamkeit hervorheben, dass jetzt auch



seitens der Ratslinken kein Antrag bei den Firmenkitas gekommen ist. Ich glaube, das ist sehr wichtig. Hier musste ich beim Votum von Conradin Cramer etwas schmünzeln, so ganz Feuer und Flamme für diese Firmakitas war das ED aus meiner Erinnerung in den Hearings nun dann doch nicht. Wir mussten doch mehrfach auch das ED darauf hinweisen, dass diese Firmenkitas von grossen Steuerzahlern in unserem Kanton betrieben werden mit Roche, Novartis, Baloise und dem Universitätsspital. Also hier hätte man vielleicht auch schon von Beginn weg eher mit diesen Firmenkita-Vertretungen, die gut lobbyiert haben, da gebe ich David Jenny recht, das Gespräch suchen sollen, um nicht zu vergessen, dass es diese eben auch gibt.

Und wie man auch festhalten kann, noch einmal sehr deutlich, sie sind nicht exklusiv für diese Mitarbeitenden, aber gerade diese Firmen leisten mit ihrem Bekenntnis zum Standort Basel einen wichtigen Beitrag dafür, dass diese dann bald 40 Millionen zusätzlich überhaupt auch ausgegeben werden können. Denn wenn Roche, Baloise und Novartis morgen den Kanton Basel-Stadt verlassen würden, dann glaube ich, würde es finanzpolitisch für uns nicht mehr ganz so gut aussehen. Deshalb macht es auch Sinn, dass wir dieses System der Firmenkitas beibehalten, weil eben auch, wenn Sie gleichzeitig möchten, dass wir den Fachkräftemangel beheben, es durchaus auch sinnvoll sein kann, dass Firmen eine eigene Lösung haben, um allenfalls auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein zusätzliches Argument zu liefern, zu uns zu kommen, in unseren Kanton und sich hier niederzulassen. Also hier wäre ohne Firmenkitas tatsächlich auch etwas passiert, was dem System insgesamt schaden würde und das wäre nicht in unserem Sinne. Deshalb sind wir sehr froh, bleiben diese Firmenkitas so bestehen.

Wir bitten Sie also, dem Antrag der Bildungs- und Kulturkommission und den Anträgen zu folgen, mit Ausnahme des Antrages zum dritten Geschwisterkind. Da folgen wir dem Regierungsrat und bitten Sie dann auch, die Petition «Kita ist kein Kinderspiel» entsprechend abzuschreiben oder zu erledigen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegen zwei Zwischenfragen vor. Eine von Eric Weber und die andere von Amina Trevisan. Nehmen Sie sie an? Beide werden angenommen.

Eric Weber (Fraktionslos): Wenn Sie eigene Kinder haben, Joël Thüring, würden Sie sie in eine Kinderbetreuung geben in einer staatlichen Einrichtung oder in einer privaten Einrichtung?

Joël Thüring (SVP): Ich habe keine eigenen Kinder, deshalb stellt sich für mich diese Frage nicht.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Amina Trevisan bitte.

Amina Trevisan (SP): Die Bildung von Kindern ist ab Kindergartenalter auch kostenlos und wird mit Steuergeldern finanziert. Wie sehen Sie das?

Joël Thüring (SVP): Ja, das begrüsse ich, weil das ein Grundauftrag des Staates ist. Aber die externe Kindertagesbetreuung ist kein Grundauftrag des Staates aus meiner Sicht. Aber da gehen wir wahrscheinlich politisch unterschiedlich damit um, aber wir sind uns ja jetzt trotzdem hier grösstmöglich einig, hätte ich gesagt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Mit Blick auf die Uhr schliesse ich diese Sitzung. Wir fahren um 15 Uhr mit dem Votum von Nicole Kuster-Simon fort.

Schluss der 30. Sitzung

11:59 Uhr



Protokoll

der 31. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 18. Oktober 2023, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	<i>Bülent Pekerman, Grossratspräsident</i>
Protokoll:	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär Sabine Canton, II. Ratssekretärin Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
Abwesende:	<i>Salome Bessenich (SP), Seyit Erdogan (SP), Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP), Daniel Sägesser (SP)</i>

Verhandlungsgegenstände:

7.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Kantonale Volksinitiative "Kinderbetreuung für Alle" und Gegenvorschlag "für eine bedarfsgerechte, finanziell tragbare und qualitativ hochwertige familienergänzende Kinderbetreuung"	2
7.1.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Petition P459 "Kita ist kein Kinderspiel"	11
12.1.	Interpellation Nr. 122 Lydia Isler-Christ betreffend Haltung des Regierungsrats zur Anpassung der Tarifstruktur für ambulante Physiotherapie.....	11
12.2.	Interpellation Nr. 123 Mahir Kabakci betreffend die Sicherheitssituation im Kleinbasel	11
12.3.	Interpellation Nr. 124 Eric Weber betreffend Gewalt in Freibädern in Basel.....	12
12.4.	Interpellation Nr. 125 Christian C. Moesch betreffend Strompreis in Basel sowie der angekündigten Erhöhung per 1.1.2024	12
12.5.	Interpellation Nr. 126 Anina Ineichen betreffend Sofortmassnahmen im Solarausbau	14
12.6.	Interpellation Nr. 127 Franz-Xaver Leonhardt betreffend Schulwegsicherheit bei der Münchensteinerbrücke	14
12.7.	Interpellation Nr. 128 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Wirksamkeit der Vier-Säulen-Politik	15
12.8.	Interpellation Nr. 129 Michael Hug betreffend Erhalt des Café Spitz als Kleinbasler Gesellschaftshaus ...	16
12.9.	Interpellation Nr. 130 Stefan Wittlin betreffend Finanzierung von Covid-Tests.....	16
12.10.	Interpellation Nr. 131 Pascal Messerli betreffend Angriffskrieg gegen Israel: Weshalb zeigt die Regierung nicht Flagge?	18
12.11.	Interpellation Nr. 132 Daniel Seiler betreffend Beschwerde des Kantons Basel-Stadt sowie der Einwohnergemeinde der Stadt Basel gegen die Verkehrsanordnung der Kantonspolizei Basel-Landschaft in der Rheinstrasse zwischen Augst und Pratteln	19
12.12.	Interpellation Nr. 133 Joël Thüring betreffend »Samidoun - Tarnverein der terroristischen, marxistisch-leninistischen Palästinensischen Volksfront: Veranstaltungen/Verbindungen nach Basel und namentlich in linke Kreise»	19
12.13.	Interpellation Nr. 134 Luca Urgese betreffend Software-Probleme bei der Steuerrechnung.....	20
12.14.	Interpellation Nr. 135 Tim Cuénod betreffend der Öffnung des Gartenbades St. Jakob (Sportbad) Ende September / Anfang Oktober	22
8.	Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission der Universität Basel (IGPK Universität) zum Bericht des Regierungsrates betreffend Berichterstattung zum Leistungsauftrag 2022 der Universität Basel; Partnerschaftliches Geschäft.....	23
9.	Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für das Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2022; Partnerschaftliches Geschäft	27
10.	Ausgabenbericht betreffend Erhöhung des Staatsbeitrags für die BAS Beratungsstelle für Asylsuchende der Region Basel für die Jahre 2024 bis 2026	29
11.	Konsolidierte Rechnung des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2022	33



Beginn der 31. Sitzung

Mittwoch, 18. Oktober 2023, 15:00 Uhr

7. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Kantonale Volksinitiative " Kinderbetreuung für Alle" und Gegenvorschlag "für eine bedarfsgerechte, finanziell tragbare und qualitativ hochwertige familienergänzende Kinderbetreuung"

[18.10.23 15:00:13, 21.0998.05]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Nachmittagssitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen.

Hinweis zur Redeliste

Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass Sie aus der Redeliste fallen, wenn Sie die Karte aus dem System entfernen oder wenn wir das System in der Pause runterfahren. Entsprechend müssen Sie sich nochmals neu auf die Redeliste setzen.

Hinweis zum Abstimmen

Wir haben heute bemerkt, dass wenn Sie ein Mobiltelefon mit NFC-Funktion unmittelbar über dem Kartenleser liegen lassen, es sein kann, dass dieses stärker strahlt als Ihre Abstimmungskarte und sie dadurch nicht abstimmen können.

Falls Ihr Abstimmungssystem bei einer Abstimmung nicht funktionieren sollte, entfernen Sie dementsprechend bitte alle elektronischen Geräte über dem Kartenleser.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Ursprung der vorliegenden Diskussion ist die Forderung nach einer Gratisbetreuung im Umfang von 40% für alle, egal wie reich, wie beschäftigt die Eltern sind, es soll einfach 40% gratis Kita für alle geben, ohne dass ein Bedarf oder eine Not vorhanden ist. Dieser Gedanke widerstrebt einer liberalen Haltung und dem Streben nach Eigenverantwortung und nach bedarfsorientierter Stärkung Einzelner. Die LDP lehnt diese Forderung deutlich ab.

Die Regierung hat trotz dieser Extremforderungen einen guten Gegenvorschlag ausgearbeitet, welche grundsätzlich auf zwei Pfeilern beruht. Erstens soll durch eine grosse finanzielle Entlastung aller Familien bei den Elternbeiträgen Anreiz geschaffen werden, dass die Erwerbstätigkeit aufgenommen oder ausgeweitet wird. Damit soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden und dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden. Dies kommt der gesamten Wirtschaft zugute, was zu begrüessen ist. Der zweite wichtige Pfeiler ist die Verbesserung der Betreuungsqualität und der Arbeitsbedingungen in den Kitas. Dieser bereits gute Gegenvorschlag der Regierung wurde durch die BKK in mehreren Sitzungen sorgfältig und finanziell tragbar beraten, und es wurden vier zusätzliche Anträge verfasst, welche wir Ihnen zur Zustimmung empfehlen.

Der erste Antrag lautet, dass die Löhne der Kitamitarbeitenden an die Löhne der Tagesstrukturen angepasst werden. Realität ist, dass die Kitas einen enormen Fachkräftemangel zu verzeichnen haben, weil die Kitas in direkter Konkurrenz mit den schuleigenen Tagesstrukturen stehen, welche attraktivere Arbeitsbedingungen und Löhne bieten können. Mit einer Anpassung der Löhne in den Kitas soll dem Abwanderungstrend der Mitarbeitenden entgegengewirkt werden und der Beruf attraktiver gestaltet werden. Zudem werden alle Praktika aus dem Betreuungsschlüssel gestrichen und durch Personal ohne fachspezifische Ausbildung ergänzt. So erhalten die Kitas mehr Luft. Davon profitieren alle, und der Beruf kann stressfreier erschnuppert werden, was zukünftige Lernende generieren kann und dem Fachkräftemangel in Kitas entgegengewirkt werden kann.

Ein weiterer Antrag der Kommission betrifft die Firmenkitas, welche gemäss Gegenvorschlag keine Beiträge erhalten und vermutlich nicht mehr weiter existieren könnten. Deshalb wird das Tagesbetreuungsgesetz ergänzt, und diese Eltern erhalten neu auch Betreuungsbeiträge. Firmenkitas, welche grosse Bedeutung für den Wirtschaftsraum Basel haben, können weiterhin Bestand haben, was die LDP sehr begrüsst. Jede andere Lösung würde zu einer Ungleichbehandlung von Eltern und deren Kindern im Kanton Basel-Stadt führen, was nicht sein darf.

Ein weiterer Antrag der BKK ist die Übernahme der Betreuungskosten für das dritte Geschwisterkind. Dieser Antrag ist umstritten, wird von der LDP aber im Sinne eines Kompromisses gutgeheissen.



Zusammengefasst ist der vorliegende Gegenvorschlag mit den vier Anträgen der BKK das Ergebnis von rund 13 Kommissionssitzungen. Es ist ein wohlüberlegter, sehr grosszügiger, aber durchwegs lösungsorientierter Kompromiss, welcher uns allen zugutekommt, dem Fachkräftemangel bestmöglich entgegentritt und ich Ihnen im Namen der LDP zur Zustimmung empfehlen darf.

Aufgrund der vorgenannten Ausführungen beantrage ich Ihnen zudem die Petition «Kita ist kein Kinderspiel» als erledigt zu erklären.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Sandra Bothe Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Unsere Gesellschaft lebt von Diversität, sowohl in den Lebensformen als auch in den Lösungen zur Kinderbetreuung. Die Idee der Gratiskita spiegelt diese Realität nicht wider. Darüber hat sich die GLP-Gedanken gemacht, bevor angekündigt wurde, dass die Initiative zurückgezogen werde, falls der Gegenvorschlag angenommen wird.

Wir sind der Meinung, dass ein kostenloses kantonales Kitamodell bestimmte Familien bevorzugen würde und andere benachteiligen. Fakt ist, dass Kinder während der Erwerbstätigkeit ihrer Eltern qualitativ hochwertig betreut werden müssen, um gesund aufzuwachsen. Es gibt keine universelle Antwort auf die Frage, ob ein Kind besser in familiären Strukturen oder ausserhalb betreut ist oder beides. Von Bedeutung ist für uns, dass die Betrachtung individuell nach Situation und wertfrei erfolgt.

Die GLP begrüsst einen differenzierten Ansatz, der die Bedürfnisse möglichst vieler Familien und Kinder respektiert, anstatt ein Betreuungsmodell pauschal finanziell zu favorisieren. Für viele Familien sind Kitas heute aber unerlässlich, um Beruf und Familie überhaupt vereinbaren zu können. Die GLP spricht sich deshalb generell für ein gut ausgebautes System mit bezahlbaren und qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungsplätzen aus. In diesem Kontext unterstützen wir auch die etablierte Struktur der Firmenkitas, dies mit der Überzeugung, dass sich Investitionen in die Kinderbetreuung für unseren Wirtschaftsstandort langfristig auszahlen. Wenn wir die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Eltern problemlos arbeiten können, wirkt sich dies positiv auf unsere Kaufkraft und Steuereinnahmen aus. Besonders in Zeiten des Fachkräftemangels ist es von entscheidender Bedeutung, allen die Möglichkeit zur Erwerbstätigkeit zu bieten. Wir müssen darum Bedingungen schaffen, damit Väter und Mütter gleichermaßen die Betreuungsverantwortung und die beruflichen Herausforderungen bewältigen können.

Allerdings ist die familienexterne Kinderbetreuung für viele tatsächlich so teuer, dass sich Arbeiten für die zweitverdienende Person im Haushalt faktisch nicht lohnt. Besonders trifft dies Familien mit mehreren Kindern. Dadurch wird die Erwerbstätigkeit massiv belastet, wenn nicht bestraft, und dies sind Zeiten, in denen Familien zusätzliches Einkommen brauchen und wir gleichzeitig dringend nach Arbeitskräften suchen.

Die Grünliberalen unterstützen denn auch die Entlastung von Familien durch die Senkung der Elternbeiträge im Sinne des Regierungsvorschlags. Der Arbeitgeberverband Region Basel hat darauf hingewiesen, dass die Elternbeiträge gezielter festgelegt hätten werden können, statt die Anteile der Eltern für alle Einkommen und Vermögensgruppen mit einem grosszügigen Deckel zu versehen. Es dünkt mich deshalb wichtig zu betonen, dass die Anpassung der neuen Kitatarife einzig eine Angleichung an die kantonalen Tarife für Tagesstrukturen darstellt. Eltern ab mittlerem Einkommen, die ihre Kinder in einer Kita betreuen lassen, bezahlen bisher einfach erheblich mehr. Aus Sicht der Grünliberalen ist es nur fair, gleiche Bedingungen für alle Eltern im Kanton Basel-Stadt zu schaffen, unabhängig davon, welches Betreuungsangebot ihre Kinder besuchen.

Die Initiative fordert ebenso, die Betreuungsqualität zu verbessern, was durch den erweiterten BKK-Gegenvorschlag erreicht wird. Davon ist die GLP überzeugt. Die aktuellen Ungleichbehandlungen in Bezug auf die staatliche Lohnpolitik des Betreuungspersonals in Kitas gegenüber jenen in den schuleigenen Tagesstrukturen, wie es in der kantonalen Modellkostenrechnung festgelegt ist, ist höchst problematisch. Ich freue mich sehr darüber, heute von Regierungsrat Conradin Cramer zu erfahren, dass die Regierung den Grundsatz «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei gleicher Qualifikation» unterstützt, unabhängig davon, in welchem Angebot Mitarbeitende Kinder betreuen.

Die Investitionen in das Betreuungspersonal sowie die Praktikastreicherung im Betreuungsschlüssel verbessert direkt die Qualität und die vorhandenen Ressourcen in der Kita, dies zum Wohl der Kinder. Gleichzeitig wird damit die Berufstätigkeit in Kitas gesteigert und mindert die Abwanderung von Fachkräften in die kantonalen Tagesstrukturen mit zurzeit attraktiveren Arbeitsbedingungen samt familienfreundlichen Arbeitszeiten. Im Zentrum der Überlegung der GLP stehen vor allem aber die Bedürfnisse der Kinder. Die ersten Lebensjahre sind entscheidend für die kindliche Entwicklung und ihre Förderung, weshalb zuverlässige Bezugspersonen unabdingbar sind. Fehlen diese aufgrund von Personalfuktuation oder Personalmangel, ist die gesunde Entwicklung gefährdet.

Die Grünliberalen unterstützen den Gegenvorschlag der Bildungs und Kulturkommission mit Überzeugung. Wir sehen darin eine ausgewogene Lösung, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in einer modernen, liberalen Gesellschaft ermöglicht.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Heidi-Mück.

Heidi Mück (GAB): Ich habe mich schon lange nicht mehr im Rahmen der Kommissionsarbeit so ausführlich und intensiv mit einer Vorlage auseinandergesetzt wie mit dem vorliegenden Gegenvorschlag zur Initiative «Kinderbetreuung für alle» kurz Kitainitiative, und das sage ich, obwohl ich erst im Laufe der Verhandlungen dazugestossen bin und das Geschäft von meiner geschätzten Kollegin Beatrice Messerli übernommen habe. Sie sitzt hier auf der Tribüne und ich freue mich sehr, dass sie hier ist.

Der vom Regierungsrat präsentierte Gegenvorschlag kann als Schritt in die richtige Richtung bezeichnet werden. Er ist jedoch ziemlich weit weg von den eigentlichen Forderungen der Initiative, so dass die BKK tatsächlich Verbesserungspotential gesehen hat. Der nun vorliegende Gegenvorschlag der BKK bringt zwar noch immer keine Gratiskinderbetreuung für alle, kommt jedoch einem weiteren Anliegen der Initiative, nämlich der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Kitas, entgegen.

Die Zeit, die wir in der BKK mit dieser Vorlage verbracht haben, hat sich meiner Ansicht nach sehr gelohnt, insbesondere dass wir uns die Zeit genommen haben für die verschiedenen Hearings. Das war wichtig für unsere Meinungsbildung, aber auch für die Gäste, die wir in der BKK empfangen haben. Wichtig war auch, dass wir die Erkenntnisse, die wir aus den Hearings gewonnen haben, immer wieder im Dialog mit dem ED gespiegelt haben. Damit will ich nicht sagen, dass die BKK-Beratungen einfach eitel Sonnenschein waren und wir uns immer einig waren. Es zeigt sich ja schon in den knappen Mehrheitsverhältnissen bei den Anträgen, dass hier intensiv gerungen wurde.

Die Erkenntnis, dass es bei den Kitas dringend Verbesserungen braucht, die weitergehen als der regierungsrätliche Gegenvorschlag, setzte sich jedoch mehrheitlich durch. Insbesondere die frappierenden Unterschiede bei den Arbeits- und Lohnbedingungen in Kitas und denjenigen der Tagesstrukturen sind stossend und nicht erklärbar. Kein Wunder, dass das Personal haufenweise von den Kitas zu den Tagesstrukturen wechselt. Um diesem Problem zu begegnen, wurde die Änderung von § 13 Abs. 1g beschlossen, und es soll nun heissen: «Eine Kindertagesstätte, die Plätze mit Betreuungsbeiträgen anbietet, muss die branchenüblichen Anstellungsbedingungen einhalten, wobei sich die Entlöhnung des Betreuungspersonals nach den massgeblichen Lohnklassen für das Betreuungspersonal der Tagesstrukturen der Volksschulen zu richten hat.»

Es gibt also eine Angleichung der Löhne. Zudem sollen auch die Praktikant:innen nicht mehr zum Betreuungsschlüssel gezählt werden. Diese Änderung nimmt Rücksicht darauf, dass die meist sehr jungen Menschen, die Praktika in Kitas absolvieren, nicht einfach gleich wie voll ausgebildetes Fachpersonal gezählt werden können. Und diese Änderung verspricht eine wichtige Entlastung für das ganze Personal der Kitas.

Diese beiden Änderungen im BKK-Bericht sind für die Fraktion GA B das Kernstück, das für den Gegenvorschlag spricht. Ohne diese beiden Verbesserungen wäre der Gegenvorschlag für uns nicht annehmbar. Der Antrag betreffend die Firmenkitas ist für uns ein Wermutstropfen, denn er widerspricht unserer Meinung nach dem Prinzip, dass nur Kitas, die einen diskriminierungsfreien Zugang für alle Kinder bieten und nicht exklusive Angebote, in Genuss von Betreuungsbeiträgen für Eltern kommen sollen. Ebenso hätten wir uns eine weitergehende Entlastung von Eltern mit tiefem Einkommen gewünscht und bedauern es sehr, dass nicht einmal für Eltern, die Prämienverbilligungen beanspruchen müssen, eine weitere Reduktion des Betreuungsbeitrags möglich ist. Und auch die Forderungen der Petition »Kita ist kein Kinderspiel« wurden ja nur teilweise erfüllt. Dass das Anliegen der kinderfreien Arbeitszeit separat berechnet werden soll, ist für uns glasklar nachvollziehbar. Wie soll eine Fachperson gleichzeitig Kinder betreuen, wenn sie ein Elterngespräch führt? Und sollen die Betreuungspersonen ihre Berichte für Eltern und Fachstellen in der Freizeit schreiben? Schon nur diese beiden Fragen zeigen auf, dass es noch einige Baustellen im System der Kitas gibt.

Ebenso geht es uns mit der Forderung nach einem differenzierten Betreuungsschlüssel nach Alter der Kinder. Es macht einen Unterschied, ob ein zweijähriges Kind oder ein Schulkind betreut wird, aber aktuell wird nur zwischen Kindern bis eineinhalb Jahren und allen anderen Kindern unterschieden. Auch hier besteht also aus unserer Sicht durchaus Verbesserungspotenzial.

Bei der Frage, ob die Kitabetreuung für das dritte Kind nun gratis sein soll, war sich das GA B nicht einig. Das war ja auch innerhalb der Kommission der knappste von allen knappen entscheiden. Dieser Antrag ist für uns aber wie für viele andere nicht matchentscheidend und dennoch, wir werden einen allfälligen Streichungsantrag mehrheitlich nicht unterstützen.

Fazit: Wir begrüssen die Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen in den Kitas sehr und tragen deshalb den Gegenvorschlag mit, sofern keine namhaften Änderungen mehr beschlossen werden. Wir haben es gehört, die Initiative wird nun zurück zurückgezogen, falls das so kommt, wie wir uns wünschen. Wir hätten der Initiative und dem Gegenvorschlag zugestimmt, bei der Stichfrage wären wir aber im Moment sowieso beim Gegenvorschlag gewesen. Daher finden wir die Lösung, die sich jetzt abzeichnet, sehr gut.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die nächste Fraktionssprecherin für die Fraktion Mitte-EVP ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Auch die Fraktion Mitte-EVP wird dem BKK-Bericht, wie er nun vorliegt, zustimmen, und ohne Änderungsanträge unterstützen. Es wurde von vielen Vorrednern und Vorrednerinnen schon dargelegt, warum es so wichtig ist, dass der Zugang zur familienergänzenden Kinderbetreuung möglichst leicht und gut ist. Darum begrüssen wir es auch, dass schon im Vorschlag des Regierungsrats substanzielle Verbesserungen bei den Beiträgen gemacht worden sind und finden auch die Ergänzung der BKK eine gute Verbesserung. Ausnahme ist auch bei uns, dass das dritte Kind gratis sein soll, aber wir werden, wie es auch von mehreren Rednerinnen und Rednern gesagt worden ist, dem jetzt trotzdem so zustimmen, um diesen Kompromiss nicht zu gefährden.

Wir sind aber ebenfalls überzeugt, dass es richtig ist, dass weiterhin vermögen- und einkommenabhängige Beiträge der Eltern bestehen bleiben und dass es auch eine Voraussetzung ist, dass eine Berufstätigkeit beziehungsweise eine Aus- oder Weiterbildung vorhanden ist. Es ist in unserem Sinne, dass hier kein Paradigmenwechsel stattgefunden hat.

Es wurde schon mehrfach gesagt, wie wertvoll und wichtig die Arbeit der Mitarbeitenden in diesem Bereich ist, und auch unsere Fraktion möchte an dieser Stelle all denen danken, die hier diese wichtige, es wurde er schon gesagt systemrelevante Arbeit leisten. In diesem Sinne sind wir auch für die Verbesserungen, was die Betreuungsschlüssel betrifft, zum Beispiel den Ersatz der Praktikantin durch pädagogisch ausgebildetes Personal. Wir es finden es auch richtig, dass man diese Lohnunterschiede nicht einfach stehen lässt. Wir hätten uns auch vorstellen können, dass diese Frage im Rahmen der vom ED angekündigten Synchronisierung der Systeme angegangen wird. Aber es ist natürlich auch in Ordnung, wenn das jetzt im Rahmen dieses Ratschlages schon passiert.

Wie gesagt, Vorbehalte haben wir am ehesten vor allem bei diesem dritten Kind, aber es ist auch aus unserer Sicht das wichtigste, dass nun etwas verabschiedet wird, das schnell umgesetzt werden kann, damit die Türe für den Rückzug der Initiative offen bleibt. In diesem Sinne stimmen wir dem BKK-Beschluss zu, sind auch für Abschreiben der Petition und sprechen uns gegen eine Empfehlung der Initiative aus.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Fraktionsprechende mehr eingetragen. Somit kommen wir zu den Einzelsprechenden. Erste Einzelsprecherin ist Jessica-Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Ein bisschen mit Kindern spielen, das kann jetzt nun wirklich nur jeder. So denken viele Leute. Dass das nicht so ist, weiss man eigentlich spätestens dann, wenn man sich auch nur kurz mit den Aufgaben des Kitapersonals auseinandergesetzt hat. In einer Kita arbeiten heisst, von Morgen früh bis kurz vor dem Nachtesen für eine Gruppe kleiner Menschen verantwortlich zu sein, für sie da zu sein, mit ihren individuellen Bedürfnissen und ihre Wünsche wahrzunehmen, sie zu pflegen, sie zu füttern, aufzupassen, dass sich niemand weh tut, und wenn es doch passiert, Pflaster zu kleben und Tränen zu trocken. Man muss Gruppendynamiken erkennen und positiv beeinflussen, Streit schlichten und den Kindern beim Umziehen helfen. Und jeder, der schon einmal versucht hat, einem Vierjährigen Socken anzuziehen, weiss, dass das echt viel länger geht als man denkt.

Zeit zum Spielen bleibt da kaum. Klar, die Kinder spielen, aber die Erwachsenen spielen nicht, sie arbeiten Sie leisten eine enorm wichtige Arbeit und das für ziemlich wenig Lohn und noch weniger gesellschaftliche Anerkennung. Deshalb sehe ich uns als Parlament in der Pflicht, diese wichtige Arbeit endlich mit einer grossen Portion Wertschätzung anzuerkennen und das in unserem Rahmen Mögliche zu tun, damit sich die Arbeitsbedingungen endlich verbessern. Denn gute Arbeit braucht gute Löhne.

Es geht nämlich auch um die frühkindliche Bildung. Was in Kitas aufgefangen wird, muss im System später nicht mehr aufgefangen werden. Wenn Kitamitarbeitende zum Beispiel eine frühkindliche Entwicklungsverzögerung feststellen, dann können wir eben früh schon ansetzen. Das ist so enorm wichtig, und es ist echt toll, dass die Kitas das machen und auffangen. Das ist ein wichtiger Beitrag an unsere Bildung. Die Kitamitarbeitenden in Basel-Stadt haben uns mit ihrer Petition «Kita ist kein Kinderspiel» ihre Forderungen und Wünsche mitgeteilt. Das Spezielle an dieser Petition ist, dass das nicht einfach eine Petition war, die von irgendwelchen Menschen unterschrieben wurde, die das Ansinnen unterstützen, sondern dass sie wirklich nur von Kitamitarbeitenden unterzeichnet wurde. 500 Unterschriften, allesamt von Kitamitarbeitenden, wurden eingereicht. Das sind fünf Mal mehr Menschen als wir hier drin sind. Sie alle arbeiten in einer Kita und sagen: «So wie es heute ist, kann es nicht weitergehen. Bitte hört uns zu!»

Die Mitarbeitenden berichten über die starke Belastung, die zu Personalausfällen und damit wiederum zu unzähligen Überstunden führt. Der Fachkräftemangel ist auch in dieser Branche stark zu spüren. Die Nachfrage nach Kitaplätzen ist mittlerweile so gross, dass sie kaum mehr erfüllt werden kann. Erste Kitas ziehen es in Erwägung, Aufnahmestopps



auszusprechen und Betreuungsplätze abzubauen, um den Betreuungsschlüssel zu gewährleisten. Das sind Entwicklungen, die wir nicht einfach beobachten dürfen, wir müssen Lösungen suchen und umsetzen.

Das Engagement der Kitamitarbeitenden ist einer der Gründe dafür, dass in diesem Kanton so viele Kinder enorm von der familienergänzenden Betreuung profitieren können. Es geht aber nicht nur um die Kitamitarbeitenden, es geht auch um Tagesmütter und Tagesväter und Spielgruppenleiter:innen. Weder Spielgruppenleiter:innen noch Tageseltern erhalten heute existenzsichernde Löhne. Ein hoher Anteil des geleisteten Arbeitsaufwands bleibt gänzlich unbezahlt. Die Verbesserung der Bedingungen für die Spielgruppen werden im Rahmen eines Ratschlags, der jetzt gerade bei der BKK liegt, in Bälde diskutiert, und ich möchte mit Nachdruck betonen, dass auch hier Verbesserungen zwingend notwendig sind.

Wegen der steigenden Lebenserhaltungskosten droht aktuell das Angebot der Tagesfamilien wegzubrechen. Dieses Nischenangebot muss dringend erhalten bleiben gerade für Familien, die in Schicht arbeiten und abhängig davon sind, dass sie ihre Kinder auch abends und am Wochenende gut betreut wissen. Bei den Tagesfamilien muss deshalb jetzt dringend der Mindestlohn umgesetzt werden. Wir waren ungeduldig, dass die Regelungen der Umsetzung des Mindestlohngesetzes für Tagesfamilien endlich fertig wird, denn ohne sie ginge es nicht.

Es ist allerhöchste Zeit, die Leistungen der Kitas, der Tageseltern und der Spielgruppen endlich entsprechend zu honorieren. Gerechte Arbeitsbedingungen führen zu besseren Perspektiven, mehr Konstanz und auch mehr Qualität. Das wollten wir mit unserer Initiative erreichen und ich bin sehr froh, dass auch der Gegenvorschlag der BKK viele dieser Punkte aufgenommen hat. Ich danke Ihnen daher sehr, wenn Sie dem Gegenvorschlag auch zustimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Ich möchte gerne an dieser Stelle Riehen und Bettingen, die für die Bereiche in diesem Geschäft finanziell verantwortlich sind, eine Stimme geben. Ich bin über alle Massen erstaunt, dass sonst kein Grossrat und keine Grossrätin von Riehen ausser der SVP Riehen und Bettingen eine Stimme gibt. Die Grossräte und Grossrätinnen der Gemeinden sind gewählt, um dies in diesem Saal zu tun.

Also möchte ich allen hier im Saal ins Gedächtnis rufen, dass alle Beträge, die wir nun in diesem Geschäft sprechen, einen direkten finanziellen Einfluss auf unsere zwei Gemeinden haben, weil diese für ihre Kitas verantwortlich zeichnen und dies finanziell nun mittragen müssen. Melanie Nussbaumer, wenn Sie stolz von Ihrer Initiative berichten, muss ich Ihnen sagen, dass Ihre Initiative mit ihren Forderungen die Gemeinde Riehen an ihre finanziellen Grenzen bringen würde. Die Gemeinde könnte sich dies schlichtweg nicht leisten. Ich glaube nicht, dass man auf so etwas stolz sein kann. Es ist in meinen Augen unüberlegt und verantwortungslos.

Um all denen vor Augen zu führen, die sich mit dem Geschäft nicht befasst haben, was dies bedeutet: Der Gegenvorschlag wird die Gemeinde Riehen pro Jahr über 2 Millionen Franken kosten und die Tendenz ist natürlich steigend. Ich bin überzeugt, dass dies ein zu grosser Betrag für Riehen ist, als dass er nicht zu Lasten eines anderen Bereichs gehen muss. Vielleicht wird es Gesundheit und Soziales treffen, oder die Kultur oder die Sportförderung. Wir werden es im Einwohnerrat erleben. Ich kann davon ausgehen, dass die Grossrätinnen und Grossräte hier im Saal, die auch im Einwohnerrat sitzen und heute so viel Geld sprechen, die ersten sein werden, die sich dann über solche Budgetkürzungen empören werden. Glauben Sie mir, dies wird schon im Dezember der Fall sein. Vergessen Sie nicht, die Gemeinde kann nicht auf Steuergelder von juristischen Personen zurückgreifen. Wir werden mit diesem Geschäft unserer Verantwortung gegenüber unseren Gemeinden nicht gerecht, weil wir das Risiko eingehen, dass diese in eine finanzielle Schieflage geraten werden. Da Sie sich dies bis jetzt nicht vor Augen führen wollten, bitte ich Sie doch inständig, dies in Zukunft zu tun.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hätte in der zweiten Runde Regierungsrat Conradin Cramer das Wort. Er wünscht es.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Es ist eine Freude, hier zuzuhören. Ich hätte mir nicht träumen lassen vor vier Jahren, als wir das auch ambitionierte Projekt der Gesamterneuerung des Tagesbetreuungsgesetzes auf den Plan brachten, dass wir schon vier Jahre später einen weiteren so grossen Meilenstein legen können für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diesen breiten Konsens hier zu erleben ist auch insofern höchst bemerkenswert, weil es zeigt, dass Kinderbetreuung, die Fragen der Feindlichkeit von Familien und Beruf eben kein linkes Anliegen und eben auch kein bürgerliches Anliegen, sondern ein allgemeines gesellschaftliches Anliegen sind.

Anders wäre es nicht möglich, dass wir uns auf diese Art finden für so einen Gegenvorschlag, der wirklich in allen Bereichen alle Ziele erreicht: Ziele des Arbeitnehmerschutzes, Ziele der Betreuungsqualität, Ziele der Entlastung von Eltern in allen Einkommensklassen und schliesslich eben auch das Ziel einer Stärkung unseres Wirtschaftsstandorts und einer



Bekämpfung des Fachkräftemangels. Das halte ich für bemerkenswert und ich glaube, es zeugt von der Stärke unseres Stadtkantons, dass wir so etwas gemeinsam leisten. Der Erfolg hat ja viele Mütter und Väter, das haben wir auch gelernt in dieser Debatte. und man darf es sagen, wir sind hier weit vorne dabei. In der Schweiz kann uns niemand das Wasser reichen und das ist ein enorm wichtiger Standortfaktor für alle Menschen, die sich überlegen, wo sie leben, wo sie arbeiten wollen, aber auch für alle Unternehmen, die sich überlegen, wo sie Arbeitsplätze schaffen wollen.

Es ist wirklich ein grosser, ein erfreulicher Tag für mich heute und ich bin Ihnen sehr dankbar, wenn Sie dem Gegenvorschlag so zustimmen. Ich muss dann die Harmonie noch einmal ein bisschen stören bei der Detailberatung aber das ist, wie Heidi-Mück es nicht wörtlich aber sinngemäss auch ausgedrückt hat, nicht der Casus belli.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Kommission hat das Wort Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Auch ich möchte für die gute Debatte danken. Ich habe das so nicht erwartet, wenn ich an die vielen Diskussionen in der BKK zurückdenke und ich bin wirklich sehr froh, dass wir nun diese Einigkeit zeigen können.

Wir haben bereits ein sehr gutes System in Basel, wenn wir mit der Schweiz vergleichen. Wir haben dieses System zuerst einmal stabilisiert und nun gestärkt, und ich bin sehr froh, dass wir das machen können. Denn wenn man sich auf den eigenen Lorbeeren ausruht, dann verpasst man irgendwann den Anschluss. Ich bin wirklich dankbar, dass wir da vorwärts machen können, geht es doch um die frühkindliche Bildung, wirklich um ein Fundament unserer Gesellschaft.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 21 des Berichts der BKK)

Titel und Ingress

Römisch I, Gegenvorschlag

Änderung des Tagesbetreuungsgesetzes

§ 2 Abs. 1 lit. b (geändert)

§ 8 Abs. 1 bis (neu)

§ 8 Abs. 2 (geändert)

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt Streichung des letzten Satzes im Antrag der BKK.

Wir eröffnen dazu die Debatte.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Wie schon angekündigt, ist das der einzige Punkt, bei dem der Regierungsrat an seinem Antrag festhalten will und den Änderungsantrag der BKK ablehnt. Es geht hier darum, dass ein drittes Geschwisterkind, das parallel zu den anderen zwei Geschwisterkindern in einer Kita oder einer Tagesfamilie ist, dieses Angebot gratis nutzen soll, also der Staat vollständig die Beiträge übernimmt. Das geht nach Überzeugung des Regierungsrats dann doch zu weit und ist insofern auch wirklich jetzt nicht notwendig, da wir ja den Geschwisterrabatt ausdehnen und gleichzeitig die Betreuungsbeiträge, die also die Beiträge an die Eltern steigern in allen Einkommensklassen. Das heisst, es gibt auch für Familien mit drei und mehr Kindern eine massive Entlastung. Da braucht es nicht noch ein Gratisangebot. Und das Stichwort Gratisangebot ist auch ein Grund für die Ablehnung. Wir möchten nicht einer Gruppe von wenigen Kindern – aktuell sind 50 Familien betroffen – so ein Gratisangebot geben. Das ist systemfremd und es ist auch eine komische Anreizsetzung. Wir möchten nicht, dass Kinder möglichst lange im Kitasystem gehalten werden. Wenn sie in der Schule sind und eine Tagesstruktur zur Verfügung steht (und das wird sie ja immer mehr, weil wir da massiv ausbauen), dann sollen namentlich Primarschulkinder auch von der Kita in die Tagesstruktur wechseln können, ohne dass das finanziell nachteilig ist für die Eltern.

Wir würden hier etwas Systemfremdes schaffen und Fehlanreize schaffen. Deshalb bitte ich Sie namens des Regierungsrats, diesen Antrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wünscht die Kommissionspräsidentin das Wort? Sie verzichtet. Ich habe keine Fraktionssprecherinnen eingetragen. Erste Einzelsprecherin ist Jessica-Brandenburger.



Jessica Brandenburger (SP): Wir sind gegen den Streichungsantrag der Regierung, und zwar aus folgenden Gründen. Das Ziel der von der BKK vorgeschlagenen Massnahme ist, Familien mit mehr als zwei Kindern zusätzlich zu entlasten. Das ist sinnvoll, denn es ist belegt, dass Familien mit mehr als zwei Kindern ein erhöhtes Armutsrisiko aufweisen. Zum Vergleich: In der Schweiz liegt die Armutsquote bei Familien mit einem oder zwei Kindern bei 3,8 % und bei Familien mit drei oder mehr Kindern bei 10,4 %. Das ist ein Unterschied von 6,6 %. Bei Alleinerziehenden mit zwei oder mehr Kindern liegt die Armutsquote sogar bei 16,9 %. Hinter jeder dieser Zahlen stecken Einzelschicksale.

Es darf nicht sein, dass in der reichen Schweiz ein Kind ein signifikantes Armutsrisiko darstellt. Für den Kanton macht es keinen grossen Unterschied – Regierungsrat Conradin Cramer hat es in seinem Eingangsvotum erwähnt –, aber für die betroffenen Familien eben schon. Familien mit mehreren Kindern sind betreffend Vereinbarkeit ohnehin schon vor grössere Herausforderung gestellt, unabhängig davon, ob sie armutsbetroffen sind oder nicht. Ich finde es deshalb nur angemessen, wenn sie wenigstens finanziell etwas mehr entlastet werden.

Dem Argument des Regierungsrates, dass die Eltern ihr Kind alleine wegen des Rabatts, den es ab dem dritten Kind geben soll, länger in der Kita lassen, stimme ich so nicht ganz zu. Es ist heute ja schon so, dass Familien, die wegen des Geschwisterrabatts weniger Kitabeiträge zahlen, plötzlich mehr bezahlen müssen, wenn ein Kind in die Tagesstruktur wechselt. Somit haben auch sie einen gewissen Anreiz, ihr Kind länger in der Kita zu lassen und nicht in die Tagesstruktur zu wechseln. Das ist eine Systemschwäche, die haben wir erkannt und die besteht bereits, die wird nicht durch diese zusätzliche Regelung neu entstehen.

In der Kreuztabelle sieht man, dass eine Fraktion diesen Antrag auch streichen möchte. Ich finde es schade, dass die SVP den Kompromiss der BKK nicht vollständig mittragen mag. In meinem Verständnis lebt ein Kompromiss davon, dass eben alle Seiten etwas einstecken, das ihnen vielleicht nicht verpasst und dafür etwas anderes bekommen. Es ist gut, dass alle irgendwo ein Auge zudrücken. Es gibt auch für uns einen Anteil, der uns nicht wichtig ist. Die Sonderregelung für die Firmenkitas finden wir nicht nötig, aber es ist ein Kompromiss und es ist wichtig, dass am Schluss alle alles mittragen können. In diesem Sinne stellen wir eben keinen Streichungsantrag.

Bei diesem Punkt erwarten wir dafür aber auch, dass ihn alle gemeinsam mittragen und darum bitte ich Sie, dem Antrag des Regierungsrates auf Streichung nicht zu folgen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Abstimmung über den Änderungsantrag des Regierungsrates:

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

15 Ja, 72 Nein, 8 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001625, 18.10.23 15:38:52]

Der Grosse Rat beschliesst

Ablehnung des Antrages.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag des Regierungsrates abgelehnt mit 72 Nein-Stimmen bei 15 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen.

Wir führen die Detailberatung fort.

§ 13 Abs. 1

lit. f (aufgehoben)

lit. g (geändert)

Abs. 1 bis (neu)

Die Kommission beantragt, der Initiative den Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Wir kommen nun zur Schlussabstimmung über den Gegenvorschlag.



Abstimmung

Schlussabstimmung zum Gegenvorschlag

JA heisst mit Gegenvorschlag, NEIN heisst Verzicht auf Gegenvorschlag

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0001627, 18.10.23 15:40:15*]

Der Grosse Rat beschliesst

Das Gesetz betreffend Tagesbetreuung von Kindern (Tagesbetreuungsgesetz, TBG) vom 8. Mai 2019 [1]) (Stand 1. Januar 2022) wird wie folgt geändert:

§ 2 Abs. 1

1 Die folgenden Begriffe werden im Rahmen dieses Gesetzes gemäss den nachstehenden Definitionen verwendet:

b) (geändert) «Betreuungsbeiträge» sind Beiträge des Kantons und der Gemeinden an die Tagesbetreuung in Kindertagesstätten und Tagesfamilien mit Betreuungsbeiträgen;

§ 8 Abs. 1bis (neu), Abs. 2 (geändert)

1bis Er sieht einen Mindestbeitrag vor, der allen Eltern von Kindern mit Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt gewährt wird.

2 Er sieht höhere Beiträge für Säuglinge, Kinder mit besonderem Betreuungsbedarf, Kinder mit Bedarf an früher Deutschförderung und Geschwister vor. Ab dem dritten Kind entsprechen die Betreuungsbeiträge den Modellkosten.

§ 13 Abs. 1, Abs. 1bis (neu)

1 Eine Kindertagesstätte, die Plätze mit Betreuungsbeiträgen anbietet, muss:

f) *Aufgehoben.*

g) (geändert)

die branchenüblichen Anstellungsbedingungen einhalten, wobei sich die Entlohnung des Betreuungspersonals nach den massgeblichen Lohnklassen für das Betreuungspersonal der Tagesstrukturen der Volksschulen zu richten hat;

1bis Kindertagesstätten von Unternehmen können bei Bedarf die Aufnahme auf Kinder von Mitarbeitenden des Unternehmens beschränken.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir fahren fort in der Detailberatung.

Römisch II weitere Behandlung:

Die Kommission beantragt, die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen. Melanie Nussbaumer beantragt, die Initiative den Stimmberechtigten zur Annahme zu empfehlen. Wir stimmen ab.

Abstimmung

NEIN heisst Empfehlung auf Verwerfung, JA heisst Empfehlung auf Annahme

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 46 Nein, 2 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0001629, 18.10.23 15:41:20*]

Der Grosse Rat beschliesst

II. Weitere Behandlung

Die Volksinitiative «Kinderbetreuung für alle» ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten gleichzeitig mit dem unter I. aufgeführten Gegenvorschlag zum Entscheid vorzulegen.

Der Grosse Rat empfiehlt den Stimmberechtigten, die Volksinitiative und den Gegenvorschlag anzunehmen.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Annahme entschieden mit 47 Ja-Stimmen bei 46 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir werden nun eine Abstimmung über die Stichfrage durchführen.

Abstimmung

Abstimmung über Empfehlung zur Stichfrage

JA heisst Zustimmung zum Gegenvorschlag, NEIN heisst Zustimmung zur Initiative

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 11 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001631, 18.10.23 15:42:46]

Der Grosse Rat beschliesst

die Abstimmung zu wiederholen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Damit Klarheit besteht, möchte ich die Abstimmung noch einmal wiederholen. Es geht um die Stichfrage, falls Initiative und Gegenvorschlag angenommen werden.

Abstimmung

Abstimmung über Empfehlung zur Stichfrage (falls Gegenvorschlag **UND** Empfehlung auf Annahme):

JA heisst Zustimmung zum Gegenvorschlag, NEIN heisst Zustimmung zur Initiative

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 29 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001633, 18.10.23 15:44:36]

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Fall, dass sowohl das Initiativbegehren als auch der Gegenvorschlag angenommen werden, haben die Stimmberechtigten zu entscheiden, welche der beiden Vorlagen sie vorziehen. Der Grosse Rat empfiehlt, bei der Stichfrage den Gegenvorschlag vorzuziehen.

Bei Annahme der Volksinitiative arbeitet der Grosse Rat unverzüglich eine entsprechende

Vorlage aus. Bei Annahme des Gegenvorschlags bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt des Inkrafttretens der entsprechenden Gesetzesänderung.

Wenn das Initiativbegehren zurückgezogen wird, ist der Gegenvorschlag nochmals zu publizieren. Es unterliegt dem fakultativen Referendum. Nach Eintritt der Rechtskraft bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Gesetzesänderung.

III. Publikation

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: In der Stichfrage haben Sie sich für den Gegenvorschlag entschieden mit 64 Ja-Stimmen bei 29 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen. Damit ist der Grossratsbeschluss bereinigt und das Geschäft erledigt.



7.1. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Petition P459 "Kita ist kein Kinderspiel"

[18.10.23 15:45:00, 23.5024.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Bildungs und Kulturkommission beantragt die Petition P459 «Kita ist kein Kinderspiel» als erledigt zu erklären. Dazu gibt es keine Wortmeldungen und es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie haben damit die Petition stillschweigend als erledigt erklärt.

12.1. Interpellation Nr. 122 Lydia Isler-Christ betreffend Haltung des Regierungsrats zur Anpassung der Tarifstruktur für ambulante Physiotherapie

[18.10.23 15:45:32, 23.5468.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet.

12.2. Interpellation Nr. 123 Mahir Kabakci betreffend die Sicherheitssituation im Kleinbasel

[18.10.23 15:45:58, 23.5469.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation ebenfalls schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er möchte und hat das Wort.

Mahir Kabakci (SP): Da das Thema durchaus komplex ist, werde ich auf unterschiedliche Punkte eingehen und ein eine Auslegeordnung machen. Die Sicherheit im Sinne der Gewaltfreiheit für alle Menschen, die in Basel-Stadt leben, ist eine zentrale Voraussetzung für eine lebenswerte Stadt. Entsprechend stellt die Bekämpfung von Gewalt einen Schwerpunkt in der regierungsrätlichen Planung dar.

Sicherheit vor Gewalt und die Sicherheit vor materieller Not sind für uns als SP unabdingbare Voraussetzung für die Freiheit aller. Es soll nicht das Recht des Stärken gelten, sondern die Stärke des Rechts. Die Kantonspolizei ist für uns ein zentraler Bestandteil des Service Public. Wir stehen zum staatlichen Gewaltmonopol und lehnen die Privatisierung von Sicherheitsaufgaben ab. Es ist zu berücksichtigen, dass Sicherheit und Sicherheitsempfinden komplexe Themen sind, die von verschiedenen Faktoren wie zum Beispiel geografische Lage, Geschlecht, sozio-demografisches Umfeld, bauliche Massnahmen, mediale Darstellung und gesellschaftliche Stigmatisierung beeinflusst werden.

Je nach Bereich gibt es eine hohe Dunkelziffer. Die polizeiliche Kriminalstatistik von 2022 zeigt im Gegensatz zum Vorjahr einen Anstieg der registrierten Gewaltdelikte im Kanton Basel-Stadt. Es gibt eine deutliche ungleiche geografische Verteilung in der Stadt. Besonders im unteren Kleinbasel haben sich gewisse Delikte, wie zum Beispiel in der Dreirosenanlage, gehäuft. Entsprechend wichtig ist es, dass langfristig und departementsübergreifend analysiert und gehandelt wird. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, sollte eine interdepartementale Arbeitsgruppe mit externen Organisationen wie zum Beispiel Schwarzer Peter, Elim und weitere eingerichtet werden, um unterschiedliches Fachwissen zusammenzubringen und die vorhandenen Ressourcen besser zu nutzen oder auszubauen. Das theoretische Wissen aus der Verwaltung könnte mit dem praktischen Wissen von unterschiedlichen Organisationen zusammengebracht werden, denn eine langfristige Lösung kann nur auf Grundlage einer sorgfältigen Analyse erfolgen.

Es gibt für diese Probleme, die wir zurzeit haben, keine einfachen Lösungen. Repression alleine wird sie nicht lösen. Was wir jetzt brauchen, sind gemeinsam und breit abgestützte Lösungen für Probleme, die sehr viele Menschen im Kleinbasel und darüber hinaus beschäftigen und belasten. Das Ziel muss sein, die Sicherheitslage wirksam und nachhaltig zu verbessern. Dringend erforderlich ist nicht die Verschärfung der Gesetze, sondern die Besetzung der vakanten Stellen. Und dafür Bedarf es weiterer Massnahmen, um die Attraktivität von Blaulichtorganisationen als Arbeitgeber zu stärken.

An dieser Stelle möchte ich festhalten, dass wir auch jetzt, wie auch schon in der Vergangenheit, dringende Massnahmen zur Reduzierung des Personalmangels unterstützen und uns für attraktive Löhne und Arbeitsbedingungen einsetzen. Die



Einführung einer Arbeitsmarktzulage für Polizistinnen und Polizisten und andere Berufsgruppen mit Personalmangel haben wir mit einem Vorstoss angeregt, als erste Partei und über sechs Monate bevor die Regierung die Einführung beschlossen hat.

Der Regierungsrat muss eine Strategie verfolgen und sich dafür einsetzen, dass Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die aufgrund ihrer ungeklärten Situation oder ihres Aufenthaltsstatus mit Perspektivlosigkeit konfrontiert sind und teilweise keinen strukturierten Alltag haben, geholfen werden kann. In diesem Bereich muss alles Mögliche unternommen werden, dass gerade junge Menschen nicht in die Kriminalität abrutschen. Auch beim Staatssekretariat für Migration muss ein Umdenken stattfinden und dafür sollte sich der Regierungsrat vehement einsetzen.

Der Regierungsrat muss diesbezüglich kurz-, mittel- und langfristig unter Einbezug aller relevanten Faktoren - dichte Wohnverhältnisse, Naherholungsgebiete, Grünfläche, Bildungsstatus – eine gesamtstädtische Strategie haben. Massnahmen, die die Zustimmung des Grossen Rats erfordern, wird die SP mit einer offenen Haltung prüfen und auch eigene Vorschläge einbringen, denn die Sicherheit und Lebensqualität der Menschen im Kleinbasel und im ganzen Stadtkanton liegt uns am Herzen. Doch ich bin zuversichtlich: Welche Stadt, wenn nicht Basel, sollte dazu die Kraft haben? Basel hat schon mehrmals unter Beweis gestellt, dass es gerade in Drogenthematiken funktionierende Lösungen präsentieren konnte, ohne Hass, Hetze und Diskriminierung, mit einer guten Analyse für langfristige, realistische und funktionierende Lösungen.

12.3. Interpellation Nr. 124 Eric Weber betreffend Gewalt in Freibädern in Basel

[18.10.23 15:51:41, 23.5470.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er möchte es und hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Meine letzte Rede in der Oktobersession drehte wie immer um das gleiche Thema, um die Ausländerkriminalität. Da sich aber nichts ändert habe ich beschlossen, nicht mehr als Grossrat zu kandidieren. Aber ein paar Dinge muss ich doch noch sagen:

Ich möchte für die letzten Monate hier noch ein paar wichtige Akzente setzen, die Ihnen in Erinnerung bleiben. Bei meiner Interpellation handelt es sich um junge Männer, vor allem aus Nordafrika, Syrien oder Afghanistan. Diese jungen Männer sind auch in Badeanstalten. Die Basler Zeitung schreibt am 21. September: «Nach wie vor dominieren Gruppierungen junger Männer aus Nordafrika die Szene.» Dann haben wir diese Probleme in den Badeanstalten, und deshalb habe ich diese Interpellation eingereicht. Ich erinnere, schon vor rund 10 Jahren und auch Jahre danach gab es massive Probleme im Gartenbad Eglisee. Es kommt immer darauf an, ob die Medien das Thema aufnehmen oder nicht. Wenn die Zeitungen das Thema aufnehmen, zum Beispiel dasjenige dieser Interpellation, dann ist es im Gespräch, aber wenn die Zeitungen es nicht aufnehmen, dann weiss keiner, was in Basel abgeht, ausser ich als Insider. Aber das Thema ist auch weiterhin latent vorhanden und nicht nur in Basel.

Ich komme zum Schluss: Es ist ein Thema auch in Frankreich, Deutschland, Schweden, eigentlich in allen Ländern im alten Europa. Bulgarien und Rumänien haben diese Probleme nicht, auch nicht Polen oder Ungarn, denn dort wollen die Asylanten nicht bleiben, weil es dort zu wenig Geld gibt.

12.4. Interpellation Nr. 125 Christian C. Moesch betreffend Strompreis in Basel sowie der angekündigten Erhöhung per 1.1.2024

[18.10.23 15:54:39, 23.5476.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.



Einleitend hält der Regierungsrat fest: Die Lenkungs- und die Förderabgabe sind gewollte, energiepolitische Massnahmen des Kantons Basel-Stadt. Sie fördern die Energieeffizienz und sie fliessen ganz direkt als Bonus oder indirekt via Unterstützungsbeiträge an die Haushalte und Unternehmen zurück.

Zu Frage 1: Bei den in den Stromrechnungen der IWB enthaltenen Abgaben an das Gemeinwesen handelt es sich um:

1. die Förderabgabe, mit der energetische Fördermassnahmen finanziert werden;
2. den Netzkostenzuschlag für die kantonale Solarstrombörse zur Vergütung von eigenproduziertem Solarstrom;
3. den Netzkostenzuschlag zur Finanzierung der öffentlichen Beleuchtung, die von der IWB im Auftrag des Kantons betrieben wird;
4. den auf das Stromnetz entfallenden Anteil der IWB-Konzessionsgebühr, mit der das Sonderrecht der IWB zur Nutzung von öffentlichem Grund und Boden abgegolten wird.

Alle diese Zuschläge sind gesetzlich vorgegeben.

Enthalten ist schliesslich und wesentlich die in Basel-Stadt erhobene Lenkungsabgabe: Sie wird entsprechend dem Stromverbrauch erhoben und dann als Bonus pro Kopf bzw. Arbeitsplatz wieder an die Haushalte und Unternehmen verteilt. Der Bonus belohnt also einen tiefen Verbrauch. Der Strompreis-Bonus wird im Preisvergleich der ECom regelmässig, und leider, ausser Acht gelassen. Berücksichtigt man ihn korrekt, ergeben sich für das Standardvergleichsprofil H4 der ECom in Basel-Stadt Abgaben an das Gemeinwesen von nicht mehr 7,5 Rp./kWh, sondern von nur noch 2,9 Rp./kWh. Das liegt im Bereich der Abgaben der Städte Bern und Zürich.

Zu Frage 2: In der von der ECom verwendeten Kategorie «Abgaben an das Gemeinwesen» werden nur Komponenten ausgewiesen, die vom Kanton bestimmt werden. Eine Abgabe auf Bundesstufe ist der Netzzuschlag zur Finanzierung der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) des Bundes und des nationalen Gewässerschutzbeitrags. Für das Tarifjahr 2024 beträgt dieser Zuschlag 2,3 Rp./kWh. Und dann werden ab dem Tarifjahr 2024 neu die Kosten für die vom Bund angeordnete Bildung der Winterstromreserve in Höhe von 1,2 Rp./kWh als Netznutzungszuschlag erhoben.

Zu Frage 3: Hauptunterschied ist, dass der Tarifvergleich der ECom, wie ausgeführt, die Rückerstattung der kantonalen Lenkungsabgabe nicht berücksichtigt. Die Lenkungsabgabe ist schweizweit einmalig. Sie wird nicht im Staatshaushalt vereinnahmt, sondern fliesst als Strompreis-Bonus an die Haushalte und Unternehmen zurück. Auch existieren in vielen Gemeinden und Kantonen der Schweiz keine Instrumente wie die zweckgebundene Energie-Förderabgabe.

Zu Frage 4: Auf die Rechnung der IWB haben Anpassungen bei den vom Kanton gesetzlich bestimmten Abgaben keinen Einfluss.

Zu Frage 5: Eine Reduktion der Lenkungsabgabe hätte keinerlei Einfluss auf die Rechnung des Kantons. Es gäbe dann aber keine Rückerstattungen mehr an die Haushalte und Unternehmen. Die Förderabgabe wird als zweckgebundener Fonds im Eigenkapital geführt. Würde dieser wegfallen, müssten die zur Umsetzung des Energiegesetzes vorgesehenen Massnahmen aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden, mit entsprechender Belastung der kantonalen Rechnung. Analoges gilt für einen Wegfall der Netzkostenzuschläge für die Finanzierung der öffentlichen Beleuchtung und der Solarstromvergütung. Diese Leistungen der IWB im Auftrag des Kantons müssten ebenfalls über Steuern finanziert werden. Der Wegfall der anteiligen Konzessionsgebühr hätte Mindereinnahmen für den Kanton zur Folge.

Zu Frage 6: Hier kann auf die vorstehenden Antworten verwiesen werden. Die in den Rechnungen der IWB enthaltenen Abgaben dienen alle der Finanzierung von gesetzlich vorgesehenen Zwecken und Abgeltungen. Ein Wegfall aller Abgaben würde jährlich rund 25 Mio. Franken Mehrkosten beziehungsweise Mindereinnahmen für den Kanton bedeuten. Für das Jahr 2024 würden rund 13 Mio. Franken Einnahmen aus der Förderabgabe, rund 6 Mio. Franken anteilige Konzessionsgebühr und rund 6,5 Mio. Franken Einnahmen zur Abgeltung der öffentlichen Leistungen der IWB fehlen.

Zu Frage 7: Für die IWB-Stromtarife für das Jahr 2024 besteht aufgrund der Bundesvorgaben kein Spielraum mehr, diese sind bereits erlassen und publiziert. Zur Abmilderung des Kostenanstiegs wurde dabei auf die Weitergabe diverser Gestehungskosten und interner Verzinsungen verzichtet und insbesondere bei den Netzentgelten ausschliesslich die nicht beeinflussbaren externe Kostensteigerungen, namentlich Swissgrid-Kosten und Winterreserve, weitergegeben.

Zu Frage 8: Grundsätzliche Veränderungen der heute bestehenden öffentlichen Abgaben im Energiebereich sind nur durch entsprechende gesetzliche Anpassungen möglich. Wie dargelegt, hätte das für die IWB keine finanziellen Folgen, für den Kanton ergäben sich jedoch deutliche Mehrbelastungen.

Zu Frage 9: Wie bereits erwähnt, werden bei der Genehmigung der IWB-Stromtarife 2024 diverse Kostendämpfungen vorgesehen. Insgesamt führt das zu Unterdeckungen bei der IWB, die nicht in die Tarife eingepreist wurden. Der Grosse Rat hat für die IWB Investitionen von 975 Millionen Franken in den kommenden vier Jahren genehmigt. Zur Finanzierung dieser Investitionen ist die IWB auf die Gewinne angewiesen. Auch mit diesen Gewinnen geht die IWB zurzeit davon aus, dass ein Teil der Investitionen mit Fremdkapital finanziert werden muss.



Christian C. Moesch (FDP): Ich habe mich seit Einreichung dieser Interpellation selber noch ein bisschen mehr schlau gemacht und bin effektiv auch zur Erkenntnis gekommen, dass der grosse Teil ein Beitrag ist an den berühmt berüchtigten Stromsparfonds, über den man dann jeweils als Bürger oder als Einwohner vom Kanton Ende Jahr irgendwie 60 oder 80 Franken ausbezahlt bekommt.

Ich mich ebenfalls schlau gemacht, wie die Rechnung dann aussieht und ob das am Schluss ein Vorteil ist, ob man also weniger Abgaben zahlen müsste, und ab wann man, wenn man die Abgaben nicht hat, im Vorteil ist. Ich habe dann aber herausgefunden, dass, je höher der Stromverbrauch ist, umso eher man ins Minus kommt, was natürlich auch zum Sparen animieren sollte. Wenn Sie zum Beispiel eine neue Heizung einbauen, dann haben Sie in Zukunft wesentlich mehr Stromverbrauch, weil Sie zum Beispiel kein Gas mehr benützen. Sie betreiben dann mit Strom Ihre Luftwasser-Wärmepumpe oder Thermalheizung. Dann sieht die Rechnung wahrscheinlich irgendwann relativ negativ aus. Ich weiss also nicht, ob der sogenannte Stromsparfonds mittlerweile nicht einfach ein bisschen ein Anachronismus geworden ist.

Ich werde aber auf jeden Fall sehr gerne an diesem Thema dranbleiben und vielleicht mit der einen oder anderen Idee wieder im Parlament auftreten. Ich bin von den Antworten befriedigt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

12.5. Interpellation Nr. 126 Anina Ineichen betreffend Sofortmassnahmen im Solarausbau

[18.10.23 16:02:57, 23.5488.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet.

12.6. Interpellation Nr. 127 Franz-Xaver Leonhardt betreffend Schulwegsicherheit bei der Münchensteinerbrücke

[18.10.23 16:03:13, 23.5499.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet.

Regierungsrätin Stephanie Eymann ist aufgrund eines auswärtigen Anlasses heute nicht anwesend. Stellvertretend für sie hat das Wort Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

A. Allgemeine Bemerkungen: Die Verkehrssituation auf der Münchensteinerbrücke sowie an den angrenzenden Kreuzungen ist für alle Verkehrsteilnehmenden herausfordernd. Besonders gefährlich ist sie am sogenannten Verkehrsknoten Süd für Velofahrende, die eine Autospur überqueren müssen, wenn sie in Richtung Dreispitz abbiegen.

B. Zu den konkreten Fragen

Zu Frage 1: Ja. Der Teilknoten Süd der Münchensteinerbrücke ist – wie auch auf MapBS ausgewiesen – ein Unfallschwerpunkt. Der grossflächige Knoten, bei welchem der Verkehr primär mit Markierungen und nur mit wenigen baulichen Abgrenzungen geführt wird, ist relativ unübersichtlich und es kommt zu verschiedenen Verkehrsmanövern durch Trams, Autos, Motorräder, Velos und Fussgänger. Häufigste Unfallursache ist die Missachtung des Rechtsvortritts gegenüber Fahrzeugen aus der Thiersteinallee.

Zu Frage 2: Ja. Im Sommer 2019 wurde der Schlussbericht «Die Münchensteinerbrücke Basel, Analyse Veloverkehr» veröffentlicht. Die Studie ist auf der Homepage der Kantonspolizei abrufbar.[1]



Zu Frage 3: Die von einem privaten Büro durchgeführte Studie wurde von der Abteilung Verkehrssicherheit der Kantonspolizei in Auftrag gegeben. Die Studie hat mehrere markierungstechnische und baulich denkbare Massnahmen skizziert und grob hinsichtlich Vor- und Nachteilen beurteilt. Im Bereich des Unfallschwerpunktes waren dies die Verdeutlichung der Vortrittsverhältnisse, ein Vortrittswechsel, eine neue Lichtsignalanlage und der Bau eines Kreisels. Es gab keine Empfehlung zur Konkretisierung bzw. Priorisierung einer oder mehrerer dieser Massnahmen.

Zu Frage 4: Die definitive Umgestaltung des Verkehrsknotens erfordert eine bauliche Anpassung. Diese ist in der Vorprojektphase. Gemäss dem heutigen Planungsstand ist mit der Umsetzung frühestens ab 2029 zu rechnen.

Zu Frage 5: Der Kanton blieb nicht untätig. Um die Sicherheit aller Velofahrenden merklich zu verbessern und eine klarere Verkehrsführung zu schaffen, wurde auf der Münchensteinerstrasse von der Lindenhofstrasse bis zur Thiersteinerallee eine deutliche Verbreiterung des Velostreifens in Richtung stadtauswärts getestet. Dem motorisierten Verkehr steht auf diesem Abschnitt seither nur noch eine Fahrspur zur Verfügung. Damit müssen die Velofahrenden in Richtung Dreispitz keine Autospur mehr überqueren. Der motorisierte Verkehr in Richtung Gundeldingen kreuzt neu die Velospur, wobei der Veloverkehr Vortritt hat. Eine Verkehrssimulation sowie ein Monitoring während des Versuchs haben gezeigt, dass der Verkehrsablauf auch mit dieser neuen Verkehrsführung funktioniert.

Bei definitiver Einführung dieser Verkehrsführung werden die provisorischen Markierungen durch optimierte permanente Markierungen ersetzt. Die definitive Einführung hatte das Amt für Mobilität im Kantonsblatt Nr. 77 vom 28. September 2022 publiziert. Sie ist noch Gegenstand eines laufenden Rekursverfahrens.

Was den Verkehrsknoten betrifft, wurde bereits Ende 2021 die Vortrittssituation beim Knoten Münchensteinerbrücke – Thiersteinerallee mit dem Anbringen des Gefahrensignals «Strassenbahn» verdeutlicht. Zusätzlich wurde Mitte 2023 auf diesem Knoten eine Markierungsergänzung auf der Fahrbahn angebracht.

Zu Frage 6: Verkehrswachen werden nur äusserst zurückhaltend und nicht zur reinen Sicherung des Veloverkehrs eingesetzt. Vielmehr gewähren Verkehrswachen im Rahmen der Schulwegsicherheit grundsätzlich den Schutz für zu Fuss gehende Kindergärtner:innen oder Primarschüler:innen. Zu Gunsten des Veloverkehrs steht – wie im vorliegenden Fall – zunächst die Umsetzung von signalisations- und markierungstechnischen Massnahmen im Vordergrund.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Besten Dank für die Beantwortung meiner Interpellation. Sie ist sehr ausführlich, sie ist sehr technisch.

Ich bin mit der Beantwortung teilweise zufrieden. Ich bin zufrieden, dass hinsichtlich des Knotens anerkannt wird, dass es kritische Momente gibt, insbesondere auch wegen der übermässigen Beanspruchung durch die Umleitung aufgrund der Sperrung der St. Margarethenbrücke und dass gerade morgens, wenn die Velo fahrenden Schüler, zu denen auch mein Sohn gehört, stadteinwärts zu den grossen Schulhäusern fahren, noch zusätzliches Verkehrsaufkommen zu verzeichnen ist.

Es wurde auch sehr viel erklärt, was stadtauswärts gemacht wurde. Das hat wirklich eine Verbesserung in der Sicherheit ergeben, aber stadteinwärts ist eben nichts mehr gegangen. Wir haben gehört, dass diese baulichen Massnahmen, zu denen auch die Lichtsignalanlage gehört, erst 2029 umgesetzt sind, das sind nach meiner Rechnung noch sechs Jahre. Das ist eine zu lange Zeit.

Ich hätte mir vorstellen können, dass man diese Verkehrswachen mal ausprobiert, während einer kurzen Zeit am Morgen, wenn die Schüler stadteinwärts fahren zu den Schulhäusern. Auf der Margarethenbrücke stehen solche Wachen und haben eigentlich nichts zu tun, und dieses Geld könnte man vielleicht entsprechend umwidmen. Ich werde das noch einmal anschauen, vielleicht gibt es doch eine Verbesserung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

12.7. Interpellation Nr. 128 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Wirksamkeit der Vier-Säulen-Politik

[18.10.23 16:11:12, 23.5501.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet.



12.8. Interpellation Nr. 129 Michael Hug betreffend Erhalt des Café Spitz als Kleinbasler Gesellschaftshaus

[18.10.23 16:11:24, 23.5504.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet diese Integration wie folgt:

Zu Frage 1: Diesen schönen und prominenten Ort erachtet der Regierungsrat als sehr geeignet für den Betrieb eines Restaurants und eines Hotels.

Zu Frage 2: Zum heutigen Zeitpunkt ist es verfrüht, die rechtliche Zulässigkeit ein-es Umbaus von heutigen Hotelzimmern zu Wohnungen zu prüfen. Der Regierungsrat hat keine Anzeichen dafür, dass eine Umnutzung angestrebt wird.

Zu Frage 3: Die Bedeutung dieses Hauses für das Gesellschaftsleben in Basel ist dem Regierungsrat sehr bewusst.

Zu Frage 4: Der Regierungsrat sieht es nicht als öffentliche Aufgabe, Restaurants und Hotel zu führen bzw. weiterzuführen, bzw. spezifische Unterstützung an private Investoren zu leisten. Er baut auf die private Initiative, die in einem Marktumfeld funktioniert. Jedoch will er sicherstellen, dass ein allfälliges Projekt von behördlicher Seite die Unterstützung bekommt, auf welche die Wirtschaftsbetriebe im Kanton Basel-Stadt generell Anspruch haben.

Zu Frage 5: Der Regierungsrat ist zuversichtlich, dass von privater Seite eine Lösung für den Weiterbetrieb des Restaurants am Kleinbasler Brückenkopf der Mittleren Brücke kommen wird. Diese Lage und das Gebäude selber schaffen die Möglichkeit, dass ein Betrieb hier Erfolg haben kann, auch unter Berücksichtigung der für das Gesellschaftsleben in Kleinbasel speziellen Bedeutung.

Michael Hug (LDP): Vielen Dank für die Ausführungen. Ich erkläre mich als teilweise befriedigt von der Beantwortung. Ich habe das Gefühl, dass die Antworten nachvollziehbar sind, aber an gewissen Stellen einfach gesagt wird, man wolle das im Rahmen des Gesetzes ermöglichen aber darüber hinaus will man nicht gehen. Die eigentliche Kernfrage, dass es in einem Gebäude, das unter Denkmalschutz steht, mit Schwierigkeiten verbunden ist, eine gastronomische Nutzung weiterzubetreiben oder eine Aussage dazu, dass man in Zukunft dies als Gesellschaftsort und als Ort der Begehung weiter erhalten will, kamen in dieser Beantwortung etwas zu kurz.

Ich bin auch der Überzeugung, dass es möglich sein sollte, auch zukünftig eine Nutzung für die Öffentlichkeit oder für das Gesellschaftswesen hier anbieten zu können. Ich habe nicht das Gefühl, dass dies so einfach ist, wie es hier dargestellt wird – das hört man auch so aus den betroffenen Kreisen. Ich hoffe also wirklich auf die Unterstützung. Es wurde in den Medien falsch wiedergegeben. Es geht mir nicht primär darum, einfach Geld zu schütten und finanziell Gastronomiebetriebe zu subventionieren. Nein, im Gegenteil, es geht nur darum, dass das Gebäude wirklich mit gewissen Schwierigkeiten belastet ist, auch aufgrund der rechtlichen Situation. Da gibt es Vergleichsobjekte, bei denen man auch versucht hat, Lösungen zu finden über verschiedene Institutionen, die staatlich oder parastaatlich. Hier sehe ich den Einsatz der Regierung, einen Mehrwert zu schaffen und es zu unterstützen, dass wir auch in Zukunft einen Ort haben, welcher der Öffentlichkeit zugänglich bleiben wird. Darum danke ich für die Beantwortung, aber erkläre mich nur als teilweise befriedigt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Vielen Dank. Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

12.9. Interpellation Nr. 130 Stefan Wittlin betreffend Finanzierung von Covid-Tests

[18.10.23 16:16:05, 23.5507.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort.



RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich darf Ihnen diese Interpellation im Namen des Regierungsrats wie folgt beantworten

Zu Frage 1: Der Regierungsrat erachtet Covid-19-Tests als sinnvolle und wirksame Massnahme zur Erkennung von Covid-19-Infektionen, sofern sie gemäss den Vorgaben des Bundes indiziert sind, und dadurch auch zum Schutz des persönlichen Umfelds vor einer Infektion. Er sieht aktuell jedoch keinen zusätzlichen Nutzen durch die Finanzierung von kostenlosen Covid-19-Tests für die Allgemeinbevölkerung. Ein solches Testangebot würde nur dann Sinn machen, wenn es spezielle Empfehlungen für auf SARS-CoV-2 positiv getestete Personen geben würde, wie z.B. Isolation, verpflichtendes Homeoffice, Schulausschluss o.ä. Dies ist jedoch aktuell nicht der Fall und wäre derzeit auch nicht angemessen.

Zu Frage 2: Aus epidemiologischer Sicht besteht aktuell keine Notwendigkeit für kostenlose Tests und die derzeit geltende Rechtslage sieht dies auch nicht vor. Ändert sich die epidemiologische Lage beispielsweise durch das Auftreten von neuen gefährlichen Virusvarianten, wird der Regierungsrat in Abstimmung mit den zuständigen Bundesbehörden selbstverständlich neue Massnahmen prüfen.

Zu Frage 3: Die Testinfrastruktur, welche während der Pandemie aufgebaut und betrieben wurde, könnte grundsätzlich jederzeit mit einer gewissen Vorlaufzeit wieder aktiviert werden. Anbieter von Tests wären dann je nach Lage zu definieren.

Zu Fragen 4 und 5: Aufgrund der aktuellen Situation und der zu erwartenden Entwicklung plant die Regierung derzeit keine solchen Massnahmen.

Zu Frage 6: Der Kanton Basel-Stadt sorgt für die Verfügbarkeit eines flächendeckenden Impfangebots im Kanton. Eine Auffrischimpfung im Herbst 2023 ist die beste Schutzmöglichkeit für besonders gefährdete Personen. Für Personen ab 65 Jahren sowie besonders gefährdete Personen ist die Auffrischimpfung in Basel-Stadt mit einem an die aktuellen Virusvarianten angepassten Impfstoff seit dem 16. Oktober 2023 verfügbar.

Zu Frage 7: Dies ist aufgrund der derzeitigen Situation aktuell nicht geplant. Sollte sich die epidemiologische Lage verschlechtern, wäre eine solche Massnahme gegebenenfalls zu prüfen.

Stefan Wittlin (SP): Ich möchte mich Bedanken für die Beantwortung meiner Interpellation. Die Beantwortung ist meines Erachtens sehr allgemein gehalten. Meine Fragen haben sich explizit zum Schutz von besonders gefährdeten Menschen bezogen. Darauf wird leider kaum eingegangen. Sie haben sich am Anfang auf den Bund berufen, der derzeit keine speziellen Empfehlungen mache. Meines Wissens tragen aber die Kantone derzeit die Verantwortung für den Infektionsschutz und deshalb kann ich das nicht ganz verstehen.

Sie sagen, dass Sie keinen zusätzlichen Nutzen von kostenlosen Covid-Tests erkennen. Meines Erachtens ist der Nutzen doch ein ganz einfacher, nämlich je geringer die Hürde ist, sich testen zu lassen bei Symptomen, desto eher kann man sich anpassen in seinem Verhalten. Anzunehmen, die Menschen würden sich nur rücksichtsvoller verhalten, wenn eine Isolationspflicht besteht, ist doch etwas realitätsfremd.

Ein zweites Thema der Interpellation waren die Selbsttests, die auch eine zeitlang kostenlos bezogen werden konnten. Auch hier möchten Sie nichts unternehmen zur Preisentwicklung dieser Selbsttests. Meine persönliche Erfahrung ist, dass dies sehr hilfreich sein kann. Für besonders gefährdete Menschen hilft jede Massnahme, die es ihrem Umfeld erleichtert, Ansteckungen einzudämmen und wenn Selbsttests günstig oder gar kostenlos zu erhalten sind, dann wäre das eben eine grosse Erleichterung.

Drittes Thema ist die Impfung. Sie sagen, die Impfung sei die beste Schutzmöglichkeit für besonders gefährdete Menschen. Ich glaube, es ist einfach eine Schutzmöglichkeit, aber Sie wissen, die Impfung schützt leider nicht verlässlich vor Ansteckung. Und es kommt hinzu, dass gerade Long-Covid-Patient:innen zum Teil sich gar nicht impfen lassen können, weil das eben die Nebenwirkungen noch verstärkt auftreten lässt. Also mit der Impfung alleine ist einfach der Schutz der besonders gefährdeten Menschen nicht getan.

Da insgesamt meine Einschätzung ist, dass der Regierungsrat die Belastung für die besonders gefährdeten Menschen in dieser aktuellen Lage unterschätzt, bleibt mir nichts anderes übrig, als Sie einfach zu bitten, diese Menschen nicht zu vergessen und zukünftig sich auch für den Schutz dieser Menschen einzusetzen. Mit der Beantwortung der Interpellation kann ich mich leider nicht zufrieden erklären.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Bestenfalls Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



12.10. Interpellation Nr. 131 Pascal Messerli betreffend Angriffskrieg gegen Israel: Weshalb zeigt die Regierung nicht Flagge?

[18.10.23 16:22:37, 23.5520.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat für den Regierungsrat das Wort Regierungspräsident Beat Jans.

Regierungspräsident Beat Jans: Wir beantworten diese Interpellation gerne wie folgt:

Zu Frage 1: Der Regierungsrat ist zutiefst erschüttert und verurteilt den schrecklichen Terrorangriff der Hamas auf Israel aufs Schärfste. Sein Mitgefühl gilt den Opfern und Angehörigen dieses Krieges.

Zu Frage 2: In einem Post vom 9. Oktober 2023 auf der Plattform X hat der Regierungsrat seine tiefe Solidarität zum Ausdruck gebracht. Der Regierungsrat hat aber die Situation falsch erfasst. Rückblickend betrachtet der Regierungsrat seine Reaktion als ungenügend und als nicht angemessen angesichts der schrecklichen Gräueltaten, die israelischen Menschen angetan worden sind. Er hätte insbesondere auch gegenüber den in Basel lebenden Jüdinnen und Juden schneller und klarer seine vollumfängliche Solidarität und sein tiefstes Mitgefühl zutragen müssen. Dies unterlassen zu haben, bedauert er heute.

Zu Frage 3: Als Zeichen der Solidarität hat sich der Regierungsrat dazu entschieden, die israelische Flagge am 10. Oktober 2023 ans Rathaus zu hängen.

Zu Frage 4: Vertreterinnen und Vertreter der drei monotheistischen Religionen haben am 17. Oktober 2023 eingeladen, um Gebete für alle Opfer zu sprechen und für den Frieden zu bitten. Der Regierungspräsident hat an diesem Anlass als Gastgeber begrüsst und im Namen des Regierungsrates seine tiefe Solidarität mit Jüdinnen und Juden übermittelt. Zusammen haben wir aller Opfer dieses grausamen Krieges gedacht. Der Regierungsrat steht zudem im Kontakt mit Vertretenden der jüdischen Religionsgemeinschaft und hat ihnen sowie der israelischen Botschafterin in einem Schreiben seine Solidarität bekundet.

Zu Fragen 5 bis 8: Der Regierungsrat kann nur wiederholen, dass er rückblickend seine Reaktion als ungenügend und als nicht angemessen betrachtet angesichts der schrecklichen Gräueltaten, die israelischen Menschen angetan worden sind. Er hätte insbesondere auch gegenüber den in Basel lebenden Jüdinnen und Juden schneller und klarer seine vollumfängliche Solidarität und sein tiefstes Mitgefühl zutragen müssen. Dies unterlassen zu haben, bedauert er heute.

Die Hamas hat ein Verbrechen gegen das Völkerrecht, ein historisches Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. Dafür gibt es keine Rechtfertigung. Weil Hamas zum Angriff gegen Jüdinnen und Juden auf der ganzen Welt aufruft, ist es wichtig, dass Basel solidarisch und stark an der Seite der jüdischen Menschen steht. Es darf nie mehr sein, dass sich Jüdinnen und Juden verstecken müssen. Die Regierung von Basel-Stadt duldet das nicht. Das Sicherheitsdispositiv zum Schutz der jüdischen Einrichtungen wurde erhöht.

Basel hat eine historische Verantwortung. Sie wissen es, im Basler Stadtcasino wurde anlässlich des Ersten Zionistenkongresses 1897 der Grundstein für den späteren Staat Israel gelegt. Den Besuch von Staatspräsident Isaac Herzog im letzten Jahr hat der Regierungsrat in einer sehr freundschaftlichen Atmosphäre erleben dürfen. Er spürte eine besondere Verbundenheit zwischen Basel und Israel, die gerade auch in diesem schweren Moment fortbestehen wird.

9. Auf den Basler Märkten gibt es ein vielfältiges Verpflegungsangebot, welches sich aus regionalen und traditionellen Angeboten sowie ausgewählten Spezialitäten zusammensetzt. Die Bewilligungen werden auf der Basis der Gesuche sowie qualitativen Aspekten erteilt. Es gibt keine politische Bewertung der Produkte.

Pascal Messerli (SVP): Es wird immer wieder gesagt, dass es vielleicht zu viele politische Vorstösse oder zu viele Interpellationen gibt, gerade im Wahlkampf. Diese Interpellation wäre nicht nötig gewesen, wenn der Regierungsrat angemessen kommunikativ auf diese Situation reagiert hätte. Ich bin froh, dass Fehler anerkannt wurden heute, in der Person von Regierungspräsident Jans gestern in der Person von Regierungsrätin Tanja Soland bei der jüdischen Glaubensgemeinschaft.

Ich möchte festhalten, der Terror gegen Israel ist real. Die Gefahr für die Juden in Basel und in Europa ist real. Jüdische Gemeinden warnen ihre Mitglieder, wenn sie ihre Kinder in die Schulen bringen, der Judenhass in Europa eskaliert auf den Strassen. Basel muss mehrere Kundgebungen in diesen Tagen absagen, weil wir diese Situation nicht mehr im Griff haben. Meine Damen und Herren, es ist fünf vor zwölf, und ich bin wirklich froh darum, dass es auch der Regierungsrat erkannt hat, dass man sicherheitspolitisch mehr machen muss. Weil die Situation gravierend ist und weil es fünf vor zwölf ist, war nicht nur die späte Reaktion des Regierungsrates ein Fehler, es war auch ein Fehler, dass man die Israel-Fahne wieder



abgehangen hat, nachdem primitive Judenhasser das Rathaus verschmiert haben. Man ist dort eingeknickt und hat die Israel-Fahne sofort wieder hereingenommen. Auch das war ein Fehler, meine Damen und Herren.

Nun, man kann nicht rückgängig machen, was geschehen ist, aber man muss gewisse Haltungen auch überdenken. Gerade bei der Frage der Entwicklungshilfe nach Palästina, aber auch bei den Aktionen auf der Strasse, beispielsweise bei diesem Verkauf von Olivenöl, müssen wir sicherstellen, dass diese Gelder nicht zweckentfremdet werden. Wir müssen sicherstellen, dass diese Gelder nicht zur Hamas fliesst und wir sicherstellen müssen, dass diese Gelder nicht für antijüdische Aktionen verwendet werden. Ich sage nicht, dass wir sämtliche Menschen sofort kriminalisieren sollten in diesem Bereich, aber es braucht auch in diesem Bereich Transparenz bei den Finanzen.

Wir müssen sicherstellen, dass Antisemitismus auf allen Ebenen bekämpft wird und dabei rede ich nicht nur vom islamistischen Antisemitismus. Ich nehme durchaus auch den Rechtsextremismus hier mit ein, was man auch bei meinen entsprechenden Vorstössen immer wieder lesen kann. Und wir müssen dafür sorgen, dass die Sicherheit der jüdischen Glaubensgemeinschaft bei uns in Basel garantiert ist. Es kann nicht sein, dass wir Schreiben von Gemeinden lesen müssen, dass sie davor warnen, wenn sie ihre Kinder in die Schule bringen.

Ich bin von der Gesamtsituation nicht befriedigt, kann mich aber mit der Beantwortung des Regierungsrates zufrieden erklären. Ich verweise auch auf meine entsprechenden Vorstösse. Ich kann ihn versprechen, solange wir diese Situation haben und so lange ich in diesem Grossen Rat tätig bin, werde ich nicht Ruhe geben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

12.11. Interpellation Nr. 132 Daniel Seiler betreffend Beschwerde des Kantons Basel-Stadt sowie der Einwohnergemeinde der Stadt Basel gegen die Verkehrsanordnung der Kantonspolizei Basel-Landschaft in der Rheinstrasse zwischen Augst und Pratteln

[18.10.23 16:31:07, 23.5521.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen?

12.12. Interpellation Nr. 133 Joël Thüring betreffend »Samidoun - Tarnverein der terroristischen, marxistisch-leninistischen Palästinensischen Volksfront: Veranstaltungen/Verbindungen nach Basel und namentlich in linke Kreise«

[18.10.23 16:31:29, 23.5523.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Für den Regierungsrat hat das Wort stellvertretend für Regierungsrätin Stephanie Eymann Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Der Regierungsrat teilt die Bestürzung über den schrecklichen Terrorangriff der Hamas auf Israel und kann verstehen, dass nun auch Netzwerke, die mutmasslich der Hamas nahestehen, die Aufmerksamkeit der Politik auf sich ziehen. Mit der Früherkennung und Bekämpfung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus befassen sich präventiv indes nicht die kantonalen Behörden, sondern der Nachrichtendienst des Bundes. Er beschafft sicherheitspolitisch wichtige Informationen und wertet diese aus. So liefert er entscheidende Beiträge für die umfassende Beurteilung der Bedrohungslage. Im Bund bedient der Nachrichtendienst primär den Bundesrat, die eidgenössischen Departemente sowie die militärische Führung mit seinen Produkten. Er unterstützt aber auch die Kantone bei der Wahrung der inneren Sicherheit. Der Regierungsrat bittet um Verständnis, dass er über die Erkenntnisse des Nachrichtendienstes des Bundes keine Auskunft erteilen kann.



Joël Thüring (SVP): Ich danke Regierungsrätin Tanja Soland für die Beantwortung meiner Interpellation. Zur Einordnung. Was ist Samidoun eigentlich? Samidoun ist ein Netzwerk, das sich offiziell um die Rechte palästinensischer Häftlinge kümmert, ist zugleich aber Teil des Auslandsnetzwerks der PLFP, das ist die Volksfront zur Befreiung Palästinas. Diese wird von der EU aber auch von den Vereinigten Staaten als Terrororganisation eingestuft. Bundeskanton Olaf Scholz hat letzte Woche in einem Votum im Bundestag nach den schrecklichen Angriffen auf das israelische Volk mitgeteilt, dass in Deutschland sämtliche Bestrebungen nun intensiviert werden, den Verein Samidoun als Terrororganisation zu einstufen und entsprechend Veranstaltungen dieser Gruppierung zu verbieten. Es gab von dieser Vereinigung Veranstaltungen. Das war diejenige Gruppe, die am letzten Samstag nach den schrecklichen Angriffen auf Israel-Süssigkeiten in Berlin Neukölln verteilt hat und sich über den Angriff auf unschuldige Israelis und den Tod vieler Menschen gefreut hat.

Diese Organisation Samidoun, die von Israel schon länger als Terrororganisation eingestuft ist, ist leider auch in Basel aktiv. Sie hat im Mai 2023 hier in Basel Veranstaltungen durchgeführt. Sie hat Veranstaltungen im Gewerkschaftshaus durchgeführt, sie veranstaltet auch immer wieder Dinge im Kaffee Hammer, ein Lokal, das der linken Szene zugeordnet werden muss. Diese Organisation wiederum ist offenbar auch in Basel, wenn man etwas recherchiert auf den gängigen Plattformen, verbunden mit der revolutionären Jugend Basel RJB, welche wiederum auf den Social-Media-Kanälen auch viele Follower aus linken Parteien hat. Und deshalb glaube ich, wenn wir uns betroffen zeigen über das, was in Israel passiert ist, wie das Regierungsrätin Tanja Soland gestern eindrücklich bei einer Veranstaltung mit der israelischen Botschafterin getan hat, und wie das jetzt auch Regierungspräsident Beat Jans in seiner Antwort auf die Interpellation Messerli getan hat, dann glaube ich, müssen wir schon sehr genau hinschauen, wenn dieser Verein wie in der Vergangenheit und im Mai 2023 hier in Basel aktiv ist.

Insofern ist diese sehr kurz gehaltene Antwort von Regierungsrätin Tanja Soland für mich etwas ernüchternd. Der Kanton Basel-Stadt verfügt über einen Nachrichtendienst, die FG9, und selbstverständlich kann die FG 9 und können die kantonalen Behörden auch gegenüber dem Parlament berichten. Das ist nicht einzig und allein eine Aufgabe des Bundes. Wenn wir hier in Basel-Stadt ein Netzwerk haben, das in anderen Ländern bereits oder vielleicht künftig noch in vielen weiteren als Terrororganisation eingestuft wird, dann erwarte ich, dass die Regierung in dieser Frage auch klar Haltung zeigt und künftig, wie sie es jetzt beispielsweise diesen Samstag gemacht hat, auch Veranstaltungen untersagt. Es ist nicht haltbar, dass eine Terror-Vereinigung oder eine einer Terrororganisation nahestehende Vereinigung oder Netzwerk hier in Basel Veranstaltungen durchführen kann.

Hier sind wir bei dem, was gestern die israelische Botschafterin gesagt hat. Es braucht jetzt Solidarität mit Israel. Diese Solidarität wurde jetzt auch wenn sehr spät mit dem Aushängen dieser Flagge und den Bekundungen gezeigt, aber es kann nicht bei dieser Solidarität bleiben. Wir haben viel zu lange uns nur mit Worten solidarisch gezeigt und nicht mit Taten. Deshalb konnte diese Hamas in den letzten Jahren sich so weit ausbreiten, dass nun Israel in Gefahr ist. Es geht auch darum, diese Haltung nun hier zu zeigen. Die Hamas gehört als Terrororganisation bezeichnet und verboten, und auch Samidoun gehört als solche eingestuft. Basel-Stadt kann auch heute schon Veranstaltungen von solchen Organisationen verbieten. Ich bitte dem Regierungsrat, das zu tun und ich bitte den Regierungsrat auch, dass man hier wirklich darauf schaut, dass solche Veranstaltungen in Basel nicht mehr durchgeführt werden können. Das ist das konkrete Handeln in diesem Falle zum Schutze Israels und zum Schutz des jüdischen Glaubens in Basel-Stadt. Hier bin ich im Widerspruch zu meinem Parteipräsidenten Pascal Messerli. Es ist nicht fünf vor zwölf, es ist fünf nach zwölf. Das haben wir am Samstag vor einer Woche gesehen und wir sehen es täglich mit diesen schrecklichen Bildern von Menschen in Israel, die von Terroristen abgeschlachtet worden sind. Ich bin mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

12.13. Interpellation Nr. 134 Luca Urgese betreffend Software-Probleme bei der Steuerrechnung

[18.10.23 16:38:04, 23.5526.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat Regierungsrätin Tanja Soland das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:



Zu Fragen 1 und 2: Basel-Stadt nutzt zusammen mit 13 weiteren Kantonen die Steuersoftware «NEST». Im Rahmen eines grossen Projekts wurden wesentliche Bestandteile der Software erneuert. Basel-Stadt ist einer der ersten grossen Kantone, der diese Umstellung vorgenommen hat. Die Einführung funktionierte grundsätzlich. Die Steuererklärungen konnten bearbeitet werden, auch die Bereiche Juristische Personen oder Quellensteuer funktionierten fehlerfrei.

Beim automatisierten Versand der Veranlagungen für Natürliche Personen traten jedoch Fehler auf. In speziellen Konstellationen wurden falsche Informationen integriert – zum Beispiel Erklärungstexte oder veraltete Adressen. Diese Fehler wurden bei Tests vor dem «scharfen Versand» bemerkt und zusammen mit dem Softwarehersteller analysiert.

Basel-Stadt hat im Vergleich zu anderen Kantonen ein komplexes Steuersystem mit vielen Spezialitäten. Beispielsweise haben wir keine provisorische Rechnung, aufwändige Berechnungen und eigene Fälligkeiten. Für Basel-Stadt mussten deshalb einige Programmierungen speziell vorgenommen werden. Bei diesen zusätzlichen Funktionen sind Fehler aufgetreten. Das Beheben dieser Fehler und das ausführliche Testen haben viel Zeit in Anspruch genommen. Bei Steuerbescheiden hat die Korrektheit oberste Priorität.

Zum Start des Massenversands bei den natürlichen Personen wurde jeder einzelne Steuerbescheid überprüft. Da keine Fehler auftraten, wurde die Versandmenge schrittweise erhöht und mit der Zeit auf die Prüfung von Stichproben umgestellt. Wie heute Vormittag in einer Medienmitteilung kommuniziert, kam es dann aber aufgrund einer speziellen Veranlagungskombination zu fehlerhaften Beiblättern bei rund 700 Veranlagungen. Das tut uns leid und wir entschuldigen uns für die dadurch entstandenen Umstände.

Nach diesem Rückschlag wird der Versand wieder manuell kontrolliert und ab nächster Woche wieder erhöht, wenn alles gut geht. Derzeit wird mit einer Aufarbeitung der Rückstände bis zum Versand der Vorauszahlungseinladung Mitte November gerechnet.

Zu Frage 3: Die Belastungszinsen sind gesetzlich festgeschrieben und laufen ab Juni. Laut Verordnung hat die Steuerverwaltung maximal ein Jahr Zeit, um die eingegangenen Steuererklärungen zu bearbeiten und die Veranlagungen zu versenden. Inwiefern es zu unverschuldeten Mehrbelastungen der Steuerpflichtigen kommt, ist noch nicht klar und wird geprüft.

Zu Frage 4: Einsprachen können zur Fristwahrung auch ohne Begründung eingereicht werden. Bei der Erstreckung der Frist für die Begründung der Einsprache wird die Steuerverwaltung kulant sein, so dass Steuerberaterinnen und Steuerberater mehr Zeit für allfällige Einsprachen haben.

Zu Fragen 5 und 6: Für den Finanzhaushalt sind keine Mehrkosten zu erwarten. Die Kosten für die Fehlerbehebung der Software trägt der Softwarelieferant.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Luca Urgese (FDP): Ich bedanke mich bei Regierungsrätin Tanja Soland für die Beantwortung meiner Interpellation in einer Situation, die sich, wie es scheint, laufend verändert. Wir haben jetzt teilweise die Medienmitteilung von heute Morgen vorgelesen bekommen. Das ist vielleicht etwas unschön, aber ich verstehe natürlich auch, dass hier ein hohes Informationsbedürfnis seitens der Bevölkerung besteht bei diesem doch sensiblen Thema.

IT-Projekte sind immer wieder eine Herausforderung. Ich verstehe daher, dass es hier auch zu Problemen kommen kann, dass es Fehler geben kann. Was ich eher nicht verstehen kann, ist, dass so grundlegende Funktionen wie ein Massenversand, also eine Adressierung mit korrekten Daten, vorab nicht getestet werden. Also anders kann ich mir nicht erklären, wie es passiert, dass man eine solche Funktion updated und dass es dann so gravierend schiefeht. Wenn man dann feststellt, dass es auch noch so lange dauert, bis man das wieder korrigiert hat, müsste es doch irgendwie möglich sein, wieder auf die Vorversion zurückzugehen und diese so lange zu Hand zu haben oder zu benutzen, bis die Probleme behoben sind. Aber ich bin kein IT-Experte, vielleicht stelle ich mir das auch etwas zu einfach vor.

Die Konsequenz allerdings ist nun, dass rund 30'000 Steuerpflichtige nach wie vor im Moment auf ihre korrekten Steuerrechnungen warten. Wenn man die Medienmitteilung von heute Morgen liest, dann ist es zu einem Versand gekommen, der gewisse Fehler beinhaltet hat. Es sehr bedauerlich, dass man jetzt hier einen Schritt nach vorn und wieder zwei Schritte zurückgeworfen wurde und ich hoffe, dass man das dann bald definitiv beheben kann. Wir hoffen hier auf die Ankündigung von Mitte November.

Als Begründung wurde genannt, dass das unter anderem auch zu tun hat mit dem komplexen Steuersystemen und mit den vielen Spezialitäten, die der Kanton Basel-Stadt offenbar hat im Vergleich zu anderen Kantonen. Dann ist das ja vielleicht auch der Anlass, dass man sich überlegt, ob es denn wirklich so sein muss oder ob das nicht ein guter Anlass wäre, das



Basler Steuersystem ein bisschen zu vereinfachen, damit man eben nicht so viele Sonderprogrammierungen braucht, ausschliesslich für unseren Kanton. Ich glaube, so viel schlechter machen es ja andere Kantone dann doch auch nicht.

Ich begrüsse sehr, das möchte ich hier festhalten, die kulante Haltung, die der Regierungsrat hier angekündigt hat betreffend Fristerstreckungen bei Steuerberaterinnen und Steuerberatern. Es ist eine grosse Sorge, dass jetzt plötzlich die grosse Welle an Steuerveranlagungen kommt, weswegen man Überstunden schieben muss, um alles fristgerecht abzuwickeln. Es ist also sehr erfreulich, dass hier Kulanz angekündigt wird.

Ich habe klare Erwartungen, einerseits zum Thema Belastungszins. Der Regierungsrat hat ausgeführt, dass jetzt geprüft wird, ob es höheren Belastungszinsen kommt oder nicht und wie das der Regierungsrat handhaben will. Für mich ist ganz klar, hier ist ein Fehler passiert auf Seiten des Kantons oder des Softwareherstellers. Das darf auf keinen Fall dazu führen, dass deswegen von den Steuerpflichtigen höhere Belastungszinse geschuldet sind, als wenn die Rechnungen ordnungsgemäss versendet worden wären. Eine weitere klare Erwartung, mit der ich aber offene Türen einrenne, ist, dass man weiterhin grösste Sorgfalt walten lässt bezüglich der Vertraulichkeit von Steuerdaten. Man darf durchaus auch lobend sagen, dass der Regierungsrat grossen Wert darauf legt, und ich erwarte, dass das nach wie vor der Fall sein wird. Ich erkläre mich daher mit der Beantwortung teilweise zufrieden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

12.14. Interpellation Nr. 135 Tim Cuénod betreffend der Öffnung des Gartenbades St. Jakob (Sportbad) Ende September / Anfang Oktober

[18.10.23 16:46:20, 23.5527.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Tim Cuénod (SP): Nach berechtigtem Ärger über die Steuersituation und Steuerversand und nach berechtigten Fragen zu Auswirkungen der Weltpolitik auf unsere Stadt und Region komme ich jetzt mit einem Anliegen, das nun wirklich nicht mehr saisongemäss erscheint, wenn wir einen Blick aus dem Fenster werfen. Gleichwohl möchte ich jetzt etwas sagen, denn wenn die Interpellation in drei Monaten beantwortet wird erscheint sie noch viel weniger saisongemäss als das jetzt der Fall ist.

Wir hatten bis letzten Freitag noch Temperaturen bis 29 Grad Celsius, wunderbares Wetter, während Wochen, während das Joggeli schon eine Woche lang nicht mehr geöffnet war. Es war dieses Jahr bis zum 6. Oktober geöffnet. Das war ausnahmsweise so, weil es eine Verzögerung bei der Eröffnung der Ballonhalle auf dem Eglisee gegeben hat, und das war für viele Menschen in dieser Stadt ein grosses Glück. Ich war dort vier bis fünf Mal die Woche, und es war wunderbar. Unglaublich viele Leute haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Im Moment schliesst das Bad am 24. September, und wenn ich mich an meine Kindheit erinnere, schloss es noch weitere zehn Tage früher. Aber die Temperaturen sind heute im Schnitt schon Ende September, Anfang Oktober wärmer als sie es in den letzten April- und ersten Maitagen sind, wenn das Sportbad St. Jakob bereits geöffnet ist. Und die Wahrscheinlichkeit, dass sich solche Spätsommer- und Frühherbstsituationen mit warmen Temperaturen mehren, steigt mit dem Klimawandel.

Deswegen finde ich es ein sehr berechtigtes Anliegen, und ich habe dafür sehr viel Zuspruch bekommen, natürlich auch von Besuchenden der Gartenbäder, die gesagt haben, dass es eigentlich sehr schön wäre, man könnte das Sportbad regulär und jedes Jahr noch nutzen bis ungefähr am 6. Oktober. Dieses Jahr wäre sogar noch eine Woche später optimal gewesen, aber ich verstehe, dass das Wetter nicht immer gleichermassen gut ist und dass es auch einer gewissen Planung bedarf und die Wahrscheinlichkeit mit jeder Woche steigt, dass die Temperatur nicht mehr dazu führen, dass viele Menschen das Gartenbad benutzen und der Energieverbrauch einfach hoch ist.

Aber ich denke, es wäre wirklich angemessen und sinnvoll, eine Verlängerung um zwei Wochen zu prüfen und bin gespannt auf die Antwort des Regierungsrates.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Damit haben wir die Interpellationen abgeschlossen.



8. Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission der Universität Basel (IGPK Universität) zum Bericht des Regierungsrates betreffend Berichterstattung zum Leistungsauftrag 2022 der Universität Basel; Partnerschaftliches Geschäft

[18.10.23 16:49:37, 23.0739.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die IGPK-Universität beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Der Landrat Basel-Landschaft wird das Geschäft am 19. Oktober behandeln. Für die Kommission IGPK-Uni das Wort hat deren Präsidentin Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Ich freue mich, Ihnen heute unseren Bericht über das Berichtsjahr 2022 der Universität vorstellen zu dürfen. Die IGPK-Universität wurde auch dieses Jahr durch den Präsidenten des Universitätsrats, durch die Rektorin, durch den Vizerektor Lehre, dem Direktor Finanzen und sowie dem Direktor Infrastruktur und Betrieb in Anwesenheit der zuständigen Regierungsräte und der Verwaltung umfassend, offen und transparent informiert. Für die gute Zusammenarbeit im Rahmen der Berichterstattung möchte ich mich herzlich bedanken.

Das erste Berichtsjahr der Leistungsperiode 2022 bis 2025, der insgesamt fünften, der gemeinsamen Trägerschaft der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt verlief gemäss der strategischen Planung und den Vorgaben des Leistungsauftrags erfolgreich. Nach den schwierigen letzten beiden Jahren, die durch die Pandemie geprägt waren, konnte sich die Universität wieder auf die strategische Ebene konzentrieren und mit der Umsetzung der Strategie 2022 bis 2030 beginnen. Interdisziplinäre Forschungsk Kooperationen und Vernetzung und damit die Förderung des eigenen wissenschaftlichen Nachwuchses sind Voraussetzung für den langfristigen Erfolg der Universität.

Auf administrativer Ebene konnte die Einführung der Rechnungslegung nach Swiss CAAP FER abgeschlossen und die neugestaltete Jahresrechnung erstmals im Jahresbericht präsentiert werden. Operativ war die Universität mit der Eingliederung der aus der Ukraine geflüchteten Studierenden und Forschenden und durch die stark gestiegenen Energiekosten gefordert. Ein wichtiges Ereignis bildete die erfolgreiche institutionelle Akkreditierung gemäss dem Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz. Die Universität erhielt ein hervorragendes Zeugnis für ihre Arbeit in Forschung, Lehre und Verwaltung. Da die Würdigung im Hearing zu kurz gekommen ist, möchte ich dies an dieser Stelle nachholen und allen Angehörigen der Universität, die zu diesem Ergebnis beigetragen haben, herzlich gratulieren.

Wie gerade erwähnt, wurde die Jahresrechnung 2022 erstmals nach Swiss GAAP FER erstellt. Dieser anerkannte Standard ermöglicht eine klare Beurteilung und Vergleichbarkeit von Jahresrechnungen über die Zeit und zu anderen Unternehmen, insbesondere auch bezüglich des Eigenkapitals. Diese Umstellung hat zur Folge, dass die Rechnung 2022 nur bedingt mit der Rechnung 2021 vergleichbar ist. Die Umstellung auf die neue Rechnungslegung führt dazu, dass das Geschäftsjahr 2022 mit einem deutlichen Defizit abschliesst. Gegenüber der bisherigen Rechnungslegung ergeben sich wesentliche Änderungen in der Darstellung der Finanzen. Bisher wurde die Bildung und Auflösung von zweckgebundenen Reserven direkt in der Erfolgsrechnung verbucht. Neu werden sie als Eigenkapital betrachtet und erst bei der Gewinnverwendung berücksichtigt. Um die Entwicklung der Universität im abgelaufenen Geschäftsjahr beurteilen zu können, müssen das konsolidierte Jahresergebnis und das Ergebnis nach Gewinnverwendung gemeinsam betrachtet werden.

Im Jahr 2022 beläuft sich der Betriebsaufwand der Universität auf 761,9 Millionen Franken, während sich der Ertrag auf 751,9 Millionen Franken beläuft. Das Betriebsergebnis 2022 weist somit einen Verlust von zehn Millionen aus. Im gleichen Jahr weist das Finanzergebnis ein negatives Ergebnis aus, was in der konsolidierten Jahresrechnung zu einem Jahresverlust von 23,7 Millionen Franken führt, das sind 3 Prozent auf die 761 Millionen Franken.

Die Jahresrechnung der Universität wurde von Price Waterhouse Cooper AG am 31. März 2023 genau geprüft und bestätigt, dass sie den staatsvertraglichen Vorschriften und den internen Vorgaben entspricht. Der Bericht der Revisionsstelle weist keine signifikanten Beanstandungen auf. Ein entsprechendes Kontrollsystem ist vorhanden. Die IGBK stellt fest, dass die Bilanz und Erfolgsrechnung in der Jahresrechnung 2022 ausführlich und verständlich präsentiert und erläutert werden.

Die Kommission geht in ihrem Bericht auf folgende einzeln ausgewählte Themen ein. Zum Thema Finanzierung der Universität: Im Jahr 2022 wird die Universität zu 45 Prozent von den Trägerkantonen und zu 13 Prozent vom Bund finanziert. Weitere 10 Prozent kommen von den Kantonen, die ihre Studierenden nach Basel schicken. 25 Prozent stammen aus kompetitiv eingeworbenen Drittmitteln, wie zum Beispiel vom Schweizerischen Nationalfonds, aus internationalen Forschungsprogrammen, speziellen Bundesprogrammen oder von privaten Dritten, und sieben Prozent stammen aus übrigen Erträgen. Die Höhe der kompetitiv eingeworbenen Drittmittel zeigt, dass auch im Jahr 2022 auf hohem Niveau Mittel eingeworben wurden und die Drittmittelquote in den letzten drei Jahren stabil gehalten werden konnte. Die erfolgreiche Einwerbung an Drittmittel zeigt einmal mehr die hohe Qualität der Forschung an der Universität Basel und bestätigt ihre hohe Attraktivität in hochkompetitiven Bereichen. Eine derart hohe Drittmittelquote setzt voraus, dass die Universität über die dafür notwendigen Forschungsqualitäten, Kompetenzen und Infrastrukturen verfügt.



Zum Thema Herausforderungen: Die Universität will ihre Innovationsfähigkeit erhalten, ihre Vermögens- und Sachwerte schützen, Kosten durch Risiken minimieren und ihre Reputation aufrechterhalten. Hierfür hat sie eine Risikolandkarte erstellt. Die Grundsätze und Organisation zum Risikomanagement wurden am 22. August 2020 vom Universitätsrat genehmigt. Dank diesem Werkzeug kann die Universität Ereignisse bewerten, ihre Wahrscheinlichkeit und Auswirkungen auf die Universität bestimmen und im Voraus geeignete Massnahmen prüfen und ergreifen. Als sehr hoch werden die Risiken in den Bereichen Finanzierung, Datenverlust, hohe Personalaufwände und ein Rückgang der Studierendenzahlen eingestuft. Eine ausreichende Finanzierung ist notwendig, um eine qualitativ hochwertige Lehr- und Forschungsleistung der Universität sicherzustellen. Die Universität bewertet die finanzielle Situation von Bund und Kantonen als besorgniserregend und stuft das Risiko als hoch ein, dass Staatsbeiträge gekürzt werden könnten. Eine Abnahme der Einschreibungen gefährdet das angestrebte Wachstum der Studierendenzahlen und erschwert die finanzielle Situation der Universität.

Die Universität finanziert sich zu 25 Prozent durch das Einwerben von Drittmitteln, ich habe das vorher ausgeführt. Durch ihre Leistungen hat sie einen guten Ruf erworben und kann sich daher im Wettbewerb mit anderen Universitäten behaupten. Ohne verlässliche finanzielle Unterstützung ist es allerdings schwierig, Projekte zu realisieren und international wettbewerbsfähig zu sein. Die Universität kooperiert eng mit anderen Hochschulen und hat eine ausgeklügelte Strategie entwickelt, um ihr Netzwerk zu erweitern und wertvolle Beiträge zu leisten. Dadurch festigt und stärkt sie ihr hervorragendes Ansehen in der Region. Auch die Zusammenarbeit mit der Industrie wird in der Region gepflegt, um den Austausch von Wissen zu fördern und Startups zu unterstützen. Obwohl dies helfen kann, die Folgen des Ausschlusses aus Horizon Europe zu mildern, kann es sie nicht vollständig ausgleichen. Die Teilnahme an europäischen Forschungsprojekten ist stark eingeschränkt und die Finanzierung verbleibender Projekte läuft in den nächsten Jahren aus. Dies erschwert die Attraktivität von Basel, als Standort und dafür, Mitarbeiter mit besonderen Fähigkeiten zu gewinnen und zu halten.

Auch die künstliche Intelligenz KI wurde thematisiert. Eine generelle Nutzungseinschränkung ist nicht geplant. Die Universität plant, KI im Lern- und Lehrprozess zu nutzen. Dabei soll jedoch Missbrauch bei Leistungsnachweisen und Prüfungen verhindert werden. Dozenten und Studierende werden geschult und geeignete Massnahmen werden geprüft.

Zum Thema Studierendenzahlen 2022: Im Herbstsemester 2022 waren 12'896 Studierende und Doktorierende an der Universität immatrikuliert. Das sind 143 Studenten weniger als im Vorjahr. Die Bachelorstudierenden stellen mit 45,4 Prozent die grösste Gruppe der Studierenden dar, während auf Master-Stufe 31,3 Prozent entfallen und auf Doktoratsstufe 23,3 Prozent. Der Frauenanteil auf Studierenden- und Doktoratsstufe beträgt rund 57 Prozent und fällt damit leicht höher aus als im Vorjahr. 42,2 Prozent der Studierenden stammen aus den Trägerkantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt. Dies zeigt die starke regionale Verankerung der Universität. Der Anteil ausländischer Doktorierender ist mit 53 Prozent hoch und unterstreicht die grosse Anziehungskraft als Forschungsuniversität. Für das Studienjahr 2023-24 ist gemäss den bisherigen Einschreibungen ein Wachstum der Studierendenzahlen zu erwarten. Rund zwei Dutzend Geflüchtete aus der Ukraine konnten im Herbstsemester 2022 unbürokratisch in ein Gaststudium oder reguläres Studium aufgenommen werden. Auch Sprachkurse und Hilfeleistungen über die Sozialberatung standen den ukrainischen Geflüchteten zur Verfügung.

Zum Thema Start-Ups: Neben ihren Kernaufgaben unterstützt die Universität auch den Wissens- und Technologietransfer. Sie hat ihre Aktivitäten in diesem Bereich deutlich ausgebaut. Die Universität verfügt über eine Start-Up Policy und fördert das Unternehmertum. Im Berichtsjahr wurden zwölf Start-Ups von Universitätsangehörigen gegründet, die meisten davon in den Trägerkantonen. Damit setzt sich das kontinuierliche Wachstum fort und erreicht einen neuen Höchststand. Diese Start-Ups sind insbesondere in den Bereichen Life Sciences, MedTech und Digital Health tätig und stärken damit die Bedeutung der Region im Bereich Life Sciences. Die IGPK ist erfreut über diese Entwicklung, die als Gegengewicht zu den Problemen in der Zusammenarbeit mit der EU, insbesondere im Bereich Horizon dienen kann.

Zum Thema Immobilienentwicklung: Auch um in Zukunft optimale Rahmenbedingungen für Forschung, Lehre und Studium und Dienstleistung bieten zu können, muss die Universität ihre Organisation und Infrastruktur gezielt weiterentwickeln. Von zentraler Bedeutung sind dabei Investitionen in die bauliche und technische Infrastruktur. Die bauliche Entwicklung reicht von Neubauten über den Erwerb von bestehenden Gebäuden bis hin zur Anmietung zusätzlicher Flächen oder der Zusammenführung räumlich verteilter Nutzungen an einem Standort, auf dem Rosental-Areal, auf dem Schällemätteli-Areal, dem Dreispitz und dem Bachgraben. Eine detaillierte Übersicht findet sich im IGPK-Bericht. Auf Anfrage der IGPK teilte die Universität mit, dass mit Ausnahme der Verzögerung beim Departement für Biomedizin derzeit keine Mehrkosten durch Verzögerungen bei den aufgeführten Projekten erkennbar sind.

Die IGPK beschäftigte sich intensiv mit dem Neubau Departement Biomedizin. Die massive Erhöhung der Baukosten für das neue Forschungsgebäude von 153 Millionen Franken auf 365 Millionen Franken und die Verdoppelung der Realisierungsdauer von ursprünglich drei Jahren auf nun sechseinhalb Jahre veranlasste die GPK der Parlamente der beiden Trägerkantone, die IGPK zu beauftragen, die Chronologie der Planung und die Gründe für die Verzögerung und die enormen Mehrkosten zu untersuchen. Die IGPK liess sich in der Folge an ihrer ordentlichen Sitzung vom 1. Februar von der Rektorin und dem Gesamtprojektleiter Universität für den Neubau, in Anwesenheit der zuständigen Regierungsräte der beiden Trägerkantone informieren. Zusammen mit den Berichten der beiden kantonalen Finanzkommissionen sowie der Bau- und Planungskommissionen Basel-Landschaft konnte die IGPK Universität das weitere Vorgehen der Anträge der beiden GPK breit abgestützt diskutieren. Sie kam zum Schluss, dass die bis dato gemachten Abklärungen der genannten



parlamentarischen Kommissionen sehr umfassend sind und schlüssig begründen, warum die Kosten aus dem Ruder gelaufen sind. Eine Mehrheit der Kommission war der Ansicht, dass weitere Abklärungen durch die IGPK zum jetzigen Zeitpunkt keinen zusätzlichen Erkenntnisgewinn bringen würden. Dieser Beschluss wurde den beiden kantonalen GPK mitgeteilt. Sie informierte die GPK Basel-Stadt zudem, dass sie sich anfangs 2024 von den Verantwortlichen der Universität über den Baufortschritt des Neubaus informieren lassen wird.

Die IGPK stellt fest, dass nun, nachdem die Baubewilligung vorliegt, der Vertrag mit der TU unterzeichnet und die Kreditsicherungsgarantie gesprochen ist, mit der Realisierung des Neubaus Departement Biomedizin begonnen wurde. Die IGPK Universität empfiehlt eine engere Begleitung der grossen Bauvorhaben durch die Parlamente. Die IGPK hat gegenüber der Universitätsleitung die Erwartung geäussert, bei Problemen frühzeitig und direkt vor den Medien informiert zu werden. Die IGPK lässt sich regelmässig mindestens einmal jährlich über den Baufortschritt informieren und erstattet den Parlamenten jährlich Bericht.

Zum Thema Swiss TPH: Aufgrund der Assoziation des Swiss TPH an die Universität ist die IGPK im Rahmen ihrer Aufgaben für das Swiss TPH verantwortlich. Die Berichterstattung erfolgte nicht im Rahmen eines Audits. Dieses wird alle vier Jahre durch das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation durchgeführt. Im Rahmen einer Informationsveranstaltung haben der Direktor und der administrative Leiter des Swiss TPH der IGPK Universität ausführlich Bericht erstattet. Mit dem Bezug des neuen Hauptsitzes Belo Horizonte in Allschwil nimmt das Swiss TPH die Rolle eines Ankerinstituts in einem dynamischen und aufstrebenden Life Science und Biotech-Cluster ein.

Das Geschäftsjahr 2022 schloss mit einem leichten Verlust von 126'000 Franken bei einem Aufwand von 105 Millionen Franken ab. Die Grundfinanzierung aus den Beiträgen der beiden Trägerkantone und Bund lag bei 21,3 Prozent, was in etwa dem Vorjahreswert entspricht. Die kompetitiv eingeworbenen Drittmittel konnten im Berichtsjahr erneut gesteigert werden. Insgesamt erwirtschaftete das Swiss TPH 15 Prozent der Einnahmen aus Forschung, Lehre und Dienstleistungen. Die Finanzierung des Swiss TPH durch den Bund ab 2025 stellt eine Herausforderung dar. Zurzeit ist die Finanzierung als Anschubfinanzierung deklariert. Sollten die 8 Millionen Franken in Zukunft ausbleiben, würde dies das Swiss TPH vor grössere Probleme stellen.

Damit schliesse ich. Ich bedanke mich bei der Kommission für die engagierte und konstruktive Zusammenarbeit. Ich danke auch unserem Kommissionssekretär André Schrago für die gründlichen Protokolle und die Unterstützung bei der Erstellung des Berichts. Die Kommission beantragt Ihnen einstimmig, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Es gibt einen Vorbehalt im Beschluss, und zwar, dass der Landrat dasselbe tut, und wir hoffen, dass das morgen stattfinden wird.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Conradin Cramer.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Ich danke der Präsidentin der IGPK für diese umfassende Würdigung des Leistungsberichts der Universität zum Jahr 2022. Ich möchte gerne dieses Votum noch ergänzen, um einige Schlaglichter, die aus Sicht des Regierungsrats besonders herauszustreichen sind. Die Rechnungslegung der Universität erfolgt 2022 erstmals nach dem heute bereit anerkannten Standard Swiss GAAP FER. Diese neue, zeitgemäss Rechnungslegung geht auf einen Wunsch der Trägerkantone zurück. Sie erhöht die Transparenz und Vergleichbarkeit von Bilanz und Erfolgsrechnung. Sie ist zum Beispiel in Bezug auf Drittmittelflüsse genauer und aussagekräftiger. Dem nun vorliegenden Jahresabschluss vorausgegangen waren umfangreiche und komplexe Umstellungsarbeiten über mehrere Jahre, für die ich der Universität bestens danke.

Die Rechnung für das Jahr 2022 muss entsprechend differenzierter als bisher betrachtet werden. Im Betrieb und in der Finanzbewirtschaftung resultierten jeweils für sich genommen negative Ergebnisse. Zusammen mit den periodenfremden Erträgen und Aufwänden zeigt die Jahresrechnung ein konsolidiertes Jahresergebnis von substantziellen minus 23,7 Millionen Franken. Allerdings plante die Universitäts bereits in ihrem Budget 2022, Reserven in den beiden Sparten Immobilien und Forschung und Lehre einzusetzen. Der Einsatz von entsprechend zurückgestellten Mitteln wird neu erst in einem zweiten Schritt, nämlich im Bilanzergebnis verrechnet und transparent ausgewiesen. Da zeigt sich, dass das formal negative Jahresergebnis, wenn es mit den aufgelösten Reserven verrechnet wird, zu einem Überschuss von 7,1 Millionen Franken führt. Dieser Jahresüberschuss wird von der Universität in das freie Eigenkapital vorgetragen.

Was die Leistungen der Universität anbetrifft, möchte ich drei Highlights hervorheben. Im September 2022 wurde die Universität Basel vom Schweizerischen Akkreditierungsrat institutionell akkreditiert. Die Akkreditierung ist alle sieben Jahre zu wiederholen. Nun haben wir natürlich nichts weniger als einen positiven Bescheid erwartet, aber wer sich auf den Webseiten des Akkreditierungsrats informiert, wird feststellen, dass eine Akkreditierung ohne Auflagen, wie sie die Universität Basel erreicht hat, gar nicht so häufig ist. Das internationale Gutachten stellt unserer Universität ein ausgezeichnetes Zeugnis aus und hebt unter anderem die hervorragenden Rahmen- und Studienbedingungen, den Teamspirit und das kooperative Arbeitsklima hervor.



Besonders eindrücklich, und das hat die Präsidentin der IGPK auch erwähnt, sind erneut die Drittmittelfolge der Universität. Sie unterstreichen die Attraktivität des Forschungsumfelds an der Universität selbst in höchst kompetitiven Bereichen. Rechnet man die vom Nationalfonds eingeworbenen Gelder durch die Anzahl Professorinnen und Professoren, erreicht die Uni Basel unter allen Schweizer Hochschulen den höchsten Wert. Jede Professur wirbt bei uns jährlich durchschnittlich rund 270'000 Franken an Projektgeldern ein.

Die Studierendenzahlen waren im Herbstsemester 2022 ganz leicht rückläufig. Die erhoffte Trendwende deutete sich jedoch bereits an. Die Anzahl der Studienanfängerinnen und -anfänger hat 2022 nach Jahren der Stagnation wieder leicht zugenommen. Weil die Anzahl der Abschlüsse höher war als jene der Neueintritte resultierte im Bestand trotzdem ein leichtes Minus. Die Universität strebt weiterhin ein moderates Wachstum bei den Studierendenzahlen an, was vor allem im Hinblick auf die Grundbeiträge des Bundes und die Zahlungen der anderen Kantone wichtig ist.

Damit sind wir auch schon bei den zentralen Herausforderungen, wie sie von der IGPK zum Teil auch bereits genannt wurden. Die Teuerung, absehbar sinkende Bundesbeiträge und stagnierende Beiträge der anderen Kantone im Rahmen der interkantonalen Universitätsvereinbarung bereiten der Universität aktuell finanzielle Sorgen.

Der Ausschluss der Schweiz aus dem europäischen Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe ist nach wie vor ein Stachel im Fleisch, wobei hier nicht so sehr Gelder fehlen, denn der Bund kompensiert ja weitestgehend, aber die Universität fürchtet um ihren Anschluss an strategisch wichtige Forschungsthemen und Netzwerke und ihre Reputation leidet. Ebenfalls als Herausforderung zu bezeichnen ist schliesslich die Infrastruktur, angelaufene und geplante Projekte wie das Grossprojekt DBM oder der Neubau für die Wirtschaftswissenschaften und die Jurisprudenz auf dem Dreispitz sind das eine, ein insgesamt steigendes Zinsumfeld und damit einhergehende finanzielle Zusatzbelastungen das andere. Hier sind die Träger gefordert, sicherzustellen, dass die Universität ihre Kernaufgabe weiterverfolgen kann, nämlich Forschung und Lehre auf höchstem Niveau zu betreiben. Diese Herausforderungen werden Thema der anstehenden Verhandlungen für die Leistungsauftragsperiode 2026 bis 2029 sein und selbstverständlich werden wir die IGPK wie üblich über die erreichten Meilensteine informieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erste Fraktionssprecherin für das GAB ist Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GAB): Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um noch einmal auf einen Punkt aufmerksam zu machen, welcher uns wirklich grosse Sorgen bereitet. Wir haben das jetzt mehrfach gehört, der Ausschluss aus dem Horizon Europe-Programm hat gravierende Folgen für die Universität, dies wurde immer wieder betont an den gemeinsamen Sitzungen.

Dieser Ausschluss aus den EU-Projekten respektive die Unmöglichkeit, die Federführung in neuen Projekten zu übernehmen, hat einen negativen Einfluss auf die Finanzierung der Universität, auf die Vernetzung, die Sichtbarkeit und auch auf die Forschungsreputation der Universität. Wir können das nicht wettmachen, nicht durch neue Gelder des Nationalfonds, nicht durch Drittmittel oder mit Kooperationen mit anderen Universitäten. Es sind schliesslich unsere Nachbarn, es sind gewichtige Universitäten und wir müssen dort mitmachen können, auch in der Federführung.

Es ist beachtenswert, wie kreativ die Universität oder auch das Public Health Institute jetzt umgeht mit dieser Situation. Sie suchen sich Hilfen, indem sie über zum Beispiel afrikanische Universitäten doch wieder einen Fuss in das Forschungsprogramm bekommen. Aber das kann mittel- und langfristig nicht die Lösung sein, sondern hier braucht es ganz schnell eine Lösung, bevor wir abgehängt sind. Ich weiss, das können wir hier in diesem Raum nicht lösen, aber ich denke, wir müssen alles daransetzen, dass es auf nationaler Ebene möglichst schnell eine Lösung gibt, damit die Universität hier wieder vorne mit dabei sein kann. Denn wenn wir jetzt diesen Standortvorteil verlieren, werden wir das nicht wettmachen können oder wir werden sehr lange haben, bis wir wieder auf diesem Stand sind, den wir jetzt haben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Fraktionssprechenden oder Einzelsprechende mehr eingetragen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 14 des Berichts der IGPK)

Titel und Ingress

Ziffer 1 Kenntnisnahme Bericht zum Leistungsauftrag

Ziffer 2 Vorbehalt Zustimmung Partnerkanton

Publikationsklausel



Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001651, 18.10.23 17:17:31]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Bericht 2022 zum Leistungsauftrag der Universität Basel wird gemäss § 19 lit. b des Staatsvertrags über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel (Universitätsvertrag) vom 27. Juni 2006 zur Kenntnis genommen.

2. Ziffer 1 dieses Beschlusses steht unter dem Vorbehalt eines gleichlautenden Beschlusses des Landrates des Kantons Basel-Landschaft.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 92 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme und keiner Enthaltung.

9. Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für das Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2022; Partnerschaftliches Geschäft

[18.10.23 17:17:51, 23.0547.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die IGPK UKBB beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Der Landrat Basel-Landschaft wird das Geschäft am 19. Oktober behandeln. Für die Kommission das Wort hat deren Vizepräsidentin Lydia Isler Christ.

Lydia Isler-Christ: An der Sitzung vom 6. Juni 2023 nahmen neben den Kommissionsmitgliedern von Basel-Stadt und Basel-Landschaft von Seiten Basel-Stadt Regierungsrat Lukas Engelberger teil und Armin Ming, Leiter Stabstelle Gesundheitsbeteiligung und Finanzen, der Kanton Basel-Landschaft war mit Regierungsrat Thomas Weber und mit Tobias Lüscher, Strategie und Kontrolle in der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion vertreten. Für das UKBB waren Marc-André Giger, der neue Präsident des Verwaltungsrats, Marco Fischer, CEO und Lukas-Ehrleiter, Finanzen anwesend. Nun, ich möchte gar nicht zu viele Zahlen nennen, das kann jede interessierte Person selbst nachlesen. Ich möchte jetzt zuerst die Gelegenheit nutzen, um allen Menschen im UKBB, welche zu jeder Tages und Nachtzeit für unsere keinen Patienten da sind, ganz herzlich zu danken für den enormen Einsatz. Insbesondere die Notfallstation war unter anderem weiterhin coronabedingt einer besonderen Mehrbelastung ausgesetzt. Und im stationären Bereich kam das Spital im zweiten Halbjahr durch die vielen RSV-Virus-Fälle an seine Belastungsgrenzen.

Ein paar Zahlen nenne ich jetzt trotzdem noch. Das Kostenbudget konnte eingehalten werden. Das Unternehmensergebnis fällt mit zweieinhalb Millionen Franken positiv aus. Dies liegt jedoch am positiven Sondereffekt in der Höhe von 3 Millionen Franken. Das sind vor allem coronabedingte Restvergütungen der Trägerkantone. Das betriebliche Ergebnis liegt bei einem Minus von 600'000 Franken. Der Kostendeckungsgrad für stationäre Leistungen lag bei erfreulichen 100 Prozent. Der Kostendeckungsgrad im ambulanten Bereich liegt jedoch weiterhin bei niedrigen 70 Prozent. Das zeigt auch, zusammen mit dem betrieblichen Minusergebnis, dass es weiterhin grosse Anstrengungen braucht für leistungsgerechte Tarife. Das wurde schon mehrfach erwähnt. Diese Tarife braucht es sowohl ambulant wie stationär. Ohne Verbesserung wird es weiterhin Defizite geben.

Und noch etwas Erfreuliches: Sowohl die Patienten wie auch die Elternzufriedenheit mit dem UKBB bei sehr gross, deshalb noch einmal einen Dank an alle Mitarbeitenden des UKBB, welche zu dieser Zufriedenheit beitragen.



Bereits in den letzten Berichten wurde auf Unregelmässigkeiten bei Abrechnungen im ambulanten Bereich hingewiesen. Die Abklärungen sind weiterhin am Laufen. Nach Abschluss der Aufklärung wird ein separater Bericht erfolgen. An dieser Stelle danke ich allen Kommissionsmitgliedern für ihre Arbeit und bitte Sie, den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich kann mich sehr kurz fassen, nachdem die Vizepräsidentin der IGPK das Wesentliche Ihnen schon referiert hat und die längere Fassung Sie ja auch dem schriftlichen Bericht entnehmen können.

Sie hat bereits hervorgehoben, dass das Jahr 2022 ein anspruchsvolles Jahr war für das UK BB, im Zeichen der Pandemie-Spätfolgen, insbesondere auch mit einer grossen Anzahl von Patientinnen und Patienten mit dieser RSV-Erkrankung. Das hat das Spital teilweise an seine Belastungsgrenzen gebracht und dort insbesondere die Mitarbeitenden sehr stark gefordert. Es ist hervorzuheben und zu würdigen, dass das Spital trotz dieser extrem hohen Belastung seinen Versorgungsauftrag jederzeit erfüllt hat. In diesem Zusammenhang möchte ich mich dem Dank anschliessen, den die Kommissionssprecherin bereits ausgesprochen hat. Er geht an alle Mitarbeitenden des UKBB, die dort einen vorbildlichen Einsatz leisten zugunsten der Gesundheitsversorgung in unserer Region, und die dafür auch in den entsprechenden Umfragen und Bewertungen in in puncto Qualität und Zufriedenheit von Patientinnen und Patienten sowie von Eltern immer sehr gute Bewertungen bekommen. Insofern glaube ich, dürfen wir weiterhin stolz sein auf das UKBB und wir sind auch weiterhin aufgerufen, Sorge zu tragen zu dieser wichtigen Institution. Die finanzielle Situation ist ja von der Kommissionssprecherin bereits erwähnt worden, und es ist naheliegend und offensichtlich, dass diese auch in den kommenden Jahren anspruchsvoll bleiben wird.

Ich möchte ganz kurz noch etwas anderes erwähnen, nämlich den Verwaltungsrat und personelle Mutationen, die sich dort ergeben haben. Der Verwaltungsratspräsident Manfred Manser, langjährig verdient, hat sich auf Ende 2022 zurückgezogen von seinem Amt und Herr Marc-André Giger ist seit dem Jahresbeginn neuer Verwaltungsratspräsident des UKBB. Es gibt auch zwei neue Mitglieder, die dazu gewählt wurden, nämlich Frau Jacqueline Martin und Herr Hugo Keune, nachdem auch Freddy Zwahlen seinen Rücktritt erklärt hat. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir an der Spitze des UKBB auch einen kompetenten Verwaltungsrat haben. Wir arbeiten sehr eng mit diesem zusammen. Gemeinsam, partnerschaftlich, betrifft das die die Eignerdepartemente GD und VGD unserer beiden Kantone. Abschliessend möchte ich danken der IGPK für diese konstruktive und durchaus auch immer wieder kritische Begleitung unserer Gremien.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Fraktions- oder Einzelsprechende mehr eingetragen.

Eintreten ist obligatorisch. Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 8 des Berichts der IGPK)

Titel und Ingress

Ziffer 1 Kenntnisnahme Bericht Regierungsrat zur Rechnung 2022

Ziffer 2 Vorbehalt Zustimmung Partnerkanton

Publikationsklausel

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001653, 18.10.23 17:25:51]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Bericht des Regierungsrats betreffend Information über die Rechnung 2022 des Universitäts-Kinderspitals beider Basel wird gemäss § 11 Abs. 5 lit. a und b des Staatsvertrags über das Universitäts-Kinderspital beider Basel (Kinderspitalvertrag) vom 22. Januar 2013 zur Kenntnis genommen.



2. Ziffer 1 dieses Beschlusses steht unter dem Vorbehalt eines gleichlautenden Beschlusses des Landrates des Kantons Basel-Landschaft.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 94 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme und einer Enthaltung.

10. Ausgabenbericht betreffend Erhöhung des Staatsbeitrags für die BAS Beratungsstelle für Asylsuchende der Region Basel für die Jahre 2024 bis 2026

[18.10.23 17:26:06, 23.1116.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt 450'000 Franken zu bewilligen. Für die Kommission GSK hat das Wort deren Präsident Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Für eine Demokratie ist es unerlässlich und bedeutsam, dass die Rechte von Menschen auf der Flucht garantiert und ein faires, rechtsstaatliches Asylverfahren gewährleistet werden kann. Das Asylgesetz und das Ausländer- und Integrationsgesetz bilden auf Bundesebene, und das Integrationsgesetz auf kantonaler Ebene die Rechtsgrundlage hierzu. Es besteht daher die gesetzliche Verpflichtung, den Schutz jener Rechte wie zum Beispiel das Recht auf Familienleben sicherzustellen. Die Rechtsberatungsstelle der Heks berät und begleitet Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge, um ein faires Asylverfahren sicherzustellen und über die Chancen eines allfälligen Rekurses zu informieren. Die Rechtsberatung Asyl und Ausländerrecht ist der Hauptfokus der BAS. Es geht dabei um Familiennachzug, Kantonswechsel, humanitäre Visa, Härtefallgesuche. Dies sind juristische und soziale Fragestellungen und Themen, wo es dringend professionelle Hilfe benötigt und die für alle Menschen, unabhängig ihres sozialen Status, sichergestellt werden muss. Mit ihrem Angebot unterstützt die BAS ebenso die Integration von geflüchteten Menschen und leistet einen sehr wichtigen Beitrag zur Chancengleichheit und Teilhabe.

Die Kommission hat den Ausgabenbericht an einer Sitzung im Beisein des Vorstehers des WSU sowie der Amtsleiter der Sozialhilfe Basel-Stadt vorgestellt bekommen und beraten. Aufgrund der klaren und deutlichen Zustimmung aller Beteiligten der Kommission sowie der Tatsache, dass das Angebot seit Jahren der Regierung eine Finanzhilfe erhält, haben wir uns für eine mündliche Berichterstattung entschieden. Ich danke dem WSU und Regierungsrat Kaspar Sutter für die Präsentation des Ausgabenberichts und der Kommission für die wohlwollende und zügige Beratung.

Der Regierungsrat beantragt einen Staatsbeitrag im Rahmen einer Finanzhilfe für die kommenden 3 Jahre, also 2024 bis 2026 von insgesamt 54'000 Franken für die BAS als die Beratungsstelle für Asylsuchende der Region Basel. Dies sind jährlich zusätzlich 150'000 Franken. Die BA wird seit 2002, also seit etwas mehr als 20 Jahren, mit einem jährlichen Beitrag unterstützt. Seit 2011 beträgt die Unterstützung 50'000 Franken pro Jahr. Für die Jahre 2022 und 2023 wurde dieser Betrag verdoppelt, weil aufgrund des Krieges gegen die Ukraine die Rechtsberatung für geflüchtete aus der Ukraine sichergestellt werden musste. Diese zusätzlichen Mittel wurden von der Finanzkommission im Mai des letzten Jahres bewilligt.

Seit der Asylgesetzrevision von 2019 hat sich der Schwerpunkt der Beratung verschoben. 80 Prozent aller Beratungen betreffend Geflüchtete, die bereits über einen Asylentscheid verfügen. Sie benötigen auch aufgrund der zugenommenen Komplexität und restriktiven Praxis zwingend fachliche juristische Unterstützung. Es hat sich gezeigt, dass vom SEM die Mandate betreffend Rechtsschutz im erweiterten Verfahren kaum zugewiesen werden und zudem die Fallpauschale bei diesem Beratungsangebot sehr tief ausfällt. Die Einnahmemöglichkeiten der BAS sind deshalb tief und deutlich weniger als zu Beginn angenommen.

Die Beratungszahlen sind in den letzten Jahren relativ stabil und dies trotz sinkender Stellenprozente. Mit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges hat sich die Zahl der geflüchteten Menschen in Basel praktisch verdoppelt. Aufgrund der aktuellen Weltlage ist damit zu rechnen, dass der Bestand von Personen im Asylverfahren in den kommenden Jahren sich weiter vergrössert und somit auch die Nachfrage nach juristischer Beratung und Unterstützung zunehmen wird. Die BAS kann mit den aktuellen Personalressourcen die bestehende Nachfrage nach Rechtsberatung und Mandatsübernahmen nicht mehr fachgerecht abdecken. Dies führt zu einer Unterversorgung und der Rechtsanspruch kann nicht adäquat eingelöst werden. Ende 2022 ersuchte deshalb die Beratungsstelle für Asylsuchende um eine Nachverhandlung des aktuellen Staatsbeitrages für die Jahre 2024 bis 2026. Damit das seit mehreren Jahren bestehende Defizit, welches nur mit hohen Eigenmitteln gedeckt werden konnte, teilweise für die Zukunft kompensiert werden kann, braucht die BAS eine höhere Unterstützung durch den



Staat. Der Einsatz der Eigenmittel der Heks hat sich in den letzten sechs Jahren quasi verdoppelt und beträgt nun rund 60 Prozent. Ohne zusätzliche Mittel muss die BAS weitere Stellenreduktion in der Rechtsbehandlung vornehmen sowie gar eine Schliessung der BAS in Erwägung ziehen.

Die BAS und die Heks haben sich in den letzten Jahren strukturell neu aufgestellt und somit eine gute Ausgangslage für die Zukunft geschaffen. Das WSU hat mit der Trägerschaft Verhandlungen durchgeführt und dem Erhöhungsantrag der Einrichtung wurde teilweise entsprochen. Die Gründe sind folgende: Notwendigkeit der Leistung ist klar ausgewiesen und entlastet die Sozialhilfe Basel-Stadt. Es ist kein guter Zeitpunkt für weiteren Abbau oder gar der Schliessung der Beratungsstellen, die Sozialhilfe könnte Leistungen ohne Ressourcenaufstockung gar nicht erbringen, erhöhter Staatsbeitrag berücksichtigt die Tatsache, dass mehr Personen aus dem Asylbereich in Basel leben und zuletzt, der Staatsbeitrag ist im Vergleich zu anderen Angeboten bei sehr tiefen 16 Prozent.

Der Regierungsrat beantragt daher dem Grossen Rat für die restliche Laufzeit von 2024 bis 2026 gegenüber dem aktuellen Betrag eine Erhöhung um 50'000 Franken pro Jahr. Die GSK ist überzeugt vom Angebot und schätzt das grosse Engagement der Beratungsstelle für Asylsuchende der Region Basel. Die Kommission kann die Wiedererwägung und die Erhöhung der Finanzhilfe nachvollziehen. Teile der GSK haben sich auch die Frage gestellt, ob nicht eine weitere Erhöhung um 50'000 Franken jährlich gerechtfertigt gewesen wäre, damit nicht zu viel Engagement in das Fundraising einfließen muss.

Abschliessend kann gesagt werden, die Kommission ist auf das Geschäft eingetreten und beschloss einstimmig, die insgesamt beantragten 54'000 Franken für die drei Jahre von 2024 bis 2026 zu bewilligen. Ich danke Ihnen, wenn Sie dem Beschluss der GSK folgen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Bei dieser Vorlage geht es um eine Stärkung unseres Rechtsstaates. Es werden keine neuen Rechte geschaffen, sondern es wird dafür gesorgt, dass die Menschen, die Anspruch auf Rechte haben, auch zu diesen Rechten kommen. Bei Geflüchteten ist das verstärkt schwierig, insbesondere auch aufgrund möglicher sprachlicher Hürden und anderen Schwierigkeiten. Die Leistungen der BAS dienen aber nicht nur den Betroffenen, sondern uns auch als Gesamtgesellschaft, indem die Integration erleichtert wird und Folgekosten auch dadurch gesenkt werden können.

Es braucht also diese Leistung. Sie ist im Interesse von uns allen. Die Frage ist, ob diese Leistung nicht besser in der Sozialhilfe selbst erbracht werden könnte. Das haben wir selbstverständlich geprüft. Ich denke aber, dass es nicht im Interesse wäre. Erstens haben wir heute dieses Know-How nicht, man müsste es entsprechend aufbauen. Wir gehen davon aus, dass dies nicht günstig wäre, sondern im Gegenteil teurer kommen würde, wenn die entsprechenden Rechtsdienste stärkere Stellen bräuchten, um diese Unterstützung anzubieten. Es macht mehr Sinn, wenn eine externe, neutrale Stelle diese Dienstleistung erbringt aufgrund des Vertrauens und der Unabhängigkeit, als wenn das der Staat selber tut.

Aus diesem Grunde beantragen wir als Regierungsrat Ihnen, diesen Staatsbeitrag an die BAS zu sprechen. Seit 2011 war dieser Staatsbetrag auf auf tiefem Niveau, wurde nicht mehr angepasst. Die Fallzahlen sind deutlich angestiegen aufgrund der verstärkten Personen im Asylbereich, insbesondere auch durch Personen mit Status S, die auch von der BAS abgedeckt werden. Dieser Mehranstieg an Leistungen, die die BAS erbringt, führt dazu, dass wir Ihnen jetzt diesen erhöhten Staatsbeitrag beantragen. Wenn zum Beispiel der Status S beendet werden sollte, gehen wir davon aus, dass sich weitere Fragen stellen werden und eine Beratung notwendig ist.

Für alle diejenigen, für die das vielleicht ein bisschen abstrakt ist, möchte ich gerne auf einen Einzelfall eingehen. 10 vor 10 hat ihn gebracht am 23. August. Dabei handelt es sich um einen Afghanen, der bei uns in Basel wohnt seit sieben Jahren, Aufenthaltsbewilligung B hat, fliessend Schweizerdeutsch spricht, bei der Spitex arbeitet und für die Menschen in unserer Stadt sorgt. Das Problem: Er hat vom Taliban-Regime keine neuen Reisedokumente bekommen, die Taliban, der afghanische Staat, geben ihm keine Reisepapiere. Das hat dazu geführt, dass er eigentlich papierlos war, obwohl eine gültige Aufenthaltsbedingung hat. Das hat dazu geführt, dass seit über sieben Jahren nicht ausserhalb der Schweiz reisen durfte, obwohl er eine Aufenthaltsbewilligung B hat, welche ihm das eigentlich erlauben würde. Die BAS hat dann Beschwerde für ihn geführt und für alle anderen in der gleichen Situation, um dieses Recht durchzusetzen. Das Bundesverwaltungsgericht hat dann entschieden, dass diese Menschen einen Anspruch haben auf dieses Recht, auch ausserhalb der Schweiz zu reisen. Nun gibt es den grünen Pass auch für die Afghanen und dadurch wird der Einfluss und die Macht der Taliban direkt bei uns in der Schweiz reduziert. Es war ein sehr sinnvoller Entscheid, möglich dank der Arbeit der BAS für diesen jungen Mann, der hier bei uns in Basel lebt und der ihm dadurch zu seinem Recht verholfen hat.

Sie sehen, da geht es um das ganz konkrete Leben von Menschen, die hier bei uns in Basel wohnen und aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, diesem Staatsbeitrag an die BAS zuzustimmen.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die SVP ist Patrick Fischer.

Patrick Fischer (SVP): Ich stehe hier vorne und könnte mir das eigentlich aus zwei Gründen ersparen: Zum einen mit Blick auf die Kreuztabelle, die mir zeigt, dass sich wieder einmal nur die SVP gegen mehr Migration einsetzt. Mit Blick auf die Entwicklungen in Europa, im Speziellen in unseren Nachbarländern Deutschland, Österreich, Italien und Frankreich, könnten wir als national konservative Partei einfach nur abwarten und zuschauen, wie unser Stimmenanteil mit weiterer Migration grösser wird. Rechtskonservativ gewinnt überall dazu. Hierzu ein paar Zahlen gemäss Umfragen: Die AfD mit 23 Prozent ist auf dem zweiten Platz mit einem Zugewinn seit den Wahlen von 2021 von 12,7 Prozent, die FPÖ in Österreich mit 32 Prozent liegt auf dem ersten Platz mit einem Zugewinn seit den Wahlen von 2019 von 15 Prozent, die Fratelli D'Italia in Italien mit 29 Prozent sind auf dem ersten Platz mit einem Zugewinn seit den Wahlen von 2022 von 3 Prozent, das Rassemblement national in Frankreich mit 26 Prozent liegt auf dem ersten Platz mit einem Zugewinn seit den Wahlen von 2022 von 17,3 Prozent. Die SVP, gemäss neuesten Umfragen, kommt auf circa 28 Prozent. Diese Zahlen kann man gut finden oder nicht. Man kann auch die einzelnen Parteien gut finden oder nicht, man kann sie auch nicht alle miteinander vergleichen, aber die Zahlen sprechen für sich. Migration wird von grossen Teilen der Bevölkerung in Europa mit grosser Sorge betrachtet.

Der Tenor ist klar, man will weniger Migration und die Begrenzung der Migration wird vom Volk verlangt. Dieser Bereich soll nun weiter ausgebaut werden respektive man will dafür sorgen, dass mit Familiennachzug noch mehr Migranten in unser Land kommen können und mit Wiedererwägungsverfahren Migranten hier bleiben statt abgeschoben werden können.

Die SVP unterstützte den Nachtragskredit der GGG für Gastfamilien für Flüchtlinge aus der Ukraine. Wir sind nicht partout gegen alles. Wir sind aber nicht bereit, dieses System immer weiter auszubauen und das Geld unserer Steuerzahler für Familiennachzugsverfahren, Einreichung von Reisegesuchen, Kantonswechsel und Wiedererwägungsverfahren von Flüchtlingen auszugeben. Wir haben doch schon genug Flüchtlinge bei uns und wollen gar nicht mehr. Warum wollen wir Geld ausgeben damit noch mehr kommen? Und was heisst das konkret? Ein Familiennachzug einer Einzelperson, das kann nachher bis zu acht Personen bei uns bedeuten.

Zu den im Bericht erwähnten Ukrainer mit Status S: Wenn dieser aufgehoben wird, besteht ja offensichtlich keine Gefahr mehr und die Ukrainer können wieder in ihrer Land zurückreisen. Diejenige, welche bis dann gut integriert sind, benötigen wohl kaum eine umfassende Rechtsberatung, sondern können sich mit ihren Arbeitgebern selbst um eine Aufenthaltsbewilligung oder weitere Schritte bemühen.

Und nun zu den Ressourcen: Ende 2022 waren 340 Mandate pendent. In den Strafverfolgungsbehörden sind mehrere 1000 Verfahren pendent. Was beabsichtigen Sie dagegen zu tun? Wir wollen rechtsstaatlich bleiben, wir sehen aber nicht ein, warum Leistungen, die über den Rechtsschutz im Asylverfahren hinaus erbracht werden müssen, geleistet werden. Wer Flüchtlingen helfen will, kann dies bereits bei unterschiedlichen Institutionen tun, mit Geldspenden oder auch mit ehrenamtlicher Arbeit, hier in der Schweiz oder auch vor Ort.

Die 150'000 Franken pro Jahr sind zwar nicht viel, aber die Folgekosten könnten um ein Vielfaches höher sein. Und dann noch ein weiteres europäisches Beispiel zum Pull-Faktor: Dänemark hat das MigrantInnenproblem unter anderem nach 2015 mit erschwerten Familienzusammenführungen in den Griff bekommen und konnte so die Migration merklich reduzieren, übrigens von den Sozialdemokraten in Dänemark unterstützt. In diesem Sinne bitten wir um Ablehnung des Beschlussentwurfs.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegen zwei Zwischenfragen, die eine von Daniel Sägesser und die andere von Fleur Weibel. Nehmen Sie sie an? Beide werden angenommen, zuerst die Frage von Daniel Sägesser.

Daniel Sägesser (SP): Sie haben die Wahlergebnisse Ihrer Schwesterparteien aus Europa heruntergelesen. Können Sie mir auch das Wahlergebnis der polnischen Peace-Partei nennen und deren Perspektive auf die bevorstehende Regierungsbildung?

Daniel Sägesser (SP): Ich habe gedacht, dass diese Frage kommt. Die Partei ist immer noch auf Platz eins, hat aber verloren und die Regierungsbildung ist noch offen.

Fleur Weibel (GAB): Ist Ihnen bewusst, dass Sie überhaupt nicht zum Thema des vorliegenden Geschäfts gesprochen haben?



Patrick Fischer (SVP): Nein.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Ich halte dieses Votum im Namen der Fraktionen der SP und des GAB. In der GSK beschäftigen wir uns ja häufig mit dem sozialen Netz, also das Netz, das auch dann da ist und auffangen soll, wenn alle anderen Stricke reissen. Diese anderen Stricke sind zum Beispiel ein geregeltere Einkommen, ein Zuhause, eine Familie, also alles das, was uns Sicherheit und Schutz bietet. Dass wir heute Abend alle in ein warmes und sicheres Zuhause einkehren können, das ist unser Glück. Ein Glück, das viele andere Menschen auf diese Welt nicht haben. Laut dem aktuellen Global Trend Report der UNHCR waren Ende 2022 weltweit 108,4 Millionen Menschen auf der Flucht. Flucht bedeutet, dass man alles zurücklässt, was man hat, alles Materielle und alles Immaterielle. Jede Sicherheit wird zurückgelassen. Man bricht auf in ein unbekanntes Leben und in eine Zukunft voller Unsicherheit. Niemand flüchtet aus Spass, niemand flüchtet, weil er oder sie es lustig oder unterhaltsam findet. Wer fliehen muss, tut dies, weil es keinen anderen Ausweg aus einer prekären Situation gibt.

Dass wir geflüchteten Menschen Schutz bieten und ihnen helfen, ist das Mindeste. Die Leistungserbringung der BAS, über deren Finanzierung wir heute eben sprechen, ist nicht Nive-to-have, sondern erfolgt auf Grundlage der in der Bundesfassung verankerten Menschenrechte. Es ist also nicht so, wie Patrick Fischer gesagt hat, dass das ein super cooles Angebot für alle, die ein bisschen Spass wollen, ist, sondern das steht diesen Menschen zu, denn es steht im Gesetz. Das sind die Menschenrechte und diese sind nicht verhandelbar. Die müssen für alle gelten, egal woher man kommt.

Dann haben Sie gesagt, es stört Sie, dass auch Menschen, die ausserhalb der Ukraine geflüchtet sind, von diesem Angebot profitieren. Ja, wenn Sie den Bericht gelesen hätten, dann hätten Sie gesehen, dass ein Grossteil dieser Finanzierung eben auch für Menschen aus der Ukraine ist, weil es eben sehr viele sind, die flüchten müssen. Ich finde ja, es ist egal, von welchem Konflikt ein Mensch fliehen muss. Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf Schutz und Sicherheit, egal ob diese Person die gleiche Hautfarbe hat wie ich oder nicht.

Aus dem Bericht des Regierungsrates wird ersichtlich, dass der Bedarf eigentlich sogar noch grösser wäre als das, was aktuell leistbar ist. Und aufgrund von fehlenden Ressourcen müssen zurzeit viele Mandate sogar abgelehnt werden. Dies führt dazu, dass viele Personen, die die Unterstützung, die sie eigentlich benötigen, nicht erhalten, und das ist keine gute Situation. Regierungsrat Kaspar Sutter hat es gesagt: Wenn wir beschliessen würden, dass wir diesen Staatsbeitrag nicht sprechen, dann haben wir kein Geld gespart, denn dann müssen wir einfach an einer anderen Stelle bei der Sozialhilfe das Budget aufstocken. Die Fallführenden in der Sozialhilfe sind gar nicht dafür ausgebildet, diese Beratungen durchzuführen. Es wird einfach kein einziger Franken gespart, wenn wir hier jetzt Nein sagen, wir müssen einfach das Budget an einer anderen Stelle aufstocken. Und wir müssen das tun, denn wie gesagt, es steht im Gesetz, das sind die Menschenrechte, diese Leute haben Anspruch darauf.

Auch noch wichtig finde ich, dass es um einen eher tiefen Staatsbeitrag geht, wenn wir denjenigen der BAS mit anderen Beratungsangeboten, die wir finanzieren, vergleichen. Der bisherige Staatsbeitrag von 50'000 Franken machte im Jahr 2021 9 Prozent des Gesamtaufwandes auf. Wenn man andere Institutionen ansieht, dann sieht man, dass dort die Staatsbeiträge viel mehr ausmachen am gesamten Beitrag. Das liegt daran, dass bei der BAS extrem viele Menschen auch freiwillig arbeiten und ich finde, das ist ein grossartiges Engagement und das sollte gewürdigt werden. Die professionelle Arbeit der BAS verdient unsere Unterstützung und deshalb möchte ich Sie bitten, dem Antrag des Regierungsrates zu folgen und den Staatsbeitrag zu bewilligen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GLP ist Niggi Daniel Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Es wurde schon viel gesagt über die Sinnhaftigkeit des Angebots und dieses wurde auch mit einem praktischen Beispiel bestätigt. Ich kann da nur noch zusammenfassen: Die BAS-Beratungsstelle für Asylsuchende in der Region Basel ist ein wichtiges und etabliertes Angebot in der Betreuung und Begleitung von Asylsuchenden, um eben deren Recht zu gewährleisten. Es gibt Situationen, in denen Asylsuchende während des Verfahrens eine juristische Unterstützung benötigen. Dafür gibt es Beratungsstellen wie die BAS, welche seit 1984 unter verschiedenen Trägern existiert und hauptsächlich von kirchlichen Hilfswerken getragen wurde und wird. Dementsprechend ist sie auch etabliert und geniesst einen guten Ruf. Die aktuelle Trägerin Heks hat die Dienstleistungen auch mit grossem Einsatz von Eigenmitteln aufrechterhalten, obwohl sich die Finanzierungssituation in den letzten Jahren als äusserst schwierig erwies. In den Unterlagen zum Geschäft wird auf die hohe Belastung des Personals hingewiesen. Dies ist in der aktuellen Situation nachvollziehbar und es ist leider nicht anzunehmen, dass sich die Situation in naher Zukunft entspannen wird.



Der Staatsbeitrag wurde über die letzten Jahre nicht angepasst, obwohl auch NPO's mit steigenden Kosten konfrontiert sind. Es ist deshalb wichtig, dass einerseits das Angebot mit Staatsbeiträgen unterstützt wird, andererseits ist eine Erhöhung aufgrund der steigenden Komplexität der Aufgaben, der zunehmenden administrativen Anforderungen und der steigenden Kosten durchaus plausibel.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten mit hoher Identifikation für ihre Arbeit und mit einem grossen Engagement. Sie leisten gute Arbeit und das gibt es nicht kostenlos. Aus diesem Grund empfehle ich Ihnen, die Ausgaben zu bewilligen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen.

Detailberatung (Seite 17 des Ausgabenberichts)

Titel und Ingress

Einzigiger Absatz

Publikationsklausel.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

80 Ja, 10 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001655, 18.10.23 17:49:54]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Beratungsstelle für Asylsuchende der Region Basel (BAS) werden für die Jahre 2024 bis 2026 Ausgaben von insgesamt Fr. 450'000 (Fr. 150'000 pro Jahr) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 80 Ja-Stimmen bei 10 Gegenstimmen und keiner Enthaltung.

11. Konsolidierte Rechnung des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2022

[18.10.23 17:50:10, 23.5471.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Beschlussvorlage wurde Ihnen verteilt. Für die Kommission FKom hat das Wort deren Präsident Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die konsultierte Jahresrechnung erlaubt als Führungsinstrument einen gesamthaften Überblick über die finanzielle Situation des Kantons, der heisst Stammhaus, unter Einbezug der Tochtergesellschaften sowohl in der Erfolgsrechnung als auch in der Bilanz. Sie gewährt somit eine andere Sichtweise der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des kantonalen Finanzhaushaltes. Der vom Regierungsrat beschlossene Konsolidierungskreis umfasst in einem Stammhaus die voll konsolidierten Einheiten BVB, IWB, die universitäre Altersmedizin Felix Platter, die UPK, das universitäre Zentrum für Zahnmedizin und das Unispital Basel sowie die mittels anteiligem Eigenkapital kandidierten Einheiten. Dazu gehört die BKB und wesentliche Minderheitsbeteiligungen, auf welche der Kanton einen massgeblichen Einfluss ausübt und die er gemeinschaftlich mit anderen Kantonen führt.

Im Jahr 2022 betrug der Betriebsaufwand für den Konzern 6,9 Milliarden Franken. Dieser Betrag setzt sich aus dem Stammhaus, das ist also der Kanton ohne diese eben genannten Beteiligungen mit netto 4,4 Milliarden Franken und aus den Tochtergesellschaften mit Netto 2,5 Milliarden Franken zusammen. Im Vorjahresvergleich ist der Betriebsaufwand um 535,8



Millionen Franken gestiegen. Dies ist hauptsächlich auf den angestiegenen Sach- und Betriebsaufwand und auf den Anstieg bei einem Personalaufwand zurückzuführen.

Der Sach- und Betriebsaufwand hat zugenommen, weil bei den IWB der Energiebeschaffungsaufwand von Dritten aufgrund höherer Marktpreise und der trockenheitsbedingt tieferen Stromproduktion aus Wasserkraft angestiegen ist. Beim Stammhaus führten unter anderem mehr Kosten für Materialeinkauf und für IT-Dienstleistungen zu einem Anstieg des Aufwands für Dienstleistungen und Honorare. Die Zunahme beim Personalaufwand rührt von der höheren Anzahl der Mitarbeitenden beim Universitätsspital her, weil neu auch das Bethesdaspital zum Subkonsolidierungskreis gehört und zusätzliche Stellen geschaffen wurden.

Beim Stammhaus stammt die Zunahme vom Teuerungsausgleich sowie der höheren Anzahl Stellen bei den Volksschulen aufgrund gestiegener Schülerzahlen. Der Betriebsertrag für den Konzern lag im Jahr 2022 somit bei 6,9 Milliarden Franken, ich habe das bereits erwähnt, 4,4 Milliarden Franken Stammhaus und 2,5 Milliarden Franken Tochtergesellschaften.

Weshalb kam es bei einzelnen Punkten zu Veränderungen? Ich möchte das nicht in aller Länge ausführen, Sie können das auch im entsprechenden Bericht nachlesen. Sicherlich eine Rolle gespielt hat unter anderem die Wertberichtigung beim universitären Zentrum für Altersmedizin Felix Platter von 96,2 Millionen Franken. Wir haben darüber auch schon an anderer Stelle in diesem hohen Hause berichtet. Die Bilanzsumme des Konzerns beträgt 19,6 Milliarden Franken. Davon stammen 13,3 Milliarden Franken vom Stammhaus. Das konsolidierte Eigenkapital entspricht 11,6 Milliarden Franken, wovon 6,3 Milliarden Franken auf das Stammhaus entfallen. Bei der Zunahme beim Eigenkapital von 363,9 Millionen Franken sind 217,2 Millionen Franken auf das Stammhaus zurückzuführen und der Rest lässt sich vor allem und hauptsächlich durch einen Anstieg bei der BKB, den IWB und der MCH Group erklären. Beim universitären Zentrum für Altersmedizin und bei der Uni Basel waren die grössten Abnahmen zu verzeichnen.

Soweit zu den Zahlen, das ist alles wie gesagt auch in einer konzertierten Rechnung nachzulesen. Speziell hervorzuheben in diesem Jahr ist die Umstellung der Rechnungslegung bei der Universität Basel Diese erfolgt seit Beginn der bikantonalen Trägerschaft nach anerkannten kaufmännischen Grundsätzen. Um eine grössere Transparenz hinsichtlich der Eigenkapitalausstattung herzustellen, hat der Universitätsrat auf Wunsch der Trägerkantone beschlossen, dass die Universität ihre Rechnungslegung ab 2022 auf Swiss GAAP FER umstellt. Dieser zeitgemässe und breit anerkannte Standard ermöglicht eine präzise Beurteilung und eine bessere Vergleichbarkeit.

Die bisherige Unterscheidung in Fremdkapital, gebundene Mittel, Rücklagen und freies Eigenkapital bei der Uni Basel ist nach Swiss-GAAP FER nicht mehr erlaubt, die neuen Rechnungslegungsvorschriften unterscheiden nur zwischen Fremd- und Eigenkapital. Die Uni Basel musste daher alle Passivpositionen neu den beiden Rubriken zuordnen. Dadurch hat das Eigenkapital der Uni Basel per 31. Dezember 2021 von 14,7 Millionen Franken um 489,6 Millionen Franken auf 504,3 Millionen Franken zugenommen. Aufgrund der partnerschaftlichen Trägerschaft wird das Eigenkapital der Uni Basel zu 50 Prozent in der konsolidierten Rechnung unseres Kantons berücksichtigt. In der letzten konsolidierten Rechnung wurde die Uni Basel per Ende 2021 mit einem Eigenkapital von 37,4 Millionen Franken geführt. Neu beträgt das anteilige Eigenkapital 252,1 Millionen Franken. Das Eigenkapital des Kantons Basel-Stadt hat sich damit um rund 200 Millionen Franken erhöht.

Dem Eigenkapital steht auf der Aktivseite ein höherer Wert der Position Beteiligungen gegenüber. Mit der Umstellung der Rechnungslegung müssen auch die Werte des Vorjahres angepasst werden. In der vorliegenden konzertierten Rechnung sind die Werte des Jahres 2021 ebenfalls an Swiss GAAP FER angepasst.

Die Finanzkommission konnte die konsolidierte Rechnung mit der Finanzverwaltung und der Finanzkontrolle besprechen, welche diese Rechnung prüfte und keine Unstimmigkeiten fand. Die konsolidierte Rechnung wird deshalb nicht nur seitens der Finanzkontrolle zur Annahme empfohlen, sondern auch seitens der Finanzkommission, welche sich einstimmig dieser Empfehlung der FiKo angeschlossen hat und Ihnen heute auch entsprechend beantragt, der konsolidierten Rechnung zuzustimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

Detailberatung gemäss Tischvorlage

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss unter Verzicht auf eine zweite Lesung zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.



Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0001657, 18.10.23 17:58:51*]

Der Grosse Rat beschliesst

Die konsolidierte Jahresrechnung 2022 des Kantons Basel-Stadt wird genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 87 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme und keiner Enthaltung.

Morgen um 9 Uhr machen wir mit den persönlichen Vorstössen weiter. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Schluss der 31. Sitzung

17:59 Uhr



Protokoll

der 32. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Donnerstag, den 19. Oktober 2023, um 9:00 Uhr

Vorsitz: *Bülent Pekerman, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: *Salome Bessenich (SP), Pascaline Gallacchi (die Mitte/EVP).*

Verhandlungsgegenstände:

13.	Motion 1 Erich Bucher und Konsorten betreffend wirksame Entlastung der Basler Steuerzahlerinnen und Steuerzahler	2
14.	Motion 2 Joël Thüring betreffend ÖV neu denken – ÖV in der Innenstadt attraktiver gestalten	7
15.	Anzug 1 Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Hebammengeleitete Geburtshilfe in den Spitälern	10
16.	Anzug 2 Barbara Heer und Konsorten betreffend öffentliche Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Basels	10
17.	Anzug 3 Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend “Mit OECD-Mehreinnahmen Armut in Basel reduzieren”	14
18.	Anzug 4 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Problemlösungen für die Konflikte auf dem Vorplatz des Bahnhofs SBB	19
19.	Anzug 5 Bruno Lötscher und Konsorten betreffend Veloroute Gellert-Jacob Burckhardt-Strasse-Gundeldingen	19
20.	Anzug 6 Joël Thüring betreffend Aufwertung des Vorplatzes / Eingangsbereich und der Wartezone für Busreisende am Bahnhof SBB	20
21.	Anzug 7 Christian von Wartburg und Lisa Mathys betreffend Basel als Gastgeberin eines «Europa-Konzils»	22
22.	Anzug 8 Johannes Sieber und Béla Bartha betreffend Stärkung der Rahmenbedingungen für die Film- und Kreativwirtschaft im Zusammenhang mit «Lex Netflix»	28
23.	Anzug 9 Joël Thüring betreffend Aufwertung für Gewerbe und Tourismus: Ein Taxistandplatz in Fussdistanz zum Marktplatz	28
24.	Anzug 10 Nicole Kuster und Konsorten betreffend Aufwertung der Uferböschung des Grossbasler Rheinufers durch den Bau von Baumterrassen	28
25.	Anzug 11 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend entsiegelte sowie ökologisch aufgewertete Verkehrsinseln und Verkehrskreisel	28
26.	Anzug 12 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend einfachere Umsetzung Begegnungszonen	29



Beginn der 32. Sitzung

Donnerstag, 19. Oktober 2023, 09:00 Uhr

13. Motion 1 Erich Bucher und Konsorten betreffend wirksame Entlastung der Basler Steuerzahlerinnen und Steuerzahler

[19.10.23 09:00:08, 23.5383.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung. Eine Mitteilung in letzter Sekunde: Kaffeespense – Amina Trevisan feierte ihren 50. Geburtstag und hat eine Krankheit überwunden. Darüber sind wir froh und wir bedanken uns für die Geste. Alles Gute!

Wir starten mit den Motionen. Motion 1, Erich Bucher und Konsorten betreffend wirksame Entlastung der Basler Steuerzahlerinnen und -zahler. Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Gibt es Voten? Jean Vergeat ist erste Einzelsprecherin.

Jo Vergeat (GAB): Ups, you did it again! Seit der letzten Abstimmung zur Steuersenkung ist noch kein Jahr verstrichen. Die Steuersenkungen des dritten und letzten Schrittes der SV 17 sowie die Steuersenkungen des letzten grossen Steuerkompromisses werden erst auf die kommende Steuerperiode 2023 umgesetzt. Wir wissen also nicht genau, wie sich die Steuersenkungen auf den Kantonshaushalt auswirken werden und dennoch kommt, gut getimt auf die heisse Phase des Nationalratswahlkampfes, der Ruf nach einer weiteren noch umfassenderen Steuersenkung und von SVP bis GLP stimmen alle in den gemeinsamen Chor ein.

Dabei zeigen Erfahrungen aus anderen Kantonen, dass die Auswirkungen von Steuersenkungen schwer vorhersehbar sind. Und nicht allzu selten wurde aus einem positiven Kantonsbudget plötzlich ein negatives. Zur Begründung ihrer Motion verweisen Sie auf einen angeblichen steigenden strukturellen Überschuss. Leider konnte ich diesen bei der Durchsicht der Unterlagen unseres Finanzdepartements nicht finden. Im Jahr 2024 budgetieren wir zwar noch einen Überschuss von 52 Millionen Schweizer Franken, dieser ist aber auf einmalige Steuereinnahmen aufgrund der Beiträge aus der OECD-Steuerreform in der Höhe von 50 Millionen Schweizer Franken zurückzuführen, und ob die Gewinnausschüttung der SNB in der Höhe von prognostizierten 46 Millionen Schweizer Franken wirklich eintritt, steht in den Sternen. Im Finanzplan für die Jahre 2025 bis 2027 wird dann mit einem Defizit in Höhe von 26 bis 63 Millionen Schweizer Franken gerechnet. Wir haben also nicht per se einen strukturellen Überschuss und dürfen uns weitere Steuersenkungen schlicht nicht leisten, insbesondere auch, weil in den kommenden Jahren bedeutende Investitionen in unsere Zukunft gemacht werden müssen.

Die Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt hat sich im November 2022 deutlich dafür ausgesprochen, dass der Kanton bis im Jahr 2037 Netto Null erreichen muss, dies in vollem Bewusstsein, dass diese grossen und wichtigen Investitionen in unsere Zukunft heute finanziert werden müssen. Dieser Umbau unserer Gesellschaft, gerade wenn er mit abfedernden Massnahmen für Bevölkerung und Wirtschaft gekoppelt werden soll, kostet uns Geld und das wissen wir alle. Ich hätte mir sehr gewünscht, dass mit der Präsentation der Klimastrategie im September dieses Jahres auch die finanziell benötigten Mittel klarer in der Budgetplanung skizziert würden, denn Netto Null 2037 ist eben nicht nur eine Aufgabe des Präsidentsdepartements, sondern auch eine Aufgabe des Finanzdepartements, das die notwendigen finanziellen Ressourcen für diesen Umbau zur Verfügung stellen muss.

Ausserdem kühlt sich die Wirtschaft aktuell wieder ab. Die Zukunftsaussichten waren schon rosiger. Diese Gesamtlage gilt es unbedingt abzuwarten. Die aktuelle Teuerung trifft die Menschen stark, aber wir müssen ihre Kaufkraft mit der Unterstützung bei den hohen Krankenkassen stärken. Wir müssen Mieten zahlbar machen und Kinderbetreuung ermöglichen. Damit kümmern wir uns um die Sorgen der Bevölkerung. Bevor wir also unsere neueste Steuersenkung noch nicht einmal umgesetzt haben und die klare Finanzierung der Massnahmen zur Erreichung unserer Klimaziele nicht feststeht, ist diese Forderung schlicht fehl am Platz.

Die Fraktion des GAB lehnt die Motion aus den genannten Gründen geschlossen und dezidiert ab und stellt sich gemeinsam mit der SP gegen diesen fröhlichen Steuersenkungsgesang.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Messerli.



Pascal Messerli (SVP): Jo Vergeat hat die letzten beiden Steuersenkungspakete angesprochen. Diese hatten eine überwiegende Mehrheit in der Bevölkerung gefunden, auch wenn vom links ein Referendum kam. Die Menschen sehnen sich nach Entlastung, gerade in der jetzigen Zeit, in der immer alles teurer wird, die Krankenkassen, die Mieten, die Stromkosten. Deshalb müssen wir die Leute weiterhin entlasten, die Bevölkerung will das auch so.

Die Finanzen des Kantons lassen das auch zu. Es stimmt, es ist immer etwas schwierig zu spekulieren, wie es dann wirklich am Schluss aussieht, aber die Tendenz kann man eigentlich aus den letzten Jahren entnehmen, dass nämlich die Rechnung immer viel besser aussieht als das Budget, weil dann irgendwelche Sondereffekte hineinspielen und wieder einen sehr grossen Überschuss generieren. Ich kann jetzt schon versprechen beziehungsweise eine Wette eingehen, dass die Rechnung auch im nächsten Jahr wieder überaus positiv aussehen wird.

Die Motion von Erich Bucher kommt zum richtigen Zeitpunkt denn es dauert ja immer eine Weile, bis dann wirklich ein Paket beschlossen wird und es dauert noch eine längere Weile, bis dann die Entlastung wirklich bei den Menschen ankommt. Dementsprechend ist es richtig, dass wir dieser Erstüberweisung zustimmen. Dann kann der Regierungsrat zum ersten Mal Stellung dazu nehmen, dann gibt es eine Zweitüberweisung und dann kann man wieder einen Deal in der WAK aushandeln, wie das bei den letzten Motionen auch immer wieder geschehen ist. Ich erinnere beispielsweise an die Motion Luca Urgese, wo auch von Seiten rot-grün die grosse Angst herrschte, dass jetzt nur die Reichen entlastet werden. Und am Schluss haben wir ein Paket hingezaubert, hinter dem eine breite Masse der Bevölkerung stehen konnte. Dementsprechend kann man auch hier die Angst etwas wegnehmen. Die SVP bittet Sie, diese Motion zum ersten Mal zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Wir hören in diesem Saal von Ihrer Seite, liebe bürgerliche Kolleginnen und Kollegen, immer wieder viel zu seriöser Finanzpolitik, zu vorausschauender Planung, zu richtiger Kalkulation, zu einem gut geführten Haushalt. Daher kann ich Ihnen gleich vorweg sagen, anschliessend an das Votum von Pascal Messerli von der SVP: Nein, der Zeitpunkt ist komplett falsch und nein, es ist komplett unangebracht, diese Motion zu überweisen.

Ich finde es auch interessant, dass man jetzt schon von einem Deal in der WAK spricht, dass man zaubern will. Ich muss ihn da schon eine gewisse Illusion nehmen. Es wurde nicht gezaubert in der WAK. Es wurde gefeilscht, verhandelt und am Ende wurde ein knapp tragbarer Kompromiss erreicht, aber aufgrund ganz verschiedener Forderungen, die überwiesen wurden und die im Raum standen, und auch, weil sich eine Kraft dezidiert dafür eingesetzt hat, dass man nicht Politik macht für nur sehr vermögende Personen in diesem Kanton. Das war die linke Kraft. Ich sehe in dieser Motion absolut nichts, das zu einem Zauber in der WAK führen soll. Abgesehen davon, dass der in der Motion angeführte Vergleich zwischen einem Unternehmen und einem Staat absolut nichts bringt und nicht zielführend ist, wollen Sie jetzt wieder die Steuern senken, ohne die Auswirkungen der letzten massiven Steuersenkungen überhaupt abgewartet zu haben.

Jo Vergeat hat es bereits gesagt, der Finanzplan des Finanzdepartements sieht übrigens Defizite vor. Was von Ihrer Seite dann passieren wird, wenn es keine Überschüsse mehr gibt, ist ja auch so klar wie das Amen in der Kirche: Dann wird Ausgabendisziplin eingefordert, ein anderes Wort für Abbau, Abbau von Leistungen für die Allgemeinheit, Abbau in Bereichen, denen es sich am einfachsten abbauen lässt. Und von den Investitionen haben wir jetzt gar noch nicht geredet.

Zum Anliegen selber: Wie Sie wissen, haben wir beim letzten grossen Steuerpaket resp. Steuerkompromiss Steuersenkungen mitgetragen. Aber wir haben damals schon gesagt, und ich sage Ihnen das gerne hier in diesem Saal noch einmal deutlich, die Mitnahmeeffekte sind massiv und zwar für die hohen Einkommen. Das ist etwas, das in der Diskussion um Steuersenkungen manchmal ein wenig untergeht. Wenn wir den untersten Satz senken, dann senken wir nicht einfach nur den Satz für die untersten Einkommen. Das hat massive Effekte für Einkommen, die deutlich über dem untersten Satz versteuern. Und abgesehen davon, dass die Bevölkerung eine klare Progression wünscht und wir diese nicht noch stärker verwässern sollten, ist es vielleicht auch einmal an der Zeit darüber zu reden, was man jetzt wirklich konkret machen könnte, um die Kaufkraft der Menschen zu schützen. Ich lege Ihnen von der bürgerlichen Seite sehr ans Herz, helfen Sie mit bei einem verstärkten Ausbau der Prämienverbilligungen, helfen Sie mit, indem sie ihren Kolleginnen und Kollegen auf nationaler Ebene sagen, dass man vielleicht nicht das Mietschutzrecht in dem Moment abbauen sollte, wo die Mieten immer wie mehr steigen. Helfen Sie mit, dass wir Mieten konkret schützen in diesem Kanton, dass wir sie zahlbar behalten und dass wir nicht den Mieterschutz verwässern. Helfen Sie mit heute Nachmittag, wenn wir einen Anzug besprechen, mit dem wir mit den OECD-Massnahmen die Armut beseitigen wollen in Basel-Stadt, helfen Sie mit, damit wir Investitionen sicherstellen können in ein Basel, das sich mit dem Klimaschutz konkret auseinandersetzt und eine klimaneutrale Gesellschaft schafft bis 2037. Es gibt ganz viele Möglichkeiten, mit denen Sie konkret das Leben der Menschen in diesem Kanton verbessern können, ohne dass Sie eine Steuersenkung beschliessen müssen, die ins Blaue hinausgeht und deren Antworten wir noch nicht kennen.



Ich bitte Sie darum mit Nachdruck, auch die Fraktion der GLP, sich diese Motion nochmal gut durch den Kopf gehen zu lassen und vielleicht doch zu überlegen, ob es nicht einen oder zwei Punkte gibt, die klar dagegen sprechen. Ich bitte Sie darum im Namen der SP, diese Motion nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegen zwei Zwischenfragen vor, eine von Andrea Strahm, die andere von Pascal Messerli. Es werden beide angenommen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Sehen Sie dann keinen Widerspruch darin, dass Sie die OECD-Einnahmen jetzt schon ausgeben wollen, noch bevor wir wissen, wieviel es überhaupt sein wird?

Beda Baumgartner (SP): Wir wollen nicht die OECD-Einnahmen ausgeben, bevor wir wissen, wieviel es sein wird. Wir wollen einen klaren Zweck vorgeben, wofür wir sie ausgeben sollen, wenn es sie gibt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Sie haben unter anderem die Prämienverbilligungen angesprochen. Sind diese aus Ihrer Sicht in diesem Kanton zu wenig ausgebaut?

Beda Baumgartner (SP): Es ist immer noch so, dass auch in diesem Kanton die Belastung der Menschen durch die Prämien enorm hoch ist. Natürlich könnte ich mir einen Ausbau der Prämienverbilligung durchaus vorstellen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Die LDP unterstützt diese Motion. Wenn jährlich solche Überschüsse ausgewiesen werden wie in den vergangenen Jahren schluckt der Steuerzahler schon etwas, wenn er die Steuerrechnung bekommt. Der Staat hat klar seine Aufgaben zu erfüllen, aber er muss nicht überschüssen. Ein Überschuss in den bekannten Grössenordnungen sollte dennoch nicht entstehen und der Steuerzahler sollte dann jeweils entlastet werden. Natürlich ist es mir auch klar, dass eine genaue Prognose der Einnahmen schwierig ist und man ja am liebsten mit einem kleinen Plus auch bei der Staatskasse abschliessen möchte. Wie die Motion richtig ausführt, ist Basel im interkantonalen Vergleich mit den Steuern nach wie vor überdurchschnittlich hoch und die Anhäufung eines derartigen strukturellen Überschusses ist nicht benötigtes Steuergeld. Deshalb sollte die Steuerbelastung etwas gesenkt und angepasst werden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Wüest-Rudin.

David Wüest-Rudin (GLP): Die Grünliberalen beantragen Ihnen, die Motion zu überweisen. Wir sind grundsätzlich eigentlich immer offen für Steuersenkungen. Es war auch unsere Forderung, die Einkommenssteuern zu senken, was dann in den letzten zwei Steuerpaketen umgesetzt wurde. Nun, das heisst nicht, dass wir immer in jeder Situation für jede Steuersenkung sind. Steuersenkungsbegehren sind im Lichte einer finanzpolitischen Gesamtbeurteilung zu betrachten, und unsere Gesamtbeurteilung sieht kurz gefasst wie folgt aus: Sie kennen das aus den Aussagen zur Jahresrechnung. Erstens, die Ertragslage ist gut, wir hatten in der Vergangenheit strukturelle Überschüsse. Zweitens, Basel hat ein zu starkes, zu dynamisches Ausgabenwachstum. Drittens, wir haben eine zu hohe Bruttoverschuldung. Wir haben eine zu hohe Zinslast. Die Bruttoverschuldung gilt es abzubauen, beziehungsweise gilt es das starke Wachstum der Schulden abzumildern. Und viertens, wir können heute nicht Zusatzeinnahmen aus der OECD-Mindeststeuer verteilen, weil wir diese Einnahmen und den Netto-Effekt dieser Veränderung noch gar noch nicht kennen. Salopp gesagt, wir können nicht Geld verteilen, das wir noch gar nicht haben. Und doch Beda Baumgartner, das wollt ihr, das habt ihr in den letzten zwei Sessionen immer wieder gefordert. Darum werden wir uns auch allen Anliegen dieser Ausgabensteigerungen verweigern.

Nun, die hier vorgeschlagene Steuersenkung ist finanzpolitisch gesehen möglich aufgrund der strukturellen Überschüsse. Sie erschwert aber das Anliegen, Schulden abzubauen. Zudem verteilen wir damit ein Stück weit Geld, das wir eben noch nicht sicher haben aufgrund der OECD-Steuerreform. Die letzte Senkungssteuersenkung wurde erst gerade umgesetzt, und



daher sollten wir eigentlich noch etwas zuwarten, bis sich die Effekte dieser Senkung und diejenige der OECD-Mindeststeuer zeigen und man eine Neubeurteilung vornehmen kann. Zudem haben wir soeben gestern jährliche Mehrausgaben für Kindertagesbetreuung von gut 35 Millionen Franken gesprochen, das ist etwa ein Prozent des ZBE. Es stehen viele grosse Investitionen an. Wir müssen die Netto Null-Klimastrategie umsetzen. Es wird also finanzielle Zusatzbelastungen geben. Auch darüber wissen wir erst in ein paar Jahren mehr.

Im Weiteren sieht es die grünliberale Fraktion durchaus kritisch, dass alle Steuersätze gleich gesenkt werden sollen. Wir sind sehr für Steuersenkungen für den Mittelstand. Daher sehen wir insbesondere den obersten Steuersatz über 300'000-Einkommen nicht unbedingt als notwendig zu senken. Er wurde in der letzten Runde mitberücksichtigt, das ist richtig. Die lineare Absenkung hat im damaligen Kontext und im Sicht der Historie Sinn gemacht, jetzt nicht unbedingt.

Unser Fazit: Die Steuersenkung ist in der Stossrichtung richtig. Sie kommt aber etwas früh. Der Zeitpunkt ist nicht komplett falsch, Beda Baumgartner, der Zeitpunkt es ist einfach etwas früh. Es ist zu früh, jetzt schon definitiv zu entscheiden. Weil die Stossrichtung aber stimmt, sind wir dafür, die Motion zu überweisen. Es wird immer etwas Zeit brauchen, eine Steuersenkung umzusetzen. Der Zeitpunkt und die Einzelausgestaltung ist aber zu diskutieren.

Es ist richtig, dass sich der Regierungsrat jetzt mit dem Thema befasst und uns berichtet. Darum unterstützen wir die Motion in der Erstüberweisung. Wir können aber schon ankündigen, dass wir nicht zwingend ein zweites Mal überweisen nach der Antwort des Regierungsrats. Das werden wir dann noch einmal beurteilen. Wir können uns auch eine Überweisung als Anzug vorstellen. In dem Fall würde der Regierungsrat dann berichten, wie die Situation aussieht und welche Konsequenzen die Steuersenkung hätte. Wir haben auch schon gute Erfahrungen gemacht mit Überweisungen als Anzug. Dann hatte die Regierung Spielraum, eine Umsetzung vorzuschlagen. Sie hat ja auch den Auftrag, zu prüfen und zu berichten, ob eine Steuersenkung richtig wäre. Man könnte dann nach Beantwortung des Anzugs erneut entscheiden, ob eine verbindliche Motion zur raschen Steuersenkung eingereicht wird.

Aber eben, das lassen wir uns offen. Es kann auch sein, dass wir bei der Zweitüberweisung für die Motion sind. Auf jeden Fall möchten wir Sie bitten, bei der ersten Überweisung diesen Auftrag dem Regierungsrat zu geben, damit das Thema auch auf dem Tapet bleibt, denn die Bevölkerung und auch der Mittelstand profitieren sehr, wenn wir auch bei den Steuern Mass halten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Beda Baumgartner. Sie wird angenommen.

Beda Baumgartner (SP): Der zweite Einkommensteuersatz gilt ab 200'000 Franken Einkommen, das heisst, wir reden da von jemandem, der vielleicht 220'000 oder 230'000 Franken verdient. Ist das der Mittelstand, für den sie sich einsetzen wollen?

David Wüest-Rudin (GLP): Man kann den Mittelstand auch noch unterteilen in unteren, mittleren und oberen Mittelstand. Ob wir dann den zweiten Steuersatz auch in dem Umfang senken würden, ist noch offen, das müssten wir noch prüfen. Das kommt auch auf den finanzpolitischen Spielraum an.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ja, Sie haben recht, es war in der Vergangenheit immer so, dass der Abschluss besser ausfiel als das Budget. Ich finde das auch gut, das ist auch richtig so. Der Überschuss ist dann nicht in einem schwarzen Loch verschwunden, sondern wurde für den Schuldenabbau benötigt. Schuldenabbau heisst, dass wir Steuerpflichtige in Zukunft entlasten. Daher war das sicher sinnvoll. Und ja, der Abschluss 2023 wird sehr positiv sein, davon gehe ich aus.

2024 werden die Steuersenkungen erstmals sichtbar. Ich gehe davon aus, dass es keinen Knick geben wird, weil die Steuereinnahmen gleichzeitig ansteigen. Das ist sehr erfreulich. Das bedeutet aber auch, dass die Löhne steigen, wir haben eine Zuwanderung, das ist alles sehr erfreulich. Wir werden aber erst im Abschluss 2025 sehen, wie sich das auswirkt.

Natürlich können Sie nun sagen, das sollte trotzdem reichen und uns auffordern, ein Paket vorzulegen. Ich muss Ihnen aber entgegnen, dass wir noch die OECD-Steuerreform haben, das heisst, wir müssen in den Standort investieren. Das wird uns beschäftigen. Wir wissen wahrscheinlich erst im Dezember, ob sie 2024 oder 2025 eingeführt wird, das ist noch nicht klar. Wir müssen wahrscheinlich Geld ausgeben, bevor wir es bekommen. Das wird so sein. Die Firmen wollen oder müssen vorher wissen, wie es ausschaut mit dem Geld, sonst ist unser Standort gefährdet. Das scheint mir der wichtigste Punkt zu sein. Wenn wir dort Probleme kriegen, dann wird es schwierig, nicht nur für den Kanton Basel-Stadt, sondern für die ganze Schweiz.



Daher habe ich grosse Mühe damit, dass Sie eine Motion einreichen. Ich wir haben keinen Spielraum. Die Vorgabe ist klar, was wir machen müssten, und das innerhalb von sechs Monaten. Wir reden von 50 bis 60 Millionen Franken, der Spielraum ist gleich Null. Da habe ich Mühe, auch wenn die GLP sagt, man könne ja mal abwarten, was der Regierungsrat berichtet. Was soll ich Ihnen berichten? Ich kann Ihnen das berichten, was ich heute sage. Ich hätte es noch verstanden, wenn Sie eine normale Motionsfrist gelassen hätten, da hat man ein paar Jahre Zeit, auch wenn es etwas offener formuliert worden wäre. Aber so ist es zu eng. Mit Sicht auf unseren Standort, und das scheint mir das zentrale Thema zu sein im nächsten halben Jahr, geht das einfach nicht.

Ich bitte Sie sehr, sich dies noch einmal zu überlegen. Ich weiss, es ist schwierig, das so spontan zu tun. Aber ich gebe es Ihnen jetzt schon mit: falls Sie heute Eintreten beschliessen, und ich hoffe, dass Sie dann bei einer definitiven Überweisung wirklich unseren Standort, nicht nur den des Kantons, sondern der ganzen Schweiz, im Hinterkopf haben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit hat der Motionär Erich Bucher das Wort.

Erich Bucher (FDP): Der Kanton Basel-Stadt hat in den vergangenen 15 Jahren einen durchschnittlichen jährlichen Überschuss von deutlich über 300 Millionen Franken ausgewiesen, dies bei einem Gesamtertrag von durchschnittlich 4,5 Milliarden Franken. Um diese Überschüsse zu erreichen, zahlten die Bevölkerung und die Unternehmen fast fünf Milliarden Franken an den Kanton, welche dieser zur Deckung seiner betrieblichen Kosten inklusive der Investitionen gar nicht benötigt. Für den Grossteil dieser Steuerlast kommen die natürlichen Personen auf, welche gut 70 Prozent der kantonalen Steuerlast tragen. Der überwiegende Teil da raus stammt aus den Einkommenssteuern.

Die Unterzeichnenden fordern, dass der Regierungsrat dem Grossen Rat innerhalb von sechs Monaten eine Vorlage unterbreitet, welche die Einkommensteuerbelastung im Gesetz über die direkten Steuersätze linear für alle Steuertarife, um ein Prozent senkt. Die Details sehen Sie in meinem Motionstext. Die jährliche Entlastung beziehungsweise Steuermindereinnahmen betragen in einer statischen Betrachtung etwa 88 Millionen Franken. Mit dem von der Basler Stimmbewölkerung am 12. März überdeutlich angenommenen Steuerpaket, welches auch die eine moderate Senkung der Einkommensteuertarife beinhaltet, wurde in erster Linie ein wichtiger Schritt zur Entlastung der natürlichen Personen im Kanton Basel-Stadt beschlossen. Der Fokus lag aber insbesondere auf Familien und Fachkräften. Nun sollen alle Steuerpflichtigen, unabhängig des Einkommens, entlastet werden. Auch wenn wir die ebenfalls 2023 bewilligte Steuererhöhung der Unternehmen nicht berücksichtigen, werden die beiden Einkommensteuersenkungen die Überschüsse in etwa eliminieren und zu einem ausgeglichenen Budget führen. Es bleibt also mehr als genügend Geld in der Kantonskasse, um die geplanten Projekte umzusetzen. Es werden keine Budgetkürzungen notwendig sein.

Wieso ist die Steuersenkung ausserdem so wichtig? Alles wird teurer, die Krankenkassenprämien, die Mobilität, der Lebensunterhalt, die Energie, das Wohnen, um nur einiges aufzuzählen. Für die einkommensschwachen Bevölkerungsteile werden diese Kostensteigerungen mit verschiedenen Beihilfen zum Teil ausgeglichen. Das Gros der Bevölkerung, und dies sind die Steuerzahlenden, profitiert jedoch nicht davon. Deshalb haben sie am Ende des Monats schlicht weniger Geld im Portemonnaie. Mit der hier vorgeschlagenen Steuersenkung können wir etwas gegensteuern.

Erstaunlich ist es doch zu sehen, dass die linken Parteien wie auch der Regierungsrat reflexartig bei Steuersenkungsanträgen in die Defensive geht. Sofort werden der Staatsabbau und die Budgetkürzungen prophezeit. Ich verstehe diese Angst nicht. Seit ich in diesem Parlament bin, und das sind doch auch schon zehn Jahre, hat sich gezeigt, dass jede Steuersenkung, ob für Firmen oder Private, zu Mehreinnahmen geführt hat. Im Gegenteil, es hat dazu geführt, dass wir diese riesigen Überschüsse haben. Also, haben Sie nun endlich einmal den Mut und beantragen Sie dem Regierungsrat, die Steuersenkung vorzunehmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 48 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001663, 19.10.23 09:27:34]

Der Grosse Rat beschliesst



die Motion nicht zu überweisen. Die Motion ist erledigt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben die Motion nicht überwiesen mit 48 Nein-Stimmen bei 46 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

14. Motion 2 Joël Thüring betreffend ÖV neu denken – ÖV in der Innenstadt attraktiver gestalten

[19.10.23 09:27:54, 23.5421.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Erster Einzelsprecher ist Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Die Motion von Ratskollege Joël Thüring enthält wichtige und richtige Bedenken zum Tramnetz. Auch wenn es vielleicht nur subjektiv ist, wird die Fahrzeit langsamer, so nehme ich das wahr. Gleichzeitig besteht und akzentuiert sich die Gefahr, wenn ein Tram ausfällt, dass das ganze System nicht mehr funktioniert und es zu einem Totalausfall kommt. Man fühlt, und kann das auch nachlesen, dass die Fahrgastzahlen abnehmend sind. Das ist nicht optimal.

Dennoch ist die LDP gegen die Überweisung dieser Motion. Ganz kurz möchte Ihnen ich die drei Punkte, die zu diesem Entscheid geführt haben, kurz näher legen. Zum ersten denken wir, dass die Attraktivität für das Tramnetz-System nicht grösser wird, wenn man zwei Linien *tel quel* abschneiden würde und die Leute dazu zwingt umzusteigen an irgendwelchen Ecken der Stadt. Es ist auch nachgewiesen, dass dies nicht attraktiv ist. Auch Tramlinien, die nur selektiv oder jeden zweiten Kurse in eine Richtung fahren, sind nicht besonders attraktiv für die Fahrgäste. Der zweite Kritikpunkt ist bekannt. Es gibt die Tramnetz-Entwicklung 2030. Dort wird eine Entflechtung des Innenstadtpерimeters gefordert. Denken Sie, dass mit der jetzigen Überweisungsmotion der Motion per Dezember dieses Jahr ein bereits dieses Problem gelöst sein kann? Wenn man den Bericht genau liest – und diese Tramnetzentwicklung läuft schon lange –, dann merkt man, dass das Problem nicht so einfach zu bändigen ist.

Sie schreiben dann auch, mit dem Ausbau Petersgraben und Claragraben werde es noch ewig dauern, bis dieses Problem verbessert würde. Dem pflichte ich bei. Gleichzeitig möchten wir von der LDP hier keinen *fait accompli* schaffen für diese Ausbauschritte, indem wir den Bedarf noch mehr zu diesem Ausbau drängen, wodurch zwei Linien dann wegfallen und irgendwo sonst durchfahren müssen.

Aufgrund dieser drei Punkte empfehlen wir Ihnen, diese Motion nicht zu überweisen, sehen aber sehr wohl, dass hier Bedarf besteht.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Meine Fraktion wird diese Motion nicht überweisen. Wir sind sowohl für die Schaffung neuer Tramlinien als auch für die Entlastung des Tramverkehrs im Stadtzentrum. Die in dieser Motion vorgebrachte Idee ist also per se nicht falsch. Sie ist aber mit dem starken Instrument der Motion nicht zu Ende gedacht. Detaillierter und durchdachter ist die als Anzug umgewandelte Motion betreffend stressfreie Innenstadt für alle, die ein klares und detailliertes Konzept der gleichen Idee vorbringt, samt Petersgraben. Sie ist mit dem Tramnetz 2030 vollständig kompatibel und sie wurde von allen Parteien unterstützt.

Dieser Anzug wurde im Herbst 2022 auf Antrag der UVEK vom Grossen Rat stehengelassen und soll im Rahmen des Berichts zur Tramnetz-Erweiterung behandelt werden. Wir haben jedoch bei diesem Punkt ein Problem. Der Bericht zur Tramnetz-Erweiterung ist noch nicht da, obwohl er schon im 2022 hätte präsentiert werden sollen. Wäre der Bericht schneller da, wenn wir die Motion überweisen würden? Das bezweifle ich leider. Wir appellieren an Regierungsrätin Esther Keller, endlich den Bericht vorzulegen, damit wir nicht nur über dieses Anliegen, sondern auch über die verschiedenen Tramnetz Ausbauten, worauf wir schon seit vielen Jahren warten, endlich diskutieren können. Und da rechne ich natürlich auch mit Ihrer Unterstützung.



Wir fordern aber den Regierungsrat auch dazu auf, die nötigen Mittel freizugeben, damit eine attraktive Tramnetz-Erweiterung geschaffen wird. Es kann nicht sein, dass grosse Schweizer Städte ihr Tramnetz ständig ausbauen und wir in Basel einfach zögern und zuschauen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Wenn jene, die immer konsequent gegen eine Stärkung des ÖV politisieren plötzlich selber ÖV-Politik machen wollen, dann werden wir etwas hellhörig. Ich kann es kurz machen, die SP lehnt diese Motion ebenfalls ab. Es ist etwas gar einfach, ganz schnell die Entfernung von zwei Tramlinien aus der Innenstadt zu fordern, ohne zu sagen, welche. Ich bin ja gespannt, wie Sie das dann verkünden würden. Abgesehen davon gibt es die Pläne bereits, die Tramnetz-Entwicklung 2030 macht es ja eben genau möglich, dass weniger Tramlinien durch das Nadelöhr in der Innenstadt fahren müssen. Aber interessanterweise kommt da immer der Widerstand aus derjenigen Partei, aus der dieser Vorstoss kommt. Ich habe von Ihnen noch nie gehört, dass sie sich für einen konsequenten Ausbau unseres ÖV-Netzes einsetzen.

Es braucht die Lückenschlüsse im Tramnetz, damit wir eine sinnvolle Anpassung der Linienführung hinbekommen. Deshalb verstehe ich das Zögern der LDP überhaupt nicht. Ich freue mich, wenn Sie das dann auch unterstützen werden. Aus unserer Sicht darf das BVD mit der Planung weitermachen, was es nicht braucht, ist eine solche Motion.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Es ist ganz klar, der Regierungsrat teilt das Anliegen der Motion, dass der Tramverkehr einerseits flexibilisiert werden muss, dass man trotzdem noch durch die Innenstadt kommt, auch wenn in der Innenstadt ein Ereignis stattfindet, auch teilen wir die Ansicht, dass beschleunigt werden muss. Deshalb gibt es diese Tramnetz-Entwicklung 2030 mit den bekannten Lückenschlüssen. Es ist nicht primär ein Ausbau, sondern es sind Lückenschlüsse, damit das Netz flexibilisiert wird. Wichtig ist, dass diese Projekte – und deshalb haben wir sie tatsächlich noch einmal überarbeitet – nur mehrheitsfähig sind, wenn sie auch angemessen für grün sorgen, wenn sie beispielsweise für die Velofahrenden gerade beim Petersgraben nicht allzu viele Nachteile bringen. Deshalb lieber Qualität schaffen, das Projekt wirklich gut machen und dann zu Ihnen und an die Urne bringen. So viel zum Grund, weshalb das einige Monate länger dauert. Mir scheint das wirklich sehr wichtig zu sein.

Mit dem Tramnetz 2030 haben Sie uns übrigens auch diesen Auftrag gegeben. Die Motion suggeriert ein bisschen, dass das Parlament keinen Einfluss habe. Aber Sie haben Einfluss. Sie haben sich im Dezember 2020 auch für diese Tramnetz-Entwicklung ausgesprochen und uns mit diesem Auftrag versehen. Wir bitten Sie jetzt, dass wir daran auch weiterarbeiten können. Denn abstrakt klingt das gut. Wer möchte nicht in der Innenstadt zwei Tramlinien weniger? Das klingt doch gut, aber wenn Sie dann merken, dass es Ihre Tramlinie ist, die nicht mehr durch die Innenstadt fährt, dann sieht es ganz anders aus. Wen möchten Sie abhängen? Das Neubad mit der Linie 8 oder das Bruderholz Abhängen mit der Linie 15, indem man sie am Aeschenplatz wenden lässt? Da wird dann eben auch der Widerstand konkret. Das ist das, was wir immer wieder bei den Haltestellenaufhebungen erfahren. Alle möchten schnelleren ÖV, aber wenn es dann die eigene Haltestelle betrifft, wenn man selbst 100 Meter weiter laufen müsste, dann bröckelt die Einheit oder die Unterstützung.

Dann doch noch ein Votum zur Güterabwägung, ob er einfach schneller werden soll, egal um welchen Preis, oder ob nicht auch andere Dinge wichtig sind beim ÖV. Wir gehen immer von uns selber aus. Sie alle hier drin sind relativ gut zu Fuss unterwegs. Das sieht bei vielen Menschen anders aus, Menschen, die nicht so gut zu Fuss unterwegs sind, Menschen, die im Rollstuhl sind, ältere Menschen – die sind froh, wenn sie nicht weit laufen müssen. Sie sitzen lieber 30 Sekunden oder eine Minute länger im Tram und haben dann einen kurzen Weg zu dem Ort, wo sie hin möchten.

Dasselbe gilt für Umsteigen, wenn wir eine Linie aus der Innenstadt nehmen. Wenn man umsteigt, kann das beschwerlich sein, je nachdem, wenn man nicht gut zu Fuss ist oder einen Kinderwagen dabei hat mit dem Rollstuhl unterwegs ist, man je nachdem nicht trockenen Fusses die Verbindung wechseln kann. Also ich bitte Sie einfach bei der ganzen Beschleunigungsdiskussion auch nicht zu vergessen, dass es nicht Beschleunigung um jeden Preis sein kann.

Deshalb bitte ich Sie auch, die Motion abzulehnen, damit wir jetzt mit Ihrer Unterstützung an diesen wichtigen Lückenschlüssen Margarethen-Verbindung, Claragraben und Petersgraben weiterarbeiten können und das Ihnen dann gerne präsentieren werden. Dann haben Sie natürlich auch wieder Einflussmöglichkeiten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit hat der Motionär Joël Thüning das Wort.



Joël Thüring (SVP): Ich bin ein bisschen überrascht über Lisa Mathys. Wenn Sie den ÖV in der Innenstadt attraktiv gestalten wollen und ihn auch so ausgestalten, dass er eine Zukunft hat, dann müssen Sie diese Motion dem Regierungsrat überweisen. Denn Ihr Tram-Wunsch entspricht einfach nicht mehr der Realität. Wir haben sinkende Nutzerzahlen, Passagierzahlen, weil der ÖV gerade in der Innenstadt nicht mehr attraktiv genug ist. Also wenn Sie das Ziel haben, den ÖV zu attraktiver zu machen, die Nutzung des ÖV zu steigern, dann müssen Sie dafür schauen, dass wir eben genau diese Entflechtung bekommen. In meiner Motion wird nicht geschrieben, dass zwei Linien nicht mehr durch die Innenstadt fahren sollen, sondern dass sie nicht über diese gleiche Achse innerhalb der Innenstadt fahren sollen. Aber die Innenstadt ist nicht nur Bankverein, Aeschenplatz und Barfüsserplatz. Das ist schon noch ein bisschen mehr.

Insofern geht es ja auch nicht darum, dass wir irgendjemanden abschneiden wollen. Ich bin wirklich auch dezidiert nicht der Meinung, dass Umsteigen ein Problem ist. Wir sehen heute, dass in der Stadt das Tram nicht mehr vorwärts kommt, was mit einem Umsteigen verbessert werden könnte. Dann ist es doch selbstverständlich, dass die Menschen eher bereit sind, auf den ÖV umzusteigen, weil sie eben wissen, dass man dann wieder rascher von A nach B kommt. Heutzutage ist es so, dass viele Menschen in der Innenstadt den ÖV gar nicht mehr benutzen wollen, weil man damit nicht mehr rasch und rechtzeitig von A nach B kommt. Und nicht jede und jeder möchte Velo fahren, wenn Sie denn als Gegenargument bringen würden, dass ja dafür die Zahlen der Velofahrenden zunehmen. Das ist das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Man kann durchaus dafür sein, in die Veloinfrastruktur zu investieren, weil mehr Leute Velo fahren. Aber gleichzeitig gibt es eben auch Menschen, die weiterhin nicht Velo fahren wollen aber auch kein Auto benutzen wollen. Diese sind heutzutage aufgrund dieser Dichte des Tramnetz in der Innenstadt gezwungen, zu Fuss zu gehen, weil sie sonst gar nicht mehr rasch von A nach B kommen.

Und Lisa Mathys, wir sind auch nicht gegen einen vernünftigen Ausbau des ÖV. Nur Ihr ÖV-Gedanke geht ja immer nur um Tramlinien. Diese sind nun wirklich nicht die einzige Fortbewegungsform, wenn es darum geht, in den ÖV zu investieren. Ich glaube, hier sollten wir schon ein bisschen breiter denken. Wir sollten auch berücksichtigen, dass irgendwann ein Herzstück gebaut und realisiert werden sollte. Das sind alles Dinge, die eine Rolle spielen bei der Entwicklung.

Aber wir haben es in diesem Jahr wieder öfters gesehen, wenn es zu Umleitungen kommt aufgrund von Baustellen, aufgrund von Demonstrationen, dann ist diese Situation, dass fast alle Trams über die gleiche Achse fahren, ein Nachteil. In diesem Sommer, als noch diese Baustelle an der Schiffände dazukam, war es so, dass in der Innenstadt kein einziger Kurs über die normale Route fahren konnte, jeder Kurs musste umgeleitet werden. Die Leute verstehen teilweise nicht einmal mehr, mit welchem Tram sie nun von A nach B kommen. Die Situation bei der Margarethenbrücke verschärft das Ganze noch. Ich bin einverstanden, da kann der Kanton nur bedingt etwas dafür, aber es ist doch keine gute Situation.

Deshalb glaube ich, es wäre gut, wenn wir dieser Motion eine Chance geben würden. Bei den einzelnen Projekten der Tramnetz-Entwicklung sind wir uns wahrscheinlich alle nicht einig, selbst wenn ich und Lisa Mathys uns einig sind beim Petersgraben oder beim Claragraben. Wir können doch garantiert sicher sein, dass bei beiden dieser Vorschläge es Referenden geben wird. Und die letzten Tram-Abstimmungen gingen nicht zu Gunsten der Tramnetz-Entwicklung aus. Es ist nicht so, dass die Bevölkerung besonders viel Verständnis für neue Tramlinien hat. Und hinsichtlich Petersgraben gibt es viele Argumente, die dann auch dagegen sprechen könnten. Dasselbe gilt für die Situation beim Claragraben.

Ja, Frau Regierungsrätin Esther Keller, da bin ich bei Ihnen. Es gibt bei jeder Tramlinie Widerstand, wenn man die explizit herausnimmt. Aber wenn man den Leuten klar vermittelt, dass mit einer etwas anderen Linienführung einzelner Tramlinien, die weiterhin durch die Innenstadt fahren können, der Verkehr insgesamt flüssiger wird, dann ist das heutzutage, da bin ich überzeugt, ein valides Argument, um Menschen wieder für den ÖV zu gewinnen. Und das ist aus meiner Sicht das Ziel, das wir haben müssen. Wenn wir die Zahlen anschauen, dann sehen wir einfach klar, dass sie nicht besser geworden sind. Sie sind schlechter geworden, obschon wir den ÖV als Kernziel unserer Klima- und Verkehrsstrategie bezeichnen. Deshalb bitte ich Sie, meine Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod vor. Sie wird angenommen.

Tim Cuénod (SP): Sie haben bis jetzt Tramlinien, die eine Entlastung in der Innenstadt ohne starken ÖV-Abbau ermöglichen würden, immer dezidiert abgelehnt. Ändert sich jetzt etwas an dieser Haltung?

Joël Thüring (SVP): Wie ich schon in meinem Votum gesagt habe, die ÖV-Entwicklung ist nicht von einer Tramlinie abhängig, es gibt auch andere Verkehrsmittel, die sehr sinnvoll sind. Und angesichts der sehr schlechten Auslastung einzelner Tramlinien ist es vielleicht sogar kosteneffizienter, wenn wir uns eine Buslinie überlegen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

23 Ja, 68 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001666, 19.10.23 09:45:31]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben die Motion nicht überwiesen mit 68 Nein-Stimmen bei 23 Ja-Stimmen und einer Enthaltung

15. Anzug 1 Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Hebammengeleitete Geburtshilfe in den Spitälern

[19.10.23 09:45:48, 23.5373.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

16. Anzug 2 Barbara Heer und Konsorten betreffend öffentliche Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Basels

[19.10.23 09:46:07, 23.5379.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Lukas Faesch.

Lukas Faesch (LDP): Ich darf als Einzelsprecher für die LDP und die SVP sprechen. Namens dieser zwei Parteien bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen und zwar vor allem aus formellen Gründen. Wie Sie wissen, ist eine umfangreiche Basler Geschichte in Auftrag gegeben, die uns viele Millionen kostet. Im Moment sind neun Bände vorgesehen, die in Etappen ab Frühjahr 2024 erscheinen werden. Dabei wird die koloniale Vergangenheit Basels gemäss den Autoren, mit denen ich mich kurzgeschlossen habe, in drei Bänden intensiv thematisiert werden und zwar in den Bänden vier, fünf und sieben. Es wird aufgezeigt werden, so die Autoren, dass Kolonialismus und Postkolonialismus integrale Bestandteile der Basler Geschichte sind.

Der Vorstoss ist in dem Fall im Moment nicht nur völlig unpassend, sondern auch kommt zur Unzeit. Erst wenn wir diese Basler Geschichte in Händen haben, können wir entscheiden, ob und gegebenenfalls in welche Richtung Handlungsbedarf gegeben ist. Es ist auch darauf hinzuweisen, dass es im Bereich der Kolonialgeschichte bereits substantielle Forschung gibt. Es ist im jetzigen Zeitpunkt auch ebenfalls völlig unklar, welche zusätzlichen Erkenntnisse weitere Forschungsanstrengungen bringen können und welche Relevanz dieses zusätzliche Wissen in der heutigen Zeit überhaupt noch hat.

Bei einer rein rückwärts gerichteten ideologischen Fragestellung gerät man sehr rasch in eine moralische Betrachtungsweise. Wenn man sich überhaupt dieser Fragestellung widmen möchte, wäre es interessanter, die



Begrifflichkeit des Kolonialismus in der Gegenwart und der Zukunft zu hinterfragen, sich also die Frage stellen, was Kolonialismus im Jahr 2023 bedeutet und wo sich in der heutigen Zeit asymmetrische Machtverhältnisse zeigen und auch auswirken. Anregend wäre auch, allenfalls über eine Endprovinzialisierung der Kolonialbegriffe nachzudenken. Wenn man Afrika auch Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit dieser Staaten weiterhin als Ort der Kolonialisierung beschreibt, zementiert man letztlich nur dieses althergebrachte koloniale Bild.

Also, dieser Vorstoss kommt zur Unzeit und ich bitte Sie, ihn nicht zu überweisen. Warten wir doch erst einmal den Inhalt der neuen Basler Geschichte ab.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Die Schweiz hat nie Kolonien besessen und doch haben viele Schweizer Kantone, Städte und Gemeinden eine koloniale Vergangenheit, so auch Basel. Wir haben es bereits gehört, Kolonialismus und Postkolonialismus sind integrale Bestandteile der Geschichte Basels. Es ist allerhöchste Zeit, dass der Kanton Basel-Stadt mit den Städten Zürich, Genf, Bern und Neuchâtel sowie mit dem Kanton Basel-Landschaft mitzieht und ein Projekt zur öffentlichen Aufarbeitung des Kolonialismus lanciert und Massnahmen trifft.

Erinnern wir uns daran, dass eine der düstersten der Schweizer Verstrickungen mit dem globalen Kolonialismus diejenige mit dem Sklavenhandel ist. Die UNO-Konferenz von Durban anerkannte im Jahr 2001, dass die Sklaverei und der Sklavenhandel furchtbare Tragödien in der Geschichte der Menschheit sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit waren. Das koloniale Zeitalter hat Auswirkungen bis heute. Um die Unterwerfung und Ausbeutung der Menschen in den Kolonien und der Versklavten zu rechtfertigen, wurden Menschen in hierarchische «Rassen» eingeteilt. Diese Rassentheorien wirken bis in die Gegenwart nach.

Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Rassismus ist allgegenwärtig. Rassismus verletzt massiv die menschliche Würde eines Individuums. Rassismus macht weh und Rassismus ist real, auch heute noch. Aber auch der Wohlstand der Schweiz ist zu Teilen auf das koloniale Wirtschaftssystem zurückzuführen, zum Beispiel ersichtlich an der Textilindustrie, die Baumwolle von Sklavinnen- und Sklavenplantagen verarbeitete und dass der daraus sich die lukrative Maschinenindustrie entwickelte.

In der Debatte um die koloniale und postkoloniale Schweiz bildet die historische Aufarbeitung des Verhältnisses des Kantons Basel-Stadt zu Kolonialismus und Sklavenhandel ein Forschungsdesirat. Auch wenn es verschiedene Studien gibt, die bruchstückartig zur Aufarbeitung beitragen und auch die Basler Stadtgeschichte dazu einen gewissen Beitrag leistet, ist die übergeordnete Frage, was eigentlich das koloniale Erbe dieser Stadt ist, nicht geklärt. Es ist dringend nötig, dass sich der Kanton Basel-Stadt mit seiner kolonialen Vergangenheit und deren Auswirkungen bis in die Gegenwart befasst.

Die SP-Fraktion erachtet es deshalb als ausgesprochen wichtig, das wie im Anzug vorgeschlagene Projekt «Koloniales Basel» zu lancieren. Als Hauptmassnahme des Projektes ist eine Überblicksstudie zur Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Basels in Auftrag zu geben. Danach sollen Massnahmen im Bereich öffentliche Vermittlung ergriffen werden, die Aspekte des Berichts für die breite Öffentlichkeit verständlich und zugänglich aufarbeiten und damit der Bevölkerung eine Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit Basels ermöglicht. Und schliesslich gilt es beim Projekt «Koloniales Basel» die Fachexpertise beizuziehen.

Die SP-Fraktion wird diesen Anzug überweisen und ich bitte Sie, dasselbe zu tun.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Sie haben es der Kreuztabelle entnehmen können, dass sich die FDP nicht einer Überweisung verschliesst, aber ich bitte Sie, etwas genau zu beachten. Es geht hier um einen Anzug und ich meine, dass in der Formulierung die Formen ein bisschen vermischt worden sind. Es heisst einfach, dass «die Unterzeichnenden daher den Regierungsrat bitten», und die üblichen und wichtigen Worte bei diesem parlamentarischen Vorschuss «zu prüfen und zu berichten», wurden wahrscheinlich bewusst weggelassen. Es ist eine verkappte Motion, und wir überweisen es, wenn wir es tun, als Anzug. Es geht um prüfen und berichten, und diese Vorschläge sind zu beurteilen. Und eben auch im Lichte dessen, was Lukas Faesch gesagt hat bezüglich der Stadtgeschichte, die man ja wirklich umfassend angelegt hat. Wenn der Regierungsrat sagt, dass alles schon dort abgedeckt sei und es nur noch wenig dazu brauche, dann darf er das auch tun.

Also insofern bitte ich wirklich, die Formen der parlamentarischen Vorstösse zu beachten und ich bitte die Regierung, die sich ja nicht gegen die Überweisung sträubt, sich die volle Freiheit zu nehmen und das so zu beantworten, wie sie einen Anzug beantwortet. Meine Vorrednerin hat eigentlich alle Ergebnisse einer Studie schon vorweggenommen. Es muss wirklich offen sein, es muss umfassend sein, und die Expertise ist nicht nur eine ideologische Expertise, die beigezogen wird,



sondern wirklich eine Fachexperte. Diese zeichnet sich nicht durch vorgegebene Auffassungen aus. Die Geschichte ist komplex und da braucht es auch mehr als eine Sichtweise.

In diesem durchaus kritischem Sinne sind mindestens Teile unserer Fraktion bereit, einer Überweisung zuzustimmen. Aber ich bitte wirklich die Regierung, die Bitte nicht einfach als Befehl zu interpretieren, sondern in völliger offener Freiheit zu prüfen und uns zu berichten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Heidi-Mück.

Heidi Mück (GAB): Der vorliegende Anzug verlangt unter anderem, ein Projekt «Koloniales Basel» zu lancieren, mit der Hauptmassnahme einer Überblicksstudie zur Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Basels. Klar, ein Anzug verlangt prüfen und berichten, wir wissen, was ein Anzug ist. Das könnte aber ein spannendes Projekt werden und es könnten auch wichtige Informationen gewonnen werden, Informationen für das Selbstverständnis von Basel. Es ist doch wichtig für die Einwohnerinnen und Einwohner von Basel zu wissen, wie die Geschichte unserer Stadt aussieht und wie sie mit der grossen weiten Welt zusammenhängt.

Auch die Information zur Beteiligung von Basel am Sklavenhandel sind ja sehr spannend und wichtig. Ich bin noch heute ein wenig stolz darauf, dass ich vor vielen Jahren im Bürgergemeinderat diese Forderung gestellt und damit hoffentlich auch ein wenig dazu beigetragen habe, dass dieser Teil von Basels Geschichte kein blinder-Fleck mehr ist. Es stimmt, dass gewisse Teile unserer Kolonialgeschichte schon erforscht worden sind oder auch aktuell erforscht werden – in der Basler Stadtgeschichte, wie bereits erwähnt wurde -, aber das sind doch eher Teilaspekte, so etwas wie Blitzlichter. Da fehlt doch ein Gesamtbild.

Das Argument der Unzeit kann ich deshalb nicht nachvollziehen, im Gegenteil, dieser Anzug passt perfekt. Er passt genau jetzt. Ich verstehe nicht, was hier dagegen spricht, dass sich Basel mit seiner Rolle im Kolonialismus auseinandersetzt. Das ist ein brandaktuelles Thema. Ich bitte Sie im Namen des GAB, diesen Anzug zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Es ist sicher richtig, der übliche Satz betreffend «prüfen und berichten» fehlt im Text, aber es ist ein Anzug und dementsprechend ist es eine Selbstverständlichkeit, dass dies so gemeint ist. Lukas Faesch hat auf die Stadtgeschichte hingewiesen. Sicher muss die Regierung genau hinschauen, ob das dort genügend differenziert behandelt wird, so dass man sagen kann, dass das Anliegen damit abgedeckt ist. Lukas Faesch hat gesagt, es sei wichtiger, die Gegenwart, das heutige Verständnis der Frage des Kolonialismus anzuschauen. Genau das ist Geschichte, nämlich die die Gegenwart aus der Vergangenheit heraus zu beleuchten und zu verstehen. Es geht auch nicht darum, feste Bilder weiter zu verfestigen.

Wenn einzelne Stichworte genannt wurden von Vorrednerinnen und dabei der Eindruck entsteht, die Meinung sei schon gemacht, dann ist genau das der Grund, warum man sich damit beschäftigen soll. Möglicherweise entdeckt man bei vertiefter Befassung mit diesem Teil unserer Geschichte, dass es viel differenzierter ist als es manchmal so landläufig, wenn man darüber spricht, erscheint, dass es eben nicht einfach schwarz weiss ist, Täter Opfer und so ähnlich, sondern dass man aus dem Verständnis, in welchem Kontext was wie geschehen ist, einen differenzierten Blick auf diese Geschichte erhält.

Es geht also nicht darum, jetzt mit Hilfe eines Geschichtsprojekts, das angestossen wird, irgendwelche vertieften Schuldzuweisungen zu zementieren und zu machen. Es geht überhaupt nicht um Schuldzuweisung. Es geht um einen offenen Blick auf die Vergangenheit unserer Stadt, unseres Kantons, der Menschen in unserem Kanton in der vergangenen Zeit. Es geht darum hinzuschauen, was wie genau geschehen ist, welche Zusammenhänge bestanden haben und wie das aus heutiger Sicht beurteilt und eingeordnet werden kann, welche Schlüsse daraus gezogen werden können.

Ich bitte darum auch im Namen der Fraktion die Mitte/EVP, den Anzug zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit hat die Anzugsstellerin Barbara Heer das Wort.

Barbara Heer (SP): Ich bedanke mich für diese Debatte. Das Projekt besteht schon seit längerem, ich arbeite bei der Mission 21, die operativ das Archiv der Basler Mission verwaltet und auch selber in diesem Bereich tätig ist. Als ich dort vor zwei Jahren angefangen habe, habe ich beim Bewerbungsgespräch schon gesagt, dass ich zu diesem Thema einen Vorstoss



machen möchte. Ich sage das hier auch klar, um zu zeigen, dass es eben nichts mit meinem beruflichen Engagement zu tun hat, dass ich diesen Anzug eingereicht habe.

Sehr viele Menschen haben bei der Erarbeitung dieses Vorstosses mitgearbeitet Historiker:innen, andere Wissenschaftler:innen und Aktivist:innen in diesem Bereich. Ich war im Austausch mit verschiedensten Institutionen. Die vier Forderungen, die selbstverständlich geprüft und zu denen berichtet werden soll, sind also nicht einfach meine persönlichen Forderungen, sondern sie sind in verschiedenen Gesprächen so entstanden und entsprechen einem Art Konsens.

Vielleicht noch kurz zur Frage, wieso ein Teil der Begrifflichkeit eher an eine Motion erinnert: Das hat wirklich auch mit den Gesprächen hier im Saal zu tun, die ich geführt habe. Ich habe gemerkt, dass eine Motion viel schneller zu intensivem Widerstand führt und die Diskussion schnell polarisiert wird. Das haben mir auch mehrere Kolleginnen und Kollegen hier vorher genannt. Es ist so wichtig, dass es eben nicht eine moralisierende Diskussion ist. Es geht nicht um Schuldzuweisungen an Einzelpersonen, sondern es geht um ein gemeinsames Vorhaben, das wir als Stadt, das wir als Kanton gemeinsam angehen sollten. Deshalb habe ich mich dann auch für die Variante des Anzugs entschieden. Wir hätten vermutlich auch mit einer Motion eine Mehrheit gehabt, aber weil es mir so wichtig war, dass wir das der Regierung überweisen können mit einer relativ grossen Einigkeit darüber, dass es das braucht und dass es eben eine komplexe Aufarbeitung dieser Thematik ist und nicht einfach ein Schwarzweiss-Denken.

Ich möchte natürlich auch noch auf die Ressourcen hinweisen, die dafür gebraucht werden. Das ist ein grösseres Vorhaben. Eine solche Projektleitung braucht Ressourcen, auch die Vergabe eines Auftrags nach aussen wird Ressourcen benötigen. Das ist eine der Voraussetzungen, damit das dann funktioniert.

Die Gegenargumente zu den formalen Gründen sind genannt worden. Die Ergebnisse der Stadtgeschichte sind eigentlich schon fast fertig und werden ab nächstem Jahr publiziert. Das heisst eine solche Übersichtsstudie würde selbstverständlich auch in Zusammenarbeit mit diesen Expertinnen und Experten ausgearbeitet und könnte gerade aufbauen auf diesen Vorarbeiten der Stadtgeschichte. Es sind halt einfach Vorarbeiten, die Stadtgeschichte muss wahnsinnig viele Aspekte abdecken. Zum Glück wird auch der Kolonialismus und die postkoloniale Perspektive integriert, aber das entspricht bei Weitem nicht dem, was diese Übersichtsstudie will.

Es geht natürlich auch um Basel, aber nicht nur. Es geht wirklich auch um die Länder in dieser Welt, die kolonisiert waren und die auch noch ihre eigene Geschichte aufarbeiten müssen. Dazu kann Basel einen wichtigen Beitrag leisten, weil so viele Quellen und so viele Objekte hier in Basel sind, die über die dortige Lokalgeschichte ganz viel Auskunft geben. So eine Übersichtsstudie, die öffentlich zugänglich ist und den Kanton als Ganzes in den Blick nimmt, soll die Forschung vor Ort noch einmal vereinfachen und soll dann auch einen breiteren Rahmen zum Beispiel für die Provenienzforschung geben können, an der ja im Moment auch die Museen ganz intensiv beschäftigt sind.

Weiter wurde das Argument vorgebracht, dass wir das Bild zementieren, wenn wir auf Afrika als ehemalige Kolonien schauen. Hierzu möchte ich entgegnen, dass wir, um gerade das zu überwinden, diese Dinge anerkennen müssen, diese Dinge wissen müssen, sie müssen Teil der Erinnerungskultur werden. In Afrika ist das schon längst der Fall, aber hier in Basel eben noch nicht. Wir blenden diese Fragen häufig einfach aus, wir stellen die Frage, was der Kolonialismus mit uns gemacht hat, viel zu wenig. Darum geht es bei diesem Anzug.

Ich bedanke mich für die Überweisung und ich bedanke mich auch bei allen, die involviert waren und mit mir gute Gespräche zu diesem Thema geführt haben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Lukas Faesch. Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 28 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001669, 19.10.23 10:06:13]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 63 Ja-Stimmen bei 28 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

17. Anzug 3 Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend “Mit OECD-Mehreinnahmen Armut in Basel reduzieren”

[19.10.23 10:06:33, 23.5380.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Nicole Amacher.

Nicole Amacher (SP): Ich beginne mit einem Zitat: «Ich glaube, in Basel hat man schon das Vertrauen, dass wir auch etwas Sinnvolles damit machen, das am Schluss auch allen zugute kommt.» Das ist ein Zitat von Regierungsrätin Tanja Soland, ich nehme an stellvertretend für die Gesamtregierung, in einem Basler Medium vor der OECD-Abstimmung. Dieses Vertrauen wurde der Basler Regierung und auch Tanja Soland von uns geschenkt. Die Abstimmung wurde deutlich angenommen, und somit profitiert Basel-Stadt künftig pro Jahr laut Berechnungen von geschätzten 362 Millionen Franken Mehreinnahmen.

Jeweils am 17. Oktober ist der Welttag gegen die Überwindung von Armut. 745'000 Personen in der Schweiz sind arm, an der Schwelle dazu, also armutsgefährdet, sind 1'244'000 Personen, also fast noch einmal die Hälfte mehr. In Basel dürfte aufgrund der Bevölkerungszusammensetzung die Quote höher sein als im Durchschnitt der Schweiz Ein-Eltern-Familien, Familien und damit sehr viele Kinder, Frauen und Menschen in Niedriglohn-Jobs sind am stärksten betroffen.

Für die SP ist die Armutsbekämpfung in der reichen Schweiz und für die SP Basel-Stadt im reichen Basel, das darf man so sagen, ein absolutes Kernanliegen. Deshalb ist es für uns ausser Frage, einen Teil der geschätzten wahrscheinlich künftigen Mehreinnahmen für die Armutsbekämpfung in unserem Kanton einzusetzen. Der Kanton wird einen Grossteil der Mehreinnahmen für attraktive Standortbedingungen einsetzen. Dazu gehören nebst Investitionen in Forschung und Entwicklung für uns auch die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Arbeit, womit wir ja gestern mit der SP-Kitainitiative erfreulicherweise einen grossen Schritt in diese Richtung in Basel-Stadt gemacht haben und damit schweizweit wahrscheinlich eine Vorreiterrolle einnehmen können. Für uns auch selbstverständlich muss die Erhaltung und Schaffung von mehr Erholungs- und Grünraum für eine gute Lebensqualität prioritär sein, was uns insgesamt als Arbeits- und Lebensort attraktiver macht.

Was aber von der SP von Anfang an in der Debatte um die Verwendung allfälliger Mehreinnahmen immer gefordert wurde ist, dass ein Teil dieser Mehreinnahmen für die Bekämpfung der Armut eingesetzt wird. Das verstehen wir unter «allen zugute kommt». Das sind wir Finanzschwächsten in unserem Kanton schuldig, denn Armut bedeutet Stress für die Betroffenen, Armut grenzt von sozialer Teilhabe aus, isoliert und macht nachweislich krank. Der Kanton Basel-Stadt ist mit seinen Sozialleistungen im Vergleich zu gewissen anderen Kantonen besser, das stimmt und darauf sind wir stolz. Die Forderungen dieses Anzugs werden aber helfen, Armutsbetroffene stärker zu entlasten, etwa bei den immer teurer werdenden Mieten und hoffentlich auch dabei, dass ihnen für ihren Einkauf im Lebensmittelgeschäft am Ende des Monats noch etwas im Portemonnaie übrig ist. Denn das ist ihre Realität. Darum geht es in diesem Anzug. Es geht um ein Leben, wie es viele von uns hier drin gewohnt sind, indem wir einfach mal in ein Café gehen, wenn wir Lust darauf haben oder auch Ferien ausserhalb der vier Wände verbringen. Das ist immer noch ein Wunschdenken für diese Menschen.

Ja, es ist schön, dass wir uns im Kanton vieles und bald vielleicht noch mehr leisten können. Noch schöner ist es, wenn diese Mehreinnahmen tatsächlich allen zugute kommen und vor allem auch merklich den finanziell Schwächsten in unserem Kanton. Lassen Sie uns gemeinsam Armut in Basel-Stadt bekämpfen, weil wir es nämlich können, und überweisen Sie bitte diesen Anzug.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Richtigerweise haben Andrea Strahm und David Wüest-Rudin bereits vorhin bei der Debatte zur Motion Erich Bucher den Bezug zu diesem Anzug hergestellt. Weniger Steuern eintreiben ist skandalös, die Idee ist Wahlkampfgetöse. Mehr Geld für die eigene Klientel ausgeben, ist selbstverständlich untadelig und hat mit Wahlkampf nichts zu tun.



Nun gut, es geht hier um eine klassische Links-rechts-Debatte, wie auch vorhin bei der Motion Bucher. Uns wird eine klassische linke Forderungsvorgelegt. Es handelt sich hier um eine Breitbandumverteilungs-Initiative. Dazu sollen die OECD-Steuerereinnahmen verwendet werden, deren Einführungsdatum und Umfang nach wie vor völlig unklar sind. Regierungsrätin Tanja Soland hat das vorhin in ihrem flammenden Votum uns erklärt Ich freue mich jetzt schon auf das ebenso flammende Votum von Regierungsrat Kaspar Sutter zu diesem Anzug. Regierungsrätin Tanja Soland hat uns auch in Erinnerung gerufen, dass die OECD-Steuerereinnahmen für die Förderung und die Sicherung des Standortes eingesetzt werden müssen. Was sie nicht gesagt hat, aber wohl gemeint hat, ist, dass es darum geht, die guten Steuerzahler, also die grossen international tätigen Unternehmen, in Basel-Stadt zu halten und das erreicht man nicht, indem man den Grundbedarf der Sozialhilfe erhöht, Mietzinsgrenzwerte erhöht, Zuschüsse an soziale Institutionen erhöht, auch nicht, indem man die Working Poor unterstützt, für die wir erst gerade vor wenigen Jahren den Mindestlohn eingeführt haben, sondern das erreicht man durch die Förderung von Bildung, Forschung, Innovation, durch die Steigerung der Standortqualität auch für Expats – und dazu gehört auch die Steuerpolitik, auch das gebe ich zu –, durch Tagesbetreuungsangebote, wie wir sie gestern beschlossen haben.

Wenn der Standort Basel-Stadt für grosse international tätige Unternehmen an Attraktivität verliert und diese Aktivitäten in Basel abbauen, auch ohne komplett abzuziehen, dann verlieren wir nicht nur deren Steuersubstrat, sondern auch dasjenige ihrer gut bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und sollte dies nicht verhindert werden können, dann sprechen wir hier drin nicht mehr über KITAS, Mietzinszuschüsse und die zahlreichen Annehmlichkeiten des vermutlich am besten ausgebauten Sozialstaates der Schweiz, sondern dann sprechen wir hier drin wirklich über Ausgabenüberprüfungen und zwar im ganz grossen Stil. Und aus diesem Grund bitte ich Sie sehr, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Auf der Tribüne begrüsse ich zwei Klassen von «Link zum Beruf», einem Lehrgang der allgemeinen Gewerbeschule Basel für Erwachsene. Lehrperson ist Dominik Federer, herzlich willkommen. Wir freuen uns über Ihr Interesse an der Basler Politik (*Applaus*).

Nächster Einzelsprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Natürlich stimmt das GAB für die Überweisung dieses Anzugs. Einen Teil der Einnahmen aus der OECD-Steuer für die Armutsbekämpfung zu verwenden, ist äusserst sinnvoll und wir stehen politisch zu 100 Prozent hinter diesem Anliegen. Der Kanton Basel-Stadt kommt durch die Einführung der OECD-Mindeststeuer zu zusätzlichen Einnahmen von rund 63 Millionen Franken. Diese Unternehmenssteuer der OECD begrüssen wir, diese ist gerechtfertigt und ein gutes Instrumentarium gegen internationale Steueroasen und gegen den irrsinnigen Steuerwettbewerb auf Kosten der Bevölkerung.

Wir alle wissen, dem Kanton Basel-Stadt geht es finanziell gut. Aufgrund unseres Standortes inmitten von Europa und den globalisierten Unternehmen verfügen wir über hohe Steuerereinnahmen und Kapital. Wir sind ein reicher Kanton, und trotzdem nimmt die Armut auch in unserem Kanton zu. Auch wenn die Unterstützungsfälle bei der Sozialhilfe in den letzten Jahren abgenommen haben, ist es nicht so, dass Armut nicht existiert. Sie findet vermehrt versteckt statt und ist mit grosser Scham behaftet.

Wie von Nicole Amacher schon erwähnt, war erst kürzlich der offizielle Tag der Armut. In der Schweiz sind rund 700'000 Menschen von Armut betroffen. Die Ungleichheit in der Gesellschaft nimmt hier und weltweit stetig zu. Neben der Klimakrise, den wachsenden Konflikten bis hin zu Krieg und dem Abbau von Demokratie ist die soziale Ungleichheit eines der zentralsten Probleme in der Welt. Je ungleicher eine Gesellschaft ist, desto grösser ist die Armutsfalle, desto grösser ist der Verlust an Demokratie und desto grösser ist die Gefahr der Machtübernahme von totalitären und antidemokratischen Parteien.

Die zusätzlichen Einnahmen der OECD-Steuern sollen gezielt für die Reduktion der Ungleichheit in unserer Stadt verwendet werden. Dies ist mit Sicherheit die bessere Idee, als die vollständigen Steuerereinnahmen wieder den globalisierten Unternehmen zurückzugeben. Steuerereinnahmen sind grundsätzlich gerechtfertigt und sinnvoll und leisten einen Beitrag für mehr soziale Gerechtigkeit. Dies ist ja auch der Sinn und Zweck von Steuern, der staatlichen Umverteilungspolitik. Nun könnte argumentiert werden, dass ein Teil der Forderungen bereits umgesetzt oder zumindest angedacht sind. Das stimmt, es betrifft aber nur einen Teil der Forderungen, und zudem gibt es keinen Grund, dass die Regierung darüber hinaus mit einem Anzug nicht aufzeigen kann, was er in Zukunft an Armutsprävention auch noch umsetzen könnte oder möchte.

Der Anzug will eine Prüfung betreffend Erhöhung der Sozialhilfe beziehungsweise eine Gleichschaltung mit den Ergänzungsleistungen. Es ist eine Prüfung, es ist ja nicht eine Motion. Dies ist ein berechtigtes Anliegen, welches auch bereits von der Caritas in ihren Sozialalmanachen thematisiert wurde. Die Ungleichheit durch die zwei Versicherungssysteme ist für die Armutsbetroffenen in der Praxis sehr hinderlich und es entsteht dadurch immer wieder grosse Not, aufgrund dieser zwei Versicherungssysteme, die sich gegenseitig die Fälle zuschieben. Hier wäre eine wirklich sehr wünschenswert.



Ebenfalls möchte der Anzug eine bessere Unterstützung von sozialen Organisationen, die in der Armutsprävention und Existenzsicherung tätig sind. Auch dies finden wir sinnvoll und notwendig. Es könnte zum Beispiel ein Innovations-Topf gemeinsam gegen Armut geäufnet werden, um neue Projekte zu finanzieren oder damit finanzielle Mittel direkt an Betroffene als Unterstützungsmassnahme ausbezahlt werden können und somit vielleicht auch Kunstgriffe via Lotteriefonds in Zukunft vermieden werden können.

Die letzte Forderung des Anzugs ist ebenfalls von Bedeutung für die Armutsprävention und für die Umsetzung der angenommenen Initiative Recht auf Wohnen. Neu soll der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum für Armutsbetroffene auch beispielsweise via Immobilien Basel-Stadt geöffnet und erweitert werden. Bis heute ist bei diesem Thema eine grosse Zurückhaltung durch die Verwaltung spürbar. Es passiert schlichtweg zu wenig. Hier muss mehr unternommen werden und die Regierung müsste aufzeigen, wie und welchen Beitrag sie dazu leisten kann.

Ich bitte Sie, sich daher nochmals Gedanken zu machen und diesen Anzug trotz bestehender Skepsis dem Regierungsrat zur Prüfung zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Lassen Sie mich pro memoria festhalten: Wegen der OECD-Mindeststeuer haben künftig 100 Unternehmen in unserem Kanton höhere Steuern zu zahlen. Nicht, weil unser Kanton mehr Geld benötigen würde, nicht um irgendetwas Zusätzlich zu finanzieren, ohne Not, ohne Mehrwert. Es ist schlicht und einfach eine Verschlechterung der Standortbedingungen für die Unternehmen in unserem Kanton.

Jetzt haben wir diesen Anzug auf den Tisch, einen Anzug, der von einer völlig unrealistischen Erwartung bezüglich Einnahmen ausgeht. Es wurde schon mehrfach festgehalten, dass diese BSS-Studie sehr fragwürdig ist, die angeblich von 362 Millionen Franken ausgeht. Oliver Bolliger hat diese Zahl jetzt auch nochmal wiederholt. Schauen Sie sich das Budget 2024 des Kantons Basel-Stadt an. Da geht man von Gewinnsteuereinnahmen von 547 Millionen Franken aus. Wir erhöhen jetzt die Gewinnsteuer von 13 auf 15 Prozent, also damit nun 362 Millionen Franken einnehmen zu wollen, das zeigt, dass das vorne und hinten nicht stimmen kann.

Wenn wir jetzt nun diesen Anzug ablehnen, heisst das nicht, dass wir nichts gegen Armut machen wollen. Im Gegenteil, lassen Sie mich festhalten, die Sozialausgaben in diesem Kanton sind in den letzten 10 Jahren massiv gesteigert worden. Wir haben beispielsweise Prämienverbilligungen, die sich inzwischen auf um die 210 Millionen Franken belaufen. Das wurde von uns hier in diesem Kanton nie bekämpft, im Gegensatz zu anderen Kantonen, wo das immer ein grosser Diskussionspunkt ist. Sie können anerkennen, dass das auch von unserer Seite nicht bestritten wird. Wir haben gerade gestern, das wurde bereits erwähnt, einen hohen Kostenblock diskutiert bezüglich Kinderbetreuung. Wir haben später einen Anzug, ebenfalls von einer Melanie Nussbaumer, auf dem Tisch, eine Antwort des Regierungsrates, in der er auf 17 Seiten ausführt, was alles gemacht wird im Bereich der Alleinerziehenden. 17 Seiten Antwort auf einen Anzug, das ist doch eher ungewöhnlich. Also man kann wirklich sagen, in diesem Kanton wird nicht geknausert, wenn es um die Unterstützung von Armutsbetroffenen geht.

Man darf an dieser Stelle aber auch festhalten, dass ein substanzieller Teil der Mehrkosten, das darf man auch mal sagen, direkt oder indirekt staatlich mitverursacht ist. Die Entwicklung der Krankenkassenprämien ist zurückzuführen auf ein ziemlich verfehltes Gesundheitssystem mit relativ vielen Fehlanreizen, die zu einem massiven Ausgabenwachstum geführt haben, was sich wiederum auf die Steigerung der Prämien auswirkt. Schauen Sie sich mal ihre Stromrechnung an, wie hoch da der Anteil ist der staatlichen Abgaben, die Sie abliefern müssen und wenn wir über Mietzinsen sprechen, dann ist das auch ein Ergebnis einer verfehlten Wohnraumpolitik, die zu Knappheit führt und Knappheit führt zu steigenden Preisen.

Aber gehen wir zurück zu den OECD-Mindeststeuern und zu den Mehreinnahmen. Für uns ist klar, diese Mehreinnahmen, wie hoch sie auch immer sein mögen, müssen dafür eingesetzt werden, die Standortbedingungen für die Unternehmen zu verbessern. Ich habe eingangs gesagt, wir haben eine Verschlechterung der Standortbedingungen, wir müssen im internationalen Wettbewerb daran arbeiten, diese Standortbedingungen auf anderem Wege wieder zu verbessern, nicht einmal um besser zu werden, sondern nur schon um das aktuelle Niveau an Standortattraktivität zu halten. Da müssen wir unbedingt etwas investieren und das nützt letztendlich auch gegen Armut, denn die wirksamste Massnahme zur Armutsbekämpfung sind mehr Jobs. Nicht zuletzt darauf ist ja die tiefere Sozialquote zurückzuführen, die wir hier in diesem Kanton haben.

Deshalb lehnen Sie bitte diesen Anzug ab.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecherin ist Regierungsrat Kaspar Sutter.



RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Nein, hier geht es nicht um eine Links-rechts-Frage. Der eine Punkt, der hier angesprochen wird, ist die Sozialpolitik und die Armutsbekämpfung, und der andere Punkt ist, wie das finanziert werden soll. Das sind zwei unterschiedliche Fragen, die wir auch unterschiedlich und getrennt behandeln sollen.

Der Regierungsrat macht eine sehr konsequente Sozialpolitik, und das Ziel ist, dafür zu sorgen, dass die Menschen hier bei uns im Kanton leben können von denen Erträgen, die sie selbst verdienen oder die sie durch Transferzahlungen oder die Sozialhilfe erhalten. Entsprechend konsequent erhöhen wir die Krankenkassenprämienverbilligungen. Wir haben die Beiträge an obdachlose Menschen in Basel-Stadt deutlich erhöht vor einem Jahr. Wir sind meines Wissens der einzige Kanton in der Deutschschweiz, der Mietzinsbeiträge kennt, wir haben die Nebenkostenpauschale erhöht auf Anfang Jahr. Wir sind jetzt in der Vernehmlassung, damit diese Mietzinsbeiträge an Ein- und Zweipersonenhaushalte gehen. Da können wir konkret dann darüber diskutieren, ob dieser Schritt richtig und wichtig ist. Wir machen die Teuerungsanpassung sehr konsequent in allen sozialen Sicherungssystemen.

Wir machen also eine sehr aktive Sozialpolitik und wir sehen auch, dass die Anzahl Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, sinkt. „Deshalb mag ich die Aussage von Oliver Bolliger, dass die Armut in Basel-Stadt steigt, zu bezweifeln. Ich habe keine solchen Daten gesehen. Die Daten, die ich sehe, zeigen, dass die Anzahl Sozialhilfefälle sinkt und auch die Nichtbezugsstudie sagt, dass die Anzahl Menschen, die Bedarf haben, sinkt. Das ist die Ausgangslage, in unserem Kanton. Aber ja, wir wollen ein soziales Basel sein, deshalb auch unsere Änderungen und Anpassungen.“

Dann stellt sich aber hier bei diesem Anzug die Frage, wie wir die Sozialpolitik in unserem Kanton finanzieren wollen. Es ist meine ganz klare Überzeugung, dass das aus dem ordentlichen, kantonalen Budget finanziert werden soll. Sozialpolitik sollte stetig sein, beruhend auf Gesetzen, damit auch alle wissen, welches die Ansprüche sind, und nicht auf einem volativen Konstrukt mit OECD-Einnahmen basieren, die sie gerne in die Höhe treiben, wenn es gerade dafür spricht. Diese Studie, das wurde bereits gesagt, hat anscheinend mehr Daten zur Verfügung als wir. Wir können nicht davon ausgehen, dass dieser Betrag in dieser Höhe liegt. Und was ist, wenn der Pfeiler 1 kommt bei der OECD-Steuern, wenn diese Einnahmen deutlich sinken? Sollen wir dann die Sozialleistungen wieder senken? Ich glaube, das will niemand, und deshalb bitte ich Sie, die Sozialpolitik zu trennen von dieser OECD-Frage und die Sozialpolitik hier zu diskutieren. Und wenn es notwendig ist, die sozialen Transferleistungen zu erhöhen, soll das aus dem ordentlichen Budget finanziert werden.

Das ordentliche Budget wird zu einem grossen Teil auch von Gewinnsteuern und Kapitalsteuern finanziert. Wir haben ein Interesse, dass dieses Steuersubstrat auch der grossen Konzerne und Firmen, die hier sind, bei uns im Kanton bleibt, weil es essentiell ist für die Finanzierung unseres Staatswesens.

Und nun komme ich zur OECD-Steuerreform. Wir haben, wie gesagt, ein Interesse, dass wir weiterhin als Wirtschaftsstandort attraktiv sind und wir verlieren an Attraktivität durch die OECD-Steuerreform. Die Steuer ist nicht alles beim Entscheid, wo ein Standort einer Firma ist, aber es ist doch auch ein wichtiger Teil des Entscheides, ob eine Firma hier ist oder nicht. Und wir haben das grösste Interesse, dass die Firmen, die OECD-Steuerreform mehr Steuern zahlen, auch in Zukunft da bleiben. Auch wenn es um andere Firmen geht, die hierherkommen, wenn es um Entscheide geht, wo irgendwelche Firmenaktivitäten neu angesiedelt werden, ist das ein entscheidender Faktor. Deshalb sieht auch der Regierungsrat vor, dass diese Mehreinnahmen, diese Erträge durch die OECD-Steuerreform auch dazu verwendet werden sollen. Wir werden dabei auch soziale und ökologische Anliegen berücksichtigen. Es ist auch unser Ziel, dass wir das koppeln an Massnahmen und Entscheidungen, auch von der Firmenseite, die einen sozialen und ökologischen Mehrwert bringen für uns als Kanton.

Ich möchte Sie im Namen des Regierungsrats bitten, die Sozialpolitik weiterhin aus dem ordentlichen Budget zu finanzieren und die OECD-Gelder zu gebrauchen für unsere Standortattraktivität.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit hat die Anzugsstellerin Melanie Nussbaumer das Wort.

Melanie Nussbaumer (SP): Vielleicht müssen wir zuerst darüber nachdenken, was es heisst, in unseren Standort zu investieren. Das hat zum Beispiel Regierungsrätin Tanja Soland vorher betont. Sie hat damit natürlich ganz konkret unseren Wirtschaftsstandort gemeint, konkret die Bedingungen für die grossen Unternehmen. Wir haben es jetzt auch von Regierungsrat Kaspar Sutter noch einmal gehört. Meines Erachtens ist das eine viel zu enge Perspektive.

Mir geht es überhaupt nicht darum, mit diesem Anzug den Wert dieser multinationalen Unternehmen zu mindern. Mir geht es darum aufzuzeigen, dass unser Standort mehr ist als nur diese Firmen. Und wenn wir zu unserem Standort, von mir aus auch zu unserem Wirtschaftsstandort, wirklich Sorge tragen wollen, dann muss zwingend auch die soziale Kohäsion in den Fokus gerückt werden. Es gibt internationale Studien von grossen Ökonominen und Ökonomen, zum Beispiel von Thomas Piketty aus Frankreich, die darauf hinweisen, dass es eine Riesengefahr ist, auch für die Demokratie, wenn die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander geht.



Damit die Schere nicht weiter auseinander geht, können wir entweder bei den oberen Einkommensschichten kürzen und zum Beispiel höhere Steuern verlangen. Das haben wir in diesem Jahr abgelehnt, respektive wir haben für die hohen Einkommen sogar Steuersenkungen verabschiedet. Die andere Möglichkeit ist, dass wir bei den unteren Schichten ansetzen und dort griffige Massnahmen umsetzen, um die Schere zu verkleinern.

Die aktuelle Situation mit diesen Mehreinnahmen dank der OECD-Steuerreform bietet nun eine einmalige Chance, damit wir zusätzlich etwas für diese soziale Kohäsion tun können. Ich verspreche Ihnen, das wird auch für die internationalen Firmen einen grossen Wert haben. Ich kann Sie auch beruhigen, wir wollen nicht die ganzen Mehreinnahmen der OECD-Steuerreform für die Armutsbekämpfung ausgeben. Ja, ich habe mich auf eine Studie bezogen, es kann durchaus sein, dass die Beträge nicht so genau stimmen, aber vielleicht ist es ein Schätzwert. Aber unabhängig davon, wie viele Millionen es schlussendlich sein werden, für die Armutsbekämpfung braucht es eben gar nicht so viel, weil in diesen Einkommensschichten relativ wenig sehr viel ausmacht. Und natürlich weil wir zugegebenermassen schon ein gutes Netz haben, das anerkenne ich auch, Luca Urgese. Das können wir so wirklich festhalten, aber wir können auch festhalten, dass es noch viele Lücken gibt, und diese Lücken gilt es zu erkennen und zumindest zu verkleinern.

Wir haben das auch vor von Erich Bucher gehört beim Steuersenkungsvorstoss: Es wird genug Geld übrig bleiben, auch wenn wir mit diesen Mehreinnahmen der OECD steuern einen grossen Teil zur Unterstützung der Unternehmen ausgeben. Die Frage ist nur, was wir mit diesem Geld machen. Wir wollen mit diesem Anzug, dass eben auch die Schwächsten in unserer Gesellschaft von diesen Mehreinnahmen profitieren, denn Sie wissen es alle, die Stärke des Volkes misst sich am Wohle der Schwächsten. Das steht in unserer Bundesverfassung und das ist nicht einfach eine linke Forderung, wie Sie behaupten, Lorenz Amiet. Trotzdem, obwohl das in der Bundesverfassung steht, müssen wir hier drinnen immer wieder für die Bekämpfung von Armut kämpfen und das bedauere ich sehr. Vielleicht hat das auch damit zu tun, dass zum Beispiel Armutsbetroffene von Lorenz Amiet despektierlich als Klientel bezeichnet werden.

Nun habe ich im Anzug ein paar Punkte aufgezählt, wo man an sich ansetzen könnte, nach Rücksprache mit vielen Sozialarbeitenden im Kanton und aufgrund wissenschaftlicher Studien. Es sind Lücken im sozialen Netz, die es anzugehen gilt. Aber ich sage das hier ganz klar und deutlich, das sind Vorschläge, die es zu prüfen gilt. Das ist auch im Sinne von Anzügen. Luca Urgese hat es bereits erwähnt, wir werden während dieser Session auch über einen anderen Anzug von mir entscheiden. Auch wir von der SP sind für eine Abschreibung, obwohl keine neue Massnahme zur Bekämpfung von Armut durchgesetzt wird mit diesem an Anzug. Es geht mir also nicht darum, einfach Geld ohne Massnahmenprüfung zu verteilen, sondern es soll natürlich Hand und Fuss haben und seine Wirkung entfalten.

Lassen Sie uns deshalb auch diesen Anzug überweisen, um zu prüfen und zu berichten, was möglich ist. Denn die Stärke des Volkes misst sich am Wohle der Schwächsten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Abstimmung. Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 49 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001672, 19.10.23 10:33:45]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Überweisung. Der Anzug ist erledigt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 49 NeinStimmen bei 46 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung



18. Anzug 4 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Problemlösungen für die Konflikte auf dem Vorplatz des Bahnhofs SBB

[19.10.23 10:34:01, 23.5381.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

19. Anzug 5 Bruno Lötscher und Konsorten betreffend Veloroute Gellert-Jacob Burckhardt-Strasse-Gundelingen

[19.10.23 10:34:34, 23.5382.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Gianna Hablützel-Bürki.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Wenn ich die Kreuztabelle ansehe, hege ich wenig Hoffnung, eine Mehrheit zu finden, die diesen Anzug nicht überweisen will. Die Bedeutung der Attraktivität des Fahrrads und deren Steigerung erscheint hier im Rat einmal mehr von höchster Wichtigkeit zu sein. Als treibende Kraft in diesem Zusammenhang werden dieses Mal die Schüler hervorgehoben. Diese Schüler besuchen entweder die Fachmaturitätsschule in der Engulgasse, das Wirtschaftsgymnasium oder die Wirtschaftsmittelschule an der Andreas Heusler-Strasse. Von dort aus gibt es mehrere Möglichkeiten, um ins Gundeli zu gelangen. Entweder können sie dem St. Alban-Ring entlang durch den Velotunnel fahren oder via Sevogelstrasse in die St-Jakobsstrasse gelangen, wo sie auf der eigens für Rradfahrer die aufgehobene Autospur benützen können, um so sicher ins Gundeli zu gelangen. Ja, die Fahrzeit mag ein bis zwei Minuten länger dauern, garantiert den Velofahrenden jedoch eine sichere Route, da wir in den Nebenstrassen entweder Velostrassen oder maximal Tempo 30-Zonen haben. Auf diesen alternativen Strecken gibt es keinerlei Konflikte mit Fussgängern und schon gar nicht mit Autofahrern.

Machen wir uns nichts vor, das Trottoir ist und bleibt für Velofahrer steht die Alternative, um auf dem schnellsten Weg vorwärts zukommen. Das Konfliktpotenzial mit den Fussgängern bleibt bestehen, mit oder ohne Markierung, da es sich in diesem Fall nicht um einzelne Schüler, sondern um Gruppen handelt. Und da die Gesamtsanierung des Knotens sowieso kommen wird, überlassen wir Regierungsrätin Esther Keller und ihrem Team lieber eine sorgfältige Planung. Wir hegen keinen Zweifel, dass dies zu ihrer vollsten Zufriedenheit ausgeführt wird. Und aus diesem Grund danke ich Ihnen im Namen der SVP-Fraktion, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Somit hat der Anzugssteller Bruno Lötscher das Wort.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich bitte Sie selbstverständlich, diesen Anzug zu überweisen. Ich weiss nicht, wo Gianna Hablützel wohnt, aber ich sehe dort täglich diese Konfliktsituation. Fussgänger hat es fast keine. Ich bin selber Autofahrer, Velofahrer und Fussgänger. Man könnte dort mit einer einfachen Massnahme eine Verbesserung bewirken und ich kann mir nicht vorstellen, was es bringt, hier Jahre lang zu warten, wenn man jetzt konkret auf einen erkannten Punkt hinschaut, wo eine Verbesserung im Interesse vor allem der velofahrenden Schülerinnen und Schüler möglich wäre, ohne dass Autofahrer oder Fussgängerinnen oder Fussgänger wesentlich tangiert werden. Denn Fussgänger hat es in diesem Bereich sehr wenige und der Platz vor diesem Helvetia-Gebäude würde es erlauben. Es sieht auch so aus, als ob die Eigentümerschaft bereit wäre Hand zu bieten, dort etwas Platz einzuräumen, falls man dort eine Verbesserung für Velofahrende vornimmt. Ich bitte Sie also, den Anzug zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Gianna Hablützel-Bürki. Wir stimmen ab.



Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 11 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001675, 19.10.23 10:38:48]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 75 Ja-Stimmen bei 11 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

20. Anzug 6 Joël Thüring betreffend Aufwertung des Vorplatzes / Eingangsbereich und der Wartezone für Busreisende am Bahnhof SBB

[19.10.23 10:39:03, 23.5388.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Ich spreche hier im Namen der SP und des GAB. Wir anerkennen, dass es ein Problem beim Bahnhofvorplatz gibt, dass man da etwas machen muss. Wir haben vorher stillschweigend den Anzug von Christoph Hochuli überwiesen, der eine stärkere Polizeipräsenz präventiv verlangt, aber nicht nur, sondern auch verschiedenste soziale Ansätze verfolgt, um zu versuchen, diese Situation zu verbessern. Wäre der vorliegende Vorstoss der einzige gewesen, der zu dieser Thematik vorliegt, hätten wir ihn vielleicht auch durchgewinkt. Wir finden aber den Vorstoss von Christoph Hochuli aus verschiedensten Gründen sinnvoller, auch weil für uns die Verbesserung der Aufenthaltsqualität, so wie sie im Vorstoss beschrieben ist, ein bisschen etwas hat von City Cleaning, etwa in dem Sinne, dass man die zwei, die dort sitzen, nicht unmittelbar vertreiben darf, aber man soll vielleicht durch bauliche Umgestaltung oder Veränderung der Bauqualität doch schauen, dass sie dann doch nicht dort sitzen respektive dass andere dort sitzen und sich an dieser Situation etwas verbessert.

Wir wissen, dass es zum Teil sehr schwierige Situationen gibt, aber wir wissen auch, dass das ein Aufenthaltsort ist, an dem sich viele Randständige in unserem Kanton nun einmal aufhalten, so wie in ganz Europa die Umgebung von Bahnhöfen häufig Leute anzieht, die zum Beispiel ein Alkoholproblem haben, in einer randständigen Position oder obdachlos sind. Wir denken, dass es doch auch wichtig ist, dass diese Leute sich im öffentlichen Raum aufhalten können. Solange es nicht zu unschönen Szenen kommt, ist das an der besagten Stelle auch nicht irgendwie hoch problematisch. Wer regelmässig am Bahnhof ist und den Zug nimmt kann ohne Schwierigkeiten zügig vorbeigehen Richtung Tramgleis. Es soll aber ein gewisser Mindeststandards in Bezug auf Sicherheitsqualität gewährleistet sein, so dass die Kantonspolizei oder die Sanität nicht ständig dort tätig sein müssen.

Wie gesagt aus diesem Grund finden wir den Anzug Hochuli, den wir unterstützt haben, besser formuliert und eindeutiger in dem Sinne, dass er auch nicht durch sanfte Massnahmen auf eine Fast-Vertreibung hinwirkt, sondern auf soziale Massnahmen und nicht nur auf Polizeipräsenz setzt. Und insofern haben wir dem eine Präferenz eingeräumt, sind gegenüber dem Anzug Thüring ein bisschen skeptisch und lehnen deshalb eine Überweisung desselben ab.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Beat Braun-Gallacchi.

Beat Braun-Gallacchi (FDP): Ich spreche für die LDP- und die FDP-Fraktion. Tim Cuénod hat gesagt, dass sie den Anzug Hochuli besser fänden und den Anzug Thüring ablehnen. Wir sehen den Anzug als Ergänzung zum Anzug Hochuli. Es geht



um einen Anzug, also um ein Prüfen, welche Verbesserungen erreicht werden können. Es ist ja noch gar keine Massnahme definiert. Ich verstehe nicht, wie jemand gegen ein Prüfen von eventuellen Verbesserungen sein kann. Wir finden das sinnvoll und empfehlen, den Anzug zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit hat der Anzugsteller Joël Thüring das Wort.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie, den Anzug zu überweisen. Tim Cuénod hat einige Dinge unterstellt, die nicht Teil dieses Anzuges sind. Es geht darum, dass dieser Platz eine Visitenkarte ist, er ist das Einfallstor in unsere Stadt für ganz viele Menschen, die nach Basel kommen. Und seien wir doch ehrlich, die Situation dort ist doch alles andere als schön, und dabei geht es mir gar nicht nur um die Randständigen. Schauen Sie sich die Situation genau an, sie wird in diesem Winter noch viel schlimmer werden. Seit einigen Monaten halten ja die Busse auf der Seite des Ausgangs oder Eingangs, je nachdem, wie man es sehen will. Jetzt kommt die Regenzeit. Diese Leute stehen jetzt im Eingang zum Bahnhof, weil es dort eine Bedachung gibt. Nebenan, wo die drei Busse halten, gibt es keinen Regenunterstand. Das heisst, diese Menschen stehen jetzt zehn Minuten im Regen, dann auch noch auf engstem Raum, weil es ja sowieso eng ist, schlagen sich gegenseitig dann vielleicht die Schirme um die Köpfe, weil sie noch den Koffer dabei haben. Wenn sie aus dem Bus aussteigen, kommen sie kaum durch die Massen. Die Situation im ganzen Eingangs/Ausgangsbereich ist völlig ungünstig. Und auf der anderen Seite gibt es Bänke, die irgendwie nicht genutzt werden können, weil sie dauerbelegt sind. Ich sage nicht, dass man diese Menschen dort entfernen soll, aber wir müssen doch eine Qualität auf diesem Platz schaffen, die auch diesem Platz entspricht. Es ist ein zentraler Platz, er heisst ja auch Centralbahnplatz. Es ist also nicht irgendein Örtchen in der Stadt. Es geht darum, dort eine Aufenthaltsqualität zu schaffen und den Menschen, die dort um- und einsteigen, warten müssen, auch die Möglichkeit zu geben, nicht minutenlang im Regen nass stehen zu müssen. Vorher haben Sie einen Vorstoss unter anderem von mir auch abgehend, weil sie gesagt haben, für ältere Leute sei das Umsteigen schwierig. Ich frage sie ganz konkret, wo kann eine ältere Person warten und sitzen, die auf den 30-er-Bus gehen möchte? Nirgendwo. Wo die Busse sind, gibt es keine Sitzgelegenheiten und dort wo es Sitzgelegenheiten gäbe, sind sie belegt.

Ich verstehe Ihre Haltung nun wirklich überhaupt nicht. Es geht auch darum, dass wir diesen Platz so denken und so gestalten, dass er für alle etwas bringt. Das bedeutet nicht, dass man Randständige vertreiben muss. Aber ich muss Ihnen auch etwas sagen, Tim Cuénod, Sie wohnen ja im Gundeli oder zumindest setzen Sie sich für das Gundeli stark ein: Ich bekomme von vielen Menschen Rückmeldungen, dass sie sich gerade an den Randzeiten aufgrund der Situation auf diesem Vorplatz sehr unwohl fühlen. Gehen Sie einmal an einem Abend gegen 23 Uhr auf diesen Platz. Es ist laut, es wird geschrien, es wird gejoht, es fliegen Flaschen, es ist dreckig. Ich sage nicht, dass man dieses Problem dort wegschaffen kann. Darum geht es nicht. Aber viele Menschen haben subjektiv ein Unbehagen aufgrund dieser Situation. Und allen diesen Menschen sagen Sie jetzt, wir wollen nichts machen. Der Anzug Hochuli ist ein Teil ja, aber das alleine wird das Problem nicht beheben. Das zweite Problem in meinem Anzug bezüglich den Passagieren, die auf den ÖV wollen, ist mit dem Anzug von Christoph Hochuli überhaupt nicht abgedeckt. Das ist kein Vorwurf an Christoph Hochuli, denn darum ging es ihm mit seinem Vorschlag auch nicht.

Ich glaube wirklich, dass dieser Vorstoss ein Anliegen adressiert, das man prüfen und worüber man berichten kann, damit unsere Stadt lebenswerter und attraktiver wird. Das ist doch im Interesse aller. Gerade Sie, Tim Cuénod, der sich ja sehr stark auch dafür einsetzt, dass das Gundeli lebenswert ist, sollten doch ein Interesse daran haben, dass es auf der anderen Seite des Bahnhofes auch lebenswert ist.

Deshalb bitte ich Sie, meinen Vorstoss zu überweisen. Geben Sie diesem Anliegen eine Chance. Ich glaube insbesondere auch für die Busreisenden muss dringend etwas getan werden. Es geht nicht, wie es im Moment ist, das wird im Winter sonst ein Riesenproblem werden, diese Menschenmassen, die keinen Schutz finden, die dann den Eingangsbereich, der ohnehin schon sehr eng ist, blockieren werden. Das gibt ein Chaos, und das können Sie nicht beheben, indem Sie jetzt einfach sagen, wir machen nichts. Deshalb wäre es gut, wenn wir diesem Anzug diese Chance geben. Ich bitte Sie, ihn deshalb zu überweisen, auch vielleicht nur schon um zu erreichen, dass wenigstens bei der Wartezone sich etwas verbessert.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod vor.

Tim Cuénod (SP): Die Sache mit der Wartezone ist unumstritten. Sie sagen, der Platz ist die Visitenkarte für die Stadt und ein zentraler Platz. Ist die logische Konsequenz dieses Gedankens nicht, dass es besser wäre, diese Menschen wären nicht dort, wenn das so wichtig ist als Visitenkarte.

Joël Thüring (SVP): Nein, denn ich bin auch nicht blauäugig. Wenn wir diese Menschen von dort vertreiben würden, um jetzt ein unschönes Wort zu benutzen, dann haben wir diese Problematik irgendwo in unmittelbarer Nähe, zum Beispiel auf der



Elisabethenanlage und das wollen wir auch nicht. Ich glaube, mein Anzug ergänzt das Anliegen von Christoph Hochuli, das Ihnen ja besonders wichtig ist.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Tim Cuénod. Wir Stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 45 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001677, 19.10.23 10:50:33]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 46 Ja-Stimmen bei 45 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

21. Anzug 7 Christian von Wartburg und Lisa Mathys betreffend Basel als Gastgeberin eines «Europa-Konzils»

[19.10.23 10:50:52, 23.5389.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Erster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Es fängt an mit einer historischen Einordnung. Es heisst, das Konzil für Basel zähle sie den bedeutendsten Synoden. Mindestens im heutigen katholischen Kirchenrecht sind Konzil und Synoden zu unterscheiden. Ein Konzil hat Entscheidungsbefugnis, eine Synode nur Beratungsbefugnis. Ich bin jetzt sich der so grosse Kenner des katholischen Kirchenrechtes, wie es wahrscheinlich Christian von Wartburg ist, ich warte da noch auf Aufklärung.

Christian von Wartburg und Lisa Mathys haben diesen Vorstoss verfasst. Beide sehen sich ab dem nächsten Wochenende im Nationalrat. Und dies wäre eher ein Vorstoss für die nationale Bühne. Wir sollten hier nicht Probebühne sein für Bern. Dieser Vorstoss gehört nach Bern und es ist wirklich Teil dieser Wichtig-tuer-Aussenpolitik der kleinen Stadt Basel, die ich auch schon tadeln durfte. Ich bin froh, dass dies diesmal nicht von der Regierung aus kommt und die Regierung das auch so nicht will.

Das Konzil von Basel war für uns wichtig, weil es schlussendlich zur Universität führte, aber es war keine grosse Erfolgsgeschichte. Die Kirche hat sich damals gespalten, es wurde ein Gegenpapst gewählt, ein Teil des Konzils wurde in andere Städte verlegt. Warum wir da anschliessen sollen, erschliesst sich mir nicht. Basel ist immer bereit, für wichtige Konferenzen ein Tagungsort zu sein. Aber ich meine, wir sollten nach Bern gelangen und Bern soll der EU eine Einberufung eines solchen Konzils vorschlagen und dann Basel nominieren als Gastgeber. Diese Umwege können wir uns jetzt hier sparen. Wenn es zu einer Versammlung kommt, wie damals bei der OECD, dann kommen sie nach Basel und das sollen wir unterstützen. Aber also hier den Eindruck zu erwecken, in Basel könne die Welt gerettet werden, ist ein bisschen hoch gegriffen. Das können Sie dann beide irgendwann mal gerne in Bern zu Gunsten von Basel vorbringen. Dort gibt es aber dringlichere Themen für Basel. Das heisst nicht, dass der Frieden nicht wichtig ist, aber ich glaube, es spielt keine Rolle, ob das dann in Basel stattfindet oder in Strassburg. Da sollten wir auch eine gewisse Demut zeigen.

In diesem Sinne bin ich gespannt auf die weiteren historischen Aufklärungen von Lisa Mathys und Christian von Wartburg. Ich bitte Sie, der Regierung zu Folge und den Anzug nicht zu überweisen.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Auch ich bin kein Kirchenrechtler und auch kein Kirchenhistoriker. Ich freue mich auch auf diese Ausführungen. Das GAB lehnt diesen Anzug ab und das hat zwei Ebenen, die schon David Jenny etwas angesprochen hat.

Das erste ist eine historische. Wir sehen, dass das Wikipedia-Wissen nicht reicht, um eine historische Einordnung vornehmen zu können. Ja, die Hussitenfrage wurde gelöst, es war äusserst wichtig für Basel und in Basel haben sich bedeutende Persönlichkeiten der Renaissance getroffen und konnten hier ihre Ideen austauschen. Sie haben die Renaissance dadurch weiter befruchtet und auch in den nördlichsten Alpen zur Blüte gebracht. So weit so gut. Es war sicher kein schlechter Anlass. Aber wie das schon David Jenny gesagt hat: Martin der fünfte starb noch im gleichen Jahr. Es kam zu einem Konflikt zwischen den Konziliaren und dem Papst. Es wurde ein neuer Papst gewählt. Dieser hat nach fünf Monaten das Konzil aufgelöst. Er musste es sich dann in Verhandlung mit Kaiser Sigismund wieder eingestehen und das Konzil die Auflösung des Konzils widerrufen, damit dieses wieder tagen konnte. Insgesamt war das ganze Konzil über all diese Jahre sehr chaotisch. Ich weiss nicht, wie es als eine Vorlage dienen soll. Auch wenn es 18 Jahre dauern würde, weiss ich nicht, ob das der Sinn wäre. geht.

Der zweite historische Punkt ist, dass das genannte Gegenkonzil, das in Ferrara und anschliessend in Florenz getagt hat, viel bedeutender war in dem Aspekt, den Sie in der europäischen Einigung andenken. Das byzantinische Reich wurde von der osmanischen Armee auf allen Ebenen bedrängt und war hilflos und hoffte verzweifelt auf Unterstützung – und wie wir wissen vergeblich, da die internationale Solidarität damals noch nicht so hoch war. Es wurde im Stich gelassen. Und so hat sich der Kaiser Johannes der siebte dann dazu bewegen lassen, nach Florenz zu kommen mit einer byzantinischen Delegation. Mit dabei war Metropolit Isidor von Kiew, der Patriarch von Konstantinopel und sie haben sich dort mehr oder weniger der katholischen Kirche unterworfen und haben die Kirchenunion begründet. Jedoch auch das scheiterte letztendlich, weil die Bevölkerung im Osten und auch der Klerus im Osten sich überhaupt nicht dafür interessierten, dass sie jetzt Teil der katholischen Kirche sein sollten. Hier wird also eine Verbindung gemacht, die überhaupt nicht stimmt.

Schliesslich geht es um die inhaltliche Ebene. Dazu hat David Jenny auch schon viel gesagt. Niemand hat auf uns gewartet, dass wir so etwas einberufen. Es gibt schon zahlreiche Institutionen, es gibt das Europaparlament, es gibt den Europarat, es gibt die OSCE, wo diese Fragen diskutiert werden könnten. Ich verstehe auch nicht ganz, dass dieser Vorschlag aus der SP-Fraktion kommt. Seit das Rahmenabkommen 2021 beerdigt wurde, ist Regierungspräsident Beat Jans sehr umtriebig, die ganze Regierung ist sehr umtriebig und setzt sich dafür ein, dass man eine Lösung findet, um wieder mit Europa ins Gespräch zu kommen. Das ist eigentlich die erste Vorbedingung dafür, dass die Schweiz überhaupt irgendetwas zu sagen hat in Europa. Wenn Sie als SP-Fraktion etwas tun wollen, dann beerdigen Sie doch diesen Anzug und konzentrieren Sie sich darauf, die SP-Fraktion in Bundesbern dazu zu bringen, Beat Jans auf das Ticket für den Bundesrat zu setzen und am Schluss auch als Bundesrat zu wählen. Das würde Basel, Europa und der Schweiz viel mehr helfen als dieser Anzug. Wir bitten Sie also, diesen abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist die Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Ich bedanke mich herzlich für die Geschichtslektion. Das Historische werde ich grösstenteils Christian von Wartburg überlassen. Mir geht es in meinem Votum wirklich mehr darum, welche Rolle Basel spielen kann und soll auch aufgrund dessen, wo Basel liegt und was Basel ist.

Eigentlich ist es ja extrem offensichtlich: Was die Welt, die aktuell mehr und mehr aus den Fugen gerät, braucht, ist eine bessere Zusammenarbeit, mehr Dialog. Und es braucht Orte und Gefässe, wo Gespräche und Verhandlungen stattfinden können. Es war Ihr Bundesrat, David Jenny, der es geschafft hat, dass die Beziehung der Schweiz zu Europa stark ramponiert ist aktuell, und dies ausgerechnet in einer Zeit, in der wir wirklich zusammenrücken sollten, in einer Zeit, in der wir gemeinsam grosse Herausforderungen angehen sollten, in einer Zeit auch, in der wir gegenseitig aufeinander angewiesen sind.

Unser Vorstoss will, dass Basel anbietet, Ort für eine gross angelegte diplomatische Verhandlung zu sein. Welche andere Stadt würde sich dafür besser eignen als Basel und die Regio im Herzen Europas, im Dreiländereck und eben auch in einem Umfeld, wo die Bedeutung der guten Zusammenarbeit im Alltag von uns allen so unmittelbar spürbar und klar ist? Als Unistandort, als Forschungsstandort, als kulturelles Zentrum, als Stadt mit direkten Tramverbindungen ins Ausland, was ein wichtiges Symbol ist für die enge Verbindung als Stadt, die täglich von ganz vielen Grenzgänger:innen und deren Arbeitskraft profitiert.

Wir bedauern es, dass der Regierungsrat diese Rolle nicht anbieten will. Wir sehen darin nach wie vor eine grosse Chance, auch für das Renommee von Basel. Unsere Stadt könnte einen nicht zu unterschätzenden Beitrag leisten für eine andere,



bessere Zusammenarbeit in Europa. David Jenny, ich verspreche Ihnen, falls ich in den Nationalrat gewählt werde, nehme ich das Anliegen auch dorthin mit.

Die SP-Fraktion ist weiterhin für die Überweisung des Vorstosses.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Oliver Thommen. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Oliver Thommen (GAB): Ich freue mich über Ihre Liebe zu Basel und zum Dreiländereck. Aber glauben Sie nicht, dass zum Beispiel Genf als internationaler Standort ganz vieler Organisationen zum Beispiel noch eine viel grössere Strahlkraft hätte und vielleicht noch viel mehr Menschen aus viel mehr Ländern vereinen könnte?

Lisa Mathys (SP): Ich sehe es als ein Angebot von Basel. Wenn das Angebot auch aus Genf kommt, finde ich das auch eine schöne Sache.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: In Vertretung des Regierungspräsidenten nehme ich gerne Stellung im Namen des Regierungsrates. Um Oliver Thommen gleich zuerst zu widersprechen: Basel ist ein wichtiger Kongressstandort. Wir haben eine Kongressinfrastruktur, die mit Genf mithalten kann. Wir haben die Infrastruktur und die Gegebenheiten, die es uns ermöglichen, Kongresse und Treffen hier in Basel durchzuführen. Und das hat ja auch immer wieder stattgefunden und wird auch immer wieder stattfinden hier bei uns in Basel.

Ich möchte auch historisch zurückgehen. Am Vorabend des ersten Weltkrieges hat sich in Basel die sozialistische Internationale getroffen, die Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung in Europa, die den ersten Weltkrieg verhindern wollten in Basel im Münster. Geglückt ist es leider nicht, aber sie haben sich hier getroffen. 100 Jahre später haben sich die Aussenministerinnen und Aussenminister der OECD unter dem Vorsitz des damaligen Bundesrats Didier Burkhalter zu ihrem Jahrestreffen hier in Basel zusammengefunden. Wir waren Gastgeber hier in Basel für dieses Zusammentreffen. Seither haben das EDA und der Bund verschiedene, auch kleinere diplomatischen Gesprächsrunden hier in Basel durchgeführt, solche, die öffentlich geworden sind, wie das Treffen von Bundesrat Ignazio Cassis mit der slowenischen Aussenministerin im Februar auf dem Wenkenhof oder auch von Bundesrätin Simonetta Sommaruga mit ihren deutschsprachigen Umweltministerkolleg:innen.

Wie der Regierungsrat in der Beantwortung der schriftlichen Anfrage Leonhardt zur Gaststadtpolitik ausgeführt hat, verfolgt er mit seiner Strategie, politische Konferenzen nach Basel zu bringen. Die Strategie wird derzeit aktualisiert. Parallel dazu sind wir mit Bundesbern auf verschiedenen Ebenen in Kontakt, um Möglichkeiten für Basel als Konferenzort herauszufiltern. Gleichzeitig bieten wir uns auch aktiv an, zuletzt als Kandidatin für die COP31. Bei all diesen Projekten sehen wir unseren Kanton als Gastgeber und Ermöglicher und die bisherigen positiven Rückmeldungen der OECD, des EDA und der ausländischen Gäste bestärken uns auch in diesem Vorgehen.

Auch in der Europapolitik verfolgen unser Kanton und der Regierungsrat eine aktive Rolle. Wir positionieren uns öffentlich für die Lösung der offenen Verhandlungspunkte und nehmen in den Gremien der Kantone und der Städte eine klare und aktive Rolle ein, denn unser Kanton ist als wirtschaftlicher Innovationsmotor der Schweiz und als Universitätskanton auf ein geregeltes Verhältnis der Schweiz mit der EU angewiesen. Sobald der Bundesrat das Verhandlungsmandat beschlossen hat, werden wir weiterhin die Rolle einnehmen, um auch die Notwendigkeit des geringen Verhältnisses im innenpolitischen Dialog zu erklären, auch gegenüber denjenigen Kantonen, die nicht gleichermassen betroffen sind. Unser Ziel ist es, dass wir die in diesem Jahr in der KDK erreichte Einigkeit der Kantone auch in der anstehenden materiellen Diskussion erreichen können zugunsten von geregelten Beziehungen der Schweiz mit der EU.

Sie sehen, Basel-Stadt ist als Gastgeber aktiv und wir verfolgen eine aktive Rolle in der Europapolitik. Aber wir sehen uns nicht als Initiant eines Europa-Konzils, das wir dem Bundesrat und in Folge der EU beliebt machen sollen. Wir sehen grössere Chancen für die Idee, dass Basel weiterhin Ort des Dialogs und der Diskussion über Grundsatzfragen sein kann, wenn wir uns auf die beiden Handlungsfelder Gaststadtpolitik und aktive Europapolitik konzentrieren. Wir beantragen Ihnen, uns den Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist André Auderset.



André Auderset (LDP): Ich spreche für die LDP und auch für die SVP. Ich muss zuerst sagen, dass ich über die Kollegen David Jenny und vor allem Oliver Thommen sauer bin, nicht weil ich anderer Meinung wäre betreffend der Einschätzung des Anliegens, aber weil ich mir lustvoll das Ganze historisch recherchiert habe, und jetzt haben mir die beiden schon fast alles vorweggenommen.

Das soll aber nicht meine Lust weiter schmälern, hier einige Ausführungen zu machen. Vor allem bleibt es mir nicht ganz erspart, gegenüber den Anzugstellenden einen gewissen Plagiatsvorwurf oder -verdacht zumindest zu äussern. Schauen Sie doch auf der Seite konstanz.de im Internet nach, da finden Sie nämlich die Einladung und auch die Unterlagen zu einem Europa-Konzil, das im September 2022 durchgeführt wurde, mit derselben Berufung auf ein Konzil und warum das so wichtig ist und wieso man dies genau hier im Grenzraum durchführen soll und so weiter. Und das soll übrigens im 2023 oder 2024 wieder stattfinden. Also insofern kann man sagen, wir können das lassen, Konstanz macht es schon. Diejenigen, die hinwollen, sollen doch dann bitte etwas den Rhein aufwärts gehen, dann geht das nämlich auch.

Wobei die Berufung auf das Konzil von Konstanz wirklich eine gewisse Berechtigung hat. Das Konzil von Konstanz dauerte von 1414 bis 1418, gerade einmal vier Jahre. Das Konzil zu Basel dauerte 18 Jahre und zwang die Bevölkerung, die Teilnehmer und ihre Entourage während dieser Zeit zu beherbergen und durchzufüttern. Das war alles andere als gratis. By the way, zu dieser Entourage gehört auch eine stattliche Zahl von Damen und Herren, die man heute als Sexarbeiter und Sexarbeiterinnen bezeichnen würde. Auch diese mussten durchgefüttert werden.

Ein paar historische Worte möchte ich trotzdem sprechen, so weit sie nicht eben bereits vor allem von Oliver Thommen gesagt wurden. Der Papst der nach Martins Tod nachfolgte, Eugen der Vierte, hatte ja sehr schnell Konflikte mit dem Konzil. Er war nämlich der Ansicht, der Papst habe das Sagen, was in der Kirche läuft. Das Konzil war der Meinung, das habe das letzte Wort. Und wenn man sich nicht einig wurde, verlegte der Papst das Konzil einfach mal nach Ferrara. Das hat aber etwa die Hälfte der Teilnehmer nicht interessiert, sie blieben hier, woraufhin sie exkommuniziert wurden, was sie wiederum damit beantworteten, dass sie sich einen eigenen Papst wählten, nämlich Amadeus den Achten von Savoyen. Der ging immerhin in die Geschichte ein. Insofern hat das Konzil zu Basel einen geschichtlichen Hintergrund, dass damit der bis heute letzte Gegenpapst in der katholischen Geschichte verbunden ist.

447 verlor das Konzil dann auch die politische Unterstützung und nachdem Friedrich der Dritte mit dem besagten Papst das Wiener Konkordat geschlossen hatte, forderte er dann die Basler ultimativ auf, den verbleibenden Rest des Konzils zur Stadt rauszuwerfen, was dann 499 auch geschah, indem sie nach Lausanne abgingen.

Was blieb von diesem Konzil? Ringsum gerodete Wälder, denn während 18 Jahren musste sehr viel Brennholz mehr gebraucht werden. Ein stark verschmutzter Rhein, denn eine Kläranlage gab es damals noch nicht und die erleichterten sich alle in diesem Fluss. Und ein praktisch ausgerodeter Wildbestand. Auch hierzu ein kleiner Fun Fact: Einige Wochen jeweils im Jahr wurden die Wildschweine durch den Rhein gejagt.. Warum dies? Das war die Fastenzeit und während der Fastenzeit darf man alles essen, was aus dem Wasser kommt. Also man sieht, schon damals hatte der Katholizismus eine gewisse pragmatische Ader.

Nun diese kurzen Beispiele dürften zeigen, dass die Anzugssteller mit dem Konzil zu Basel sich ein schlechtes Beispiel für einen Grossanlass in unserer Zeit genommen haben. Es ist schon sehr vermessen, an einem solchen Neo-Konzil die «Lösung der drängenden Frage im europäischen Raum zu definieren». Das wird wohl nicht geschehen. Zudem ist anzunehmen, dass die meisten Teilnehmer nicht mit dem Lastenvelo kommen und hier auch atmen und essen, also CO₂ emittieren.

Aber in einer Hinsicht war tatsächlich das Konzil zu Basel richtungsweisend. Hier trafen sich nämlich zum ersten Mal alle Experten der Hexenverfolgung. Da fand eine Vernetzung statt und danach konnte man sehr konzentriert und mit gleichen Massstäben die Hexen in ganz Mitteleuropa verfolgen. Aber ich glaube nicht, dass das ein Zweck ist, den man heute noch verfolgen möchte. Insofern ist der Antrag von LDP und SVP: Lassen Sie es, versenken Sie den Anzug. Ich bin froh, dass am Sonntag Wahlen sind, dann hört es auch mit solchen Vorstössen auf.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Wüest-Rudin.

David Wüest-Rudin (GLP): Ich werde keine historischen Ausführungen machen. Dafür ist die Sache auch zu politisch. Mir sind die politischen Punkte wichtig, es geht ja um die Europapolitik. Es ist bekannt, die Grünliberalen sind starke Befürworter und auch Treiber einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Europa und konkret mit der EU. Der Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen war ein kolossales Politversagen, nicht nur des Bundesrates, sondern auch von Parteien und Interessengruppen, welche diese Verhandlungen torpediert haben. Daher unterstützen wir grundsätzlich das Anliegen, den Dialog aufrechtzuerhalten.



Aber sagen wir es klar, mehr als eine symbolische Aktion ist so ein Konzil nicht. Entscheidend für das Verhältnis zu Europa sind die Verhandlungen des Bundes. Da muss ich schon in Richtung SP ein paar deutliche Worte sagen. Sie haben zwar zu Recht auf die FDP verwiesen, die im Bundesrat zum Scheitern der Verhandlungen beigetragen hat. Aber dann schauen Sie bitte auch in den Spiegel. Es waren die Gewerkschaften und die SP, die massgeblich auch zu diesem Scheitern beigetragen hatten. Und da ist es schon ironisch, wenn nicht sogar etwas zynisch, wenn gerade die SP, die zum Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen beiträgt, diesem entscheidenden Gefäss, um das Verhältnis zu Europa zu regeln und voranzubringen, nun mit solchen symbolischen Vorstössen vor den Wahlen noch Europa-Punkte zu sammeln versucht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SP in der Europa-Region: In den Verhandlungen kann man Europaflagge zeigen, dort muss man vielleicht auch mal schmerzliche Kompromisse machen und auf Europa zugehen. Das würde unser Verhältnis zu Europa verbessern und klären. So können wir Horizon Europe und all die anderen wichtigen Vorteile für Forschung, Bildung, Wirtschaft und Kultur retten, nicht mit einem nett gemeinten Konzil. In diese Richtung hat ja auch Oliver Thommen sehr zu Recht argumentiert, dass das in Bern, im Bund passiert und dass die SP dort Gelegenheit hat, die Europa-Zusammenarbeit voranzubringen.

Dennoch, die Fraktion hat ein Plus in der Kreuztabelle eingetragen. Wir empfehlen Ihnen, den Anzug der SP zu überweisen, auch wenn er dem Wahlkampf geschuldet ist. Er ist immerhin ein symbolischer Schritt auf Europa zu, den wir durchaus gehen können und dem wir uns nicht verschliessen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Vielen Dank für Ihr Plädoyer für Symbolpolitik. Wie hoch schätzen Sie auf einer Skala von 0 bis 100 die Chancen der Umsetzung dieser symbolischen Aktion ein?

David Wüest-Rudin (GLP): Keine Ahnung, aber in der Politik sind manchmal auch Symbole wichtig. Ich weiss es nicht, das wird sich dann zeigen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit hat der Anzugssteller Christian von Wartburg das Wort.

Christian von Wartburg (SP): Ihre Voten heute sind das beste Beispiel dafür, dass in einer Zusammenkunft, nämlich einem Konzil, geballtes Wissen zusammenkommt, das dann die bescheidenen Recherchen eines kleinen Parlamentsmitgliedes ersetzt und doch einige Konturen gibt für eine Idee, die mich nach wie vor umtreibt und an der ich nach wie vor bei all Ihren Vorwürfen bezüglich Symbolpolitik und Wahlkampf eine grosse Freude habe. Und ich werde hier stehen bleibe trotz aller Minuspunkte, die Sie in der Kreuztabelle hinterlassen haben. Denn Sie können mir glauben, so wahr ich hier stehe, ich bin ein Europäer. Ich kämpfe für Europa und Europa ist mir wirklich wichtig, und das unabhängig von irgendeinem Wahlkampf oder irgendeinem Mandat oder sonst irgend etwas.

Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts in Europa war geprägt von Krieg, Intoleranz, Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus und Terror. Die zweite Hälfte war geprägt von der Idee, dass Völker sich über Grenzen hinweg stützen, in Respekt und Würde miteinander leben. Heute herrscht nicht nur wieder Kriege in Europa, die europäische Idee ist immer wieder von verschiedener Seite in Gefahr gebracht. Ich glaube, es ist nötig, dass wir in Basel, mitten in Europa, unsere historische Verantwortung mit unseren bescheidenen Möglichkeiten wahrnehmen. Was ich vorschlage, zusammen mit Lisa Mathys, ist nichts weniger als die Fortführung eines Dialogs. Sie können darüber spotten, solange Sie wollen, Sie können auch nachher Nein stimmen in Ihrer Selbstzufriedenheit. Ich sage Ihnen aber etwas: Nur über Dialog findet unsere Gesellschaft zu Lösungen. Und wenn Sie meinen, Sie können das delegieren – «ja das müssen die anderen machen, Dialog ist nicht unsere Aufgabe» – und die ganze Geschichte wegputzen, so sei das Ihr gutes Recht Ihr gutes parlamentarisches Recht. Ich rufe Sie aber auf zum Dialog.

Und André Auderset, wir haben ja heute eine Kläranlage, wir werden es wohl aushalten, wenn wir Gäste empfangen hier in unserer Stadt. Wir werden es wohl aushalten. Wenn wir für eine halbe Milliarde ein Messezentrum bauen, sollten wir es auch nutzen, diese leeren Hallen nutzen und mit Gesprächen füllen zu einem Thema, das mir am Herzen liegt, und ich weiss es, Ihnen allen auch. Wenn wir eine Reihe von Gesprächen, Vorträgen, Runden Tischen, Konferenzen, Vorlesungen durchführen vielleicht auch europäisch erlebbar machen, dann tragen wir etwas Kleines bei zu diesem grossen Projekt Europa, Europäische Union, das mir am Herzen liegt, das mir, mitten in Europa, aber am Rand der Schweiz, am Herzen liegt. Und wenn wir dann 18 Jahre lang solche Vorlesungen organisiert und solche solche Gespräche geführt haben, dann lasse ich mich gerne belehren, wenn es nichts gebracht hat. Aber erst dann.



In diesem Sinne überlegen Sie es sich doch noch einmal, ob sie nicht doch dieser Idee in diesem Geist zustimmen können. Ich würde mich freuen und danke für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegen zwei Zwischenfragen vor, eine von Lorenz Amiet, die andere von Oliver Thommen. Nehmen Sie beide an. Sie werden angenommen.

Lorenz Amiet (SVP): Ist das Ihr Verständnis vom hochgelobten Dialog, wenn Sie zunächst all jene, die eine andere Meinung haben, gleich selbstzufrieden nennen?

Christian von Wartburg (SP): Wenn die Voten selbstzufrieden sind, dann ist es eben Teil des Dialogs, dies zu benennen und wir finden dann sicher Lösungen zusammen, dass sie wir in einem konstruktiven Dialog uns weiter bewegen können.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage von Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): In Strassburg tagt der Europarat. Ist das das Gegenkonzil zu dem in Basel?

Christian von Wartburg (SP): Wie gesagt, das geballte Wissen hilft das Wort Konzil zu erläutern, verstanden als Zusammenkunft, in einem viel weiteren Kontext von Menschen, die sich in Krisen zusammengefunden haben, mal mehr mal weniger erfolgreich, mal mit Gegenkonzil, mal ohne, mal mit und mal ohne Papst. Ich habe Ihnen allen sehr aufmerksam zugehört.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt es gibt eine dritte Zwischenfrage von David Jenny. Nehmen Sie sie auch an? Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Die einfache Frage, ob Sie sich zum Papst wählen lassen würden, stelle ich nicht. Sie haben das Europa der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gelobt und keine Differenzierung gemacht. Schliessen Sie auch das Europa auf der anderen Seite des eisernen Vorhangs und der dortigen Regimes ein?

Christian von Wartburg (SP): Zur zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gehören auch der Fall der Mauer und die Entwicklungen in Osteuropa.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Abstimmung. Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

35 Ja, 56 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001679, 19.10.23 11:21:50]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug nicht zu überweisen. Der Anzug ist erledigt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 56 Nein-Stimmen bei 35 Ja-Stimmen und ohne Enthaltungen.



22. Anzug 8 Johannes Sieber und Béla Bartha betreffend Stärkung der Rahmenbedingungen für die Film- und Kreativwirtschaft im Zusammenhang mit «Lex Netflix»

[19.10.23 11:22:06, 23.5392.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

23. Anzug 9 Joël Thüring betreffend Aufwertung für Gewerbe und Tourismus: Ein Taxistandplatz in Fussdistanz zum Marktplatz

[19.10.23 11:22:29, 23.5398.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

24. Anzug 10 Nicole Kuster und Konsorten betreffend Aufwertung der Uferböschung des Grossbasler Rheinufer durch den Bau von Baumterrassen

[19.10.23 11:22:55, 23.5414.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

25. Anzug 11 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend entsiegelte sowie ökologisch aufgewertete Verkehrsinseln und Verkehrskreisel

[19.10.23 11:23:17, 23.5422.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe auch hier keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde auch kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.



26. Anzug 12 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend einfachere Umsetzung Begegnungszonen

[19.10.23 11:23:42, 23.5423.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Nicole Strahm-Lavanchy.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Im Namen der LDP und der FDP bitte ich Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

Die Anregung, eine Begegnungszone in einem Wohnquartier zu schaffen, kommt heute aus den Wünschen der Anwohnerinnen und Anwohnern einer jeweiligen Strasse heraus. Das ist auch gut so, absolut bedarfsgerecht. Eine Top-Down-Mentalität ist kein Weg zu einer nachhaltigen Transformation. Da ist der Unmut unterschiedlichster Anwohnenden vorprogrammiert. Menschen fühlen sich übergangen ohne Abklärung ihrer Bedürfnisse. Es braucht wenn schon, und das nicht nur in diesem Thema, ein gesellschaftliches Umdenken.

Gleichzeitig besteht die Gefahr einer unmässigen Begehrlichkeit einzelner, dass dann jede 30er-Zone in eine Begegnungszone umgewandelt werden soll. Das hingegen finde ich eine gefährliche Entwicklung in die falsche Richtung. Eine Begegnungszone ist eine Spielstrasse mit allen Vor- und Nachteilen. Ich möchte nicht wissen, wie in unserer Stadt reagiert wird – und das ist jetzt vielleicht vielleicht ein bisschen überspitzt ausgedrückt –, wenn plötzlich der Löschheli einen Brandherd bekämpfen muss oder wenn der Rettungsheli Patienten ausfliegen muss oder sogar per Helikopter Waren angeliefert werden müssen, nur weil in gewissen Strassen oder sogar ganzen Gebieten kein Zukommen mehr gewährleistet ist. Lasst Begegnungszonen im Bedürfnis der Anwohnenden sein, die Benutzenden werden es Ihnen danken. Ich bitte Sie daher, den Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Also mir ist nicht bekannt, dass Helikopterflüge stark zugenommen hätten, obwohl es mehr Begegnungszonen gibt. Das finde ich jetzt doch ein bisschen weit hergeholt. Ich stehe hier, um Ihnen zu empfehlen, diesen Anzug zu überweisen und mit mir wird das auch die SP-Fraktion tun. Das angesprochene Problem ist tatsächlich nicht neu und wir sind froh, dass die GLP das anstösst. Es ist schlicht und einfach zu aufwendig und schreckt viele Strassengemeinschaften ab, eine Begegnungszone anzuregen. Ich erinnere mich auch an einige Diskussionen in der UVEK, wenn es darum ging, bei einer Umgestaltung eine effektive und einfache Verkehrsberuhigung herbeizuführen, beispielsweise rund um einen neu gestalteten Quartierplatz. Begegnungszonen wären oft eine sinnvolle Lösung, die aber nicht weiterverfolgt werden, weil sie eben von den Anwohnenden gewünscht werden müssen. Da liegt der Vorschlag natürlich nahe, den herrschenden Bottom-Up-Ansatz umzukehren, so dass sich die Anwohner nur dann engagieren müssen, wenn sie eben keine Bewegungszonen wollen, zumindest in Strassen, die sich dafür richtiggehend aufdrängen, weil sich sowieso schon sehr viel Leben auf der Strasse abspielt und wenig Autos durchfahren. Damit würde niemand übergangen. Man darf davon ausgehen, dass am Ende eine grosse Mehrheit der unmittelbaren Nachbarschaft mit der Umgestaltung zufrieden wäre.

Und wenn wir gerade dabei sind, möchte ich noch anregen, auch die Gestaltung der typischen Basler Begegnungszone bei dieser Gelegenheit zu überdenken. Unserer Meinung nach gäbe es spannendere Umsetzungen als einfach ein paar Betonkübel, Sitzbänke und ein Tempo 20-Schild an jedem Ende hinzustellen. Das wäre sogar ein selbstverstärkender Prozess, denn wenn die Begegnungszonen ansprechender gestaltet wären mit richtigen Grünflächen, lauschigen Plätzchen und hübschen Aufenthaltsorten, dann wäre es bestimmt einfacher, die Bevölkerung davon zu überzeugen.

Übrigens sollten die Stadtklimainitiativen am 26. November angenommen werden, wären Begegnungszonen das allereinfachste Mittel, um eine der beiden Initiativen umzusetzen. Es gibt in Basel mehr als doppelt so viele Quartierstrassen in der Tempo 30-Zone, die man in Begegnungszonen umwandeln könnte als für die Zukunftsinitiative nötig wären.

Mit dieser optimistischen Aussicht bitte ich Sie, den Anzug zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Patrizia Bernasconi.



Patrizia Bernasconi (GAB): Ich staune über den Widerstand gegen diesen Vorstoss. Es ist ein Vorstoss unter vier anderen Vorstössen, die ein Paket bilden, das wir eigentlich als selbstverständlich erachten. Es ist etwas, das schon seit längerer Zeit hätte kommen sollen und wir sind der Meinung, dass da muss vorwärtsgemacht werden muss.

Verkehrsberuhigende Massnahmen wie die Begegnungszonen bringen mehr Lebensqualität in den Quartieren. Sie führen zu tieferen CO₂-Emissionen und das entspricht dem Ziel, bis 2037 einen klimaneutralen Kanton Basel-Stadt zu haben. Begegnungszonen könnten auch eine Neugestaltung des Strassenraums ermöglichen, wenn wir das nur wollten. Sie ermöglichen zum Beispiel auch die Entsiegelung und womöglich auch die Pflanzung von Bäumen. Da sollte sich die SVP eigentlich mit uns freuen. Deshalb verstehe ich den Widerstand nicht, denn die Schaffung von mehr Grünraum beschränkt sich nicht nur auf Entwicklungsareale, sondern bezieht sich auch auf die Neugestaltung von Strassenraum, nämlich bei Begegnungszonen.

Wir finden diesen Anzug, bei dem es um Prüfen und Berichten geht, gut geeignet, um die Schaffung von Begegnungszonen voranzutreiben. Deshalb stimmen wir diesem zu.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist der Roger Stalder.

Roger Stalder (SVP): Die SVP bittet Sie, den Anzug abzulehnen. Es ist vieles gesagt worden von der LDP und der FDP, dem wir uns anschliessen können. Was für uns gar nicht geht, ist, dass man aus dieser Strategie, in der die Begegnungszonen zwar enthalten sind, einfach wie die GLP folgern kann, dass man die Demokratie herunterfahren muss, indem man auf ein einfaches Mehr geht und sogar noch darum bittet, dass es vielleicht sogar geht, dass der Kanton das selber bestimmen könnte. Das lehnen wir natürlich kategorisch ab, das wollen wir nicht, und darum bitten wir Sie, den Anzug abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Sägesser.

Daniel Sägesser (SP): Vielleicht können sich einige von Ihnen noch erinnern, als unmittelbar nachdem dieses Parlament die völlig ungenügenden Gegenvorschläge zu den Stadtklimainitiativen versenkt hat, Kollege David Wüest-Rudin hier noch vorne ans Redepult gestürmt ist und sich scheinbar fassungslos darüber empört hat, dass die SVP doch nicht eine so zuverlässige Partnerin für Stadtklimapolitik ist und uns, die wir die Stadtklimainitiativen unterstützten, schon einmal vorsorglich die Spaltung der Bevölkerung vorgeworfen hat, wenn denn die Stadtklimainitiativen angenommen werden sollten.

Es war schon damals klar, dass dieses Austeilen nach links und nach rechts vor allem über das eigene stadtklimapolitische Versagen hinweg täuschen sollte. Ihre Regierungsrätin und auch Sie als GLP-Fraktion haben tatsächlich das Kunststück fertiggebracht in diesem klimapolitischen Thema, wo die GLP ja bekanntermassen in der komfortablen Lage ist, sich sowohl im Regierungsrat wie auch in diesem Parlament aussuchen zu können, mit welcher Seite Sie die Mehrheit bilden möchte, komplett ohne Mehrheit vom Feld zurückgekehrt ist. Das muss man erst einmal fertig bringen.

Die GLP hätte gestalten können, tat es aber wohl aus vermeintlicher Rücksichtnahme auf ihre eigene Regierungsrätin nicht. Ihr machtpolitisches Taktieren hat sie in die sachpolitische Sackgasse geführt. Was bleibt, ist die Erkenntnis, dass die GLP, wenn es machtpolitisch hart auf hart kommt, selbst klimapolitische Prinzipien über Bord wirft und ohne Zögern die Zusammenarbeit mit den Klimawandelverharmlosern der SVP sucht, mit einer Fraktion, in der Leute sitzen, die sich Jahr für Jahr pünktlich auf die ersten Hitzetage auf Social-Media darüber lustig machen, ob das nun der Klimawandel oder das Wetter sei. Und mit solchen Leuten machen Sie statt Klimapolitik. Ich finde das ungeheuerlich. Und machen wir uns nichts vor: Die Hälfte der SVP-Fraktion hat dem Gegenvorschlag nicht deshalb zugestimmt, weil sie urplötzlich mehr Bäume und mehr Langsamverkehr in Basel wollte, sondern weil sie sich von der GLP hat überzeugen lassen, dass diese Gegenvorschläge die wirksamsten Instrumente sind, um das Anliegen zu bekämpfen.

Liebe GLP, wenn Sie in diesem Kanton klimapolitisch wirklich mitgestalten und etwas voranbringen wollen, müssen Sie manchmal die Machtpolitik hinter die Sachpolitik anstellen. Wenn es sein muss, müssen Sie halt auch mal ihrer eigenen Regierungsrätin widersprechen. Das ist nicht angenehm, weder für Ihre Regierungsrätin noch für noch für sie. Ich weiss das, und ich weiss das deshalb, weil, wenn unser Regierungsrat mal einen ungenügenden Vorschlag vorlegt und vertritt, wir von der SP hier vorne stehen und den Gegenantrag stellen. Und wenn unser Regierungsrat dann vielleicht auch noch schwach argumentiert, dann widerspreche ich hier vorne nötigenfalls in einer Deutlichkeit, dass mich der Präsident nur deshalb nicht zur Ordnung ruft, weil sich meine Kritik gegen meinen eigenen Regierungsrat richtet. Das ist der Unterschied zwischen Machtpolitik und Sachpolitik. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

Es ist überdeutlich spürbar, dass es für Sie in der aktuellen Lage, in die Sie sich hineinmanövriert haben, nicht angenehm ist. Sie haben längst gemerkt, dass sie auf dem Holzpfad sind. Sie haben zwar still und heimlich die zwei Mal Nein-Parole zu den Stadtklimainitiativen beschlossen, lassen aber jede weitere Konsequenz vermissen und sind nicht in das zwei Mal Nein-



Komitee eingetreten. Sie sind auf Tauchstation gegangen und hoffen wohl, dass der bevorstehende Abstimmungskampf möglichst wenig mit Ihnen zu tun hat. Auch dass Sie nun zur Reputationsrettung auf diesen Schlamassel eine wahre Vorstossflut zum Thema Stadtklimapolitik folgen lassen, ist nicht überraschend. Zu Recht plagt Sie das schlechte Gewissen.

Nun sind aber diese Vorstösse inhaltlich alle unterstützenswert und ich finde auch – und ich möchte das betonen –, dass meine liebe UVEK-Kollegin Brigitte Kühne eine authentische und glaubwürdige Absenderin dieser Vorstösse ist. Wer weiss, wäre sie im letzten Frühling in der entscheidenden Wochen nicht ausbildungsbedingt im Ausstand gestanden, wäre die GLP heute vielleicht nicht in so einer unangenehmen Lage. Ich möchte Sie deshalb bitten, alle diese Vorstösse zu überweisen, möchte aber auch darauf hinweisen, dass wird die wirklich dicken klimapolitischen Bretter erst mit der Zustimmung der Stimmbevölkerung am 26. November zu den bei den Stadtklimainitiativen schaffen werden, und diese Abstimmung werden wir gewinnen. Wenn nicht, bezahle ich Ihnen allen in der ersten Dezembersitzung den Kaffee, auch der GLP.

Claudio Miozzari (SP): Es gibt ein paar Zwischenfragen. Nehmen Sie sie an? Sie sind von Pascal Messerli, Franz Xaver Leonhardt, Joël Thüring und Daniel Seiler. Sie werden alle angenommen. Erste Zwischenfrage von Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Sie haben nun mehreren Parteien einen Vorwurf gemacht. Wenn der aktuelle Zustand in Basel-Stadt so schlimm ist, möchte ich wissen, wie lange die SP das BVD in ihrer Hand hatte und warum Sie nicht gestaltet hatten. Ging es Ihnen dort auch um Machtpolitik?

Daniel Sägesser (SP): Wir hatten hier in diesem Parlament schlicht nicht die Mehrheit. Ich erinnere mehrere Abstimmungen, wo uns dann die Grünflächen wieder aus den Vorlagen gestrichen wurden.

Claudio Miozzari (SP): Dann ist die Reihe an Franz Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich wollte eigentlich die gleiche Frage stellen wie Pascal Messerli, weil diese Angriff an die aktuelle Regierungsrätin finde ich doch sehr massiv. Ich wollte fragen, welche Partei die letzten 24 Jahre dieses Departement innehatte.

Daniel Sägesser (SP): Wir brauchen nicht nur in der Regierung die Macht, sondern auch in diesem Parlament, und ich verweise noch einmal darauf, dass unzählige Vorlagen chancenlos blieben, wenn es darum ging, mehr Bäume und weniger Parkplätze zu haben.

Claudio Miozzari (SP): Die nächste Zwischenfrage ist von Daniel Seiler.

Daniel Seiler: Wenn Ihr ja wisst, dass Ihr die Abstimmung hier gewinnt, dann können wir das jetzt streichen, dann kommt das je nächstes Jahr.

Daniel Sägesser (SP): Nein, ich finde, die Vorstösse machen inhaltlich und auch politisch absolut Sinn, denn wenn wir die Abstimmung gewonnen haben werden, haben wir diese Vorstösse bereits überwiesen und können sie einfach nur noch umsetzen.

Daniel Sägesser (SP): Nein, ich finde, die Vorstösse machen inhaltlich und auch politisch absolut Sinn, denn wenn wir die Abstimmung gewonnen haben werden, haben wir diese Vorstösse bereits überwiesen und können sie einfach nur noch umsetzen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: BNächster Einzelsprecher ist David Wüest-Rudin.

David Wüest-Rudin (GLP): Sie können sich ja vorstellen, dass wir das nicht einfach so stehenlassen können. Ungeheuerlich ist nicht das Verhalten der GLP, ungeheuerlich sind die Vorwürfe, die hier kommen. Auf die 24 Jahre SP-Baupolitik, die es nicht geschafft hat, vorwärts zu machen mit dem Grünraum, wurde schon verwiesen. Und es ist billig, hier einfach auf das



Parlament zu verweisen. Es gibt genügend Beispiele, bei dem wir mehr Grünraum absolut unterstützt haben. Da kam einfach von der Regierung zu wenig. Pascal Messerli und andere haben das in Zwischenfragen auch angedeutet.

Aber ich muss eigentlich auf einen anderen Punkt eingehen. Lieber Daniel Sägesser, lieber SP, es war nicht unsere Machtpolitik und fehlende Sachpolitik, sondern es war Ihre Machtpolitik, die die Sachpolitik verhindert hat. Sie waren in der UVEK, die unerfüllbare Forderungen gestellt hat, die einen unerfüllbar hohen Gegenvorschlag formuliert hat. Sie waren die, die den Keil getrieben haben und nicht bereit waren, einen Schritt mehr entgegenzukommen. Sie waren die, die sich jetzt aufplustern und sagen, jetzt drücken wir die Macht durch, vor dem Volk werden wir schon Recht bekommen, wir bieten nicht Hand für einen Kompromiss. Wir haben Hand geboten für einen Kompromiss. Wir haben Sachpolitik gemacht, wir haben gesagt, wir müssen etwas machen, was eine Mehrheit findet, dass wir nicht in diese machtpolitische Auseinandersetzung kommen, die dann knapp ausfällt und bei dem dann alle irgendwie unzufrieden sind.

Deswegen haben nicht wir ein schlechtes Gewissen, wahrscheinlich haben eher Sie ein schlechtes Gewissen, dass Sie hier mit solchen Vorwürfen kommen müssen. Es ist wahrscheinlich eher eine Reaktion auf Ihr Versagen, dass Sie hier vor dem Mikrofon so auftreten müssen. Und wir haben gesagt, nach dem Scherbenhaufen dieser Grossratsdebatte, nach dem Scherbenhaufen, bei dem uns auch die bürgerliche Seite, das sei noch einmal gesagt, im Stich gelassen hat, nach diesem Scherbenhaufen haben wir jetzt reagiert. Wir wollen gewisse Forderungen durchgesetzt sehen. Wir wissen nicht, wie die Abstimmung ausgehen wird. Wenn das Ganze abgelehnt wird, dann wollen wir trotzdem Fortschritte erreichen in der Stadtklimapolitik. Deswegen auch die Vorstösse von Brigitte Kühne. Und deswegen, das haben wir schon damals angekündigt, werden wir Motionen einreichen, die genau diesen Gegenvorschlag noch einmal zum Gegenstand haben werden. Die Motionen werden nach der Abstimmung kommen und wir werden dann nochmal entscheiden können, ob wir dann nicht doch den pragmatischeren, besseren und realisierbaren Gegenvorschlag umsetzen wollen statt die viel zu hoch greifenden Initiativen.

Also nochmal es war Ihre Machtpolitik, Ihr Verweigern, einen Kompromiss einzugehen, der uns in diese Situation geführt hat. Wir versuchen nur, das zu retten, was jetzt sinnvoll noch zu retten ist.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen, die eine von Daniel Sägesser, die andere von Lisa Mathys. Sie werden beide angenommen.

Daniel Sägesser (SP): Ich bin noch nicht so lange in diesem Parlament. Ich kann mich aber noch an die Debatte erinnern, an... jetzt kann ich mich nicht mehr an die Strasse erinnern...

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Am besten sich vorher überlegen, was man fragen will und sich bitte danach melden.

Daniel Sägesser (SP): Es ging um die Hardstrasse, genau. Ich kann mich sehr gut an die die Debatte um die Hardstrasse erinnern. Wir wollten damals mehr Bäume und weniger Parkplätze. Wie hat die GLP-Delegation damals die Mehrheit bestimmt?

David Wüest-Rudin (GLP): Sie werden immer Einzelfälle finden, bei denen wir etwas anderes entschieden haben. Es gab immer Forderungen, die dann jeweils zu weit gingen oder unrealistisch waren. Aber wir haben immer gesagt, wir wollen pragmatisch auf diesem Weg weitergehen, mehr Grün, mehr Bäume, mehr Entsiegelung. Aber wir erfüllen nicht unrealistische Forderungen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): David Wüest-Rudin, Sie werfen uns vor, wir hätten nicht Hand zu einem Kompromiss geboten. Bezeichnen Sie es mit gutem Gewissen als Kompromiss, wenn etwas vorliegt, das die Forderung der Initiative bezüglich Behandlung des öffentlichen Strassenraums in die Transformationsareale verschiebt. Das war Ihr Vorschlag, aber das hat nichts mit einem Kompromiss zu tun. Warum werfen sie das nun uns vor?



David Wüest-Rudin (GLP): Was als Gegenvorschlag vorlag, war deutlich mehr als das, was aktuell in Planung und vorgesehen ist. Es geht sogar über das Stadtklimakonzept des Regierungsrats hinaus. Es ist ein Kompromiss zu den Forderungen der Initiative, ob er jetzt zu weit geht oder zu wenig ist, ja darüber kann man noch diskutieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Nach dem schäumenden Votum von Daniel Sägesser, das wirklich wahnsinnig unfundiert war, muss ich auch sagen, dass der Angriff auf die SVP mehr als schäbig ist. Daniel Sägesser, ich möchte Sie hinsichtlich Zwischenfrage von Pascal Messerli nicht nur daran erinnern, dass Sie schon seit 18 Jahren die Mehrheit in der Regierung haben, sondern dass Sie mit links-grün auch die entscheidenden Departemente in der Klimapolitik dieses Kantons seit Jahrzehnten innehaben. Sie haben das Bau- und Verkehrsdepartement mit Hans-Peter Wessels jahrelang geführt, das Finanzdepartement, das in der Stadtentwicklung eine wichtige Rolle innehat, ist seit Jahrzehnten in SP-Hand und auch das Umweltdepartement ist seit Jahrzehnten in SP-Hand.

Joël Thüring (SVP): Und wenn eine Regierung in der Klimapolitik in diesem Kanton versagt hat, dann war es die Regierung unter Ihrer Federführung. Nehmen Sie das einmal zur Kenntnis. Sie können sich nicht herausreden und sagen, im Parlament hätte es andere Mehrheitsverhältnisse gegeben. Erstens stimmt das so in diesen Punkten überhaupt nicht und zweitens haben Sie aktiv nichts dafür unternommen, dass es besser wird. Im Gegenteil, die SVP musste es aktiv verhindern, dass es schlechter wurde. Ich möchte Sie daran erinnern, dass es die SVP war, und nicht die SP, die zusammen mit den Grünen die Stadtrandentwicklung Ost und Süd gebodigt hat, eine Entwicklung, die Grünflächen vernichtet hat.

Jetzt ist es die SVP in Riehen, die seit Jahren dafür kämpft, dass das wichtige Naherholungsgebiet wie das Moostal dort so erhalten bleibt. Es war die SVP, die sich vor einiger Zeit dafür eingesetzt hat, dass die Freizeitgärten in der bestehenden Form erhalten bleiben können. Überall dort, wo konkrete Grünflächen erhalten und Klimaschutzmassnahmen realisiert werden können, ist es meistens die SVP und nicht die SP, die Hand bietet für Lösungen, übrigens teilweise gegen die eigene Regierung, gegen die Regierung Ihrer Mehrheit, wie zum Beispiel bei der Stadtrandentwicklung.

Also hören Sie auf mit dieser Märchenstunde, dass die SVP sinnvolle und griffige Klimamassnahmen ablehnt. Was wir ablehnen, ist einerseits Klimasozialismus, das ist das, was Sie hier in diesem Kanton einführen wollen. Sie wollen unsere Bürgerinnen und Bürger mit radikalen Massnahmen immer ärmer machen. Wegen Ihrer Politik haben unsere Leute Ende des Monats weniger im Portemonnaie, weil man sie zwingt, Heizungen rauszureissen, und weil man sie zwingt mit einer Missraten in Energiepolitik, immer mehr für den Strompreis zu bezahlen. Denn Sie sind einseitig ideologisch sind.

Wir haben ein Problem mit diesem Vorstoss aus einem ganz einfachen Grund: Wenn Sie den Vorstoss nämlich noch einmal richtig lesen von Brigitte Kühne würden Sie sehen, dass sie ein bis jetzt etabliertes demokratisches System zur Errichtung solcher Begegnungszonen aushebeln möchte. Sie möchte diesen Prozess vereinfachen und beschleunigen, und das geht nur, wenn Sie entsprechend auch in diesem Prozess gewisse Mechanismen abbauen. Sie beschreiben einen, Sie wollen von der Zweidrittelsmehrheit zu einer einfachen Mehrheit gehen und Sie suggerieren letztlich auch, dass man das allenfalls auch noch erreichen kann, indem man die Einsprachemöglichkeiten verringert. Das ist die eine einzige Möglichkeit, die Sie erreichen könnten, wenn Sie möchten, dass etwas schneller etabliert wird.

Dagegen wehren wir uns, dass dieses demokratische System unterwandert wird und deshalb sind wir gegen diesen Vorstoss. Daniel Sägesser würde ich wirklich bitten, in Ihre eigene Parteihistorie zu gehen und zu schauen, wer in den letzten 20 oder 25 Jahren in diesem Kanton federführend in diesen Departementen war. Dann müssten Sie sich vielleicht eher schäumend über Ihre eigene Partei aufregen und wenig über die SVP, die in der Opposition ist und gar nicht so viel Gestaltungsmöglichkeit hat, wie Sie.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ja, es ist so, und ich glaube, das würde gar niemand hier drin bestreiten. Es wurde in den letzten Jahren zu wenig für das Stadtklima gemacht. Das ist Tatsache. Diese Verantwortung können sich die Regierung und das Parlament teilen. Das Parlament hat sich erneuert, die Regierung hat sich erneuert, und man muss fairerweise sagen, das Bewusstsein für stadtklimatische Aspekte hat sich über die letzten Jahre einfach noch einmal deutlich verändert. Ganz so einfach, wie Sie es sich machen, Daniel Sägesser, ist das nicht.

Jetzt haben wir Gelegenheit, das zu ändern. Die Regierung hat bedeutende Weichen gestellt, nicht nur was das Stadtklima anbelangt mit dem Stadtklima-Masterplan auch mit den Mobilitätszielen, auch mit der Klimastrategie. Und da komme ich zum nächsten Punkt und versuche den grossen Bogen, den wir jetzt aufgrund dieses Vorstosses hier thematisch gemacht haben,



auch wieder ein bisschen auf diesen Anzug zu lenken. Wir brauchen Werkzeuge. Wir brauchen nicht noch einmal ein Ziel, sondern wir brauchen Werkzeuge. Und das hier ist ein Werkzeug, wie man Dinge schneller umsetzen kann. Es ist etwas, was Sie auch immer wieder fordern, wenn Sie sagen, «seid nicht so bürokratisch werdet schneller».

Es ist mir wichtig, das hier noch einmal darzustellen oder zu sagen, weil Daniel Sägesser das auch erwähnt hat. Die Regierung teilt die Stossrichtung der Stadtklimainitiativen, also mehr aktive Mobilität, mehr ÖV, mehr Grünraum, das teilt die Regierung. Es ist eine Frage der Frist. Da möchte ich nochmal ganz klar sagen, dass wir den Fernwärmeausbau gefährden, wenn wir hier zu viel reinpacken wollen. Um die Ziele der Mobilitätsstrategie zu erreichen, um auch die Ziele bezüglich Begegnungszonen zu erreichen, brauchen wir eben Werkzeuge. Deshalb unterstützt die Regierung die Überweisung dieses Anzugs. Wir brauchen ganz konkrete Projekte, Werkzeuge. Und das ist der Regierung wichtig, damit wir schneller vorwärts machen können.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tonja Zürcher. Sie wird angenommen.

Tonja Zürcher (GAB): Sie haben wieder die Frage der Fernwärme aufgeworfen. Ist es nicht die Aufgabe ihres Departements, Ihrer Fachpersonen, die Koordination sicherzustellen und das so zu machen, wie es in anderen Städten auch möglich ist, nämlich die Synergien zu nutzen.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir werden koordinieren, wir werden Synergien nutzen. Wenn aber ein grossflächiger Umbau gefragt ist, gibt es Einsprachemöglichkeiten, gibt es eine längere Planung, und das braucht Zeit.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nun hat die Anzugsstellerin Brigitte Kühne das Wort.

Brigitte Kühne (GLP): Nach all diesen Voten halte ich mein Votum in aller Ruhe, und zwar für die Sachpolitik. Ich freue mich sehr, als frisch diplomierte Landschaftsarchitektin nun Gas geben zu dürfen, genau darin, in der Sachpolitik.

Für uns Grünliberale ist klar: Begegnungszonen in den Quartieren von Basel sind eine Erfolgsgeschichte und sind gut etabliert. Unterdessen gibt es schon mehr als 90 von ihnen. Sie führen zu mehr Wohnqualität dadurch, dass sie Fussgängervortritt haben gegenüber Autos und Velos (obwohl sich dessen wohl noch nicht alle bewusst sind, wenn man die Begegnungszone vor dem Rathaus betrachtet). Aufgrund der Entscheidung der Basler Stimmbevölkerung vom letzten November zu Netto Null bis 2037, der Mobilitätsstrategie des Bau- und Verkehrsdepartements von 2023 sowie dem im Stadtklimakonzept ausgewiesenen Handlungsbedarf für Klimaanpassungsmassnahmen ist es nun Zeit. Regierungsrätin Esther Keller hat es gesagt, es ist an der Zeit, den Prozess zum Einrichten und Gestalten von Begegnungszonen zu vereinfachen und zu beschleunigen. Zukünftig soll, ergänzen zur heutigen Antragsmöglichkeit, der Kanton Basel-Stadt geeignete Strassen identifizieren und den Prozess zur Umwandlung in eine Begegnungszone selbst vorantreiben können. Dabei berücksichtigt der Kanton auch Initiativen aus den Quartieren, von denen wir nota bene einige hatten in den letzten Jahren. Wichtig bleibt nach wie vor, die betroffene Quartierbevölkerung des entsprechenden Strassenabschnittes mit einzubeziehen.

Mit diesem Vorstoss wird niemandem etwas weggenommen, im Gegenteil. Vielleicht ist man etwas langsamer unterwegs in den Quartieren. Das mag stimmen, aber etwas Entschleunigung zugunsten von Kindern und älteren Menschen ist wichtig und fördert schlussendlich die Lebensqualität von uns allen.

Und dann noch ein kleines PS: Es sind sogar 24 Jahre. 24 Jahre wurde die Baudirektion von der SP geführt nicht 20, Jahre wie Joël Thuring erwähnt hat. Besten Dank für die Überweisung dieses Anzuges.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Nicole Strahm-Lavanchy. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 33 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001685, 19.10.23 11:57:34]



Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 60 Ja-Stimmen bei 33 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung. Nach dieser Abstimmung schliesse ich die Sitzung und wir treffen uns um 15 Uhr wieder.

Schluss der 32. Sitzung

11:57 Uhr



Protokoll

der 33. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Donnerstag, den 19. Oktober 2023, um 15:00 Uhr

Vorsitz: *Bülent Pekerman, Grossratspräsident*
Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
Abwesende: *Salome Bessenich (SP), Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)*

Verhandlungsgegenstände:

89.	Resolution	2
27.	Anzug 13 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend entsiegelten und biodiversitätsfördernden Kindergarten, Schul- und Universitätsarealen	6
28.	Anzug 14 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend grossflächiger Entsiegelung von Parkplätzen	7
29.	Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Sitzungsräume für den Grossen Rat	9
30.	Motion Laurin Hoppler und Konsorten betreffend mediterrane Nächte	9
31.	Motion Bau- und Raumplanungskommission betreffend Fuss- und Velobrücke «Güterbahnhof Wolf»	14
32.	Motion Beatrice Isler und Konsorten betreffend neue Planung für Wohnungsbau entlang Grenzacherstrasse	16
32.1.	Motion Christian von Wartburg und Sebastian Kölliker betreffend weg mit dem Rank, neue Ansätze für Wohnen am Rhein	18
33.	Motion Tobias Christ und Nicole Strahm-Lavanchy betreffend Bohrungen zur Gewinnung von Erdwärme auf Allmend für angrenzende Gebäude	18
34.	Anzug Harald Friedl und Konsorten betreffend den Voraussetzungen für "Cargo sous terrain" (CST) im Kanton Basel-Stadt schaffen	18
35.	Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend biodiversitätsschädigende Subventionen im Kanton Basel-Stadt	19
36.	Anzug René Brigger und Konsorten betreffend Ergänzung der Bebauungspläne mit raumplanerischen Zielen	21
37.	Anzug Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs durch Nachttaxi	23
38.	Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend transparente und faire Verfahren bei der Vergabe von Planungsaufträgen	24
39.	Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Lastenveloparkplätze	25
40.	Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Ausarbeitung einer kantonalen Biodiversitäts-Strategie und einem daraus abgeleiteten Aktionsplan Biodiversität für den Kanton Basel-Stadt	25
41.	Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend Umnutzung des Roche-Parkhauses an der Schwarzwaldallee zu einem Quartierparking	27
42.	Motion Daniel Seiler und Konsorten betreffend Massnahmen zur Beschleunigung von kantonalen Bauprojekten	31
43.	Motion Tonja Zürcher und Konsorten betreffend keine Preiserhöhungen beim TNW	33



Beginn der 33. Sitzung

Donnerstag, 19. Oktober 2023, 15:00 Uhr

89. Resolution

[19.10.23 15:00:38]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung. Wir starten mit Traktandum 89. Resolution Solidarität mit Israel und der jüdischen Glaubensgemeinschaft.

Die Fraktion SVP hat einen Entwurf für eine Resolution eingereicht, der Resolutionstext liegt Ihnen vor. Sie haben die Behandlung der Resolution auf die Tagesordnung gesetzt. Gemäss Paragraph 54 der Geschäftsordnung kann eine Resolution nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen gefasst werden.

Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die LDP ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Die Parteien LDP und FDP trauern zutiefst mit allen Todesopfern und drückt allen betroffenen Menschen ihr aufrichtiges Beileid aus. Unsere Herzen sehnen sich nach Frieden. Wir verurteilen nachdrücklich jegliche Gewalt gegen die Zivilbevölkerung, wahllose Massaker, Misshandlungen, Verschleppungen und die Tötung von unschuldigen Menschen weltweit. Bedauerlicherweise haben die jüngsten Ereignisse erneut die barbarische Vorgehensweise der Hamas-Terroristen aufgezeigt. Dies verurteilen wir in den schärfsten aller Worte ohne jegliche Ausnahme.

Die Sicherheit der jüdischen Bevölkerung war und ist für uns von höchster Bedeutung und ebenso ein humanitäres Handeln der Schweiz erst recht in Krisenzeiten. In Anbetracht dieser Grundsätze unterstützen wir diese Resolution und fordern den Bund auf, sich für die Umsetzung einzusetzen. Möge der Wunsch nach Frieden und Sicherheit für alle Menschen hier und im Nahen Osten bald in Erfüllung gehen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Lassen Sie mich zunächst sagen, dass ich grundsätzlich grosses Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden habe und ich verstehe auch, dass die Tribüne heute aus Sicherheitsgründen leer bleibt, aber ich finde die Gesamtsituation trotzdem beschämend. Wir wollen unsere Solidarität der jüdischen Glaubensgemeinschaft bekunden und die Tribüne muss aus sicherheitstechnischen Gründen gesperrt bleiben. Das zeigt eigentlich schon, dass diese Resolution nötig ist. Der Regierungsrat hat gestern zugegeben, dass er bei dieser ganzen Sache zu wenig gut kommuniziert hat. Umso mehr ist es jetzt wichtig, dass wir mit dieser Resolution ein starkes Zeichen setzen.

Was fordern wir. Wir fordern Solidarität mit der jüdischen Glaubensgemeinschaft. Man kann jetzt auch sagen, dass das etwas Symbolpolitik ist, aber ich bin mir sicher, dass es ein wichtiges Symbol in diesen Tagen ist. Wir fordern vom Bund und vom Kanton, dass er sich für die Sicherheit der jüdischen Glaubensgemeinschaft einsetzt. Hier wollen wir effektiv auch ein Signal an den Bund setzen, dass er den kooperativen Föderalismus wahrnimmt und auch der Bund es hier zu seiner Staatsaufgabe erklären muss, dass die jüdische Glaubensgemeinschaft sicher ist. Das ist nicht nur eine kantonale Aufgabe, das ist auch eine Bundesaufgabe. Dafür gibt es auch rechtliche Gutachten, welche diesen kooperativen Föderalismus auch schon mehrfach thematisiert haben. Wir fordern die Bekämpfung von Antisemitismus in sämtlichen Gesellschaftsschichten. Wir fordern das EDA auf, dass sie sich dafür einsetzt, dass die Juden oder die Schweizer, welche jetzt noch in Israel sind, dass die sicher nach Hause kommen. Das war bis letzte Woche noch ein grösseres Problem. Wenn sich dieses Problem nun erübrigt hat, dann umso besser, aber trotzdem ist es richtig, dass wir das in dieser Resolution auch drin haben, damit wir auch hier der jüdischen Glaubensgemeinschaft und auch den Menschen, den Schweizerinnen und Schweizern in Israel dieses Zeichen geben können. Und wir fordern, dass sich die Schweizer stärker für das humanitäre Völkerrecht und für die Menschenrechte einsetzt.

Der letzte Punkt wurde von den anderen Fraktionen gewünscht. Wir waren da stets kompromissbereit und wir haben einige formelle Änderungen und auch Wünsche übernommen. Wir haben nicht alle übernommen, ja, aber wir haben uns für das



meiste eingesetzt und diese dann auch übernommen, weil wir wollten hier einen breiten Kompromiss, dass möglichst das gesamte Parlament dahinterstehen kann und wir ein möglichst gutes Zeichen setzen können.

Wir haben in den letzten Jahren einige Resolutionen beschlossen. Resolutionen zum Thema Türkei, zum Thema Nordsyrien, zum Thema Iran. 2019, auch vor den Nationalratswahlen, im September haben wir sogar eine klimapolitische Resolution beschlossen, in der es darum ging, dass keine Freihandelsabkommen mit südamerikanischen Ländern abgeschlossen werden. Und hier muss man dann schon auch sagen, diese Breite an Resolutionen, welche wir in den letzten Jahren verabschiedet haben, lässt dann schon darauf schliessen, dass es heute sehr inkonsequent wäre, wenn wir heute keine Resolution verabschieden würden.

Basel ist mit Israel und mit der jüdischen Glaubensgemeinschaft stark verwurzelt, historisch verwurzelt. Der Staat Israel wurde in Basel gegründet, die jüdische Glaubensgemeinschaft ist im Kanton Basel-Stadt öffentlich-rechtlich anerkannt und angesichts dieser Geschichte, die wir jetzt hier haben und auch dieser barbarischen Vorfälle, dieser Terror der Hamas gegen Israel, wo auch stark die jüdische Glaubensgemeinschaft betroffen ist, müssen wir heute hier auch ein Zeichen setzen und ich denke, das ist wirklich auch würdig, dass wir das hier auch in Form von dieser Resolution verabschieden.

Selbstverständlich ist damit nicht alles geklärt, es gibt ja auch noch weitere Vorstösse. Ich erinnere dann auch an den Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus, da werden wir auch noch darüber reden, aber ich denke, diese Resolution ist heute richtig und wichtig. Ich bedanke mich auch bei allen Fraktionen, welche ihre Inputs gegeben haben bei dieser Resolution und ich freue mich, wenn wir heute dieses starke Zeichen setzen können.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Jedes Opfer ist eines zu viel. Der Terroranschlag der Hamas ist eine schreckliche Gräueltat, die wir aufs Schärfste verurteilen. Die Sicherheit der jüdischen Gemeinschaften in Basel ist für uns wichtig und zentral. Jüdinnen und Juden in Basel müssen geschützt werden. Es gilt darum, auf die verschlechterte Sicherheitslage proaktiv zu reagieren.

Der terroristische Angriff der Hamas hat bewusst dazu geführt, dass sich die humanitäre Situation für die Zivilbevölkerung in Israel und in Gaza massiv verschlechtert hat. Diese Situation erschüttert uns. Jetzt gilt es, das humanitäre Völkerrecht zu respektieren. Dieses darf nicht relativiert werden. Die internationale Gemeinschaft muss alles daransetzen, das Leid der Zivilbevölkerung zu lindern. Aus Solidarität mit der Zivilbevölkerung und im Sinne der humanitären Tradition und der Menschenrechte unterstützt die SP-Fraktion die vorliegende Resolution.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die Fraktion Mitte/EVP ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Die Mitte/EVP-Fraktion ist zutiefst entsetzt über den Angriffskrieg der Hamas gegen Israel. Das Leid der Betroffenen ist unermesslich. Betroffen vor Ort ist nicht nur die jüdische, sondern die ganze Bevölkerung Israels und die Bewohnerinnen und Bewohner der westlichen Umgebung Israels, aus welcher die Aggressionen erfolgen und gegen die sich Israel nun zur Wehr setzen muss.

Wir verurteilen alle Kriege. Besonders verwerflich bei diesem Krieg ist aber die Absicht, nicht nur Israel, sondern eine ganze religiöse Gemeinschaft, nämlich diejenige der Juden, auszulöschen. Die Aggressionen richten sich, wie wir gerade jetzt in ganz Europa feststellen müssen, gegen sie und damit gegen uns alle, unsere demokratischen Grundsätze, die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Religionsfreiheit. Die Fraktion Mitte/EVP stimmt dieser Resolution selbstverständlich zu.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Claudia Baumgartner.

Claudia Baumgartner (GLP): Wir wurden wohl alle überrumpelt, während wir in Gedanken noch bei Osteuropa waren. Wir sind erschüttert durch die Gräueltaten in Israel und das Ausmass an Hass, das der jüdischen Bevölkerung in Israel und weltweit dadurch entgegenschlägt. Wir fühlten uns vielleicht im ersten Moment alle ohnmächtig und überfordert, aber vor allem fassungslos, dass die Welt im 21. Jahrhundert noch so unterwegs ist. Aber wir haben die Sprache wiedergefunden und erheben nun unsere Stimme.

Wir verurteilen die terroristischen Anschläge der Hamas aufs Schärfste. Sie sind nicht nur ein Globalangriff auf die jüdische Gemeinschaft mit dem Ziel deren Zerstörung, sondern auch eine klare Absage an unsere humanitären Werte und Grundrechte, die wir als offene, tolerante, die Minderheiten schützende Gesellschaft als höchste Prinzipien vertreten. Als einzelne fühlen wir uns vermutlich wie die meisten hilflos und nicht imstande, in Israel konkret vor Ort helfen zu können und



dieses Gefühl könnte neben grosser Trauer auch Resignation auslösen. Aber nein, wir können durchaus handeln und entgegenhalten und hier von Basel aus mit seiner speziellen Beziehung zu Israel halten wir unmissverständlich fest, unsere demokratischen Rechte, die auch von Israel verkörpert werden, sind für uns nicht verhandelbar und wir werden alles daransetzen, diese zu verteidigen. Terror und Unterdrückung gegenüber der jüdischen Gemeinschaft, unabhängig woher die Attacken kommen, haben bei uns keinen Platz und sollen mit allen Konsequenzen verhindert bzw. geahndet werden.

Der jüdischen Gemeinschaft, weltweit in Israel und in Basel, gegenüber zeigen wir unsere uneingeschränkte Solidarität, unser tiefes Mitgefühl für den unermesslichen Verlust und die Menschen verachtenden Taten des Grauens sowie unsere Bereitschaft, absolut alles zu unternehmen, damit sich die jüdische Gemeinschaft in Basel in Sicherheit fühlen kann und jederzeit willkommen ist. Öffnen wir, wie am Dienstag in diesem Saal geschehen, unsere Herzen immer und immer wieder für einen Dialog zwischen Zivilbevölkerung, Politik und Religionsgemeinschaften. Wir brauchen jetzt Wertschätzung, Verständigung und berührte Seelen. Nichts, was wir uns in unserer Gesellschaft gemeinsam erarbeitet haben, ist selbstverständlich. Lassen Sie uns also gemeinsam immer wieder kämpfen und einstehen für Menschenrechte, für unsere gemeinsamen Wertvorstellungen und für Frieden. Die Hoffnung stirbt hoffentlich immer zuletzt. Wir unterstützen deshalb diese Resolution selbstverständlich vollumfänglich. Unsere Gedanken sind bei allen Opfern dieser menschlichen Tragödie.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für das GAB ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GAB): Die Fraktion Grün-Alternatives Bündnis ist zutiefst geschockt von dem grauenvollen und unmenschlichen terroristischen Angriff der Hamas auf die Bevölkerung Israels. Unsere Gedanken sind bei den Opfern dieses Angriffs und des Krieges in Israel und Palästina. Wir sind auch zutiefst besorgt über den gezielt geschürten Antisemitismus und verurteilen Gewaltaufrufe und Bedrohungen gegenüber der jüdischen Gemeinschaft aufs Schärfste. Wir distanzieren uns in aller Deutlichkeit vom Versuch, den Schrecken im Nahen Osten für eigene Interessen zu instrumentalisieren.

Eine Resolution ist eine Willensbekundung des Parlaments. Wir hätten es sehr begrüsst, wenn, wie bei Resolutionen üblich, von Beginn weg versucht worden wäre, überparteilich einen gemeinsamen Text zu gestalten. Leider war dies bei der vorliegenden Resolution nicht der Fall. Trotzdem gehen wir auf die Resolution ein. Wir haben als Vertreter*innen der Politik eine Verantwortung für das friedliche Zusammenleben in der Region und wir wollen auch ein klares Zeichen gegen Antisemitismus setzen. Unsere Solidarität gehört den betroffenen Menschen. Unsere Gedanken sind bei der israelischen und palästinensischen Zivilbevölkerung, die unsäglichem Leid ausgesetzt ist. Durch die Situation bahnt sich eine humanitäre Katastrophe an, die es mit allen Mitteln zu verhindern gilt.

Im einleitenden Text der Resolution fehlt uns diese etwas breitere Perspektive. Diese bringen wir hiermit in diesem Fraktionsvotum ein, damit wir der Resolution zustimmen können. Die Forderungen der Resolution sind wichtig und es ist uns ein grosses Anliegen, in aller Deutlichkeit zu sagen, dass Antisemitismus in unserer Gesellschaft keinen Platz haben darf, weder hier in Basel noch weltweit. Es ist unsere Aufgabe, ein Zeichen gegen den Hass zu setzen. Die Eskalation des Konflikts im Nahen Osten zeigt, dass ein erneuter Friedensprozess unabdingbar ist. Damit ein solcher gelingt, muss die Gewalt ein Ende finden. Der Schrecken kann nur enden, wenn wir alle die Menschlichkeit und das Mitgefühl ins Zentrum stellen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelsprechenden. Eric Weber hat sich angemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich wollte eigentlich nicht sprechen, aber das Thema ist zu wichtig, darum spreche ich auch ohne Manuskript. Ich habe festgestellt, dass alle Vorredner abgelesen haben, aber ich mache es frei aus dem Kopf. Sie sind Grossräte von Basel-Stadt. Ich appelliere an Sie, an die Zweistaatenlösung. Wir haben auch Kanton Basel-Stadt, Baselland, das ist auch eine Zweistaatenlösung. Als ich im Wirtschaftsgymnasium Basel, Gymnasium Muttenz, Baselland, gewesen bin, habe ich gelernt als Schüler, eine Zweistaatenlösung wäre das Beste. Das habe ich gelernt im Gymnasium von bürgerlichen, linken Lehrern und das habe ich dann auch in mich hineingenommen.

Meine Damen und Herren, auch an die Grossräte, ganz hinten, wo steht, mit arabischen Wurzeln, ich finde, Sie dürfen auch hier sprechen. Ich bin einfach erschrocken, was ich diese Woche in Basel gesehen habe. Die viele Polizei gestern vor dem Rathaus wegen der Palästinenser-Demo am Dienstagabend, die zehn Polizisten mit Maschinengewehren. Ich werde als Grossrat diese Resolution ablehnen. An die SVP, ich finde es nicht okay, wenn in diesem Resolutionstext etwas von Rechtsradikalismus steht.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Regierungspräsident Beat Jans.



Regierungspräsident Beat Jans: Ich bin beeindruckt von Ihrer Anteilnahme, von Ihrem starken Zeichen der Solidarität und Ihrer Bereitschaft, in diesem Kanton und vielleicht darüber hinaus ein Zeichen zu setzen, dass wir zusammenfinden müssen und für Frieden eintreten. In diesem Sinne bedanke ich mich für diese Resolution und verspreche Ihnen, mich in diesem Sinne einzusetzen im Namen der Regierung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Für die Verabschiedung der Resolution braucht es ein Zweidrittelmehr.

2/3-Abstimmung

Ja heisst Verabschiedung der Resolution NEIN heisst Nicht-Verabschiedung der Resolution

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001688, 19.10.23 15:21:03]

Der Grosse Rat beschliesst

Verabschiedung der folgenden Resolution:

«Solidarität mit Israel und der jüdischen Glaubensgemeinschaft»

Der schreckliche Krieg gegen Israel, von der palästinensischen Terrororganisation Hamas ausgelöst, hat bereits weit über 1000 Tote in Israel gefordert. Viele Israelis und Menschen aus dem Ausland sind zudem entführt und verschleppt worden, mit ungewissem Ausgang. Der brutale terroristische Angriff auf die Zivilbevölkerung, bei welchem zahlreiche Familien und Kinder regelrecht abgeschlachtet wurden, macht es in diesen Tagen sehr belastend, die Nachrichten zu verfolgen. Die aktuelle humanitäre Situation in der Region bereitet grosse Sorge.

Basel hat einen besonderen historischen Bezug zu Israel und zur jüdischen Glaubensgemeinschaft, daraus leitet sich auch eine besondere Verantwortung ab. Vom 28. bis 31. August 1897 fand im Basler Stadtcasino der erste Zionistenkongress statt. Theodor Herzl schrieb 1897 in sein Tagebuch: «In Basel habe ich den Judenstaat gegründet». Vor der Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 fanden 16 der 22 Zionistenkongressen in der Schweiz, davon 10 in Basel statt. 2022 wurde in Basel das 125-Jahre-Jubiläum des ersten Zionistenkongresses gefeiert. Die Israelitische Gemeinde ist in Basel tief verwurzelt und gemäss § 126 der Kantonsverfassung öffentlichrechtlich anerkannt.

Der Terror gegen Israel führt in Europa dazu, dass antisemitische Vorfälle sich häufen. Insbesondere in grossen Städten fanden in den letzten Tagen pro-palästinensische Kundgebungen statt, an welchen der widerliche Hass auf Jüdinnen und Juden verbreitet wurde. Sie und ihre Einrichtungen sind aktuell besonders bedroht. Viele jüdische Gemeinden warnen ihre Mitglieder sogar offiziell vor gewalttätigen Übergriffen. Islamistisch motivierte Terroranschläge in Toulouse, Paris und Brüssel sowie der rechtsextreme Terroranschlag auf die Synagoge in Halle zeigen exemplarisch, dass die Gefahr leider real ist. Antisemitismus ist ein in der Gesellschaft breit existierendes Problem, welches auf allen Ebenen bekämpft werden muss. Die Schweiz und der Kanton Basel-Stadt müssen deshalb klare Signale senden, ihre Solidarität mit Israel und der jüdischen Glaubensgemeinschaft bekunden und wirksame politische und rechtliche Massnahmen zum Schutz der Jüdinnen und Juden ergreifen.

Basierend auf diesen Ausführungen verabschiedet der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt folgende Resolution:

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt bekundet volle Solidarität mit der betroffenen Zivilgesellschaft, insbesondere mit der Bevölkerung Israels und der jüdischen Glaubensgemeinschaft. Er ruft den Bund und unseren Kanton auf:

1. Einen sicherheitspolitischen Schwerpunkt zum Schutz jüdischer Einrichtungen und der jüdischen Glaubensgemeinschaft in der Schweiz zu setzen.
2. In den nächsten Jahren einen vermehrten Fokus auf die Bekämpfung von Antisemitismus zu legen.
3. Massnahmen gegen die Finanzierung der Hamas und insbesondere die Einstufung der Hamas als Terrororganisation zu prüfen.
4. Dass der Bundesrat und das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten umgehend die in der Schweiz niedergelassenen Menschen, welche sich aktuell in Israel befinden und noch nicht in die Schweiz zurückkehren konnten, aktiv unterstützen.



5. Sich im Sinne der humanitären Tradition und der Guten Dienste der Schweiz stärker für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte sowie für die direkte Nothilfe einzusetzen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Verabschiedung der Resolution entschieden mit 94 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und keiner Enthaltung. Das erforderliche Zweidrittelmehr wurde erreicht.

27. Anzug 13 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend entsiegelten und biodiversitätsfördernden Kindergarten, Schul- und Universitätsarealen

[19.10.23 15:21:23, 23.5424.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Wir bitten Sie, diesen Anzug nicht dem Regierungsrat zu überweisen. Die Forderungen von Brigitte Kühne sind aus unserer Sicht nicht neu. Die Entsiegelungsthematik ist dem Regierungsrat bekannt. Wir haben nicht zuletzt auch über das Thema Entsiegelungen schon viele Diskussionen hier geführt. Es wird auch ein Teil der Diskussion im Abstimmungskampf zu diesen beiden Initiativen sein, die wir Ende November dann vor dem Volk haben werden. Und auch das Thema der Biodiversität ist nun wirklich im Kanton Basel-Stadt kein neues. Brigitte Kühne adressiert zudem diesen Anzug auf Gebiete oder Areale, die im Besitz des Kantons sind oder zumindest der Kanton eine Einflussmöglichkeit darauf hat. Brigitte Kühne adressiert diesen Anzug an ihre eigene Parteifreundin Regierungsrätin Esther Keller. Sie ist zuständig für Entsiegelungen, sie ist zuständig für Biodiversität mit ihrem Departement im Rahmen der Bauprojekte, die es da so geben kann. Deshalb glauben wir nicht, dass es diesen Anzug nun zuhänden des Regierungsrates braucht, um dem Anliegen gerecht zu werden, das von Brigitte Kühne hier in diesem Anzug adressiert wurde.

Wir sind der Meinung, dass überall dort, wo heute neue Schulbauten geplant werden oder wo Umbauten stattfinden, es ist ja im Bereich der Schulbauten in den letzten Jahren auch viel passiert, auch im Bereich der Arealentwicklungen, auch die Universität hat sich ja in den letzten Jahren ausgebreitet an andere neue Standorte. Auch sind wir der Ansicht, dass dies bereits Teil der Strategie des Regierungsrates ist, auch der Klimaschutzstrategie des Kantons und deshalb ist dieser Anzug nun wirklich nicht notwendig. Diese Themen, diese Forderungen sind so bereits ausreichend beim Regierungsrat deponiert. Wir bitten Sie deshalb, diesen Anzug nicht zu überweisen, weil er schlicht und ergreifend nur für die Galerie wäre.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Joël Thüring, der Anzug würde an mich überwiesen werden beim Finanzdepartement, vielleicht können Sie ja dann zustimmen. Nur als kleiner Hinweis. Es ist kein Vorstoss von Parteikollegin zu Parteikollegin, auch wenn das nicht verwerflich wäre. Schliesslich entscheidet ja am Schluss die ganze Regierung darüber.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hat die Anzugstellerin Brigitte Kühne das Wort.

Brigitte Kühne (GLP): Zuerst herzlichen Dank für die stillschweigende Überweisung meines Anzuges betreffend ökologisch aufgewertete Verkehrsinseln und Kreiseln. Ich freue mich sehr darüber. Er hätte die gleiche Votums-Einleitung erhalten wie bei diesem Anzug. Denn die Biodiversität sowie die Klimakrise sind real und wir in Basel-Stadt haben nun eine behördenverbindliche Biodiversitätsstrategie und ein Stadtklimakonzept. Wenden wir nun auch beide konsequent an. Allen muss bewusst sein, dass jeder Quadratmeter Grün, noch besser eben nicht nur Grün, sondern biodiverses Grün zählt. Es geht darum, die Biodiversität in sämtlichen Entscheidungen mitzudenken. Dies ist ein Zitat von Dr. Franziska Schwarz, Vizedirektorin, Bundesamt für Umwelt BAFU.

In der Mitte August 2023 veröffentlichten Biodiversitätsstrategie des Kantons Basel-Stadt ist unter Massnahme 8.1 die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand bei der biodiversitätsfördernden Umgebungsgestaltung und -pflege auf kantonseigenen



Parzellen des Finanz- und des Verwaltungsvermögens beschrieben. Genau darum geht es in diesem Vorstoss, einfach spezifisch für Kindergarten-, Schul- und Universitätsareale. Im Weiteren ist unter Massnahme 9.2 die Förderung der Biodiversität durch Sensibilisierung und Bildung in Schule und Arbeitsbereich beschrieben. Wie wäre es, wenn Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene gleich im naturnahen und biodiversen Grün und Umgebungsfreiflächen von Kindergarten-, Schul- und Universitätsareale aufwachsen? Also gleich Biodiversitätsförderung in der ganzen Kindheit hautnah miterleben, anstatt in, Zitat: Sonderunterrichtsgefässen darüber etwas zu lernen.

Dieser Vorstoss ist erstens gut für die ökologische Vernetzung von Flora und Fauna in der Stadt. Zweitens, Sie wissen es schon, gut für das Stadtklima. Drittens wirkt sich das auf das Wohlbefinden der Kinder und jungen Erwachsenen aus. Viertens, sensibilisiert bereits in jungen Jahren für die Förderung der Biodiversität und die naturnahe Gestaltung. Und last but not least, eine Frage an Sie alle hier im Grossen Rat, wo haben Sie sich in ihrer Kindheit am liebsten rund um das Schulhaus aufgehalten? Klar, am Tischtennistisch, auf dem Fussballplatz oder in den Betonröhren, die Mal in waren, aber eben auch im Gebüsch, auf den Bäumen, beim Wasser, Haselnüsse knackend, bei den in den 70er beliebten Kartoffelrosen Marienkäfer sammelnd, usw.

Ich möchte Sie daher bitten, diesen Vorstoss zu überweisen und den Regierungsrat resp. die Verwaltung bitten, sich zu Herzen zu nehmen, in Zukunft die Biodiversität in sämtlichen Entscheidungen von Anfang an mitzudenken.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Joël Thüring. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001691, 19.10.23 15:29:51]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 79 Ja-Stimmen bei 13 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen.

28. Anzug 14 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend grossflächiger Entsiegelung von Parkplätzen

[19.10.23 15:30:03, 23.5425.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Wie wir an dieser Stelle in diesem Thema immer wieder betonen, ist auch für die SVP eine Strategie der Anpassung eine der, wenn nicht die wichtigste Massnahme, die wir gegen den Klimawandel ergreifen können. Sie beachten, ich verwende das Wort Wandel, nicht Krise, wie wir es so gerne hören, wie es so gerne zur Angst- und Panikmacherei verwendet wird. Aber ich schweife ab.

Dass wir mit verschiedenen Vorkehrungen experimentieren, ist richtig. Dazu gehört auch die Entsiegelung, das heisst, eine Oberflächengestaltung, welche nicht nur aus Beton, Asphalt und Steinen besteht. Aber, und das ist ein erstes aber hier, die vorgesehene Funktion dieser Fläche, die da entsiegelt wird, muss immer noch erhalten bleiben. Noch einmal, Entsiegelung, ja, aber bitte benutzen Sie diese Klimamassnahmen nicht, um noch weitere Agenden klammheimlich voranzutreiben und das ist das, was wir unter anderem in diesem Anzug sehen.



Kommt hinzu, dass die vorgesehenen Massnahmen teilweise kontraproduktiv sein dürften. Nehmen wir zum Beispiel den dritten Punkt des Anzugs. Es sollen bestehende Parkflächen für Motorfahrzeuge, Velos und Motorräder entsiegelt werden. Rasengitter können für Autos und Velos brauchbar sein, für Motorräder ist das Abstellen auf Rasengitter praktisch unmöglich. Der Ständer müsste ja auf einem kleinen Stück befestigten Bodens platziert werden, was gerade bei grösseren Töffs praktisch nicht machbar ist. Das Motorrad müsste so lange verschoben werden, bis es an einem einigermaßen richtigen Platz steht, was praktisch unmöglich ist. Und Sie werden staunen, wieso ich das jetzt sage, aber mir als bis vor kurzem begeisterten Motorradfahrer, einer, der hofft, dass er sein uralter Oldtimer bald wieder auf die Strasse stellen kann, ist es mir ein Anliegen, auch einmal für die Motorradfahrer in diesem Kanton eine Lanze zu brechen. Eine Verkehrskategorie, welche in den Verkehrsdebatten doch sehr stiefmütterlich behandelt wird.

Kommt hinzu, dass die graue Energie, die beim Entfernen von bestehenden und dem Einrichten von neuen Böden aufgewendet wird, unseres Erachtens unnötig verschwendete Energie ist, gerade heute in einer Zeit, in welcher der Ausdruck graue Energie an Bedeutung gewonnen hat, meiner persönlichen Meinung nach völlig zu recht. Da steht diese Forderung nach dem kaputt machen bestehender Flächen, Aufbau neuer Flächen doch sehr schräg in der Landschaft.

Der nächste Punkt, den wir von der SVP kritisch sehen, ist der Passus über die Gesetzesanpassung, damit neue private Aussenparkplätze künftig entsiegelt werden müssen. Einmal mehr soll in die Bestimmungshoheit privater Bauherren eingegriffen werden. Einmal mehr soll ein weiteres Puzzlestückchen hinzugefügt werden zu all denen, die das Bauen betreffen und schlussendlich das Bauen auch ein bisschen noch mehr komplizieren und erschweren, als hätten wir weiss Gott in diesem Kanton nicht schon genügend Hürden für alle die, die etwas bauen wollen. Fragen Sie Ihre befreundeten Architekten, die können Ihnen ein Lied davon singen. Sie rufen immer nach mehr Wohnraum, aber immer noch ein kleines Puzzlestückchen schwerer machen Sie es den Bauherren, immer noch etwas kommt hinzu. Bedenken Sie, auch viele kleine Stückchen in einem Zusammenspiel geben schlussendlich ein grosses Bild.

Ich fasse mich kurz zum Schluss, bitte überweisen Sie diesen Anzug nicht und ich danke Ihnen dafür.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelspeicher ist Daniel Sägesser.

Daniel Sägesser (SP): Zuerst nur kurz in eigener Sache. In meinem vorherigen Votum habe ich scharfe Kritik an der GLP-Fraktion und an der Regierungsrätin geäussert. Rückblickend muss ich wohl zugeben, dass ich an verschiedenen Stellen wohl etwas überbissen habe. Natürlich war eine gewisse Schärfe beabsichtigt, aber es war dann wohl etwas zu viel. Mein Votum hatte wohl nicht nur bei der einen Zwischenfrage etwas Stammtischcharakter. Wenn sich Personen durch mich persönlich oder unfair angegangen fühlen, möchte ich dafür um Entschuldigen bitten. Das war nicht meine Absicht.

Umso leidenschaftlicher darf ich nun im Namen der SP-Fraktion für die Überweisung dieses Anzugs werben. Für die SP-Fraktion ist es klar, dass wir in dieser Stadt im öffentlichen Raum weniger Parkplätze und mehr echte Grünfläche und Bäume brauchen. Entseigelte Parkflächen haben zwar wenig Einfluss auf das Stadtklima, aber sie können einen wichtigen Beitrag zu einem nachhaltigen Meteorwasser-Management beisteuern. Auch anerkennen wir von der SP, dass es auch in Zukunft gewisse Parkiermöglichkeiten im öffentlichen Raum braucht. Der SP ist es aber ein Anliegen, dass diese Parkplätze möglichst ökologisch ausgestaltet werden, sei es durch die Ausstattung durch Elektroladestationen, der Zuweisung der Parkplätze für die Nutzung der geteilten Mobilität, aber eben auch, so gut es geht, zu begrünen und zu entsiegeln. Wir bitten Sie deshalb, diesen Anzug heute zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Wie schätzen Sie die vorzeitige Zerstörung dieser Parkflächen, wenn die weit vom Ablauf der Restwertzeit sind, in einer Ökobilanzierung, also diese graue Energie, die zerstört wird, wie schätzen Sie das ein im Nutzen, den wir wirklich nachher generieren würden?

Daniel Sägesser (SP): Vielen Dank für diese Frage. Ich glaube, bei gewissen Leuten liegt hier ein Missverständnis vor. Die graue Energie, die wird nicht freigesetzt bei der Aufhebung des Bauwerks, sondern bei der Erstellung des Bauwerks. Und wenn wir das Bauwerk nicht mehr anders benötigen und dafür ökologisieren können, dann ist das in der Zukunft immer ein Gewinn.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nun hat die Anzugsstellerin Brigitte Kühne das Wort.



Brigitte Kühne (GLP): Endlich scheinen wir so weit zu sein, die Akzeptanz für teilentsiegelte Parkplätze im öffentlichen Raum wird grösser. Es werden in verschiedenen Schweizer Städten Pilotprojekte durchgeführt, denn das Schöne daran, Parkplätze können ohne Nutzungskonflikte teilentsiegelt werden. Ein Problem besteht noch, der Grundwasserschutz. Gemäss Michael Burkhardt, Umweltingenieur der Fachhochschule OST in Rapperswil, müssen wir sicherstellen, dass die verwendeten Substrate auch Partikel von Pneuabrieb oder auch Schwermetalle aus dem Wasser entfernen. Die Forschung, wie man den Grundwasserschutz mit technischen Mitteln sicherstellen kann, läuft jedoch auf Hochtouren. Die Forscher konnten gemäss einem NZZ-Artikel von Mitte August dieses Jahres nachweisen, dass technische Lösungen bereits marktreif sind, um auch stark verschmutztes Strassenwasser zuverlässig reinigen zu können. Wichtig sei, dass bei der Umsetzung in der Praxis die verschiedenen Fachleute eng zusammenarbeiten. Das macht unsere Verwaltung bereits betreffend dem Pilotversuch schon heute. Ich bin daher zuversichtlich, dass Parkplätze zukünftig flächendeckend entsiegelt werden können, ohne dass dies ein Problem für die Umwelt, die Nutzenden oder die Ästhetik darstellen wird. Auch für Motorräderränder gibt es Lösungen, keine Angst, Beat K. Schaller. Ja, grossflächige Teilentsiegelung von Parkplätzen wird unsere Stadt auch verändern. Die Kreuztabelle zeigt erfreulicherweise, dass alle, nein fast alle Parteien sich das vorstellen können. Das freut mich sehr. Vielen Dank für Ihr Überweisen dieses ebenfalls so wichtigen Anzuges.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Beat K. Schaller. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 15 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001693, 19.10.23 15:40:44]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 78 Ja-Stimmen bei 15 Gegenstimmen und keiner Enthaltung.

29. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Sitzungsräume für den Grossen Rat

[19.10.23 15:40:59, 22.5223.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Das Ratsbüro verzichtet auf ein Votum.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug als erledigt abzuschreiben.

30. Motion Laurin Hoppler und Konsorten betreffend mediterrane Nächte

[19.10.23 15:41:13, 23.5012.02]



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Laurin Hoppler und Konsorten betreffend mediterrane Nächte. Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Der Regierungsrat bittet Sie, diese Motion als Anzug zu überweisen. Und zwar nicht, weil er die Stossrichtung nicht teilt, sogar ganz im Gegenteil. Ich glaube, wenn wir lebendige Quartiere möchten, auch die Stadt der kurzen Wege, wie man so schön sagt, dass man alles, was man braucht, auch als anwohnende Person in der Nähe findet, ist es umso mehr wichtig, dass wir auch Plätze in den Quartieren finden und entwickeln, wo man länger draussen bleiben kann. Beispielsweise der Tellplatz ist ja ein schönes Beispiel, wie auch etwas entstehen kann in den Quartieren.

Wir werden die Grundlagen dafür überarbeiten müssen, was aber nicht möglich ist und deshalb ist auch die Motion unzulässig. Wir können nicht einfach flächendeckend diese Erlaubnis geben. Das ist nicht möglich. Es braucht eine Einzelfallprüfung und ich denke, das ist auch richtig. Wenn Sie in der Nähe eines Lokals wohnen und das soll nachts länger offen haben, dann müssen Sie in unserem demokratischen System auch eine Möglichkeit haben, sich dagegen zu wehren. Es kann sein, dass Sie unterliegen, es kann sein, dass es trotzdem geschieht, aber Sie müssen sich wehren können. Das heisst, wir brauchen diese Einzelfallprüfung, wir können das nicht einfach flächendeckend durchsetzen.

Aber wir möchten uns dem annehmen, wir möchten uns Gedanken machen, welche Plätze sich auch eignen würden für eine längere Bespielung. Da wäre sicher auch das Amt für Umwelt und Energie eingebunden. Wir möchten da vorwärtsmachen, das kann ich bestätigen, aber wie gesagt, diese Motion ist rechtlich unzulässig, weil es eben diese Einzelfallbeurteilung braucht. Ich kann Ihnen aber, wie gesagt, versprechen, dass wir daran arbeiten möchten, weil es auch der Zielsetzung der Regierung entspricht.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Regierungsrates, die Motion Laurin Hoppler als Anzug weiterzuverfolgen. Wir haben schon bei der Erstberatung dieser Motion darauf hingewiesen, dass wir sie einmal als Motion überweisen lassen möchten, um dann uns auch vertieft damit auseinanderzusetzen, was aus dieser Motion überhaupt möglich ist und was sinnvoll ist. Beim sinnvoll ist dann die Frage, welche jetzt auch Regierungsrätin Esther Keller aufgebracht hat, natürlich etwas, was relevant ist, wie stark sind solche mediterranen Nächte dann für die Menschen in den Quartieren eine Beeinträchtigung. Da gibt es unterschiedliche Auffassungen, auch in meiner Fraktion dazu, wie viel man als Beeinträchtigung dann noch tolerieren kann, muss und soll. Aber um das geht es aus unserer Sicht jetzt heute nicht.

Wir sympathisieren sehr damit, den Gastronomiebetrieben mehr Freiräume zu geben, mehr Möglichkeiten auch zu geben, zu wirtschaften und gerade in einer Zeit, in welcher wir erleben, dass die Menschen sehr gerne abends länger draussen sitzen. Dieses veränderte Gesellschaftsbedürfnis kann man nicht negieren und es ist tatsächlich etwas sinnlos, wenn ein Gastronom irgendwann nach draussen gehen muss und seinen Gästen sagen muss; jetzt müsst ihr aber sofort reinkommen, weil jetzt schliessen wir den Aussenbereich. Jetzt geht einfach nichts wie vorher. Das macht aus unserer Sicht keinen Sinn. Dieses Bedürfnis, gerade auch abends länger draussen zu sein, das ist unbestritten vorhanden. Das haben wir diesen Sommer wieder gesehen, die Menschen möchten sich draussen aufhalten und es möchten sich auch nicht alle «nur» am Rheinbord aufhalten. Das ist eine kostengünstige Variante natürlich, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten.

Aber es kann eben auch sehr sinnvoll sein, dass man sagt, die Gastbetriebe haben diese Möglichkeiten einerseits, weil es dann wiederum natürlich die Wirtschaft ankurbelt, das hilft dem nicht gerade immer nur von Glück verfolgtem Gastgewerbe sehr, und andererseits kann es aber auch tatsächlich dazu führen, dass eine gewisse Entlastung gewisser Hotspots in der Innenstadt, im öffentlichen Raum passiert, wenn Menschen noch Gelegenheit haben, nicht zu entscheiden, ob ich jetzt in der Beiz drinnen sitzen will oder nach Hause gehen muss oder dann doch noch draussen bleiben möchte, aber dann an den Rhein gehe. Natürlich wird das nicht alle betreffen, aber es kann durchaus der eine oder andere dann auch geben, der dadurch sagt, er bleibt länger im Aussenbereich eines Gastrobetriebes und nicht an den Rheinbord, wenn er diese Gelegenheit hat. Deshalb sollten wir diese Idee weiter weiterverfolgen.

Ich muss ganz ehrlich sein. Ich persönlich schwanke zwischen Motion und Anzug. Mir leuchtet diese Rechtmässigkeit der Motion nicht ganz ein. Es wird sehr rasch von der Regierung, auch noch in alter Zusammensetzung von Regierungsrat Christoph Brutschin, der ja für das USG zuständig ist, für das Umweltschutzgesetz im WSU, wurde immer sehr stark mit diesem Paragraphen oder diesem Gesetz argumentiert und wenn wir nun verschiedene Stellungnahmen lesen von Verbänden, die auch Juristen beschäftigen, dann müssen wir feststellen, dass es da offensichtlich nicht so eine einheitliche Meinung dazu gibt. Deshalb weiss ich nicht ganz so genau, ob ich nun den Juristen in der Verwaltung mehr Glauben schenken soll als denjenigen eines Verbandes.



Wir haben uns jetzt aber trotzdem für den Weg des Anzuges entschieden in der Fraktion, aber wir verbinden damit einen Wunsch und ich wäre doch auch sehr froh, wenn Regierungsrätin Esther Keller im Laufe der jetzigen Debatte hierzu dann auch noch ein Bekenntnis abgeben kann. Wir wären sehr froh, wenn es möglich wäre, im nächsten Sommer 2024 zumindest einmal auch eine Pilotprojekt, eine Pilotphase zu lancieren in einem spezifischen Bereich, um zu schauen, wie sich diese mediterrane Nacht dann so entsprechend entwickelt, um dann vielleicht daraus auch Lehren zu ziehen und auch somit vielleicht aufzuzeigen dem kritischen Teil der Bevölkerung, und die muss man ernst nehmen, da bin ich auch der Meinung von Esther Keller, dass man das ernst nehmen muss, was allenfalls die Folgen davon waren, was man vielleicht dann für eine Bewilligung an anderer Stelle auch bereits verbessern kann. Dafür wäre ein Pilotprojekt, eine Pilotphase, wie man es auch immer nennen möchte, der richtige Weg.

Wir wären schon sehr froh, wenn jetzt mit dem Entscheid des Parlamentes, Ihnen dieses Geschäft als Anzug zu überweisen, es nicht so ist, dass dieser Anzug dann einfach mit Prüfen und Berichten nach gut zwei Jahren wieder zurückkommt und man dann feststellt, es ist nicht ganz so viel gegangen, und wir heute in zwei Jahren dann wieder über das gleiche diskutieren, sondern es wäre ein Anliegen, dass wir diesen Anzug möglichst rasch dann Realität werden lassen mit einer entsprechend auf Basis eines Pilots fundierten Berichtes. Das wäre aus unserer Sicht möglich bereits im nächsten Sommer. Sie haben ja nun einige Monate, bis es wieder warm wird. Das erwarten wir, das wünschen wir uns auch und es wäre schön, wenn Sie, Regierungsrätin Esther Keller, das heute noch uns auch versichern können, dass das, wenn wir es als Anzug überweisen, auch geschehen wird. Denn es ist klar, wenn Sie es als Motion entgegennehmen müssten, dann wären Sie dazu verpflichtet, rascher zu handeln und das glaube ich, könnten wir mit einem klaren Bekenntnis doch heute auch umgehen. Insofern bitte ich Sie, hierzu noch Stellung zu nehmen.

Wir beantragen ihn aber auch, wie der Regierungsrat, als SVP-Fraktion, das Geschäft als Anzug weiter zu behandeln und haben auch, wie bereits erwähnt, Verständnis dafür, dass es an der einen oder anderen Stelle vielleicht auch anwohnerkritische Stimmen geben wird. Da muss man in einen Dialog treten und es wird auch nicht so sein, dass ab Tag X, wo das dann eingeführt werden würde, alle Betriebe länger offen haben. Das wurde mir mehrfach auch von Gastronomen bestätigt. Das ist auch überhaupt nicht überall gleich attraktiv und auch nicht überall gleich rentabel. Und wenn es nicht rentabel ist, so viel Marktwirtschaft sollte jeder verstehen, dann ist es keine gute Idee, es zu machen und dann machen es kluge Gastronomen, wie zum Beispiel Franz-Xaver Leonhardt auch nicht.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diese Motion zum Anzug umzuwandeln und dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GAB): Sie wissen es, der Lärmgraben, der verläuft quer durch unsere Fraktion und ich habe die freudige Aufgabe, unsere Haltung der Fraktion zur vorliegenden Motion darzulegen. Es gibt einen Teil unserer Fraktion, der ist sehr besorgt, dass die längeren Öffnungszeiten zu mehr Lärm und somit weniger Schlaf führen könnten, also dass der Lärmschutz der Anwohnenden eingeschränkt wird. Weiter sind sie auch besorgt, dass die Arbeitszeiten in der Gastronomie so noch mehr ausgeweitet werden und es ist einfach ein grundsätzlicher Wunsch da für mehr Ruhe als Lärm in der Stadt. Und diesem Teil der Fraktion ist es auch sehr wichtig, zu betonen, dass durch keine Weisung oder Anpassung von diesen Öffnungszeiten verhindert werden darf, was Esther Keller auch schon gesagt hat, dass man als Einzelperson rechtlich vorgehen kann gegen einen solchen Entscheid, wenn es einem zu laut ist. Und ich glaube, da kann auch die Gesamtfraktion dahinterstehen, dass wir natürlich den Rechtsweg der Menschen nicht in dem Sinn einschränken möchten.

Es gibt dann einen anderen Teil unserer Fraktion, wo überraschenderweise auch ich einen Teil davon bin, der immer noch überzeugt ist, dass die Anpassungen von diesen Gastroöffnungszeiten an die neuen mediterranen Begebenheiten und Gewohnheiten der Bevölkerung sich auch lohnen werden. Wir sehen nicht nur positive Effekte für die einzelnen Menschen, die länger sitzen bleiben können, sondern auch positive Effekte in der sozialen Kontrolle nachts, weil was man jetzt auch sehr stark erleben kann, ist, dass wenn die Beizen im Sommer schliessen, die Leute dann oft nicht nach Hause gehen, sondern sich andere Orte suchen, vielleicht auch Orte suchen, wo noch viel mehr Anwohnende betroffen sind. Dass man dort, glaube ich, auch wirklich unbedingt den Dialog stärker fördern muss und nicht einfach sagen kann, die Mediterranisierung, die findet nicht statt und wir möchten nicht, dass es die gibt, sondern wirklich hier auch versuchen, und zwar sehr gerne zusammen mit Anwohnenden und den Betrieben, Lösungen zu finden, den Dialog zu fördern, wie wir die unterschiedlichen Bedürfnisse, die sich jetzt in dieser Stadt mit der Verdichtung immer mehr auch herauskristallisieren, angehen können.

Dieser Teil der Fraktion, der sich immer noch für diese Überlegungen einsetzt, der ist ähnlich, wie es Joël Thüring schon gesagt hat, sehr darauf bedacht, dass man, wenn man jetzt auf diesen Kompromiss in dem Sinne eingeht, die Motion nicht als Motion überweist, sondern sagt, okay, wir machen einen Anzug, wir respektieren, dass es da rechtliche Schwierigkeiten gibt. Dass sich trotzdem der Regierungsrat dazu bekennt, dass man Pilotprojekte macht, vielleicht wirklich auch in einzelnen Zonen, dass es nächsten Sommer schon möglich ist, zu schauen und zu testen, ob das überhaupt einen Effekt hat, auch für die Gastronomiebetriebe, die dort gerne eine Erweiterung möglich haben möchten. Und die Pilotierung, das ist das schöne,



das ich Ihnen jetzt mitteilen kann, wir machen als Fraktion alle zusammen das gleiche, wir überweisen als Anzug im Sinne des Kompromisses, aber auch mit der Bedeutung, dass ein richtiger Pilot durchgeführt werden kann, also wo auch wirklich beide Seiten, beide Ansichten evaluiert werden, die von den Anwohnenden, aber auch die von der Gastronomie, die vielleicht ein bisschen eine Gesellschaftsvertretung hier darlegen muss.

Ich wünsche mir allgemein in diesem Thema, dass wir es schaffen, dass die Anwohnenden und die Leute und Betriebe und Branchen, die sich da immer wieder leider in die Haare kommen, weil sie ganz unterschiedliche Anliegen haben, wieder mehr miteinander reden, wieder mehr den Dialog suchen und ich bin als Teil der Kulturstadt jetzt auch sehr gerne bereit, dort in den Dialog einzusteigen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Ich kann es sehr kurz machen. Jo Vergeat hat vieles von dem, was auch wir bei der ersten Überweisung der Motion diskutiert haben, bereits wiedergegeben. Uns ist es ein grosses Anliegen, dass die mediterranen Nächte nicht zu neoliberalen Nächten werden, und in diesem Kontext ist es sicher auch nicht falsch, wenn ich sage, dass es einen Teil der Fraktion gibt, die genau diese Kritik, wie sie Jo Vergeat vorher für einen Teil der GAB-Fraktion skizziert hat, auch hat. Gleichzeitig sind wir aber auch überzeugt, dass dieser Weg mit der Überweisung als Anzug jetzt eine mögliche gangbare Lösung für die Umsetzung dieser Forderung in Basel darstellt. Wir wünschen uns auch, dass der Anzug konkret und gezielt umgesetzt wird, dass er nicht in der Schublade verschwindet und in dem Sinn bitte ich Sie auch im Namen der SP, der Überweisung dieser Motion als Anzug zuzustimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Fraktionssprechenden mehr eingetragen. Somit kommen wir zu den Einzelsprechenden. Erster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Ganz kurz, wir haben über das Thema schon x-mal gesprochen und es ist jetzt auch oft diskutiert worden, auch hier unten noch einmal mit den fast gleichen Sachen. Wir freuen uns natürlich tatsächlich auf das, dass die Regierung, die jetzt auch gesagt hat, wir wollen es als Anzug, sich dann nachher auch entsprechend dazu bekennt und wir hoffen natürlich alle, dass das dann auch umgesetzt wird.

Als wir die Motion am Anfang geschrieben haben, oder Laurin Hoppler in erster Linie, ging es natürlich nicht darum, dass wir flächendeckend in ganz Basel, Riehen und Bettingen jetzt eine Partyzone machen wollen, 24/7. Das war selbstverständlich nicht die Idee, sondern man wollte von Anfang an eigentlich, dass an den einzelnen «Hotspots», dass man dort Plätze findet in Basel, analog zu T3 am Tellplatz, dass man so etwas ähnliches machen könnte, vielleicht ein bisschen grossflächiger.

Und ja, vielleicht haben wir das nicht ganz optimal geschrieben, aber wir haben es ja jetzt verbessert und wir konnten es jetzt als Anzug übergeben. Ich hoffe einfach, dass dem Rechnung getragen wird, dass wir jetzt hier alle am gleichen Strick ziehen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Laurin Hoppler.

Laurin Hoppler (GAB): Gerne möchte ich mich hier auch noch als Motionär zu Wort melden. Um ganz ehrlich zu sein, war ich ein bisschen enttäuscht, als ich die Antwort der Regierung gelesen habe. Der Regierungsrat hat sich für den Weg entschieden, die Motion einfach einmal ganz grundsätzlich in Frage zu stellen und sie als rechtlich unzulässig zu beurteilen. Das klingt ziemlich endgültig, das habe ich auch einen kurzen Moment gedacht. Gerade als Nichtjurist denkt man zuerst, okay, jetzt ist es gelaufen.

In dieser sehr juristischen Antwort über das scheinbar eigentlich noch einfache Thema hat es genau einen Satz drin, der darauf hinweist, dass die Regierung auch bereit ist, in diese Richtung zu gehen. Und was ich oder wir, die an dieser Motion mitgearbeitet haben, festgestellt haben, ist, dass der Regierungsrat im Vorzimmer und in den Gängen doch deutlich eloquenter ist, wie auf dem Papier und auch ein paar Zugeständnisse machen konnte und gezeigt hat, dass sie gewissermassen auch bereit sind, in diese Richtung zu gehen. Leider bringt uns das nicht so viel, wenn wir das nicht schwarz auf weiss haben, darum bin ich sehr froh, wenn wir es nachher auch noch hören in der Debatte. Ich werde aber den Eindruck nicht ganz los, dass man sich auch ein bisschen hinter dem juristischen Mantel verstecken will, wenn man vielleicht bei diesem Thema sehr vorsichtig sein möchte, was ich auch verstehen kann. Aber jetzt einmal ganz anders und ein bisschen weniger böse, wir sind ja alle im gleichen Boot.



Der Regierungsrat möchte scheinbar die mediterranen Öffnungszeiten auch. In diesem Fall brauchen wir dringend einen guten Plan, wie wir das böse Bundesrecht austricksen können. Ich hätte den Vorschlag: nicht verzagen, in Thun nachfragen. In Thun und Zürich sind sie eben recht frech, dort machen sie das schon länger mit diesen längeren Öffnungszeiten im Sommer und ich glaube, wir sind mindestens so eine belebte Stadt wie Thun oder Zürich. Zusammen mit Kulturstadt Jetzt, dem Wirtverband und dem Verein Kultur & Gastro sind wir sehr gut in die gastronomische Szene vernetzt. Die Zustimmung ist dort gross und ich glaube, dass der Regierungsrat das auch erkannt hat, oder ich hoffe es, und jetzt sich dementsprechend auch in diese Richtung begibt.

Für uns ist klar, es muss vorwärtsgehen, und zwar noch nächsten Sommer. Jetzt wird es ja langsam auch wieder ein bisschen kühler und die Regierung hat Zeit, sich auf das vorzubereiten und das in die Wege zu leiten. Wir leben in einem System, wo es sehr langsam geht, und wir müssen Kompromisse schaffen und ich glaube, der Kompromiss von unserer Seite ist jetzt auch, dass wir Ihnen die Handschellen von einer Motion abnehmen, die juristischen, und Ihnen das als Anzug übergeben. Ich selber besitze keinen Anzug, ich habe nur ein Jackett, aber ich habe gehört, dass wenn man es in eine Schublade hineinstopft, dass es dann verknittert. Also bitte nicht machen.

Wir werden diesen Prozess weiterhin mit Interesse verfolgen, werden uns auch sehr gerne einbringen, wo es nötig ist, und hoffen, dass das jetzt etwas wird. Wenn das nicht der Fall ist, müssen wir leider auch sagen, dass wir dann mit einer massgeschneiderten Motion kommen werden, die sicher auch passt. Aber ich hoffe, es ist nicht nötig.

Jetzt möchte ich Sie alle, wenn auch etwas zähneknirschend, bitten, diese Motion als Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Wird nach Ihrer einschlägigen Erfahrung die Regierung noch eloquenter um ein Uhr morgens nach einem Glas Bier oder Wein? Noch eloquenter als im Vorzimmer nach einem Glas Bier oder Wein um ein Uhr morgens?

Laurin Hoppler (GAB): Ich ging schon lange nicht mehr mit der Regierung am einsamen Morgen ein Bier trinken, aber vielleicht sollte ich es wieder einmal machen, wenn dann die Öffnungszeiten angepasst sind.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Regierungsrätin Esther Keller hat das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich glaube, Sie wollten von mir noch was hören und ich nehme gerne noch zu zwei, drei Dingen Stellung, und zwar auch einfach zur Erklärung. Was wichtig ist, Laurin Hoppler, die rechtliche Zulässigkeit, die stellt zwar die Regierung fest, aber wir beurteilen sie zum Glück nicht. Das wäre ziemlich viel Arbeit und wir haben zwar viele Juristen in der Regierung, aber es sind nicht alle Juristen. Das macht das Justiz- und Sicherheitsdepartement unabhängig von der politischen Beurteilung. Das ist jetzt nicht eine politische Beurteilung, dass die Motion nicht zulässig ist, sondern eine rein rechtliche.

Dann noch zur Frage zum Tempo, die sie aufgeworfen haben, Joël Thüring. Wenn Sie die Motion überwiesen hätten, wären wir nicht schneller, weil wenn Sie keine Frist bei einer Motion hinzuschreiben, haben wir für eine Motion vier Jahre Zeit, um sie umzusetzen. Sie wären also gar nicht schneller. Anzug ist sogar schneller, weil eben innerhalb von zwei Jahren.

Und ich gebe selbstkritisch zu, dass der Satz ein bisschen versteckt ist, dass wir gerne das auch anschauen möchten. Ich muss Ihnen jetzt schon sagen, dass voraussichtlich die Federführung an das WSU übergeben wird. Sie waren aber, glaube ich, auch schon in Kontakt mit Regierungsrat Kaspar Sutter. Das PD wird auch involviert sein, wie wir das ja auch beim Tellplatz gemacht haben, weil es eben auch um stadtplanerische Fragen oder Fragen der Quartierentwicklung geht. Also da werden mehrere Departemente beteiligt sein. Deshalb kann ich das Bekenntnis, dass wir das wirklich schaffen 2024, noch nicht geben, aber ich kann Ihnen definitiv das Bekenntnis geben, dass wir daran arbeiten und dass uns das ernst ist und dass wir das so früh wie möglich umsetzen werden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie haben die Motion in einen Anzug umgewandelt und diesen dem Regierungsrat überwiesen.

Der Grosse Rat beschliesst



Umwandlung der Motion in einen Anzug und Überweisung an den Regierungsrat.

31. Motion Bau- und Raumplanungskommission betreffend Fuss- und Velobrücke «Güterbahnhof Wolf»

[19.10.23 16:03:53, 23.5087.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu übeweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion bis 2028. Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Auch hier ist die rechtliche Zulässigkeit tatsächlich ein Problem, aber dieses Mal aus einem ganz anderen Grund. Sie möchten diese Brücke über das Gleisfeld, diese Verbindung auch zwischen diesen zwei Quartieren, auch in das neue Wohnquartier auf dem Wolf. Nur ist es so, das Gleisfeld gehört dem Bund resp. der SBB. Wir können nicht die SBB zwingen, da was zu tun, aber wir sind in sehr gutem und sehr engem Kontakt mit der SBB, um diese Planung an die Hand zu nehmen. Das ist nicht ganz einfach, weil im Rahmen des Bahnausbaus wird da in diesem Gleisfeld über die nächsten Jahre sehr viel passieren. Es werden mehrere Male Verschiebungen vorgenommen und wir müssen eine Brücke so planen und wahrscheinlich mit sehr wenig Stützen planen, damit diese Rochaden unten dran möglich sind. Das macht es auch schwierig, mit Provisorien zu arbeiten, denn auch Provisorien, Sie können sich vorstellen, wenn das über einem Gleisfeld ist, hat das erhöhte Sicherheitsanforderungen. Wir müssen mit einem Plangenehmigungsverfahren uns an den Bund wenden, um die Erlaubnis zu bekommen. Also da mit mehreren Provisorien zu arbeiten, das wäre fast unmöglich resp. überhaupt nicht effizient, weil das eben gleich aufwendig ist wie eine normale Brücke.

Aber wir sind dran. Ich glaube, das wird auch eine teure Brücke, weil viele Stützen werden in diesem Gleisfeld nicht möglich sein. Nichtsdestotrotz möchten wir sie realisieren, weil auch wir der Meinung sind, wenn so viele Leute dort auch arbeiten, wohnen, zur Schule gehen, einkaufen gehen, dann muss es diese Verbindung geben. Deshalb bitten wir Sie, diese Motion als Anzug zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die Mitte/EVP ist Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Ich spreche für die Mitte/EVP-Fraktion und auch für die LDP. Die von der BRK-Motion geforderte Fuss- und Velobrücke soll das Areal Wolf mit den Quartieren Dreispitz und Gundeldingen verbinden. Die Brücke ist bereits im Teilrichtplan Velo und im Teilrichtplan Fuss- und Wanderwege als Vororientierung eingetragen. Auch im Bebauungsplan des Areals Wolf ist der Arealzugang zu dieser Brücke aufgeführt. Somit besteht bereits die klare Absicht, dass die Fuss- und Velobrücke gebaut werden soll.

Mit dieser Brücke soll die neue Wohnsiedlung und das Schulhaus am Walkeweg mit dem Areal Wolf und indirekt auch mit dem Gellertquartier verbunden werden, aber auch für die Bewohnenden und Beschäftigten des Areals Wolf eine gute Verbindung ins Dreispitz und dem dortigen Bahnhof ermöglichen. Diese Fuss- und Velobrücke muss unbedingt noch vor dem Einzug der ersten Mietenden fertig gebaut sein, also bis 2028. Insbesondere auch weil geplant ist, dass die Kinder der rund 1'200 neuen Einwohnenden des Areals Wolf das Schulhaus Walkeweg auf der anderen Seite des Gleisfelds besuchen werden. Ohne die direkte Verbindung über das Gleisfeld müssten die Kinder den langen Weg über die Münchensteinerbrücke nehmen, was inakzeptabel wäre.

Damit die geforderte Brücke wirklich zeitnah gebaut wird, bittet Sie die Mitte/EVP-Fraktion und die LDP, die BRK-Motion nochmals als Motion zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Ich darf neben dem GAB auch für die SP sprechen. Wir begrüssen es, dass das Bau- und Verkehrsdepartement bereits begonnen hat mit der Planung für die Fuss- und Velobrücke Güterbahnhof Wolf und dass sie dafür in Kontakt mit der SBB steht. Dass es nun aber heisst, dass die Inbetriebnahme bis 2028 nicht realistisch ist, stellt für



uns die ganze Entwicklung auf dem Wolf in Frage. Wir waren uns hier im Grossen Rat einig, dass diese Brücke bis zum Bezug der ersten Wohnungen auf dem Wolf realisiert werden muss. Gemäss dem kommunizierten Zeitplan ist das eben 2028, also in fünf Jahren. Ja, das ist ein sportlicher Zeitplan, das ist uns klar, aber nicht wir haben diesen Zeitplan aufgestellt, sondern er ist so sportlich, weil diese Brücke eine so grosse Bedeutung für die Entwicklung auf dem Wolf hat. Sie ist schlicht notwendig, damit die Kinder in die Schule beim Walkeweg kommen und sie ist notwendig, damit das Wolf-Areal mit dem Naherholungsgebiet beim Wolfgottesacker und mit der S-Bahnhaltestelle Dreispitz verbunden ist. Deshalb war auch immer klar, dass diese Brücke realisiert werden muss, und zwar rechtzeitig. Ob das jetzt als dauerhafte Lösung oder als Provisorium gemacht wird, das spielt für uns keine Rolle. Wenn es als Provisorium nicht schneller geht als die definitive Lösung, ist klar, dass es natürlich auch definitiv rechtzeitig gemacht werden kann. Es ist aber entscheidend, dass das eben bis zum Einzug der ersten Kinder in diesem neuen Gebiet ist.

Ich möchte kurz nochmals aufrollen, die Diskussion in der BRK und weshalb wir uns für diese Motion entschieden haben. Es gab zwei Varianten, die wir diskutiert haben. Entweder diese Brücke über diese Motion separat abzusichern oder direkt den Bebauungsplan so abzuändern, dass die Brücke direkt drinstehen würde. Wir haben uns dann für den Weg über diese Motion entschieden, weil zum einen für die Realisierung der Brücke der Kanton zuständig ist und nicht die SBB als Grundeigentümerin und das andere, weil der Perimeter zu klein war, um die Brücke darin aufzunehmen. Es hätte deshalb eine neue Projektaufgabe benötigt. Wir waren da entgegenkommend und dachten, wir könnten das separat mit der Motion machen, dies reiche dafür. Rückblickend muss ich sagen, für ein nächstes Mal müssen wir uns das nochmal überlegen bzw. das hängt jetzt davon ab, wie mit dieser Motion oder der Forderung der Motion umgegangen wird, wie wir uns das nächste Mal verhalten müssen. Aus meiner Sicht müssen wir uns das ganz gut überlegen, ob es nicht sinnvoll wäre, dann doch den Bebauungsplan neu aufzulegen und anzupassen.

Dass diese Motion oder irgendeine Anpassung eines Bebauungsplans überhaupt notwendig ist, zeigt ein grundsätzliches Problem von diesen grossen Projekten, diesen grossen Transformationsprojekten. Nämlich ist jeweils der Perimeter eng gezogen, also nur um den Bereich, der neu gebaut wird. Es geht also nur um die Bebauung und nicht um die Erschliessung. Diese wird zwar dann irgendwo im Text beschrieben, aber halt eben nicht verbindlich festgelegt. Aber was nützt uns die beste Architektur, was nützt uns die beste Umgebungsgestaltung? Was nützt es uns selbst, wenn da ganz viele Bäume und entsiegelte Parkplätze sind, wenn die Kinder nicht zur Schule kommen, wenn es keinen Anschluss an den ÖV oder an die S-Bahn oder an die Naherholungsgebiete gibt? Wir bitten darum, das in Zukunft besser zu machen und auf eine Art und Weise sicherzustellen, dass diese Erschliessung wirklich drin ist. Denn wenn diese Fuss- und Velobrücke, um jetzt wieder auf den Wolf zurückzukommen, nicht gemacht wird oder nicht rechtzeitig umgesetzt wird, dann ist schlicht die Erschliessung dieses Neubaugebiets ungenügend. Das ist dann nicht einfach nur dumm gelaufen, sondern stellt die ganze Bebauung in Frage. Deshalb halten wir an der Motion fest und beantragen Ihnen die Überweisung als Motion.

Die Argumentation zur angeblichen rechtlichen Unzulässigkeit können wir nicht nachvollziehen. Wir haben das Recht, und es ist eigentlich in diesem Zusammenhang auch klar, dass wir dieses Recht haben müssen, Fristen zu setzen. Es ist schliesslich sinnlos, wenn wir eine Motion überweisen für eine Fuss- und Velobrücke, die dann irgendwann umgesetzt werden kann, also vielleicht dann, wenn die Kinder, die jetzt da einziehen oder in fünf Jahren da einziehen, bereits erwachsen sind oder vielleicht schon wieder selber Kinder haben. Und es ist auch klar, dass die Brücke unter Einhaltung der rechtlichen Grundlagen umgesetzt werden muss. Dass da neben den baurechtlichen Bedingungen auch das Eisenbahngesetz dazugehört und eigentumsrechtliche Fragen eingehalten werden müssen, ist für uns selbstverständlich. Aber wir gehen davon aus, dass sich das lösen lässt. Die SBB ist schliesslich nicht nur die Eigentümerin des Gleisfelds und muss daher damit einverstanden sein, sondern Eigentümerin des Wolf-Areals. Sie hat also selbst ein Interesse daran, dass eine Lösung gefunden wird und diese Brücke rechtzeitig umgesetzt wird.

Wie gesagt, ich bitte Sie, diese Motion als Motion zu überweisen und bitte den Regierungsrat und die Verantwortlichen im BVD, die Motion trotz der angeblichen rechtlichen Unzulässigkeit umzusetzen, und zwar in der angegebenen Frist. Denn wenn es hier beim Wolf verpasst wird, den Zugang zum Schulhaus und die Erschliessung an ÖV und Naherholungsgebiete rechtzeitig umzusetzen, stellt das für zukünftige Planungen von Transformationsarealen die ernsthafte Frage, wie wir damit umgehen sollen, wenn die Erschliessung nicht verbindlich Bestandteil des Grossratsbeschlusses ist.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. Somit hat in der zweiten Runde Regierungsrätin Esther Keller das Wort. Sie verzichtet.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Regierungsrat möchte die Motion als Anzug überwiesen haben. Die Fraktion Mitte/EVP beantragt Überweisung als Motion.

Abstimmung

JA heisst Umwandlung in einen Anzug, NEIN heisst Motion



Ergebnis der Abstimmung

14 Ja, 74 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001697, 19.10.23 16:15:05]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Motion entschieden mit 74 Nein-Stimmen bei 14 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

32. Motion Beatrice Isler und Konsorten betreffend neue Planung für Wohnungsbau entlang Grenzacherstrasse

[19.10.23 16:15:22, 18.5412.03]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist für die beiden Motionen um ein Jahr zu erstrecken. Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Esther Keller. Sie verzichtet. Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, diese beiden Motionen abzuschreiben. Wir hatten 2014 einen ganz klaren Volksentscheid. Dort wollte die Bevölkerung explizit nicht, dass in diesem Perimeter gebaut wird. Wir hatten jetzt in den letzten Traktanden gerade auch heute Morgen viele Diskussionen über Grünflächen und hier sind wir von der SVP-Fraktion der Meinung, dass dieser Perimeter sich insbesondere für diese Grünflächen, für Sport und Freizeit eignet und weniger für Wohnraum. Wir haben gerade in Kleinbasel sehr wenig Grünflächen, sehr wenig Sportflächen. Wenn man auch bedenkt, dass die Flächen für Sport nachgefragt sind, dann ist es doch besser, wenn man hier sich auf diese Dinge konzentriert und nicht auch noch Wohnraum und Umbau von Strassen reintut. Der Regierungsrat sagt ja auch selbst in diesem Zwischenbericht, dass die überlagernden Interessen Wohnen, gemeinsamen Verkehr, Sport, Freizeit, Grünraum, dass das sehr schwierig ist, unter einen Hut zu bringen und hier sind wir effektiv der Meinung, dass es besser wäre, wenn man hier den Schwerpunkt auf Grünflächen, Sport und Freizeit setzen würde. Das ist auch im Sinne eines Volksentscheides.

Auch im Sinne eines zweiten Volksentscheids war das Freizeitgartengesetz, über welches wir vor einem Jahr abgestimmt haben. Und hier frage ich mich wirklich, ist dem Regierungsrat dieser Volksentscheid nicht wichtig, ignoriert er ihn oder was hat er für ein Problem damit. Weil wenn ich dann diesen Zwischenbericht lese und ein Zitat daraus entnehmen darf, was die Potenziale in diesem Perimeter sind, öffentliche Freizeitzentren mit Integration der Freizeitzentren, meine Damen und Herren, das hat das Volk explizit vor einem Jahr abgelehnt. Es gibt keine Öffnung der Freizeitzentrenareale, auch wenn Sie es anders formulieren nicht. Und hier appelliere ich wirklich auch an den Regierungsrat, diese beiden Volksentscheide ernst zu nehmen, ansonsten kann ich Ihnen gerne garantieren, steht das nächste Referendum schon bereit und ich bin relativ sicher, dass wir dieses auch gewinnen werden.

Ich bitte Sie also auch im Namen der SVP-Fraktion, diese beiden Motionen abzuschreiben im Sinne der Volksentscheide.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von René Brigger. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

René Brigger (SP): Pascal Messerli, Volksentscheide sind gut, aber man sollte sie richtig zitieren oder werten. Der Volksentscheid von 2014 sei ganz klar gewesen. Ist es nicht so, dass zumindest die Stadt der Überbauung zugestimmt hätte? Stimmt das oder stimmt das nicht oder wie klar war das?

Pascal Messerli (SVP): Das Signal war klar, die Abstimmung war knapp, da gebe ich Ihnen recht.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Lea Wirz.

Lea Wirz (GAB): Auch das GAB spricht sich gegen eine Fristerstreckung und für die Abschreibung des vorliegenden Geschäfts aus. Bereits zweimal wurde dieses Geschäft stehen gelassen und bereits zweimal haben wir uns dagegen ausgesprochen. In unseren Augen liegen auch weiterhin keine viel konkreteren Ergebnisse vor. Auch haben sich die Rahmenbedingungen in diesen vier Jahren nicht wesentlich geändert. Das GAB möchte das Geschäft deshalb abschreiben und nicht erneut die Frist dafür verlängern.

Wir halten an unseren bereits vorgebrachten Argumenten fest. Diese sind: Notwendigkeit von neuem Wohnraum. Das GAB bestreitet nicht, dass es weiteren Wohnraum in der Stadt braucht, doch es laufen weiterhin grosse Projekte auf den Transformationsarealen, wo neuer Wohnraum entsteht. Dort und in der inneren Verdichtung der Stadt sehen wir das Potenzial für neuen Wohnraum und nicht auf der grünen Wiese und schon gar nicht auf einer der letzten freien Grünflächen Basels, zumindest nicht bevor es gar keine andere Lösung mehr gibt.

Beachtung des Volkswillens. Das hat bereits mein Vorredner ausgeführt, 2014 wurde im Rahmen eines Referendums gegen die Planung im Bereich Grenzacherstrasse/Riehen-Süd eine Bebauung abgelehnt. Dieser Volkswille scheint sich in den vorgelegten Szenarien nicht wiederzufinden.

Natur- und Landschaftsschutz. Die Fläche im entsprechenden Perimeter ist eine der letzten freien Grünflächen im Kanton. Es scheint uns entgegen jeder Logik, diese quasi auf Vorrat zu bebauen. Dies war unter anderem einer der triftigsten Gründe, weshalb die Stadtrandbebauung Ost 2014 abgelehnt wurde.

Klimakrise. Wir kämpfen gegen die Auswirkungen der Klimakrise. Wir bekommen die Erwärmung des Klimas in der Stadt besonders in der heissen Jahreszeit ziemlich deutlich zu spüren. Wir müssen den Grünraum, der in der Stadt so knapp bemessen ist, schützen und bewahren. Zumindest solange keine dringende Notwendigkeit für die Aufgabe von Grünfläche besteht und diese besteht in diesem Gebiet aus Sicht des GAB heute nicht.

In diesem Sinne bitte ich Sie, die beiden Motionen abzuschreiben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: In der zweiten Runde wünscht Regierungsrätin Esther Keller das Wort und hat es.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich kann es ganz kurz machen. Keinesfalls will der Regierungsrat da den Volkswillen missachten. Wir haben hier den Auftrag des Parlaments, uns diese Gedanken zu machen. Für uns ist wichtig, dass man sehr offen an das herangeht, jetzt auch mit dieser Ideenstudie. Wir sind noch in einer sehr frühen Phase und machen uns Gedanken, wie man die verschiedenen Dinge unter einen Hut bringen kann. Und ich kann sie beruhigen, Pascal Messerli, ich habe jetzt die Stelle herausgesucht, die Sie zitieren. Das ist keineswegs so gedacht. Es geht darum, wie man die Freizeitgärten sinnvoll in dieses grosse Ganze integriert und wir haben sogar die Freizeitgärten auch mehrere Male erwähnt und betont, um zu zeigen, dass uns auch diese in diesem Perimeter sehr wichtig sind.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung um ein Jahr gemäss Antrag Regierungsrat. Nein heisst als erledigt Abschreiben gemäss Antrag Pascal Messerli

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 28 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001699, 19.10.23 16:23:26]

Der Grosse Rat beschliesst

Fristerstreckung um 1 Jahr.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben sich für Fristerstreckung um ein Jahr gemäss Antrag Regierungsrat entschieden mit 63 Ja-Stimmen bei 28 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

32.1. Motion Christian von Wartburg und Sebastian Kölliker betreffend weg mit dem Rank, neue Ansätze für Wohnen am Rhein

[19.10.23 16:23:39, 18.5410.04]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Abstimmung über Motion Christian von Wartburg.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung um ein Jahr gemäss Antrag Regierungsrat. Nein heisst als erledigt Abschreiben gemäss Antrag Pascal Messerli

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 28 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001701, 19.10.23 16:24:15]

Der Grosse Rat beschliesst

Fristerstreckung um 1 Jahr.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben sich für den Antrag des Regierungsrates entschieden mit 63 Ja-Stimmen bei 28 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

33. Motion Tobias Christ und Nicole Strahm-Lavanchy betreffend Bohrungen zur Gewinnung von Erdwärme auf Allmend für angrenzende Gebäude

[19.10.23 16:24:31, 23.5050.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert sechs Monaten. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum.

Der Grosse Rat beschliesst

Nichtüberweisung der Motion

34. Anzug Harald Friedl und Konsorten betreffend den Voraussetzungen für "Cargo sous terrain" (CST) im Kanton Basel-Stadt schaffen

[19.10.23 16:25:09, 16.5583.04]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Für den Regierungsrat hätte Regierungsrätin Esther Keller das Wort. Sie verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.



Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug als erledigt abzuschreiben

35. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend biodiversitätsschädigende Subventionen im Kanton Basel-Stadt

[19.10.23 16:25:41, 21.5322.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum.

Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für das GAB ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Im Namen der Fraktion GAB beantrage ich, den Anzug zu allfälligen biodiversitätsschädigenden Subventionen im Kanton Basel-Stadt stehen zu lassen. In der Antwort auf den Anzug listet der Kanton völlig richtig sämtliche relevanten internationalen Konventionen, Protokolle und Studien auf, die dazu auffordern, biodiversitätsschädigende Subvention abzubauen, um dann zum überraschenden Schluss zu gelangen, dass diese Aufforderung für Basel-Stadt keine Relevanz habe, da es bei uns scheinbar keine solchen Subventionen gäbe, weil die prioritär zu behandelnden Subventionen vor allem in den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Tourismus vorkämen.

Das WSL hat in seiner Studie zu diesem Thema 180 biodiversitätsschädige Subventionen ausgemacht und da soll überhaupt nichts für uns dabei sein? Das ist schwer zu glauben. Scheinbar denkt die Regierung, dass wir in Basel-Stadt auf der Insel der Seligen leben würden und gleichsam entrückt mit schädlichen Subventionen nichts zu tun hätten. In der Schweiz lebt der grösste Teil der Bevölkerung in Städten und ich bin mir absolut sicher, dass auch diese Bevölkerungsteile, in dem er Güter nutzt, Land verbraucht, Verkehr verursacht, touristisch aktiv ist und damit von biodiversitätsschädlichen Subventionen profitiert, auch etwas mit ebendiesen zu tun hat und sich über seine Regierung nicht so einfach, wie in der Antwort suggeriert, aus der Affäre ziehen kann.

Wenn wir die nationalen und internationalen Aussagen und Aufforderungen zu diesem Thema wirklich ernst nehmen, dann kann die hier vorliegende Antwort auf diesen Anzug einfach nicht genügen. Und deshalb plädieren wir vom GAB für ein Stehenlassen dieses Anzugs und verbinden damit die Hoffnung, dass sich die Regierung nochmals mit mehr Einsatz um das Thema biodiversitätsschädigende Subventionen beugt und die Fragen beantwortet. Daher regen wir an, diesen Anzug bitte stehen zu lassen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Christine Keller.

Christine Keller (SP): Ich darf mich hier gleich meinem Vorredner anschliessen. Auch die SP möchte Ihnen beliebt machen, diesen Anzug stehen zu lassen. Mein Vorredner hat völlig zu recht kritisiert, dass die Regierung ausführt, Basel-Stadt sei kein Landwirtschaftskanton und deshalb seien wir hier nur marginal betroffen. Basel-Stadt ist kein Landwirtschaftskanton. Wir haben nur wenige Betriebe, aber genauso wichtig ist zum Beispiel der ganze Bereich des Strassenverkehrs, Flugverkehrs, um nur ein Beispiel zu nennen. Die Biodiversität ist neben der Klimakrise eine der ganz grossen Bedrohungen des Lebens auf diesem Planeten und der Menschheit auch und es ist wichtig, es wurde hier in einer anderen Debatte zum Thema schon gesagt, sie in allen Bereichen mitzudenken.

Und hier ist es sehr störend, wenn wir einerseits eine Strategie ausarbeiten mit Massnahmen, um die Biodiversität zu fördern, aber nicht darauf achten, dass Fehlanreize eliminiert werden, und genau darum geht es beim vielleicht etwas irreführenden Begriff Subventionen, der hier aber überall so verwendet wird. Es geht nicht darum, dass jemand direkt subventioniert, dass jemand anders ein Pflänzchen vertritt oder so, sondern es geht um Fehlanreize, zum Beispiel steuerlicher Natur im Strassenbau, bei der Förderung des Flugverkehrs und anderem. Aber Steuern sind ein gutes Beispiel für Anreize, die, wenn man sie nicht genau überdenkt, schlechte Wirkungen auch auf die Biodiversität haben können, etwa wenn es um Steuerabzüge für Liegenschaftsunterhalt und ähnliches geht.

Jetzt will aber dieser Anzug ja nicht einfach das alles verbieten. Er will in erster Linie, dass das eruiert und untersucht wird, was gibt es da und da ist ein grosses Interesse daran. Es sind auch in anderen Städten Bestrebungen da, das zu erreichen.



Dass man hier einmal auflistet, was tun wir hier eigentlich und können wir etwas besser machen, um diese Fehlanreize zu eliminieren.

Angesichts der Wichtigkeit des Themas halten wir es für sehr wichtig, dass dieser Anzug stehen bleibt und bitten Sie, dies zu tun.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Ja natürlich, wenn staatliche Subventionen Aktionen unterstützen, welche die Biodiversität schädigen, dann können natürlich Zielkonflikte entstehen. Auch die Fraktion der SVP anerkennt das. Die Frage ist ganz einfach, wann ist es sinnvoll, wann ist es angemessen, hier einzugreifen. Der Anzug bezieht sich auf eine Studie der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft. Und diese Studie identifiziert als prioritär zu behandelnde Subventionen solche in den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Tourismus. Und Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen, aber Landwirtschaft und Forstwirtschaft spielen in unserem Kanton praktisch keine Rolle.

Wir folgen dem Regierungsrat, wenn er die Wirkung relevanter Subventionen auf die Biodiversität des Kantons deshalb als eher gering einschätzt. Dabei ist das noch eine sehr zurückhaltende Formulierung. Die möglichen Zielkonflikte zwischen finanziellen Anreizen und der Förderung der Biodiversität erachtet der Regierungsrat als im bescheidenen Rahmen. Deren Untersuchung würde gemäss der Studie des Bundes für ihn einen unverhältnismässigen Aufwand bedeuten. Eine logische Schlussfolgerung, welche wir uns von der SVP anschliessen.

Das Fazit ist klar und eindeutig für uns nachvollziehbar. Für alle unter Ihnen, welche den Bericht des Regierungsrates nicht gelesen haben, ich zitiere: «Er schätzt die unmittelbaren Folgen für die Biodiversität durch allfällige Zielkonflikte als vernachlässigbar ein und erachtet den finanziellen sowie personellen Aufwand für eine umfassende Analyse und Behebung dieser biodiversitätsschädigenden Subventionen als unverhältnismässig.» Zitat Ende.

Aus diesem Grunde unterstützen wir von der Fraktion der SVP auch die Schlussfolgerung, dass ein entsprechendes Grossprojekt nicht angezeigt ist und wir guten Gewissens darauf verzichten können. Noch einmal namens der Fraktion der SVP bitte ist Sie, diesen Anzug abzuschreiben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Ich stelle den Antrag auf Stehenlassen meines Anzuges. Ja, Basel-Stadt hat ein langjähriges, sogar über Jahrzehnte altes Bewusstsein für die Natur und den Naturschutz. Daher gehe ich mit der Regierung einig, dass Basel-Stadt schon heute sehr viel für die Natur und somit für die Biodiversität macht. Die Aufzählung in der Antwort zu meinem Anzug ist daher berechtigterweise eineinhalb Seiten lang. Jedoch Anzahl der beantworteten Fragen meiner fünf gestellten im Anzug, null. Die Argumentation der Regierung, biodiversitätsschädigende Subventionen sein in Basel-Stadt, Beat Schaller hat es erwähnt, vernachlässigbar und der Aufwand, diese zu definieren und somit auch meine Fragen zu beantworten, stehe nicht im Verhältnis zum Ertrag, ist aus meiner Sicht nach exakt zwei Jahren, sagen wir mal, etwas dürftig. Insbesondere auch, da der Anzug vor zwei Jahren stillschweigend, also mit der Unterstützung von Ihnen allen hier drinnen, überwiesen wurde. Wir sind uns wohl einig, es ist ineffizient und störend, wenn mit Steuersubstrat Subventionen finanziert werden, welche unerwünschte Effekte auf die Biodiversität haben und die Folgen dieser unerwünschten Effekte erneut mit Steuergeldern behoben werden müssen.

In der Antwort des Regierungsrates ist der Strategische Plan zur Biodiversität 2011–2020 der UN-Biodiversitätskonferenz (COP 10) von Nagoya erwähnt. Der Bundesrat hat sich jedoch letzten Dezember an der UN-Biodiversitätskonferenz (COP 15) in Montreal erneut dazu verpflichtet, sämtliche biodiversitätsschädigenden Subventionen und Anreize bis 2025 zu ermitteln und diese bis 2030 um mindestens 500 Milliarden Dollar pro Jahr erheblich und schrittweise zu reduzieren. Die Bundesebene ist somit das eine, das andere ist die Kantonsebene. Sprich alle biodiversitätsschädigenden Subventionen, die spezifisch in unserem Kanton gesprochen werden, müssen beleuchtet und diskutiert werden. Die Kantone tragen hier klar eine Mitverantwortung.

Hier der Auftrag an die Verwaltung definiert respektive präzisiert. Erstens: Überblick verschaffen. Zweitens: welche diese Subventionen beeinträchtigen die Biodiversität in irgendeiner Form, haben einen negativen Effekt. Drittens, welche dieser negativen Effekte können abgeschafft, minimiert oder umgewandelt werden.

Der Aufwand, diesen auf Anzug zu erfüllen, ist aus grünliberaler Sicht also nicht unverhältnismässig angesichts dessen, ich erwähne es noch einmal, dass wir eine Klima- und Biodiversitätskrise haben. Im Gegenteil, beide Krisen müssen gleich intensiv bearbeitet werden. Wann kommt dies in unseren Köpfen endlich an?



Wir hier in Basel-Stadt sollten nicht nur das ehrgeizigste Ziel betreffend Netto-Null bis 2037 haben, sondern auch das ehrgeizigste Ziel, was die Erhöhung der Biodiversität betrifft. Denn eine intakte Umwelt ist nicht nur schön, nein, sie ist Grundlage für jedes soziale und wirtschaftliche System. Biodiversität ist also kein Nice to have, sie ist essenziell oder um André Hoffmann zu zitieren, Vizepräsident der Roche Holding: «Wir werden keinen wirtschaftlichen Erfolg haben, wenn es der Menschheit nicht gut geht und es kann der Menschheit nicht gut gehen, wenn es der Natur nicht gut geht. Die wirkliche Basis ist Biodiversität.»

Darum bitten wir Grünliberalen Sie, diesen Anzug unbedingt stehen zu lassen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: In der zweiten Runde wünscht Regierungsrätin Esther Keller das Wort und hat es.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich freue mich sehr über die deutlichen Voten auch zugunsten der Biodiversität. Sie können sich ganz sicher sein, mir ist absolut bewusst, dass wir eine Biodiversitätskrise haben. Die Regierung nimmt das Thema sehr ernst und gerade deshalb möchten wir die Mittel dort einsetzen, wo sie am meisten Sinn machen. Wir haben nicht unendlich Ressourcen, weder personell noch finanziell, das heisst, lassen Sie uns das Geld dort einsetzen, wo es Sinn macht.

Als dieser Anzug 2021 überwiesen wurde, war diese Studie des Bundes, dass die Fokusgebiete in der Landwirtschaft beispielsweise liegen, das war noch nicht bekannt. Heute wissen wir das und wenn wir nun die Ressourcen dort einsetzen sollen, wo sie die grösste Wirkung haben, nämlich in die Weiterentwicklung auch der Biodiversitätsstrategie im Aktionsplan, dann bitte ich Sie, uns nicht einen Prüfauftrag zu geben, der unseres Erachtens in Aufwand und Ertrag nicht stimmt. Wir nehmen das Thema wirklich sehr ernst und wir möchten weiterarbeiten an den wichtigen Feldern, an denen wir schon dran sind. Wir haben Ihnen einige aufgelistet, wir werden heute auch noch mehrere Male über das Thema Biodiversität sprechen.

Ich kann Ihnen versprechen, es ist uns wirklich sehr wichtig, aber wir sind der Überzeugung, dass die Mittel hier nicht am richtigen Ort eingesetzt sind, dass wir mehr zugunsten der Biodiversität in anderen Gebieten und Untersuchungen leisten können.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst Stehen lassen

Ergebnis der Abstimmung

40 Ja, 51 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001705, 19.10.23 16:40:58]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug stehen zu lassen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 51 Nein-Stimmen bei 40 Gegenstimmen und einer Enthaltung.

36. Anzug René Brigger und Konsorten betreffend Ergänzung der Bebauungspläne mit raumplanerischen Zielen

[19.10.23 16:41:17, 19.5022.03]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet in der ersten Runde auf ein Votum.



Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die SP ist Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Ich habe die Ehre, heute auch für das GAB neben der SP zu sprechen und ich versuche mit einem einleitenden Zitat von Matthias Michel, Ständerat der FDP Zug, das politische Spektrum gerade ein bisschen noch zu erweitern. Er hat dies in einer Begründung zu seiner Motion in der letzten Session im Ständerat verwendet, die überwiesen wurde gegen den Willen des Bundesrates: «Was im Kern zu tun ist, um die Wohnprobleme zu lindern, gibt die Raumplanung vor. Bestehende Bauzonen besser nutzen, das heisst, bedarfsgerecht verdichten. Dabei muss die bedarfsgerechte Innenverdichtung stets mit der Schaffung von preisgünstigem Wohnraum einhergehen. Sonst fehlt die Akzeptanz in der Bevölkerung für solche Bestrebungen».

Genau diese Akzeptanz ist das zentrale Anliegen dieses Anzuges und es ist auch das Anliegen, diesen Anzug heute nochmals stehen zu lassen. Bebauungspläne müssen mit raumplanerischen Zielsetzungen ergänzt werden können, so wie das bereits in der Vergangenheit vom Parlament in verschiedenen Arealen auch immer wieder vollzogen wurde. Dafür braucht es eine rechtliche Grundlage, wie im Anzug vorgeschlagen. Er fordert, das Bau- und Planungsgesetz im Bereich der Bebauungspläne zumindest mit der Möglichkeit, diese raumplanerischen Zielsetzungen konkret zu ergänzen und somit zu verankern. Ziel ist es dabei, die Umsetzung der seit Jahren bestehenden Richtplanvorschriften in der Wohnungspolitik, aber auch neu in der Klimapolitik weiterzutreiben.

Es scheint mir, dass auch dieses Mal der Regierungsrat und das BVD mit diesem Anzug einfach nicht richtig warm werden möchte. So bleibt der Regierungsrat, wie im letzten Bericht, in seiner Argumentation immer noch diffus. Einerseits bemerkt er, dass der Bebauungsplan als Instrument der Raumplanung sich nicht eignet, sowohl sozialpolitische Themen zu gestalten oder zu regeln, da der für die Umsetzung einer Vorschrift aus einem Bebauungsplan notwendige gesetzliche Rahmen fehle.

Hier möchte ich einerseits anmerken, dass preisgünstiger Wohnraum oder auch die Residenzpflicht, was der Auslöser dieses Anzugs ursprünglich auch war, eher volkswirtschaftlichen Charakter haben, die Sozialpolitik bedeuten. Andererseits führt der Regierungsrat im selben Bericht aus, dass wenn eine gesetzliche Grundlage besteht, der Grosse Rat schon heute in Bebauungspläne darauf Bezug nehmen kann und somit diese Ergänzung von Paragraph 101, Bau- und Planungsgesetz, nicht notwendig ist. Diese Argumentation befriedigt mich nicht, insbesondere auch, da noch Anzüge und vor allem auch noch ein Gegenvorschlag zur Initiative «Basel baut Zukunft» in der Bau- und Raumplanungskommission hängig sind, die unmittelbar mit raumplanerischen Zielsetzungen in Bauungsplänen zusammenhängen.

All diese Geschäfte sind noch hängig und wir sind zuversichtlich, dass hier Lösungen zustande kommen können. Deshalb ist es noch verfrüht, diesen Anzug heute abzuschreiben. Ich hoffe, Sie werden der SP und dem GAB folgen und ihn heute nochmals stehen lassen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: René Brigger für ein Einzelvotum.

René Brigger (SP): Ich habe gewartet und gemeint, es kommt ein Kollege oder eine Kollegin oder gar Regierungsrätin Esther Keller und bringt da inhaltlich etwas vor, das ist leider nicht der Fall. Was Ivo Balmer gesagt hat, dieser Anzug hat eine Geschichte. Im Jahre 2019 wurde dies vom Plenum als Anzug überwiesen. Schon im Jahre 2021, vor zwei Jahren, wollte der Regierungsrat dies abschreiben und der Regierungsrat sagte damals wie heute, die Bebauungspläne, das hat nichts zu tun mit der Raumplanung, das hat nichts zu tun mit sozialpolitischen Zielen respektive diese sozialpolitischen Ziele kann man zum Beispiel mit einem städtebaulichen Vertrag regeln, allenfalls Baurechtsvertrag, etc. Aber liebe Kolleginnen und Kollegen, das wissen wir, mindestens die in der Raumplanungskommission, wir erlassen regelmässig Bebauungspläne und auch zwecks Akzeptanz, wo sozialpolitische, raumplanerische Ziele reinkommen. Ich verweise nur auf Volta Nord, Nautentor, Wolf, etc. Da geht es primär um den Anteil gemeinnütziger Wohnungen oder preisgünstiger Wohnungen.

Also wieso? Wieso ist das BVD hier nicht fähig oder bereit, das zumindest stehen zu lassen? Ich habe dann hier noch eine Folie. Am gleichen Tag wird dieser Anzug gemäss Antrag BVD, nämlich am 27.06.23 zur Abschreibung empfohlen. Am gleichen Tag kommt der Ratschlag und Bericht inklusive Gegenvorschlag zur Initiative «Basel baut Zukunft». Genau dieser Gegenvorschlag sieht eine Ergänzung der Bebauungspläne vor im Bereich dieser raumplanerischen Massnahmen, im Bereich von Paragraph 101 BPG. Also ist der Regierungsrat widersprüchlich. Und Sie sehen, ich habe hier bei diesem Ratschlag oben links gelb markiert, das kommt vom Präsidialdepartement. Die Wohnpolitik wird uns noch alle in den nächsten Jahren massiv beschäftigen. Da geht es wirklich nur um Grundlagen. Wieso wird die nicht geschaffen respektive das BVD sagt, die geht aus rechtlichen Gründen nicht und am gleichen Tag kommt das PD und macht einen Gegenvorschlag, wo das möglich sein soll. Das ist absolut widersprüchlich und falsch, ich begreife das auch nicht.

Und diese Beantwortung vom BVD, also es scheint mir, da hat irgendwie eine Juristin, ein Jurist versucht, das Urteil in Sachen Residenzpflicht Bruderholz herunterzubrechen. Aber wir sind primär ein politisches Gremium und die Bebauungspläne müssen selbstverständlich auch raumplanerischen Inhalt haben. Sie haben faktisch auch raumplanerischen



Inhalt und der Richtplan sieht auch raumplanerische Inhalte vor, die einfließen müssen. Und da wäre ich froh, wenn Esther Keller etwas dazu sagen würde, zu dieser Abwehrhaltung und dieser Widersprüchlichkeit.

In diesem Sinne ist es ein bisschen schade, dass keine Diskussion entsteht, aber ich habe das Gefühl, wir reden, also Ivo Balmer und ich, ein bisschen an eine Wand und da wäre ich vielleicht froh, wenn Esther Keller da ein paar Punkte dazu sagen könnte.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: In der zweiten Runde hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Etwas Geduld, René Brigger, natürlich werde ich dazu noch etwas sagen, aber es macht natürlich Sinn, wenn Sie zuerst sagen, weshalb Sie nicht zufrieden sind mit der Antwort der Regierung, damit ich da nochmals darauf eingehen kann. Ich denke, wir reden aneinander vorbei.

Um es kurz zu machen, natürlich können Sie sozialpolitische Themen im Bebauungsplan verankern, aber, und jetzt kommt der springende Punkt, es ist nicht hinreichend, ihn in diesem Paragraph 101 zu verankern. Sie brauchen eine eigenständige, belastbare, klar geregelte gesetzliche Grundlage. Jetzt haben Sie das. Mit «Basel baut Zukunft» kommt das, beispielsweise die Definition von preisgünstigem Wohnraum. Darauf können Sie sich beziehen, das werden Sie tun können. Sie können das in den Bebauungsplänen tun, dafür brauchen Sie keine Änderung des Paragraphen 101, weil der genügend offen formuliert ist, dass Sie da Auflagen schreiben können. Was Sie nicht tun können, und das hat das Beispiel mit der Residenzpflicht auf dem Bruderholz gezeigt, es reicht nicht, einfach in einen Bebauungsplan etwas reinzuschreiben wie Residenzpflicht, das keine klare gesetzliche Grundlage woanders hat, eine Verankerung, eine Definition, eine Klärung. Das reicht nicht und deshalb hat das Appellationsgericht sich dagegen gewehrt. Deshalb, ich glaube, es ist etwas ein Schattenboxen. Sie müssen den Paragraph 101 nicht ändern, um sozialpolitische Ziele in die Bebauungspläne reinzunehmen, es braucht einfach eine saubere gesetzliche Grundlage und unter anderem findet das jetzt auch in dieser Debatte rund um «Basel baut Zukunft» statt, zumindest was die Definition von preisgünstigem Wohnungsbau angeht.

Deshalb darf ich Sie nochmals bitten, bitte schreiben Sie diesen Anzug ab. Es macht keinen Sinn. Wir müssen nicht dort ergänzen, es braucht eine solide, separate gesetzliche Grundlage. Und übrigens ist es auch nicht der Bericht des BVD und der Bericht des PD, das sind beides Berichte des Gesamtregierungsrats und Sie dürfen davon ausgehen, dass wir miteinander sprechen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Ivo Balmer.

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 46 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001707, 19.10.23 16:52:49]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug abzuschreiben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 47 Ja-Stimmen bei 46 Gegenstimmen und keiner Enthaltung.

37. Anzug Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs durch Nachttaxi

[19.10.23 16:53:05, 19.5182.03]



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug abzuschreiben

38. Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend transparente und faire Verfahren bei der Vergabe von Planungsaufträgen

[19.10.23 16:53:38, 18.5439.03]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Die Regierungsrätin verzichtet in der ersten Runde auf ein Votum.

Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die SP ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Dem «Chrüzlistich» ist zu entnehmen, dass eine Aufrechterhaltung dieses Anzuges chancenlos ist. Ich bedauere das ein wenig, weil ich finde, dass die zentrale Frage des Anzuges nicht beantwortet ist. Und das ist die Frage, nach welchen Kriterien klar und transparent welches Verfahren bei der Vergabe von Bauaufträgen gewählt wird. Diese Transparenz und Klarheit ist in anderen Städten gegeben, unter anderem in Zürich. Unsere Baubehörden leisten eine gute Arbeit, da habe ich keine Zweifel, auch bei der Qualitätsauswahl von Projekten, aber man kann den Eindruck bekommen, dass sie nicht immer ganz fähig sind, dass gerade auch junge Büros unter Umständen ihre Schwierigkeiten haben, in einer Art und Weise zum Zug zu kommen und dass es besser wäre, dass man eine gewisse klare Regelung hat, wann welches Verfahren zur Anwendung kommen muss. Natürlich kann man auch sagen, in der Regel hat dieses Verfahren zur Anwendung zu kommen und es gibt Ausnahmen. Diese Klarheit und diese Transparenz fehlt im Kanton Basel-Stadt.

Deswegen scheint es uns sehr berechtigt, eigentlich an diesem Anzug festzuhalten und insofern bedauere ich die heutige «Chrüzlistich»-Konstellation und vielleicht kann der eine oder die andere von Ihnen sich auch dafür erwärmen, sich das zu überlegen. Ansonsten werden wir vielleicht bei Gegebenheit einen neuen Anlauf zu dieser Thematik planen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehen lassen

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 27 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001710, 19.10.23 16:56:55]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug abzuschreiben

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 62 Ja-Stimmen bei 27 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.



39. Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Lastenveloparkplätze

[19.10.23 16:57:08, 19.5428.03]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug abzuschreiben.

40. Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Ausarbeitung einer kantonalen Biodiversitäts-Strategie und einem daraus abgeleiteten Aktionsplan Biodiversität für den Kanton Basel-Stadt

[19.10.23 16:57:24, 18.5028.05]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. In der ersten Runde verzichtet die Regierungsrätin auf ein Votum.

Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für das GAB ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Ich möchte beantragen, den Anzug von Thomas Grossenbacher stehen zu lassen. Er fordert eine Erstellung einer kantonalen Biodiversitätsstrategie und nun liegt diese Strategie seit ca. einem Monat vor. So schön, so gut. Auch wenn ich gestehen muss, dass einige wichtige Punkte, wie das Herausarbeiten der Biodiversität als eine klare sektorenübergreifende Thematik und die Einbettung in die nationale Strategie sicher positiv zu bewerten sind, so fehlen dennoch entscheidende Aspekte in der vorliegenden Strategie, so dass ich bei mir kein Freudentaumeln einstellen kann.

Die Ausrichtung der kantonalen Strategie auf eine nationale Strategie läuft immer Gefahr, dass sie im Unkonkreten verharrt. Dass sie es nicht schafft, die auf hoher Ebene gemachten Zielvorgaben auf lokaler Ebene zu konkretisieren. Ich kann Ihnen versichern, dass ich genau hier schon ein gebranntes Kind bin. So wurde auf Bundesebene bereits schon 1998 eine Biodiversitätsstrategie für pflanzengenetische Ressourcen erstellt und die FHO hat im Zuge dessen 64 Indikatoren zur Wirkungsmessung derselben erstellt. Aber die Schweiz hat bis heute keine Anstalten unternommen, diese auch wirklich zu erheben und operiert so bis heute im luftleeren Raum.

Das sollte uns bei der hier vorliegenden Biodiversitätsstrategie auf kantonaler Ebene wirklich nicht auch passieren. Umso mehr, da wir ja gerade bei der Erhebung von Zahlen schon viel gemacht haben und die Grundlagen eigentlich da wären. Wir müssen sie jetzt nur noch zielgerichtet einsetzen und entsprechende konkrete Zielvorgaben machen und damit der Forderung im Anzug von Thomas Grossenbacher wirklich nachkommen.

Dieser meiner Meinung nach sehr entscheidende Punkt wird in der vorliegenden Strategie ein weiteres Mal nicht erreicht und so bleibt das Papier bis auf einige angekündigte Massnahmen auch im Unkonkreten stecken. Wie schön wäre es gewesen, lesen zu können, dass wir nach dem Motto «Biodiversität braucht Fläche» zu eben diesen Flächen klare Ansagen erhalten hätten, wie zum Beispiel, bis 2037 erhöhen wir die biodiversitätsrelevanten Flächen um 10 Prozent. Oder wir erhöhen die Vielfalt auf bereits angelegten Flächen über qualitätsfördernde Massnahmen um 20 Prozent zu heute.

Wir wissen heute, wie viele Flächen in Basel wir etwa haben. Wir wissen über das Monitoring, wie viel Pflanzenarten wir auf verschiedenen Flächen finden können. Monitoriert wurde weiss Gott in der Vergangenheit schon genug und wir kennen daher die Zahlen, die wir als Ausgangspunkte für Verbesserungen nehmen können.

Ein weiteres Thema zur Illustration meines Einwandes findet sich bei der qualitativen Massnahme für die Erhaltung der Biodiversität so wichtigen Korridoren. Welche Korridore das wären und wie viele, sollten wir auch hier eigentlich wissen. In Riehen fand sich im Zonenplan von 2013 beispielweise fünf bis sechs Korridore, die definiert wurden. Betrachten wir neuere Angaben, so sind bereits zwei verschwunden. Und mit dem doppelspurigen Ausbau der S-Bahn würde ein weiterer wichtiger Korridor für die Biodiversität geopfert. Wie schön wäre es, wenn ich als interessierter Parlamentarier aus der Strategie entnehmen könnte, dass wir wieder sechs Korridore funktionsfähig machen wollen, und zwar auch bis wann, damit ich irgendeinen Anhaltspunkt habe, welche konkreten Ziele erreicht werden sollen und was wirklich erreicht wurde.



Nur qualitative Aussagen, ohne quantitative nachvollziehende Belege sind leider Schall und Rauch und verhindern jegliche Kontrolle und ein motiviertes Vorgehen bei der konkreten Umsetzung der Strategie. Hier muss unbedingt noch nachgebessert werden. In einer kantonalen und kommunalen Strategie schweben wir nicht mehr in den nationalen Höhen übergeordneter und dadurch unscharfer Zielvorgaben, sondern auf der Ebene, wo konkretes Umsetzen geschieht und dabei auch messbar und kontrollierbar sein sollte.

Nun noch zu einer weiteren Hoffnung, die sich auch in dieser Strategie nicht erfüllt hat. Will ich Ihnen abnehmen, dass es Ihnen mit der Umsetzung der Strategie wirklich ernst ist, dann hätte ich Anzeichen erkennen müssen, dass man auch bei den personellen Ressourcen Verstärkungen anstrebt. Leider vermisse ich hierzu wiederum eine konkrete Ansage. Zum Beispiel, ob innerhalb oder ausserhalb des Departements eine verantwortliche Fachperson für Fachstelle zur Umsetzung der Strategie geschaffen werden könnte oder soll.

Nun, ich halte hier mal inne und erwarte gerne noch weitere Aktivitäten von Seiten des verantwortlichen Departements und beantrage daher, den Anzug von Thomas Grossenbacher stehen zu lassen, bis seine Vorgaben erfüllt sind und der Wille zur Umsetzung glaubhaft zum Ausdruck kommen.

Claudio Miozzari (SP): Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Ich habe es schon mehrmals heute erwähnt, der Tag der Biodiversität. Wir haben eine Biodiversitäts- und eine Klimakrise und wir haben nun eine behördenverbindliche Biodiversitätsstrategie. Vielen Dank für die Ausarbeitung. Vorneweg, das Naturschutzkonzept, das im Moment bearbeitet und bis 2024 fertiggestellt wird, hätte eigentlich die Grundlage, eine Standortbestimmung sein sollen zur Erstellung der Biodiversitätsstrategie. Eine solche Standortbestimmung wäre wichtig gewesen, um eine effektive Biodiversitätsstrategie zu erarbeiten. Bereits in der Vernehmlassung der Strategie haben wir Grünliberalen angemerkt, dass wir die Zielwerte und die Zeithorizonte vermissen. Bis wann sollen die geplanten Massnahmen umgesetzt werden? Welche Ziele sollen konkret erreicht werden? Was passiert, wenn die Zielwerte nicht erreicht werden? Welche Instrumente werden zum Controlling eingesetzt? Zudem sollte die Regierung dem Grossen Rat in einem noch zu definierenden regelmässigen Zeitintervall Rechenschaft ablegen über den Stand der Zielerreichung der Biodiversitätsstrategie.

Ja, wir haben uns überlegt, den Anzug stehen zu lassen. Dafür gäbe es, wie ich gerade und auch Béla Bartha schon perfekt ausgeführt hat, gute Gründe. Aber wir haben die Motion und später den Anzug so viele Male stehen gelassen, dass wir diese Biodiversitätsstrategie für den Moment mal so nehmen, wie sie ist und daher den Anzug abschreiben. Wir Grünliberalen sind jedoch der Überzeugung, dass es jetzt einfach noch einen höheren Druck, sprich ganz konkrete neue Projekte und Vorstösse braucht, die über private Initiativen sowie über uns Parlamentarier und Parlamentarierinnen eingebracht werden. Zum Beispiel eben, wir haben es heute vielfach gehört, die grossflächige Entsiegelung von Parkplätzen, die radikale Aufwertung von Strassenbegleitgrün und Kindergarten, Schule und Universitätsareale.

Gespannt sind wir Grünliberalen übrigens auf die Ausarbeitung des Kantons Basel-Stadt der Planung der ökologischen Infrastruktur in Basel-Stadt, die Ende November beim Bund eingereicht werden wird. Wir Grünliberalen empfehlen Ihnen, den Anzug deshalb abzuschreiben.

Claudio Miozzari (SP): Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Danke meinen Vorrednerinnen, beide haben eigentlich sehr ähnliches gesagt und sind zu unterschiedlichen Schlüssen gekommen. Als erstes möchte ich mich aber für die Biodiversitätsstrategie bedanken und die ausführliche Arbeit und den damit verbundenen Aktionsplan würdigen. Sehr geehrte Frau Regierungsrätin, es werden viele Aspekte aufgenommen und ich habe es ja vorhin auch gehört, heute vor ein paar Minuten oder Stunden haben Sie auch sehr viel Positives dazu gesagt. Nun können wir doch guten Gewissens den Anzug Grossenbacher zur Biodiversitätsstrategie einfach als erledigt abhaken.

Das Strategiepapier hat 38 Seiten, ist sehr detailliert und informativ und ich erkenne darin, dass der Kanton doch einiges ernst nimmt. Trotzdem, wir können den Anzug nicht als erledigt abhaken, denn es fehlt noch folgendes: Handlungsziele und Indikatoren, wie im Anzug gefordert eine Evaluation des Aktionsplans. Das muss durchgeführt werden können. Was meine ich damit. Generell ist entscheidend, dass mit dem Aktionsplan auch Handlungsziele und Indikatoren formuliert werden. Ansonsten bleibt die Strategie des Regierungsrats zwar gut formuliert, aber ein zahnloses Papier, das Gefahr hat, leider wenig Wirkung zu zeigen. Als Beispiel, wenn 70 Prozent der Insekten geschützt werden sollen, muss vorher doch klar sein, wie viele überhaupt auf der Fläche vorhanden sind. Dazu müssen messbare Indikatoren festgelegt werden und nicht erfreuliche, doch etwas schwammige Ziele. Brigitte Kühne hat dazu aber schon einiges gesagt, ich kann abkürzen.



Wir brauchen aber auch messbare Ziele als Politikerinnen und Politiker und auch für die Öffentlichkeit, damit wir dies natürlich auch überprüfen können und nachvollziehen können, ob die Strategie tatsächlich umgesetzt wird. Es muss vorher klar sein, was eigentlich im Moment vorhanden ist. Mit dem Stehenlassen bitte ich die Regierung, diese Strategie mit Handlungszielen und Indikatoren zu ergänzen, damit wir guten Gewissens abschreiben und dies dann als erledigt erklären. Erledigt ist der ganze Kampf, dass die Biodiversität erhalten bleibt, natürlich nicht. Das ist erst ein Anfang.

Ein neuer Anzug, wozu? Wenn die Regierung jetzt dies ergänzt und tatsächlich sich nochmal hinsetzt, dann könnte man das hier ergänzen und stehen lassen. Darum bitte ich auch im Namen der SP, diesen Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari (SP): In der zweiten Runde ergreift Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank auch hier für die Voten und den Dank für die Erarbeitung der Biodiversitätsstrategie. Den gebe ich sehr gerne an meine Mitarbeitenden weiter, die da wirklich sehr viel Herzblut investiert haben.

Wir haben auf diesen gut acht Seiten Beantwortung ganz viele Felder, wo wir jetzt auch daran am Arbeiten sind, aufgezählt. Wir sind da dran am Arbeiten. Es ist klar, dass wir auch eine Erfolgskontrolle brauchen, wir müssen wissen, ob diese Massnahmen greifen. Diese Massnahmen sind, wie gesagt, sehr vielfältig. Jetzt auch gerade im Rahmen von Grünstadt Schweiz sind wir sehr ambitioniert unterwegs, wenn wir da nach dem Gold-Label streben, also wir möchten da wirklich vorwärtsmachen. Immer eine Frage ist, wie viel Energie man ins Monitoring Controlling steckt im Vergleich auch zu konkreten Projekten. Ich glaube, das ist ein Abwägen, aber Sie können sicher sein, dass auch wir interessiert daran sind, zu wissen, welche Massnahmen auch tatsächlich greifen.

Der Regierungsrat bittet Sie, den Vorstoss hier abzuschreiben, denn das Grundanliegen, eben die Erarbeitung einer Biodiversitätsstrategie plus Aktionsplan, der ist erfüllt. Es gab eine Konsultation, die ist eingeflossen, das Papier ist verabschiedet. Lassen Sie uns arbeiten und wenn wir dann sehen, dass Nachkorrekturen nötig sind, dann werden wir einerseits natürlich von uns aus aktiv und wenn Sie Anregungen haben, dann können Sie natürlich auch wieder einen neuen Vorstoss einreichen. Aber ich glaube, das Grundanliegen des damaligen Anzugs ist erfüllt und wir bitten Sie hier deshalb, diesen Vorstoss abzuschreiben.

Claudio Miozzari (SP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Bèla Bartha und Sasha Mazzotti hingegen beantragen, den Anzug stehen zu lassen. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehen lassen

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 46 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001713, 19.10.23 17:12:41]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Claudio Miozzari (SP): Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 49 Ja-Stimmen bei 46 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung.

41. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend Umnutzung des Roche-Parkhauses an der Schwarzwaldallee zu einem Quartierparking

[19.10.23 17:12:53, 23.5114.02]



Claudio Miozzari (SP): Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich teilweise zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Esther Keller verzichtet in der ersten Runde auf ein Votum. Damit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für das GAB ist Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Namens des GAB beantrage ich, dieses Geschäft nicht zu überweisen. Wir waren als Fraktion bereits bei der Erstüberweisung kritisch eingestellt. Einige von uns haben aber trotzdem überwiesen, um eine Antwort des Regierungsrates auf dem Tisch zu haben. Die haben wir. Was sich nach wie vor nicht geändert hat, ist, dass dieses Bauwerk zonenfremd ist. Es steht auf einem geschützten Areal und ist befristet darum auf zehn Jahre, anders wäre diese Bewilligung damals gar nicht möglich gewesen. Zweitens, der Parkraumtransfer aus dem Areal der Roche in dieses Gebäude, auch dieser ist befristet auf zehn Jahre und nur unter dieser Voraussetzung war das damals möglich.

Wenn man nun im Nachhinein kommt und hier verlängern möchte, dann ist das wirklich aus Sicht des Raumplanungsrechts sehr bedenklich, wenn sich das einbürgert, dass man zuerst provisorische Bauten an Orten erstellt, an denen gar keine Bauten zulässig sind, und dann Jahre später kommt und sagt, wir möchte die jetzt quasi normalisieren. Dass man dann so vorgeht, wie der Regierungsrat das skizziert, nämlich einfach den Zonenplan ändert, weil jetzt halt dort ein Gebäude steht, auch das finden wir nicht gerade besonders seriös, um es mal so zu sagen. Das hat sich nicht geändert.

Was sich aber geändert hat, ist nun die Antwort des Regierungsrates, die auf dem Tisch ist, und das Bau- und Verkehrsdepartement hat eine Studie Anfang September veröffentlicht, in der es um diesen Raum geht. Auch die haben wir natürlich gelesen wie die Antwort des Regierungsrates. Was uns da aufgefallen ist:

Erstens, in der Motion, das hat uns sehr gefallen, ist ja gefordert, dass die Parkplätze 1:1 kompensiert werden müssen. In der Antwort des Regierungsrates ist das schon nicht mehr so klar. Es ist zum Beispiel die Rede von weiteren Nutzungen, Parkplätze für das Tinguely-Museum, für andere Nutzungen und da ist bei uns wirklich die Frage aufgekommen, wenn es am Schluss zu mehr Fahrten kommt, zu mehr Parkplätzen, dann ist das sicher nicht im Sinne der Motion damals und es ist sicher nicht im Sinne der Anwohnerinnen und Anwohner dort und es ist nicht im Sinne des Umweltschutzes. Wir fänden es schön, wenn die nachfolgenden Fraktionssprechenden hier auch sich dazu bekennen würden, dass dieser Parkplatzeratz 1:1 stattfinden soll.

Der zweite Punkt, in dieser Studie wird aufgezeigt, dass es zu Konflikten kommen kann. Einerseits mit dieser Kreuzung Schwarzwaldstrasse/Grenzacherstrasse und zweitens mit den Bahnausbauplänen Badischer Bahnhof/Solitude Bahnhof. Wir finden es eminent wichtig, dass dieses sehr dichte Arbeitsplatzgebiet anständig mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen ist und es kann nicht sein, dass wegen dieses Parkhauses dann dieser Bahnhof nicht möglich ist oder sich Probleme ergeben. Das wäre für uns dann spätestens der Punkt, wo man sagen muss, diese Abklärungen, die angekündigt sind vom Regierungsrat, sollte man fallenlassen, weil das hat für uns Priorität.

Und der zweite Punkt, die Kreuzung Grenzacherstrasse/Schwarzwaldstrasse. Wir haben vor ein paar Monaten über die Probleme in der Solitude-Promenade gesprochen und gesagt, ganz entscheidend ist, dass diese Kreuzung dann velotauglich wird, damit die Velofahrenden dort durchfahren und nicht am Rein entlang. Und wenn natürlich auch hier dann negative Auswirkungen passieren, dann wäre das aus unserer Sicht auch sehr schade, weil dann das Problem an der Solitude-Promenade unten weiterhin bestehen bleibt. Für uns war das auch interessant, dass die Studie zum Schluss kommt, dass dieses Parkhaus zurückgebaut werden soll.

Wir sind grundsätzlich nicht dafür, dass dieser Vorstoss weiterbehandelt wird, er soll nicht überwiesen werden. Wir fänden es gut, wenn nun die weiteren Fraktionssprechenden dazu Stellung nehmen können, dass diese Parkplätze, wenn es dann doch passiert, 1:1 aufgehoben werden, und dass, wenn es zu Konflikten kommt mit der Haltestelle Solitude oder auch mit der velotauglichen Gestaltung der Kreuzung, dass man dann nochmals wirklich sehr gut abwägen muss und das eigentlich Gründe sind, das Projekt dann auch nicht mehr weiterzuführen.

Wir sehen die Vorteile, wenn man die Parkplätze verlagern kann. Wir sind aber ganz klar der Meinung, Superblocks, Verbesserungen für die Veloverkehrssicherheit in den Quartieren dort herum, die kann man sowieso machen, auch wenn dieses Projekt scheitern sollte aus rechtlichen Gründen, aus welchen Gründen auch immer. Das finden wir natürlich gut, dem sollte man weiter nachgehen.

Claudio Miozzari (SP): Es liegt eine Zwischenfrage vor von Daniel Seiler. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Sie haben von Konflikten geredet. Ich meine, wir müssten uns das Mal vorstellen, diese Situation, wenn ich da 100 Prozent kompensiere von diesem Parkhaus mit 500 Metern, dann ist das fast bis vorne an den Wettsteinplatz. Jetzt muss man sich das Mal überlegen, wie das dann für diese Leute ist, die da einen Parkplatz vor dem Haus haben, für



ältere Leute, die nicht mehr so gut gehen können, wie erklären Sie denen das, dass sie jetzt einfach den Parkplatz nicht mehr haben und im anderen Quartier haben sie den in Zukunft noch?

Raphael Fuhrer (GAB): Es gibt zwei Lösungen. Entweder man behält nicht alle der Parkplätze, sondern nur einen Teil und nutzt die andere Fläche des Gebäudes für Nicht-Parkplatznutzungen, dann muss man auch wenig kompensieren. Und die zweite Lösung ist, man dehnt den Radius aus. Das wird auch in der Antwort des Regierungsrates aufgezeigt, dass man dann auf die Anzahl kommen kann.

Claudio Miozzari (SP): Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Die Idee, das Parkhaus in Zukunft als Quartierparking zu nutzen, unterstützt die LDP. Es wäre doch schade, wenn ein Erhalt nicht eingehend geprüft würde und ein ganzes Gebäude, sagen wir mal, einfach so entsorgt würde. Wie auch immer sich die Mobilität entwickelt, Stellplätze werden in aller Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft nötig sein. Es werden einige Gespräche und Ermittlungen nötig sein, bis ein Erhalt gesichert ist, aber aus unserer Sicht lohnt sich dieser Aufwand.

Die Regierung hat ja ein positives Signal gesendet und wünscht sich eine Überweisung als Anzug. Das ist im Sinne der LDP und ich hoffe, in Ihrem auch.

Claudio Miozzari (SP): Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Wir können einer Überweisung als Anzug zustimmen, aber wir sind etwas ungehalten. Wir haben, als wir das erste Mal debattiert haben, hier ganz klar festgehalten, dass wir wollen, dass die Anwohnenden befragt werden, dass das sofort geschieht und das ist nicht geschehen. Für uns ist klar, dass der Erhalt dieses Parkings nur passieren darf, wenn die Anwohnenden einverstanden sind, weil ihnen hatte man versprochen, dass es ein Provisorium ist, und ihnen sagt man jetzt, ah, doch nicht, wir machen doch ein Definitivum daraus. Das wollen wir nicht und zu dem können wir nicht Ja sagen. Ich bin einfach ein bisschen irritiert darüber, dass man mit der Roche informell schon geredet hat, dass man mit der Deutschen Bahn informell schon geredet hat, aber für ein Gespräch mit den Anwohnenden hat es offenbar nicht gereicht. Und das finde ich enttäuschend, ebenso mit den Naturschutzverbänden, die auch erwähnt sind. Man geht einfach davon aus, dass dort Widerstand kommen wird, aber mit ihnen geredet hat man noch nicht, nur mit der Roche und der Deutschen Bahn. Und das ist nicht das, was wir als SP-Fraktion erwartet hatten.

Was uns auch etwas, sage ich mal, misstrauisch macht, ist, dass es irgendwie nicht mehr so klar ist mit dieser Kompensation. Es dürften nur so viele Parkplätze in diesem Parking betrieben werden, wie aufgehoben werden. Das ist eine klare Forderung, die Luca Urgese so festgehalten hat, und wir sind aus der Beantwortung oder der aktuellen Stellungnahme nicht mehr ganz sicher, ob das wirklich auch von Seite Kanton so klar wäre.

Verwirrend ist für uns zudem, dass das BVD selber den Rückbau empfohlen hat in der Vernehmlassung zum Stadtraum Solitude. Warum will man es dann doch noch als Anzug? Aber eben, es ist auch nur eine Vernehmlassung, deshalb haben wir das nicht als Grund genommen, um uns dagegen zu stellen.

Was auch noch von Seite SP zu klären gilt, ist die Umzonung. Da steht in der Stellungnahme, dass durch die Umzonung eine Zuweisung von geringer Parkplatzauslastung zu hoher Auslastung erfolgen soll. Mir erschliesst sich dieser Zusammenhang nicht, das wäre dann sicher auch noch zu klären, weil das hat wiederum einen Einfluss auf die Anzahl Parkplätze und die Kompensationspflicht, etc. Also viele offene Fragen von Seiten der SP, Sie hören es und auch etwas Ärger. Wir stimmen zu, das als Anzug zur Prüfung zu überweisen, aber wir erwarten da dann schon noch mehr.

Claudio Miozzari (SP): Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Ich darf auch im Namen der SVP zu Ihnen sprechen und Ihnen zuerst mitteilen, dass ich mit Freude zur Kenntnis genommen habe, dass der Regierungsrat den deutlichen Bedarf eines Quartierparkings insbesondere im Wettsteinquartier anerkennt und deshalb dieses Anliegen vertieft prüfen will.

Es hat sich bei dieser Stellungnahme aber auch gezeigt, wie überaus komplex diese Situation ist. Sie ist es bezüglich Eigentumsverhältnisse, zonenrechtliche Fragen, auch staatsvertragliche Fragen oder auch bezüglich Naturschutz und



Ersatzflächen, etc. Da gibt es viele Parteien, die involviert sind, zu involvieren sind, viele Hürden und viele Fragen. Auch wenn ich jetzt vorhin dem Votum von Lisa Mathys zugehört habe, da gibt es noch sehr viele Punkte, die zu klären sind. Und auch die Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit, die war sehr differenziert zu den verschiedenen Punkten, die da aufgeführt sind. Die ist sehr differenziert erfolgt und auch bezüglich der verschiedenen Aspekte sehr unterschiedlich dann beurteilt, ist das jetzt noch rechtlich zulässig oder ist es das dann eben nicht. Und da kann ich durchaus nachvollziehen, dass einzelne Kriterien, die jetzt in diesem Motionstext aufgeführt sind, möglicherweise, ich masse mir da keine abschliessenden Beurteilungen an, in Konflikt mit den Kompetenzen des Regierungsrates stehen. Und deshalb kann ich sehr gut mit der Überweisung als Anzug leben.

Ich bitte einfach Regierungsrätin Esther Keller mitzunehmen, dass die in der Motion aufgeführten Kriterien, ich kann sie jetzt auch als Bedingungen bezeichnen, wie das in der Stellungnahme gemacht wurde, diese Kriterien, die sind dann vielleicht jetzt nicht im Sinne der einer Motionsverpflichtung, aber politisch sind sie wichtig für die Akzeptanz. Das haben wir, denke ich, in den Voten des GAB und der SP deutlich gehört, wobei ich bezüglich Votum des GAB schon nach festhalten möchte, wenn man auf Totalopposition geht, ist man dann eher nicht in der Position, um da noch Forderungen und Bedingungen zu stellen.

Aber da sind jetzt noch einige rechtliche und politische Hürden zu meistern in diesem Verfahren, wo ich natürlich hoffe, dass die positiv ausfallen werden. Aber mir scheint es ein Prozess mit offenem Ausgang zu sein, mal sehen, ob da etwas daraus wird. Aber in diesem Sinne danke ich Ihnen, wenn Sie diese Motion als Anzug überweisen.

Claudio Miozzari (SP): Wir haben keine weiteren Meldungen auf der Redeliste eingetragen. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Das ist wirklich ein sehr anspruchsvolles Projekt. Sie haben es gehört, wegen den Zonenverhältnissen, Besitzverhältnissen, der Vorgeschichte, es ist wirklich eine sehr komplexe Geschichte, an die wir uns jetzt herantasten. Wir haben in diesen drei Monaten, die uns ja zur Verfügung stehen, oder besser gesagt, eher zwei Monate, weil wir es ja dann wieder einreichen für die Regierungssitzung, es wird verabschiedet, also es ist sehr wenig Zeit, die wir jeweils haben für diese Erstbeantwortung der Motion, gerade angesichts seines solch komplexen Geschäfts.

Seien Sie sicher, dass wir das vertiefen möchten, natürlich auch mit den Anwohnenden, mit all den Involvierten hier und auch diese Fragen beantworten möchten. Und wir nehmen auch diese Elemente, diese, ich sage jetzt mal, Vorgaben oder Leitplanken, die sie uns mitgeben in der Motion, nehmen wir sehr ernst und Sie werden auch als Parlament weiterhin die Möglichkeit haben, auf den weiteren Verlauf dieses Geschäfts Einfluss zu nehmen.

Wir danken Ihnen sehr, wenn Sie das als Anzug überweisen, dann werden wir das weiter vertieft prüfen. Das wird aufwendig, aber wir nehmen uns dem an und werden wieder berichten.

Claudio Miozzari (SP): Der Regierungsrat beantragt, ihm diese Motion als Anzug zu überweisen. Es wurde kein Antrag auf Überweisung als Motion gestellt, aber es liegt ein Antrag vor auf Nichtüberweisung von Raphael Fuhrer, über den wir nun abstimmen.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

76 Ja, 16 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001715, 19.10.23 17:28:40]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion in einen Anzug umzuwandeln und diesen dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari (SP): Sie haben den Anzug überwiesen mit 76 Ja-Stimmen bei 16 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.



42. Motion Daniel Seiler und Konsorten betreffend Massnahmen zur Beschleunigung von kantonalen Bauprojekten

[19.10.23 17:28:59, 23.5211.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu beweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innerhalb eines Jahres.

Die Regierungsrätin verzichtet in der ersten Runde auf ein Votum. Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die LDP ist André Auderset.

André Auderset (LDP): Ich mache es ganz kurz, die LDP spricht sich dafür aus, diesen Vorstoss als Motion weiter zu behandeln.

Die Antwort des Regierungsrates ist zumindest teilweise doch eher dürrtig ausgefallen und die Problematik ist zweifellos da. Sie ist ja auch vom Regierungsrat erkannt und man muss nur etwas durch die Stadt laufen und sehen, wo wieder eine Dauerbaustelle besteht, wo wieder eine halbe Strasse abgesperrt ist und da stehen nur ein paar Bretter und eine Bauschaukel rum und es passiert nichts. Ich glaube, hier ist wirklich noch viel Luft nach oben, hier ist noch viel zu tun und ich finde, wir sollten den Druck hier durchaus hochhalten und darum genügt ein Anzug nicht. Wir sprechen uns deshalb für eine Motion aus.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Ein klein bisschen länger von mir. Von meinem Büro aus habe ich beste Aussicht, man kann schon fast von einem Logenplatz sprechen, auf den Kreisel Reinacherstrasse/Leimgrubenweg, unter Kulinarikern als Viertelkreis-Kreisel bekannt. Brigitte Kühne kann ich empfehlen, diesen Kreisel mal anzuschauen, der blüht im Moment wunderschön. Es ist wirklich eine schöne Aussicht jetzt nach über drei Jahren Bauzeit.

Dieser Kreisel wurde, es führt da noch eine Tramlinie durch, es hat noch zwei, drei Leitungen, das gebe ich zu, während über drei Jahren zuerst rückgebaut, dann hat man mal etwas gebaut, dann etwas geteert, dann wieder aufgerissen, dann wieder etwas Neues gebaut, mal einen Kandelaber aufgestellt, den wieder zurückgebaut, dann wieder einen anderen Kandelaber aufgestellt, dann wieder aufgerissen, und so weiter und so fort. Und vor allem, man hat immer wieder während Wochen nichts gemacht. Da hätte man also problemlos einen Drittel Bauzeit sparen können. Ja, man hätte problemlos zwei Drittel der Bauzeit sparen können. In den USA hätte man diesen Kreisel in ein bis zwei Monaten gebaut.

Das verlangt ja diese Motion nicht, dass wir da 90 Prozent schneller werden, ein Drittel ist die Forderung. Ja, das mag ein Extrembeispiel sein, aber es ist beileibe nicht das einzige Beispiel. Gerade im Moment ist vor meiner Haustüre ein Graben, auch da wurde vor ein paar Wochen während zwei Wochen nichts, aber auch wirklich gar nichts gemacht.

In den kommenden Jahren werden wir vor allem im Tiefbau mit deutlich mehr Baustellen beglückt werden, als wir in den letzten Jahren hatten. Das Stichwort ist Fernwärmeausbau. Wenn diese Baustellen auf parallelen Achsen gleichzeitig während mehrere Jahre Bestand haben, dann stoppt das den Verkehr und ja, auch den Fahrradverkehr und ja, auch den öffentlichen Verkehr und der Verkehrskollaps liegt nahe. Die SVP-Fraktion hält die Forderung für machbar und vor allem im Tiefbau für unabdingbar.

Ein paar Worte noch zur Frage Motion oder Anzug. Die Motion gibt keinen Startwert vor. Es gibt also keine Benchmark. Somit lesen wir das geforderte Drittel als Richtwert, auch bei einer vollständigen Umsetzung der Motion, als Durchschnittswert, wenn Sie so wollen. Es wird nie jemand kommen können und sagen, ja, das ist jetzt nur 30 Prozent und nicht 33,3 Prozent, weil wir den Startwert nicht haben. Deshalb können wir ohne Probleme bei Motion bleiben, denn wenn wir auf Anzug umschwenken, dann haben wir weder einen Zielwert noch eine Verbindlichkeit.

Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie also, diesen Vorstoss weiterhin als Motion zu bearbeiten und ich danke Ihnen dafür.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Zuerst der Dank an die Regierung für die Beantwortung dieser Motion. Ich stelle fest, im Teil des Tiefbaus wurden auch konkrete Ideen genannt. Man hat auch mit den Baumeistern gesprochen. Die Antworten gehen in die



Richtung, wenn wir schneller sein wollen, dann wird es teurer und wir müssen mehr Leute haben. Wir müssen Nacharbeit leisten oder wir müssen Strassen sperren. Ich kann das teilweise nachvollziehen.

Ich möchte nicht so viel ausholen wie der Kollege vorhin, aber vor meinem Haus wurde die Fernwärmeleitung verlegt. Die haben im April letztes Jahr gestartet, anfangs Oktober, also eineinhalb Jahre später, wurde der finale Belag in dieser Strasse verlegt. Ich glaube, auf die Details muss ich da nicht mehr gross eingehen. Ich habe immer beobachtet, dass sehr wenig Leute mit sehr wenigen Fahrzeugen relativ grosse Baulose zu bewältigen haben. Ein Drittel liegt da sicher drin. Im Bereich des Hochbaus haben wir leider nicht grosse Beantwortung bekommen im Schreiben. Es wurde viel erklärt, warum es so lange geht, aber nicht, was für Ideen es geben könnte, damit es schneller geht. Wir haben ein aktuelles Beispiel des Kunstmuseums. Das Kunstmuseum soll vier Jahre geschlossen werden. Ich verstehe, dass es notwendig ist, dieses Kunstmuseum zu schliessen während dem Bau, aber vier ganze Jahre das Kunstmuseum zu schliessen für diese Sanierungsarbeiten, wenn, ich zitiere: erhebliche Massnahmen zur Erdbebenertüchtigung bereits umgesetzt worden sind.

Unter diesen Aspekten habe ich das Gefühl, dass diese Projekte eher noch länger gehen in Zukunft und da finde ich, ist es sehr wichtig, dass wir hier, wie der Kollege vorhin gesagt hat, verbindlich sind und das nicht als Anzug, sondern als Motion überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Daniel Seiler, ich habe schon bei der Unterschrift Ihres Vorstosses gesagt, das ist aber eher ein Anzugs- als ein Motionstext in mancher Beziehung. Das einzige verbindliche, was verlangt wird, ist ja vor allem ein Massnahmenkatalog, den man quasi innerhalb eines Jahres möchte. Ich habe es selbst unterschrieben wegen der Tiefbauproblematik. Dass Museen längere Zeit geschlossen werden, ist übrigens im internationalen Vergleich durchaus üblich. Ich gebe Ihnen ein Beispiel aus Amsterdam. Das dortige Rijksmuseum wurde irgendwie zehn Jahre lang geschlossen wegen Umbauten. Solche Dinge kommen vor und sind in Basel nicht einmalig.

Was in Basel ein bisschen einmalig ist, sind die Situationen, wie jetzt bei uns im Quartier an der Gundeldingerstrasse, wo es fünf Jahre quasi geht, bis man eine Strasse komplett saniert hat und wo man wirklich das Gefühl hat, da wäre eine Beschleunigung angebracht. Gerade mit Blick darauf, dass wir, und da liegt Lorenz Amiet richtig, mit dem Fernwärmeausbau mehr Baustellen haben werden, dass es sogar auch nötig wäre, das Tempo beim Fernwärmeausbau zu erhöhen. Wir sind entschieden der Meinung, dass es nötig ist, da etwas die Kapazitäten zu erhöhen, das Tempo zu erhöhen in manchen Beziehungen. Da braucht es auch einen Dialog mit dem Baugewerbe. Das ist zum Teil auch etwas speziell, man hat das Gefühl, es besteht nicht grösseres Interesse daran, dass öffentliche Investitionen schneller vonstatten gehen können und auch öffentliche Investitionen wirklich ausgelöst werden können. Und da sind die Einwände, die Beschleunigungen, die vorgeschlagen sind, dass man das jetzt zum Beispiel in der Gundeldingerstrasse schneller hinbekommt wie in fünf Jahren, das denke ich, wäre möglich gewesen, ohne noch weitergehende Verkehrssperrungen zum Beispiel, weil die war schon komplett verkehrsgesperrt und man hat dann auch Monate lang kaum jemanden gesehen.

Die Frage, wie man das schneller hinbekommt, die muss angegangen werden, aber der vorliegende Text, zumindest jetzt in der Zweitüberweisung, ist nun wirklich kein Motionstext, sondern ist eindeutig etwas, das der Regierungsrat vertieft prüfen und berichten soll. Wir wollen eine Beschleunigung, aber da gilt für uns doch Qualität vor Tempo. Insofern wollen wir, dass der Regierungsrat das wirklich sehr eingehend prüft und nicht irgendeinen Massnahmenkatalog im Schnelltempo vorlegt, der dann nichts bringt.

Entsprechend sind wir hier für Überweisung als Anzug.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Alex Ebi. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Alex Ebi (LDP): Tim Cuénod, Sie sagen, Ihr Gefühl ist, es geht lange, Ihr Gefühl ist, es läuft alles herum, einer hat einen Helm an, der Bagger steht herum. Sie haben das Gefühl, die mit dem Pinsel kommen, dann geht wieder nichts. Wenn Sie das Gefühl haben, es geht alles so lange und es könnte doch alles viel schneller gehen, wieso haben Sie dann nicht das Gefühl, eine Motion sei das richtige, auch wenn jetzt die Worte vielleicht nicht ganz stimmen?

Tim Cuénod (SP): Weil die Motion nur dazu führt, dass schnell, schnell irgendein Massnahmenkatalog erarbeitet werden muss in grossem Tempo. Ich finde, man muss das eingehend prüfen, wie man das schneller hinbekommt, gerade auch, weil ich das für eine wichtige Frage halte. Und für das ist der Anzug einfach das besser geeignete Instrument.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hätte Regierungsrätin Esther Keller das Wort in der zweiten Runde. Sie wünscht es.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wo soll ich anfangen? Ich teile das Unbehagen ganz klar über die längeren Projektierungs- und Bauzeiten, es ist ja beides. Und wenn ich so offen sein darf, das ist auch ein bisschen die Schwäche der Motion. Es steht ja auch, wir sollen die Dauer von der Projektierung bis zur Fertigstellung von öffentlichen Projekten im Hoch- und Tiefbau um mindestens ein Drittel kürzen. Jetzt haben Sie aber nur über die Bauzeiten im Tiefbau gesprochen mit diesen Baustellen-Beispielen, wir sind uns dem sehr bewusst.

Wir sind auch dran, gerade auch im Nachgang noch zu den Lehren, die wir rund um den Neubau Biozentrum gezogen haben, wo Sie uns ja gebeten, aufgefordert haben und was wir auch selber wollen, diese Prozesse anzuschauen, wie können wir künftig sicherstellen, dass die Fristen, die wir Ihnen angeben, und auch die Kosten, dass diese eingehalten werden. Im Tiefbau müssen wir auch noch besser werden, noch enger koordinieren, denn Sie wissen, über die nächsten 15 Jahre kommen mit dem Fernwärmeausbau wirklich grosse Herausforderungen auf uns zu und da müssen wir noch besser koordinieren. Es ist aber nicht so, dass wenn Sie niemanden sehen auf der Baustelle, dass nichts im Untergrund geschieht. Es kann durchaus sein, dass man zuerst einen Graben macht, dann müssen die Leitungen in den Häusern gemacht werden und dann wird draussen wieder gearbeitet. Also ganz so einfach ist es nicht. Sie dürfen auch gerne mal auf eine Baustellentour kommen, wo wir das anschauen. Ich bin da sehr offen, aber es ist klar, wie gesagt, wir müssen diese Bauzeiten auch im Auge behalten.

Wir müssen gleichzeitig immer sicherstellen, dass die Leute durchkommen, dass die Sicherheit erfüllt ist, usw. Es gibt im öffentlichen Raum natürlich viele Ansprüche, auch im Beispiel der Freien Strasse, die häufig genannt wird, wo wir auch die Baustelle immer wieder zugemacht haben, damit beispielsweise Veranstaltungen stattfinden konnten. Das natürlich trägt jetzt auch nicht gerade zu einer kurzen Bauzeit bei, aber es ist etwas, was wichtig ist.

Dieser Anzug wird dazu führen, dass wir Ihnen regelmässig, ich glaube nicht, dass Sie den in zwei Jahren dann abschreiben werden, das ist auch nicht richtig, weil die Verbesserung, diese Prozesse anzuschauen und besser zu werden, ist eine fortlaufende Aufgabe und wir werden sehr gerne in beiden Bereichen weiterhin auch berichten, was wir vorhaben. Ich glaube, wie gesagt, gerade im Zusammenhang mit dem Fernwärmeausbau wird das wirklich matchentscheidend sein. Deshalb wäre ich sehr dankbar, wenn Sie das als Anzug überweisen würden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Der Regierungsrat beantragt, die Motion als Anzug zu überweisen. André Auderset beantragt, sie als Motion zu überweisen.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Überweisung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 39 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001718, 19.10.23 17:43:14]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion in einen Anzug umzuwandeln und dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben sich für den Anzug entschieden mit 56 Ja-Stimmen bei 39 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung. Ein Antrag auf Nichtüberweisung wurde nicht gestellt.

43. Motion Tonja Zürcher und Konsorten betreffend keine Preiserhöhungen beim TNW

[19.10.23 17:43:31, 23.5231.02]



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Die Regierungsrätin verzichtet in der ersten Runde auf ein Votum. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die SP ist Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Die Fraktion der SP ist gegen jede Preiserhöhung im öffentlichen Verkehr und deshalb möchten wir an der Motion festhalten. Wir sind der Ansicht, die angekündigte Erhöhung sei substanziell und nicht moderat und sie schwäche den öffentlichen Verkehr als Teil des Service Public, anstatt dass sie ihn stärkt, was wir ja eigentlich wollen.

In den letzten Jahren sind die Preise für den öffentlichen Verkehr im Vergleich mit den Kosten für das Autofahren überdurchschnittlich gestiegen respektive wenn man den Tamedia-Zeitungen glauben darf, ist Autofahren in den letzten 15 Jahren sogar billiger geworden. Gesamtschweizerisch betrachtet, steigen die Preise im öffentlichen Verkehr auch schneller als die Teuerung. Dies wird zunehmend ein Problem, und zwar besonders für Menschen, die nicht sowieso Anrecht auf eine Vergünstigung haben, der sogenannte untere Mittelstand mit stagnierendem, eher bescheidenem Einkommen, aber immer noch knapp über der Schwelle, ab der es Vergünstigungen oder Unterstützungsbeiträge gäbe. Bei den Steuern, bei der Krankenkasse, bei der Kinderbetreuung zum Glück bald etwas weniger, und nun eben auch beim U-Abo.

Der zweite Aspekt ist, dass ein gutes Alternativangebot zum motorisierten Individualverkehr unverzichtbar ist, um die Klimaziele zu erreichen. Der öffentliche Verkehr darf nicht noch mehr Fahrgäste verlieren. Das Angebot muss attraktiv bleiben und ein Teil eines persönlichen Mobilitätskonzepts ohne eigenes Auto sein. Wir können nicht einen attraktiven öffentlichen Verkehr fordern und gleichzeitig tatenlos zuschauen, wie die Preise steigen. Als Reaktion auf das Schreiben der Regierung möchte ich noch sagen, dass wir keinesfalls möchten, dass der Kanton Basel-Stadt mit dem Tarifverbund bricht oder sich dieser am Ende sogar auflöst.

Wir möchten diese Motion überweisen, um unsere Erwartung zu signalisieren, dass sich der Regierungsrat mit all seinen Mitteln dafür einsetzt, dass das U-Abo in Basel nicht teurer wird, und nach einer kantonalen Lösung sucht, um die Preiserhöhung zu verhindern.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Ich darf nicht nur für die LDP, sondern auch für die FDP sprechen und wir empfehlen Ihnen, diese Stellungnahme und die Motion nicht weiter zu überweisen und dies aus folgenden Gründen:

In der Stellungnahme wird dargelegt, dass auch bei den Tarifstrukturen und Angeboten weiterhin Offenheit gegenüber neuen Modellen und neuen Ansätzen herrscht, was sehr erfreulich zu verzeichnen ist. So bleibt das Angebot dynamisch und auf die Nutzendenbedürfnisse ausgerichtet, was den ÖV-Nutzerinnen und -Nutzern zugutekommt. Auch das begrüßen wir. Allerdings ist es so, dass diese Veränderungen der Angebotsgestaltung und die veränderten Umstände halt auch Kostenauswirkungen mit sich bringen, die zu einem Teil auch durch die ÖV-Nutzenden getragen werden sollen. Denn genau ihnen kommt ja diese Anpassung zugute, warum würden sie dann nicht vom verbesserten System auch einen Teil der Kosten tragen. Das ist sowohl der FDP-Fraktion als auch der LDP-Fraktion sehr wichtig.

Dazu möchten wir aber auch noch sagen, dass beim U-Abo nur eine geringe Preiserhöhung zu verzeichnen ist, was ebenfalls zu befürworten ist, da dies die Vielnutzerinnen und -nutzer sind, die so auch einen grossen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten und dass ja auch den Kindern und den Jugendlichen sehr bald ein vergünstigtes U-Abo zur Verfügung stehen wird, was dort das Verhalten für die Zukunft positiv beeinflusst.

Genau aus diesen genannten Gründen lehnen wir die Überweisung dieser Motion ab und bitten Sie, uns dies gleich zu tun, damit die Anpassungen des Systems, die Verbesserungen eben auch an Wertigkeit behalten und so von den Nutzerinnen und Nutzern hoffentlich auch geschätzt und durch diese Wertschätzung durch einen Teil Mitbezahlung ausgedrückt werden kann.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Jean-Luc Perret hat schon vieles vorweggenommen, Zufahren wird teurer, Autofahren wird billiger. Das ist die langjährige Statistik schweizweit und auch beim TNW sieht es nicht anders aus. Ich habe jetzt mal die Zahlen verglichen, die ich gefunden habe, und da zeigt sich, dass das U-Abo in den letzten 12 Jahren um 14 Prozent teurer geworden ist, das Senior*innen-Abo sogar um 20 Prozent. Gleichzeitig sind die Kosten für Autofahrerinnen und Autofahrer



gleichgeblieben, also nicht einmal mit der Teuerung gestiegen wie der Rest, sondern gleichgeblieben. Nun wird das Jahres-U-Abo nochmals um 3 Prozent aufgeschlagen, beim Monatsabo sogar um 7,5 Prozent. Besonders betroffen sind davon genau jene Menschen, die sich es eben nicht leisten können, das Jahres-Abo auf einmal zu bezahlen, sondern sich das monatlich abstottern, oder diejenigen, die, um Kosten zu sparen, beispielsweise nur im Winter ein U-Abo lösen. Die Preiserhöhung von knapp 6,5 Prozent bei den Einzeltarifen, also das ist nicht wirklich wenig oder moderat, 6,5 Prozent bei Einzeltarifen, das schreckt genau diese Menschen ab, die wir erreichen möchten für den Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Verkehr, die einmal, zweimal, dreimal vielleicht den ÖV nutzen und dann merken, dass es viel bequemer ist. Genau diejenigen denken sich dann, ja, warum soll ich das bezahlen, das ist mir viel zu teuer.

Und jetzt vor ganz wenigen Tagen ist noch ein neuer Aspekt dazugekommen. Sie haben es vielleicht auch gelesen, diese Preiserhöhung, das wollte die SBB und die ÖV-Branche gar nicht. Diese Preiserhöhung ist auf Druck des BAV entstanden. Es mag vielleicht sein, dass das in die Politik des Bundesamts für Verkehr unter der neuen Leitung von SVP-Bundesrat Albert Rösti passt, aber es entspricht nun wirklich nicht den Zielsetzungen, die wir haben hier im Kanton. Wir haben auch eine Klimazielsetzung, wir haben ein Netto-Null 2037, das wir erreichen möchten. Wir haben eine Umweltschutzgesetzgebung mit einer Förderung des umweltfreundlichen Verkehrs. Beides wurde von der Bevölkerung so beschlossen, beides mit deutlichen Mehrheiten. Und wir haben darauf basierend eine Mobilitätsstrategie, die auch den Umstieg auf den öffentlichen Verkehr fördern will. Ich denke, es ist relativ offensichtlich, dieser Widerspruch, der hier ist, Autofahren wird billiger, jedenfalls wenn man es teuerungsbereinigt anschaut, ÖV wird immer teurer. Das schadet ganz direkt diesem Umstieg, den wir gefordert haben. Und es kommt in eine Tendenz rein, die sowieso schon problematisch ist, nämlich ein Rückgang der Fahrgastzahlen beim öffentlichen Verkehr.

Es widerspricht aber auch ganz klar dem Ziel der Kostenwahrheit und hier möchte ich alle ansprechen, die liberal im Namen haben. Der Autoverkehr verursacht externe Kosten von 6,7 Milliarden Franken, und zwar jedes Jahr. 6,7 Milliarden Franken, die der Autoverkehr verursacht und nicht von ihm bezahlt wird. Neben Umweltschäden, Klimaschäden sind das ganz besonders Gesundheitskosten, insbesondere durch Luftverschmutzung, Lärm und Unfälle. Es sind also Kosten, die wir alle bezahlen über unsere Krankenkassenprämien und über unsere Gesundheit, die schlechter ist. Diese Kosten können wir direkt senken, wenn wir den Umstieg auf den öffentlichen Verkehr und die weiteren klimafreundlichen Verkehrsmittel fördern.

Ich habe ganz persönlich, und ich denke, das geht allen hier drin, die den Klimaschutz vertreten, ein Problem damit, wenn wir von der Bevölkerung wünschen, dass sie auf den öffentlichen Verkehr umsteigt und gleichzeitig nichts dagegen unternehmen, dass dieser immer teurer wird. Und ich denke, auch für all jene Menschen, die sich immer auf die Fahnen schreiben, für die kleinen Leute da zu sein, sollte das ein Problem sein.

Ich bitte Sie deshalb, diese Motion als Motion zu überweisen. Lassen wir uns den Umstieg auf die klimafreundliche Mobilität auf den öffentlichen Verkehr nicht vom Bundesrat Albert Rösti zunichte machen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: In der zweiten Runde wünscht Regierungsrätin Esther Keller das Wort und hat es.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich möchte gerne drei doch wichtige Gründe nennen, weshalb der Regierungsrat Sie wirklich bittet, diese Motion nicht zu überweisen. Das erste ist die Problematik der Sonderlösung für Basel. Wir sind in diesem Tarifverbund, wir sind da drin mit anderen Kantonen. Diese haben der Tarifierhöhung schon zugesagt. Wenn wir jetzt da einen Rückzieher machen, dann gibt es den Worst Case für den öffentlichen Verkehr in der Region, nämlich eine Sonderlösung. Irgendwie ein Ticket, das man anders lösen muss, als wenn man nicht im Kanton Basel-Stadt unterwegs ist. Das wäre wirklich ein Problem. Das ist einer der wichtigsten Gründe.

Der zweite Grund ist, die letzte Tarifierhöhung ist doch eine Weile her, 2016. Wir wissen, dass die Energiepreise seither deutlich gestiegen sind und ich denke doch, dass die Akzeptanz für eine, ich schätze es doch als moderate Erhöhung ein, dass die gegeben ist. Zumal wir auch sehen, dass Kosten und Ertrag beim ÖV tatsächlich eine Herausforderung ist. Die Kosten steigen und die Erträge halten da nicht ganz mit. Ich glaube, es macht auch Sinn im Sinne der Kostenwahrheit, dass man da eine gewisse Anpassung macht.

Und last but not least haben Sie vor Kürze, und das ist doch sehr erfreulich, erst gerade eine Erleichterung auch für Familien beschlossen mit ihrem Gegenvorschlag zur Initiative für «Gratis ÖV für Kinder und Jugendliche». Es gibt ein vergünstigtes Angebot ab 2024 für Jugendliche und Kinder für 365 Franken im Jahr. Das lassen wir uns doch pro Jahr 2,4 Millionen Franken kosten. Also ich denke, auch das ist ein Argument, dass wir hier gerade auf beispielsweise Familien auch Rücksicht nehmen und das hier auch Erleichterungen gegeben werden.

Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, die Motion nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage vor von Tim Cuénod. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.



Tim Cuénod (SP): Regierungsrätin Esther Keller, Sie sagen, eine Tarifierhöhung wäre verkraftbar. Ich frage Sie, was macht Sie so optimistisch, dass dies effektiv zu Mehreinnahmen führen würde? Die letzte Tarifierhöhung hat zu einem massiven Rückgang, auch nicht unerheblichen Rückgang der Nachfrage geführt. Was macht Sie so optimistisch, dass dieses Mal die Auswirkung nicht gleich wäre oder noch stärker? Gerade auch, wenn man die Preisentwicklung bei anderen Verkehrsträgern anschaut.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Die Ausführungen zur moderaten Erhöhung waren eher darauf bezogen, dass es seit 2016 keine mehr gab, dass nicht die ganze Teuerung, die es seither gab, nachvollzogen wurde und ich glaube, dass das Verständnis für die erhöhten Energiepreise doch relativ gross ist.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Der Regierungsrat beantragt, die Motion nicht zu überweisen. Jean-Luc Perret beantragt, als Motion zu überweisen. Ein Antrag auf Überweisung als Anzug wurde nicht gestellt.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

47 Ja, 48 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0001720, 19.10.23 17:56:25]*

Der Grosse Rat beschliesst

Nichtüberweisung. Die Motion ist erledigt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben mit meinem Stichentscheid die Motion nicht überwiesen mit 48 Nein-Stimmen bei 47 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

Ich schliesse hiermit die Sitzung und wir treffen uns um 20 Uhr für eine Nachtsitzung.

Schluss der 33. Sitzung

17:57 Uhr



Protokoll

der 34. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Donnerstag, den 19. Oktober 2023, um 20:01 Uhr

Vorsitz: *Bülent Pekerman, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: *Salome Bessenich (SP), Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)*

Verhandlungsgegenstände:

44.	Motion Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend mit U-Abo bis zu den FHNW-Standorten Brugg und Olten	2
45.	Motion Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Basel pro Klima: Erhalt und Erhöhung der Biodiversität	5
46.	Motion Jean-Luc Perret und Konsorten für den unterirdischen Schutz von Grünanlagenzonen	7
47.	Anzug Franziska Roth-Bräm und Konsorten betreffend ÖV-Verbindung nach Inzlingen	12
48.	Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Öffnung der Unterführung Grenzacherstrasse für Velos/E-Bikes/Motorfahräder	12
49.	Interpellation Nr. 74 Eric Weber betreffend Flughafen-Bus in Basel - warum ist dieser kostenfrei für Reisende, die in Deutschland buchen? Wer bezahlt das?	14
50.	Interpellation Nr. 102 Stefan Wittlin betreffend Verkauf der Allmendflächen der Globus-Arkaden	15
51.	Interpellation Nr. 112 Lisa Mathys betreffend Einschätzungen zur Verkehrsentwicklung im Osten der Stadt	16
52.	Motion Sandra Bothe und Konsorten betreffend die gesetzliche Verankerung bezüglich der Förderung der Weiterbildung der Basler Bevölkerung	16
53.	Motion Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Schaffung einer Fachstelle «Schule und Kultur» nach dem Vorbild des Kanton Zürichs - aus bestehenden Ressourcen	18
54.	Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Planung eines neuen Hallenbads und einer neuen Publikumssporthalle	20
55.	Anzug Johannes Sieber und Konsorten betreffend politische Bildung von Jugendlichen durch Abgabe eines Medien-Gutscheins	21
56.	Motion Franziska Roth und Konsorten betreffend genügend Unterrichtszeit für alle	21
57.	Anzug Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Infrastruktur für Schwimmunterricht an der Primarschule	22
58.	Anzug Sandra Bothe und Konsorten betreffend Einführung eines Praktikums in der Fachmaturitätsklasse Pädagogik für zukünftige Lehrpersonen	25
59.	Interpellation Nr. 114 Jo Vergeat betreffend «Ist die Durchführung der UEFA Women's Euro 2025 in Basel gefährdet?»	25
60.	Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend Eindämmung überbordender Bürokratie	26
61.	Motion Jo Vergeat und Konsorten betreffend aktives Stimm- und Wahlrecht für 16-Jährige	27
62.	Anzug Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Stoppen des Projekts "Ausdehnung von E-Voting" ...	27
63.	Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend kantonaler Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus	31



Beginn der 34. Sitzung

Donnerstag, 19. Oktober 2023, 20:00 Uhr

44. Motion Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend mit U-Abo bis zu den FHNW-Standorten Brugg und Olten

[19.10.23 20:00:05, 23.5230.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich teilweise zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Esther Keller. Sie verzichtet. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die SP ist Thomas Gander.

Thomas Gander (SP): Wir haben es gehört, die Motion soll teilweise rechtlich nur zulässig sein. Es ist uns aufgefallen, vielleicht Ihnen auch, dass wir jetzt ein paar Motionen hatten, die entweder rechtlich unzulässig oder nur teilweise zulässig waren. Da fragt sich ein wenig, schreiben wir die Motionen so fehlerhaft oder so schlecht oder hat der Regierungsrat eine neue Sensibilität entwickelt, dass wir dann die Motionen eher in Anzüge umwandeln. Das lasse ich jetzt mal so offen. Auf jeden Fall müssen wir uns hier fragen, ist diese Motion wirklich rechtlich unzulässig. Der Hauptkritikpunkt ist ja, dass die Motion keinen zwingenden Charakter aufweist und das würde ich jetzt einmal hier sehr stark widerlegen. Es wird gefordert, dass der Regierungsrat sich einsetzt, dass ein U-Abo bis nach Olten oder Brugg für Studierende verlängert wird oder eine andere preiswerte Abo-Lösung gefunden wird. Und das, denke ich, ist doch sehr eine spezifische Forderung an den Regierungsrat mit durchaus zwingendem Charakter. Insofern haben wir uns dann weiter mit dem Anliegen auseinandergesetzt.

Es ist schon so, wir haben mit vier Trägerkantonen eine FHNW gegründet. Zu Recht ein Erfolgsprodukt, es gibt immer mehr Studierende, die diese Fachhochschule besuchen und ich darf/soll selber dort auch Dozent sein und natürlich ist es in der Fachhochschulpolitik dann so üblich, dass man Schwerpunkte verteilt auf die verschiedenen Standorte, dass jeder Standort seine Wichtigkeit erhält. Und so bringt es mit sich, dass dann die Studierenden quasi von A nach B pendeln müssen die ganze Zeit, um ihre verschiedenen Module zu besuchen. Ich erlebe es oft, dass Studierende von mir am Morgen in Olten sind, am Nachmittag dann nach Muttenz müssen und dann dort weiter zu studieren und das geht ins Geld. Das U-Abo hört auf in Tecknau, dann ist Schluss, dann muss eine andere Lösung gefunden werden und wir haben es gesehen, hier wurde sehr gut ausgeführt, auch in der Beantwortung, was das kostet.

Hier erachten wir es doch als begrüssenswert, wenn der Regierungsrat sich zumindest dafür einsetzt, dass eine Lösung, auch hier eine spezifische Lösung gefunden wird. Natürlich bringt der Regierungsrat hier das Gleichstellungsprinzip zum Zuge, dass das hier dem Gleichstellungsprinzip widerspricht. Dieser Argumentation folgen wir oft ja auch, aber hier geht es wirklich um ein spezifisches Problem, das wir geschaffen haben durch solch ein Konstrukt und wir sind ein Trägerkanton von diesem Konstrukt und es macht für uns Sinn, dort Einfluss zu nehmen.

Die Antwort lässt dann auch etwas Fragezeichen offen. Wie weit ist es dem Regierungsrat wirklich ernst, sich für das einzusetzen, das werden wir sicher nachher noch hören. Wir haben da etwas unsere Zweifel und somit möchten wir lieber diese Motion auch als Motion weiterüberweisen und den Regierungsrat wirklich dazu bringen, hier quasi sich dafür einzusetzen, dass für diese Studierende eine Lösung gefunden wird.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für das GAB ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Also mir ging es ein bisschen anders wie Thomas Gander. Ich habe das noch gut nachvollziehen können, dass es da gewisse Schwierigkeiten gibt für die Regierung, diese Motion als Motion wirklich zu behandeln. Es ist ja auch eine grosse Koordinationsarbeit, weil es nicht ein rein baselstädtischer Vorstoss ist, sondern da verschiedene Regierungen drin sind und es deshalb auch nicht ganz in den Verantwortungsbereich der Regierung hineinfällt und deshalb auch diese Motion wahrscheinlich schwierig ist. Es wäre ein bisschen realitätsfern zu sagen, man kann das als Motion einfach so durchdrücken.



In dem Fall kann ich also dieser Argumentation der Regierung gut folgen, auch wenn es wirklich eine sehr traurige Geschichte ist, weil für den Inhalt dieser Motion bin ich voll und ganz und gar. Ich denke mir, dass es sehr sinnvoll ist, dass sich hier die Regierung wirklich auch bemühen würde, auch wenn es schlussendlich ein Anzug ist, für den wir einstehen, das wirklich auch zu realisieren, dass unsere Studentinnen und Studenten der FHNW da Vergünstigungen haben und wirklich eine gute Lösung gefunden wird innerhalb des Tarifverbundes.

Das ist ganz in unserem Sinn und dennoch möchte ich, dass man der Regierung da einen gewissen Handlungsspielraum gibt, aber nicht einen Vertagungsspielraum, sondern eher eine Akzelerierungs-Möglichkeit gibt, diesen Vorstoss als Anzug, aber dann doch im Sinne der Motion durchzuführen und ein gutes Resultat zu finden. Weil die Idee ist absolut bestechend.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SVP ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Die Motion fordert, dass für die Schülerinnen und Schüler der FHNW nach Olten und Brugg keine zusätzlichen Reisekosten entstehen sollen, indem ihr U-Abo bis nach Olten oder Brugg Gültigkeit haben soll. Wir erkennen die Problematik, dass dieser Weg nach Olten und Brugg für Studierende der FHNW teuer sein kann und dass eine Lösung gesucht werden muss. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass für die Schülerinnen und Schüler der FHNW ein U-Abo einfach auf ein grösseres Netz verlagert werden kann. Zum Beispiel gibt es ja auch, sagen wir jetzt einmal, Medizinstudenten, die keinen Platz an der Uni Basel erhalten haben, sondern nach Bern reisen müssen, weil ihnen dort ein Platz eingeteilt wurde, auch denen entstehen ungewollt sehr hohe Reisekosten. Zudem fallen Reisespesen nur unter der Woche an, also Samstag und Sonntag müssten ausgenommen sein. Es ist aber gut, wenn die Reisespesen für Studierende weiterhin mit allen Playern der Trägerkantone der FHNW, der SBB, TNW angeschaut werden und nach Lösungen gesucht wird. Ich vermute mal, dass wahrscheinlich die Ausarbeitung auch zeigt, dass wirklich keine Einigung gefunden werden kann. Ich möchte aber trotzdem den Regierungsrat ermutigen, weiterhin nach Lösungen zu suchen und vor allem auch sehr zeitnah zu informieren, da das Thema wirklich sehr brisant und sehr wichtig ist für die Studierenden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Vielen Dank für die Vorvoten. Es freut mich sehr, dass inhaltlich die meisten von Ihnen dem Anliegen nahestehen und das eigentlich auch umgesetzt sehen wollen. Ich kann auch nachvollziehen, dass Sie eine nur teilweise rechtlich zulässige Motion lieber als Anzug überweisen, als diese als Motion zu behalten. Ich und die LDP plädieren dafür, bei der Form der Motion zu bleiben, weil die Verbindlichkeit des Anliegens unserer Meinung nach und gemäss der Stellungnahme der Regierung, auf jeden Fall das, was wir dort zwischen den Zeilen lesen, zu fest verwässert, wenn es nicht bei einer Motion bleibt und das wäre sehr schade.

Weiterhin ist es so, es besteht eine Ungereimtheit zwischen dem Bildungsangebot, das mit der FHNW und den vier verschiedenen Kantonen, die dabei sind, geschaffen wurde, und dem Mobilitätsangebot, das diesen vier Standortfaktoren nicht nachkommt. Und ich kann Ihnen sagen, der Vergleich mit anderen Unis, die nicht in Basel sind, der hinkt, weil die FHNW ist das Fachhochschulangebot für Personen aus Basel-Stadt. Das ist nicht zu vergleichen, wenn Sie an eine Fachhochschule nach Luzern gehen, dann ist das freiwillig, aber das Angebot in Basel besteht. Es ist aber halt an vier verschiedenen Standorten aufzufinden.

Und wenn da aufgrund dieser Ungereimtheit, nennen wir es im Weiteren so, nachher das BVD berichtet, dass man keine Personengruppe hervorheben möchte, dann muss ich sagen, das ist eine durch uns von der Politik geschaffene Personengruppe, die dieses Angebot der FHNW, das eben mit den vier Kantonen geschaffen wurde, nutzt und die das Angebot, das für diese Personengruppe vorgesehen ist, genau in diesem Sinne nutzt, wie es gedanklich von der Politik hier geschaffen wurde. Entsprechend grenzt es wirklich ein bisschen an eine leichte Frechheit, dass das in keinem Satz Platz findet in der Stellungnahme der Regierung und lässt mich gerade deshalb auch anzweifeln, ob wirklich geplant ist, hier etwas zu machen und das anzustossen. Ich habe von Studierenden, die unterdessen schon nicht mehr an der FHNW sind, gehört, mehrfach von verschiedenen Personen, dass das schon lange ein Thema ist und dass keine Lösung gefunden wird.

Entsprechend stutzig macht es mich auch, dass auf meine Interpellation aus dem ersten Quartal dieses Jahres keine der nun in der Stellungnahme zu findenden Massnahmen, die offenbar am Laufen sind, erwähnt wurde und ich habe den Eindruck, dass dieses Anliegen einfach nicht seriös verfolgt wird vom BVD und hoffe deshalb sehr, da kann ich mich Laurin Hoppler anschliessen, dass dieser Anzug nicht in der Schublade verstaubt. Ich fand das einen sehr schönen Vergleich, denn es ist ein bisschen fies gegenüber Studierenden, die halt nur während der Zeit ihres Studiums dieses Anliegen verfolgen, nicht nachzukommen mit dieser Forderung, die schon lange besteht, nur weil die Studierenden sich halt immer wieder erneuern, weil sie abschliessen und neue dazu kommen. Ich hoffe deshalb wirklich sehr, dass das BVD, auch wenn das nach «Chrüzlistich» sehrwahrscheinlich als Anzug überwiesen wird, nicht einfach verstaubt, sondern dass dem nachgegangen



wird und dass trotzdem auch der letzte Teil der Motion, auch wenn es ein Anzug ist, aufgenommen werden könnte, wo es nämlich darum geht, im Falle keiner Lösung mit dem TNW wirklich nachher eine Lösung für die Personen aus Basel-Stadt zu finden.

In diesem Sinne bitte ich Sie, sich das nochmal zu überlegen, ob Sie hier nicht ausnahmsweise den Inhalt über die rechtliche Formalität setzen möchten und bitte Sie, nicht in einen Anzug umzuwandeln, sondern als Motion zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. In der zweiten Runde hätte die Regierungsrätin das Wort und sie wünscht es.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich muss selbstkritisch heute feststellen, offensichtlich wirken unsere Berichte zum Teil defensiver oder weniger positiv gegenüber dem Anliegen, als es tatsächlich gemeint ist. Daran müssen wir arbeiten. Weil tatsächlich sind wir dran, dieses Modul-Abo, das ist eine Variante, wie wir diese Forderung auch erfüllen könnten. Ich muss auch sagen, die Mitgliedschaft beim TNW, das ist zuweilen ein Bohren dicker Bretter, weil da sind viele Interessen, viele Kantone, Sonderlösungen sind da schwierig, da muss man die anderen auch wirklich überzeugen, zumal Einstimmigkeit gefordert ist bei solchen Geschäften. Es reicht nicht, wenn wir eine Mehrheit haben im TNW, sondern wichtige Beschlüsse unterliegen der Bedingung, dass sie von allen gefällt werden.

Wir sind dran, wir sind auch schon weitergekommen, insofern ist der Druck, den Sie machen, sei es mit Motion oder mit Anzug, in diesem Fall bitten wir Sie um die Überweisung eines Anzugs, aber ich glaube, der Druck ist auch gut, wir können das gegenüber dem TNW dann auch dokumentieren, dass das wirklich einem Bedürfnis entspricht und ich kann Ihnen versprechen, wir bleiben dran.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Thomas Gander. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Thomas Gander (SP): Könnten Sie vielleicht noch ausführen, welchen Druck Sie genau machen müssen oder was Ihre Möglichkeiten sind, Druck zu machen?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wie gesagt, ist es im Rahmen des TNW immer schwierig, Sonderlösungen zu machen. Wir müssen alle anderen Kantone im Boot haben, um Lösungen zu finden, um auch Anpassungen oder Sonderangebote vorzunehmen und ich glaube, deshalb ist es wichtig, auch zeigen zu können, dass das hier der Region wichtig ist. Aber ich glaube, das ist mit diesem Vorstoss hier auch erfüllt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als Anzug zu überweisen. Thomas Gander beantragt, sie als Motion zu überweisen. Wir kommen zur Abstimmung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben die Motion als Motion überwiesen mit 53 Nein-Stimmen bei 39 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Überweisung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 53 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001724,]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.



45. Motion Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Basel pro Klima: Erhalt und Erhöhung der Biodiversität

[19.10.23 20:15:50, 19.5144.03]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erste Fraktionssprecherin für die SP ist Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Warum die Biodiversität in der Schweiz zurückgeht, wissen wir. Wir wissen auch, was wir dagegen tun können. Auf Bundesebene wird nicht genügend getan. Die zehn Ziele der nationalen Biodiversitätsstrategie, die bis 2020 hätten erreicht werden müssen, wurden nicht erreicht. Als Kantonspolitikerin kann ich national da wenig machen, aber bei uns im Kanton. Vor vier Jahren haben wir die Motion zum Erhalt der Erhöhung der Biodiversität zum zweiten Mal zur Umsetzung überwiesen.

Für alle, die damals noch nicht im Grossrat waren, zu Punkt 1, der rechtlich unzulässig war, den habe ich aus den Forderungen rausgenommen in meinem damaligen Votum. Aber es geht nach wie vor um die Motion, es geht um Punkt 2 bis 5, und eine Motion, die das zweite Mal überwiesen wurde, hat eine gewisse Verbindlichkeit. Tatsächlich wurden Anstrengungen unternommen, was ich sehe und mich an dieser Stelle auch dafür bedanke, aber die eigentlichen Forderungen der Motion werden nur teilweise unscheinbar, auch zögerlich berücksichtigt und umgesetzt, obwohl sie umsetzbar wären. Zwei Beispiele: auf Seite 2 des Berichtes steht, ich zitiere: «Es geht um die biologische Bewirtschaftung von Landwirtschaftsflächen. Es werden der Erhalt und die Förderung von Biodiversitätsflächen über die biologische Bewirtschaftung von Landwirtschaftsflächen angestrebt».

Die Motion verlangt etwas anderes. Angestrebt ist zu schwach und nicht verbindlich. Ziel der Motion ist kein Einsatz von Pestiziden auf Kantonsgebiet und nicht, wir streben dies an und vielleicht schaffen wir es in zehn, 20 Jahren. Ich zitiere weiter: «Bei einem Pächterwechsel der Landwirtschaftsflächen im Kanton Basel wird durch Immobilien Basel-Stadt in Absprache mit der Landwirtschaftskommission jeweils die Umstellung auf Biolandbau geprüft». Geprüft, warum noch prüfen? Die Motion verlangt eine klare Umsetzung, dass Pestizide nicht mehr eingesetzt werden sollen, also auch eine Umstellung aller Betriebe auf Bio. Warum hier so zögerlich? Die Motion verlangt mehr. Ich frage mich, ob die Nichterfüllung der Motion überhaupt rechtlich zulässig ist. Ich bitte die Regierung, auch hier mehr zu machen und klarer zu sein und bitte, den Bericht nicht als erledigt zu betrachten.

Da ich nun einige Jahre hier im Rat bin, weiss ich, dass meine Redezeit kaum die Ratskolleginnen und Ratskollegen überzeugen wird, hat der »Chrüzlistich« doch oft auch eine prognostische Aussage. Eine kleine Hoffnung besteht, dass mir einzelne zugehört haben und vielleicht auch die GLP, die heute doch einen recht starken Biodiversitätstag hatte. Vielleicht könnte der eine oder andere der GLP mir hier ausnahmsweise zustimmen. Und andererseits hoffe ich, dass meine Botschaft auch bei der Regierung angekommen ist und dass ich wenigstens das hier habe deponieren können. Danke fürs Stehenlassen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher für das GAB ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GAB): Auch das GAB will die Motion von Sasha Mazzotti stehen lassen, darum stehe ich auch hier und gebe das zu Protokoll. Sasha Mazzotti hat eigentlich das Wesentliche schon erzählt. Auch wir sind nicht zufrieden mit dem Bericht. Es ist eine sehr schöne Auflistung von, was der Kanton alles macht zur Förderung und zum Schutz der Biodiversität in diesem Kanton, aber er geht eigentlich am Auftrag vorbei, den der Grosse Rat vor vier Jahren mit dieser Motion mitgegeben hat. Und unsere Erwartung war eigentlich schon, klar, bei Punkt 1, das sehen wir auch so, das war rechtlich nicht zulässig, diese Forderung, aber es gibt noch weitere Forderungen und die wurden da auch in der Debatte bestärkt durch die Voten der unterstützenden Parteien und Fraktionen. Und da sehen wir eben diese Forderungen nicht umgesetzt. Es bleibt bei Aktivitäten in dieser Aufzählung, die nicht die Umsetzung, also die Vermeidung oder die Verminderung oder das Auslassen von Pestiziden konsequent umsetzt. Beispiele hat Sasha Mazzotti da schon gebracht.

Ich könnte auch das mit dem Gold-Label bringen. Das freut mich sehr, dass Basel-Stadt jetzt das Gold-Label anstrebt, das habe ich auch schon bei einem anderen Geschäft lobend erwähnt. Ich freue mich auch, wenn das der Kanton Basel-Stadt



dann erreicht. Der Grund, dass wir es bisher noch nicht hatten, dass wir bis jetzt erst das Silber-Label haben, sind zum Beispiel die Pestizideinsätze bei den Sportanlagen. Und da schreibt der Regierungsrat, dass es jetzt beim Pfaffenholz biologisch bewirtschaftet wird, dass der Pestizideinsatz dort jetzt bei null ist oder gegen null ist, aber ich frage mich, wieso beim Pfaffenholz und nicht bei den anderen Sportanlagen. Es funktioniert, das wissen wir, und da wäre schon die Erwartung gewesen, wenn die Motion mit diesem Auftrag überwiesen wird, dass da halt dann wirklich gehandelt wird und bei allen Möglichkeiten, wo der Kanton direkten Einfluss hat, diese umsetzt.

Von dem her bitten wir Sie auch im Namen des GAB, diese Motion zum Stehenlassen zu empfehlen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Ausser SP und GAB haben ja laut »Chrüzlistich« alle ein als erledigt abschreiben eingetragen. Es hat sich sonst niemand zu Wort gemeldet. Ich werfe mich da in die Bresche und beantrage Ihnen, diese Motion als erledigt abzuschreiben. Sie hat einen sehr schönen Titel: Erhalt und Erhöhung der Biodiversität. Das ist ein reiner Etikettenschwindel, es geht schlicht und einfach darum, synthetische Pestizide auf Kantonsgebiet zu verbieten, üblicher Technologie und Fortschrittsfeindlichkeit. Es ist auch überraschend, dass gerade die Kreise, die ja ständig das Wort Klima und Klimakrise im Munde führen, hier nicht sich dafür einsetzen, dass wir auch mit wissenschaftlichen Mitteln zum Beispiel dafür sorgen, dass es mehr Ernten gibt respektive weniger Unkraut. Es soll alles nur mit biologischen Mitteln gemacht werden, okay, auch was im Labor entwickelt wird, ist schlussendlich biologisch, die Wissenschaft gibt einfach der Natur noch einen kräftigen Schupf.

Zur juristischen Situation. Offensichtlich interessiert es nicht, dass wir hier auf kantonalem Gebiet bei uns keine juristische Möglichkeit haben, dieses Verbot zu erlassen. Es gibt die umfassenden Regelungen auf Bundesebene und der Regierungsrat schreibt deutlich, es ist kein kantonales Verbot von synthetischen Pestiziden möglich. Anscheinend interessiert das nicht alle in diesem Saal. Wir haben ja auch eine sehr umfassende Biodiversitätsstrategie mit einem entsprechenden Massnahmenplan, darin sind entsprechende Einschränkungen von synthetischen Pestiziden enthalten. Also wir sind in unserem Kanton hier schon sehr gut unterwegs.

Ich möchte Ihnen beliebt machen, dass Sie wegen bereits in Arbeit und unnötig diesen Vorstoss als erledigt abschreiben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. Somit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich denke, es hat sich wirklich viel getan seit 2019, auch auf nationaler Ebene, indem es eben eine neue Gesetzgebung gibt im Pflanzenschutz. Es gibt auch den Aktionsplan Pflanzenschutz auf Bundesebene, es gibt wirklich sehr viel. Wir haben es auch in der Motionsbeantwortung aufgelistet und wir hatten heute doch schon mehrere Vorstösse zum Thema, was eben zeigt, es läuft sehr viel. Auch wenn ich mir die Fragen der Motion anschau, wo Sie darum bitten, dass wir uns einsetzen, dass die Biodiversität proaktiv ausgebaut wird, dass wir uns auch überregional einsetzen, diese Dinge erfüllen wir. Sie haben auch die Grünstadt Schweiz erwähnt, das Gold-Label, das wir anstreben. Auch da gibt es Kriterien, die wir erfüllen müssen, eben beispielsweise mit dem Pestizideinsatz bei Sportanlagen. Also Sie können sicher sein, dass wir mit diesem Gold-Standard, den wir anstreben, schon ein hohes Level erreichen werden. Ich hoffe sehr, dass wir es erreichen werden, aber dass wir zumindest danach streben und eben auch mit diesem Aktionsplan der Biodiversitätsstrategie, die ist übrigens noch ganz frisch, die wurde vor wenigen Monaten von uns verabschiedet, wir sind da mittendrin. Gewisse Aktionspläne sind noch in Erarbeitung, geben Sie uns jetzt diese Zeit, diese Dinge umzusetzen. Wir sind wirklich mittendrin und wenn Sie dann irgendwann denken, es fehlen noch Dinge, dann haben Sie natürlich wieder Gelegenheit, eine Motion oder einen Vorstoss einzureichen, aber ich denke, die Fragestellungen, die hier in der Motion aufgeworfen sind, haben wir so weit beantwortet.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst erledigt gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Sascha Mazzotti

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 49 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001726, 19.10.23 20:27:46]



Der Grosse Rat beschliesst

die Motion stehen zu lassen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 49 Nein-Stimmen bei 46 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.

46. Motion Jean-Luc Perret und Konsorten für den unterirdischen Schutz von Grünanlagenzonen

[19.10.23 20:28:03, 23.5217.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Für den Regierungsrat hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort. Sie verzichtet. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die SVP ist Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Der Motionär und seine linken Mitstreiter*innen wollen ja auch keine oberirdischen Parkplätze und von genau dieser Seite höre ich doch immer wieder, dass Parkplätze besser unterirdisch gebaut werden sollten. Nun will man auch das noch verbieten, auch an den Orten, wo es noch möglich wäre. Es ist von linker Seite nichts anderes als ein Kampf gegen das Auto. Dabei auch gegen alle Arten von Antrieben, also auch klimaneutrale. Sagen Sie es doch einfach mal ehrlich und stehen Sie dazu, was Sie wirklich wollen. Dass sich die GLP hier mit den linken Parteien verbündet, ist ebenfalls nichts Neues. Geben Sie doch dem L auch mal ein bisschen mehr Gewicht als eurem G und denken Sie dabei auch ein wenig an Ihr Mitglied und unseren ehrenwerten Grossratspräsidenten. Er braucht das L und bildet jeden Tag Fahrschülerinnen und Fahrschüler aus, die auch auf Parkplätze angewiesen sind.

Dem Motionär ging es ja grundsätzlich darum, unterirdische Parkmöglichkeiten beim Kinderspital zu verhindern. Das ist aus meiner Sicht schon sehr seltsam, nett ausgedrückt, zumal der Motionär noch angibt, mal den Beruf als diplomierter Pflegefachmann gelernt zu haben. Leider arbeitet er nicht mehr in diesem Beruf, sonst wüsste er, was es bedeutet, mit einem verletzten oder kranken Kind notfallmässig ins Spital fahren zu müssen. Es gibt sie nämlich noch, die Eltern, welche sich 24 Stunden um ihre Kinder kümmern und dies nicht anderen überlassen.

Ich gebe aber zu bedenken, dass es bei einem Spital wie auch bei einem Friedhof sehr wichtig ist, dass man ganz in der Nähe parkieren kann. Ich habe auch selber schon schlechte Erfahrungen machen müssen, als ich zu meinem kurz zuvor notfallmässig eingelieferten Grosskind gehen wollte und von einer Aufsichtsperson forsch darauf aufmerksam gemacht wurde, dass ich dort nicht parkieren darf. Ich sage jetzt hier lieber nicht, wie ich darauf reagiert habe, mein Auto liess ich natürlich stehen. All das wäre aber nicht nötig, wenn es dort eine Tiefgarage geben würde.

Grünanlagen sind zudem heute schon geschützt, also lassen Sie es mit dieser unnötigen Motion. Auch die SVP ist selbstverständlich für den Schutz an Grünflächen, wo dies verhältnismässig ist. Ich erinnere an die Stadtrandbebauung, Familiengärten Moostal und wir sind auch für den Erhalt von Bäumen und auch Neupflanzungen, wo dies möglich ist.

Nun, der Regierungsrat ist ja am Prüfen, wie man das Bauen im Untergrund besser regeln kann. Warten wir doch dieses Ergebnis ab und diskutieren wir dann darüber, was sinnvoll ist und was nicht. Überweisen wir nicht Motionen, welche im Vorfeld gute Lösungen von vornherein verunmöglichen, weil sie zu ideologisch und starr formuliert sind. Diese Motion bitte nicht überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Nicole Strahm-Lavanchy.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Im Namen der LDP und auch der FDP spreche ich hier gegen eine Überweisung dieser Motion.



Grünanlagen sind nicht nur Orte der Erholung, des sozialen Miteinanders, sondern sie erfüllen auch eine entscheidende Rolle im ökologischen Gleichgewicht unserer Städte. Sie dienen als grüne Lungen, absorbieren CO₂ bieten Lebensraum für verschiedene Tier- und Pflanzenarten und tragen zur Verbesserung der Lebensqualität für die Bewohnenden bei. Es ist zweifellos von höchster Bedeutung, diese Grünflächen zu schützen und zu bewahren. Wir wissen es alle und haben das heute wirklich zu Genüge gehört.

Dennoch bin ich der festen Überzeugung, dass eine pauschale Ablehnung von Gebäuden unter Grünanlagen zu kurz gedacht ist. Moderne Bautechniken ermöglichen es, Bauten im Untergrund umweltfreundlich zu gestalten, indem sie Rücksicht auf die natürlichen Bodenfunktionen nehmen, und es können auch sehr innovative Entwässerungssysteme eingesetzt werden. Landschaftsarchitektin und Spezialistin Rhea Mollet ist auch der festen Überzeugung, denn laut ihrer Aussage an der Medienkonferenz zu den Stadtklimainitiativen, zweimal Ja, können Bäume über Leitungen problemlos gepflanzt werden und es mit dem modernen Leitungsbau kein Problem mehr darstellt. Es sollte deshalb auch überhaupt kein Problem sein, dass eine geeignete Vegetation auf unterirdischen Bauten möglich ist. Es ist ja nicht so, dass es dies nicht auch schon gäbe. Nennen wir es also doch beim Namen, so wie mein Vorredner es auch gesagt hat, diese Motion zielt spezifisch auf den Tschudi-Park ab hinsichtlich ein Parking für das UKBB. Und das finde ich sehr schade, denn es geht hier nicht mehr um die Sache von wenig Sachpolitik und so und nicht mehr um die Verbesserung der Lebensqualität der anwohnenden Bevölkerung, sondern es ist hier nur noch Machtpolitik.

Die Grünanlage Tschudi-Park trägt ihren Namen seit 2010. Zuvor hiess die weitläufige Fläche schlicht Turnplatz und das zeichnet diesen Platz auch aus. Er ist grossflächig, frei von Bäumen, nur mit Rasen bedeckt und kann daher wunderbar unterbaut werden, eingerahmt von den alten bestehenden Bäumen. Alles kein Problem, frei nach Frau Mollet. Denn im Notfall zählt jede Minute. Möchten Sie das den Eltern und Kindern antun? Parkieren unter der Tschudi-Matte bedeutet je nachdem Leben retten.

Ich plädiere daher für eine differenzierte Betrachtung jeder einzelnen Baumassnahme. Es sollte möglich sein, umweltfreundliche Bauten unter Grünanlagen zu errichten, sofern sie strenge ökologische Standards erfüllen und keine nachhaltigen Schäden anrichten. Ein transparenter partizipativer Planungsprozess ist unabdingbar, um sicherzustellen, dass alle Interessen angemessen berücksichtigt werden. Alles kein Problem.

In diesem Sinne appelliere ich an Sie, einen ausgewogenen Ansatz zu verfolgen, der sowohl den Schutz unserer Grünanlagen als auch die Bedürfnisse einer wachsenden urbanen Bevölkerung berücksichtigt. Es ist möglich, eine nachhaltige Balance zu finden, die den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird, ohne dabei unsere kostbaren Grünflächen zu gefährden. Aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen, diese Motion abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die Mitte/EVP ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Es ist ausgesprochen wichtig, dass auf unserem urbanen und dicht bebauten Kantonsgebiet, Riehen und Bettingen ausgenommen, auch auf den Erhalt von Baumbeständen und Grünanlagen grosses Gewicht gelegt wird. Wir brauchen diese grünen Lungen für die Lebensqualität in der Stadt, nicht nur, wenn es heiss ist, sondern auch im Winter, wenn die Luftqualität schlechter ist.

Dennoch ist es problematisch, ein generelles Verbot einer auch nur teilweisen Unterbauung von Grünanlagen auszusprechen. Unter unserem Boden verlaufen unzählige Leitungen. Keller, Kanäle. Ich erinnere Sie daran, dass wir vor noch nicht langer Zeit unterirdische Quartierparkings forderten, um den ruhenden Verkehr von den Strassen zu bringen. Damit sollten die Outdoor-Aktivitäten der Anwohnenden gefördert werden. Es liegt auf der Hand, dass derartige Quartierparkings nicht einfach unter die Häuserreihen geschoben werden können.

Es dürfte auch dem Motionär hier um ein unterirdisches Parking gehen, das wurde ja schon erwähnt, nämlich um die Tschudi-Matte. Ich bitte Sie zu bedenken, dass wir mit unserem Spitalcampus mitten in der Stadt eine einmalige Situation haben, die der ganzen Bevölkerung nahe Wege zur Gesundheitsversorgung ermöglicht. Bezahlbar ist dies aber nur zusammen mit dem Kanton Baselland und gerade für diesen sind die Wege zum USB eben nicht kurz. Deshalb fordert das Baselbiet für seine Patienten Parkplätze. Geht das nicht, steht die Beteiligung von Baselland an unserer Spitalplanung auf dem Spiel und damit auch die Gesundheitsversorgung mitten in der Stadt, von der wir hier alle profitieren. Denn eines ist klar, ein Spital auf dem Bruderholz oder in Liestal könnte sehr viel unkomplizierter und mit einer unbeschränkten Anzahl an Parkplätzen auch für die Stadtbevölkerung gebaut werden. Machen wir uns da bitte nichts vor. Auch abgesehen von der Tschudi-Matte sind wir ein urbanes Zentrum im Dreiländereck, planen Herzstücke unter der Stadt hindurch, hoffen auf einen Zubringer Bachgraben, gut, nicht alle hier, aber ich zum Beispiel, der Grossbasel West entlasten soll. Diese und viele andere Projekte würden wir mit der Annahme dieser Motion massiv behindern.

Es muss möglich sein, diese Stadt zu entwickeln, ohne auf noch mehr gesetzliche Vorschriften eingehen zu müssen. Dass Bauvorhaben schon heute unglaublich langwierig und kompliziert sind, ist doch wirklich sattem bekannt. Komplizieren wir die Verfahren also nicht noch mehr. Dass nicht ohne Not Parkanlagen und alte Baumbestände beeinträchtigt werden,



können wir hier im Hause bei jedem Projekt noch genügend prüfen und gegebenenfalls beanstanden. Die Begrünung der Stadt mit Bäumen und anderen Pflanzen ist und bleibt ein zentrales Anliegen. Dazu gehören auch die alten Bäume und dass wir die nicht ohne Not fällen, dazu habe ich mich hier auch schon zur Genüge geäussert. Auch dann, wenn wir diese Motion nun nicht gutheissen, ist das wirklich ein zentrales Anliegen dieser Stadt.

Entsprechend bittet die Mitte/EVP-Fraktion Sie, diese Motion lediglich als Anzug zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Fina Girard.

Fina Girard (GAB): Grünräume haben einen unschätzbaren Wert für die Basler Bevölkerung und gerade viele solcher Grünflächen, die gibt es nicht. Basel ist mit einem Anteil von nur 13 Prozent Grünflächen das Schlusslicht im Schweizer Vergleich. Ein grüner Stadtpark bietet also nicht nur jeweils sehr vielen Baslerinnen und Baslern Erholung und Bewegung, ein grüner Park leistet auch einen ausschlaggebenden Beitrag an unser Stadtklima. Im Kannenfeldpark zum Beispiel ist die Wärmebelastung an Hitzetagen bis zu 10 Grad tiefer als beispielsweise auf dem versiegelten Messeplatz.

Diese kühlende Wirkung kommt aber nur dann zum Tragen, wenn die Vegetation eines Parks gesund ist. Unterbauen wir eine Grünanlage, unterbinden wir auch diesen Effekt, denn eine Unterbauung bedeutet eine enorme Stressbelastung für tief wurzelnde Pflanzen, wie zum Beispiel eben diese alten Grosskronigen und deshalb auch klimawirksamen Bäumen. Unterbauen wir also eine Grünfläche, geht ihr ökologischer und klimatischer Wert verloren.

Die Fraktion GAB war daher hochofret, dass der Schutz von öffentlichen Grünanlagen von einer Mehrheit des Grossen Rats anerkannt wurde und die Motion im Juni überwiesen wurde. Wir erachten die Antwort der Regierung aber als ungenügend, die Stossrichtung der Motion ist dabei gänzlich verloren gegangen. Die Regierung hat den klaren Auftrag, die Stadt Basel für eine heissere Zukunft fit zu machen. Dafür gibt es das Stadtklimakonzept, die Klimastrategie, das Ziel zur Schwammstadt zu werden. Bau- und Infrastrukturprojekte, die unseren knappen Grünraum gefährden, liegen daher weder im Sinne der Bevölkerung, noch sind sie mit unseren kantonalen Nachhaltigkeitszielen vereinbar. Zahlreiche grosse Bauvorhaben in den letzten Jahren wurden ohne grössere Unterbauung realisiert. Wenn Bauten unter der Erde nötig sind, dann soll zuerst dort angesetzt werden. Wir sind überzeugt, jedes unterirdische Bauprojekt kann ohne die Gefährdung von wichtigem Grünraum realisiert werden. Wir müssen nur die Prioritäten entsprechend setzen.

Die Fraktion GAB bittet Sie daher, die vorliegende Motion erneut als Motion zu überweisen und nicht wie von der Regierung beantragt, als Anzug.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Felix Wehrli, ich möchte zuerst etwas richtigstellen. Ich habe ein 20-Prozent-Pensum auf der Akutgeriatrie im Felix Platter Spital und feiere das zehnjährige Jubiläum dieses Jahr. Ich bin also nicht ehemaliger Pfleger, sondern ich mache das immer noch. Aber das ist nicht der einzige Punkt, bei dem ich gestolpert bin in ihrem Votum.

Wenn ich da meinen Zettel anschau, da steht kein einziges Mal das Wort Auto, da steht kein einziges Mal das Wort Tschudi, sondern es geht wirklich um Bodenschutz. Und wenn Sie zum Tschudi-Parkhaus Fragen haben, können Sie gerne zu mir kommen. Ich kann Ihnen aus dem Stand fünf bis zehn Punkte sagen, wie das UKBB seine Park-Probleme, die ich keineswegs bestreiten will, innert Kürze und ohne Quartier-Widerstand und ohne Grünanlage anzutasten, lösen könnte. Und jetzt komme ich zu dem, was ich geschrieben habe.

Die Fraktion der SP würde Ihnen auch beantragen, die Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen und nicht in einen Anzug umzuwandeln. Die erste Stellungnahme ist kurz und ich sehe das eigentliche Anliegen der Motion darin eben ungenügend abgebildet. Die Motion verlangt ganz einfach, dass der Boden unter Parks und unter Grünanlagen geschützt wird vor Unterbauung. Also nicht auf ein notwendiges Minimum beschränkt, sondern gar nicht. Und ich wiederhole es gerne noch einmal. Boden ist ein wichtiger Lebensraum und für unser Stadtklima eine entscheidende Grundlage. In den Boden versickert bei Regen das Wasser, es wird dort gespeichert und bei Hitze wieder abgegeben. Dabei versorgt es die Pflanzen und kühlt durch die Verdunstung die Umgebung. Im Boden können sich viele unterschiedliche Lebewesen zurückziehen, die alle eine Funktion in der Natur haben. Und im Boden breiten sich Baumwurzeln etwa im selben Volumen aus wie oberirdisch die Baumkrone.

Und gerade wir, die unabhängig vom politischen Lager bei jeder Gelegenheit mehr Bäume fordern und uns bei jeder Fällung öffentlich empören, wir sollten uns doch auch einig sein, dass wir die vielen schönen, alten, schattigen Bäume, die wir in unserer Stadt noch haben, bestmöglich schützen müssen. Bei jedem Gewitter im Sommer, bei Herbststürmen oder auch wenn ausnahmsweise einmal eine grössere Menge Schnee fällt, stürzen alte Bäume um. Daran sehen wir, dass diese alten Bäume jetzt schon zu kämpfen haben in der viel genutzten Stadt und im Klimawandel. Und wenn nun noch am Wurzelraum



gegraben wird oder zwei Meter unter der Oberfläche ein Betondeckel zig Quadratmeter verschliesst, dann machen wir ihnen das Überleben noch schwerer und das, Nicole Strahm-Lavanchy, das ist eben der Unterschied. Wenn wir die Wurzeln, die schon da sind, weggraben, dann stressen wir den Baum. Wenn er um etwas rum wachsen kann, das schon da ist, dann hat er es einfacher. Und das sollte auch das überwiegende öffentliche Interesse sein und nicht eine neue Zivilschutzanlage, für die es auf die Schnelle keinen besseren Standort geben soll. Dieses Beispiel mit der Zivilschutzanlage, das hat übrigens die Sprecherin des BVD im Regionaljournal gebracht und es hat mich nicht gerade beruhigt in meinen Sorgen.

Aktuell ist es eben noch so, dass unter Grünanlagen in solchen Fällen gebaut werden darf. Das steht so im Bau- und Planungsgesetz. Mit der Motion könnten wir dies sehr einfach ändern. Ich bin auch überzeugt, dass dies ohne weiteres mit den laufenden Planungen zur klimaangepassten Siedlungsentwicklung vereinbaren lässt. Zu prüfen gibt es eigentlich nichts, entweder man will den Boden schützen oder man will es nicht.

Zum Schluss möchte ich auch nochmals auf den Punkt in der Motion hinweisen, dass kleinere Bauten, wie ein IWB-Leitungstunnel, weiterhin möglich bleiben sollen. Angedachte Verkehrsprojekte, wie von Andrea Strahm angesprochen, der Rheintunnel oder das S-Bahn-Herzstück die werden ebenfalls nicht betroffen, da sie in grösserer Tiefe in den felsigen Untergrund gebohrt werden. Grössere Bauwerke aber, die gehören für mich ganz klar unter Gebäude oder versiegelte Flächen und nicht unter Pärke. Es gibt genügend Bauprojekte, wo das möglich wäre.

Ich beantrage also Zweitüberweisung als Motion.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen. Die eine von Daniel Seiler, die andere von Beat K. Schaller. Beide werden angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Ich möchte es einfach nochmal hören, wir reden also hier nicht von einem Lex Kinderspital-Parking bei dieser Motion? Ich möchte es vielleicht einfach für das Protokoll nochmal hören.

Jean-Luc Perret (SP): Ja, das bestätige ich Ihnen gerne. Es geht um einen Lex Park, Bodenschutz.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Beat K. Schaller bitte.

Beat K. Schaller (SVP): Ich habe hier auf Google Maps die Aufnahme der Obwaldnerstrasse, da ist in einem grossen Hinterhof unten drunter eine Tiefgarage. Sie sehen es, hier sind grosse blühende Bäume. Wie ist es denn möglich, dass hier die Bäume blühen und gedeihen, obwohl eine Tiefgarage darunter ist?

Jean-Luc Perret (SP): Dazu müsste ich wissen, ob die Tiefgarage älter als die Bäume ist, wie ich gesagt habe, dann ist es schon möglich.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Das Bauen im Untergrund wurde lange, zu lange vernachlässigt, sowohl auf nationaler Ebene als auch bei uns hier in Basel-Stadt. Was im Untergrund geschieht, hat oftmals grosse Implikationen für den Obergrund. Gerade in unserem Kanton, wo verdichtet wird, wo der Raum oftmals knapp ist, ist es umso wichtiger, den Bodenschutz jetzt zu regeln, denn die Grünflächen spielen eine zentrale Rolle für die Ökosystemleistungen sowie für die so nötigen Freiräume. Bodenbasierte Ökosystemleistungen in der Stadt, das heisst, Nutzen, den der Mensch aus dem Ökosystem Boden ziehen kann, Jean-Luc Perret hat es schon erwähnt, ist Wasserretention und Speicherung, Wasserreinigung, lokale Klimaregulierung, Regulierung des Nährstoffkreislaufes sowie Habitatbereitstellung. Das heisst, Artenvielfalt sowohl über dem Boden als auch im Boden.

Wir wissen es aus der Antwort der Regierung auf diese Motion sowie auch vom Votum unserer Regierungsrätin Esther Keller im Juni, die Regierung unterstützt das Anliegen grundsätzlich. Mit dem Stadtklimakonzept, unserer neuen Biodiversitätsstrategie sowie dem angestrebten Schwammstadt-Prinzip ist klar, wenn wir mehr Bäume wollen und den Boden als Schwamm benutzen möchten, dann müssen wir Sorge tragen zum Boden, ihn schützen. Fina Girard hat dies sehr schön beschrieben. Überlegen Sie einmal, wenn Sie Bäume in der Stadt betrachten, der Wurzelraum eines Baumes ist gleich gross wie der Durchmesser des von oben betrachteten Baumes, damit es einem Baum gut geht. Das ist wirklich viel Wurzelraum.



Bauen wir Quartierparkings und private unterirdische Parkgaragen unter Häuser und nicht unter den für unsere Stadt so wertvollen Grünanlagen mit ihrem wertvollen Boden. Eigentlich ist es auch Machtpolitik, grosse wichtige Gebäude wie das UKBB, das Biozentrum oder den ETH Zürich-Bau zu bauen ohne Parkings und dann, damit es günstiger wird, unter Grünanlagen zu bauen.

Deshalb überweisen wir Grünliberalen die Motion ein zweites Mal und bitten Sie darum, es uns gleich zu tun.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. Somit hat Regierungsrätin Esther Keller in der zweiten Runde das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich glaube, ich kann es kurz machen, so wie auch die Antwort kurz ist. Das hat zwei Gründe. Einerseits haben wir uns diesen Auftrag schon selbst gegeben, bevor dieser Vorstoss überhaupt überwiesen worden ist. Wir sind uns sehr bewusst, dass Unterbauung ein Thema ist, das sehr lange vernachlässigt wurde. Übrigens sind wir da nicht alleine, das haben sehr viele Kantone und auch der Bund vernachlässigt. Es ist uns sehr bewusst, dass wir da Nachholbedarf haben. Deshalb sind wir mitten in diesen Abklärungen, deshalb auch die etwas kurze Antwort und die Bitte, das als Anzug zu überweisen.

Heute ist noch nicht klar, ob wir das auch über einen einfacheren Weg lösen können, beispielsweise über eine Verordnung, oder ob das tatsächlich in ein Gesetz muss. So viel kann ich schon sagen, es ist insofern keine Lex Tschudi-Matte, als dass dieses Gesetz nicht greifen würde für dieses konkrete Projekt, das wäre nach altem Baurecht. Aber es ist klar, es ist natürlich, wenn Sie hier jetzt das als Motion überweisen, ein starkes Zeichen, also insofern keine Lex Tschudi-Matte, als dass dieses Gesetz bei diesem Projekt nicht mehr greifen würde. Dafür ist das Projekt zu weit fortgeschritten.

Aber ich denke, wir müssen das auch ganz unabhängig von diesem Projekt sehen. Wir sind da dran, wir sehen den Bedarf, den Untergrund besser zu regeln. In welchem Mass, in welcher Form, das soll jetzt ausgearbeitet werden, sorgfältig ausgearbeitet werden und Ihnen dann auch präsentiert werden. Deshalb bitten wir Sie, das als Anzug zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Der Regierungsrat beantragt, die Motion als Anzug zu überweisen. Fina Girard beantragt Überweisung als Motion, Felix Wehrli beantragt Nichtüberweisung.

Abstimmung

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 52 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001728, 19.10.23 20:54:11]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Motion entschieden mit 52 Nein-Stimmen bei 42 Ja-Stimmen und einer Enthaltung. Felix Wernli beantragt Nichtüberweisung. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 41 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001730, 19.10.23 20:54:59]



Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben die Motion erneut als Motion überwiesen mit 52 Ja-Stimmen bei 41 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

47. Anzug Franziska Roth-Bräm und Konsorten betreffend ÖV-Verbindung nach Inzlingen

[19.10.23 20:55:12, 15.5295.05]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Anzug ist erledigt.

48. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Öffnung der Unterführung Grenzacherstrasse für Velos/E-Bikes/Motorfahräder

[19.10.23 20:55:35, 21.5710.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum. Erster Fraktionssprecher für die Mitte/EVP ist Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Der Regierungsrat möchte meinen Anzug abschreiben. Gleichzeitig schreibt der Regierungsrat in seiner Stellungnahme aber, dass er die Veloinfrastruktur an der Kreuzung Grenzacherstrasse/Schwarzwaldstrasse verbessern wolle und auch schon Lösungsansätze dafür habe. Das ist sehr erfreulich. Weiter schreibt der Regierungsrat, dass beim Abschluss der Erhaltungsmaßnahmen an der Osttangente auf der Kreuzung Grenzacherstrasse/Schwarzwaldstrasse das BVD die Öffnung der Unterführung für Velos weiter untersuchen wird.

Deshalb finde ich es logisch und sinnvoll, dass der Regierungsrat zu diesem Zeitpunkt ausführlich berichtet, welche Erkenntnisse bei dieser Untersuchung gewonnen werden konnten. Zudem erwarte ich in der zweiten Beantwortung des Anzugs eine stichhaltige Begründung, weshalb denn die Unterführung für Velos, E Bikes und Motorfahräder nicht geöffnet werden kann. In der vorliegenden Stellungnahme wurde diese Begründung sehr kurzgehalten. Ich bitte Sie deshalb auch im Namen der Mitte/EVP-Fraktion, den Anzug stehen zu lassen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für das GAB ist Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GAB): Der ursprüngliche Anzugssteller Christoph Hochuli hat eigentlich schon das Meiste gesagt. Die Antworten in der ersten Anzugsbeantwortung des Regierungsrats sind mehr oder weniger zufriedenstellend. Es sieht ja danach aus, dass man dann, wenn das ASTRA auch noch einverstanden ist und die Bauarbeiten dort auf dem Knotenpunkt fertig sind, eventuell diese Unterführung aufmachen könnte. Wenn es nach mir ginge oder nach dem Grün-Alternativen Bündnis, könnte man die Unterführung gerade sofort aufmachen, wenn es nach mir ginge, sogar auch im gemeinsamen Verkehr. Man könnte aber durchaus auch mal ausprobieren, diese für die Automobilisten und -mobilistinnen zuzumachen und nur Velofahrer*innen dort unten durchzuführen. Ich denke auch, mit dieser Spurenkreuzung vorher, das wäre kein Problem.

Wir sind aber bereit, noch ein bisschen abzuwarten, wenn das nötig ist. Es ist einfach ganz wichtig, dass die Pendelroute dort endlich einmal sicher wird für die Velofahrer*innen. Lorenz Amiet, habe ich gesehen, ist nachher auch noch auf der



Rednerliste, der sich ja jeweils in der Solitude ärgert, wenn alle Velofahrer*innen dort durchfahren und das ist halt einfach immer noch die beste Ausweichroute für diese Strecke und da müssen wir wirklich schauen, dass es vorwärts geht auf dieser Kreuzung Schwarzwaldstrasse/Grenzacherstrasse.

Lassen wir es doch einfach stehen, weil dann bleibt es pendent bei Esther Keller und dann geht sicher nicht verloren, die Idee, dass wir eigentlich dort eine super sichere Unterführung dieses Knotenpunktes haben. In dem Sinn bittet das Grün-Alternative Bündnis Sie, den Anzug stehen zu lassen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Danke meinem Vorredner herzlich, dass er schon einen Drittel meines Votums vorweggenommen hat. Aus diesem Grund habe ich schliesslich auch diesen Anzug mitunterzeichnet, weil in der Tat ist es ein grosses Anliegen von mir, dass die Solitude-Promenade vom Fahrradverkehr entlastet wird.

Nun, die Regierung hat geprüft und sie hat berichtet und sie hat für die SVP nachvollziehbarerweise berichtet, warum diese Idee vielleicht nicht die allerbeste ist. Die Stichworte wurden schon genannt, Kompetenzen des ASTRA, Platzverhältnisse, usw. Viel wichtiger, und das wurde bis jetzt nicht erwähnt, die Regierung hat die Alternative aufgezeichnet. Man kann das gleiche Ziel oder praktisch das gleiche Ziel viel rascher erreichen mit oberirdischen Massnahmen, indem man die Velospuren erweitert, ergänzt, vergrössert oder Bus-/Velo-Kombispuren einführt. Und diese Lösung überzeugt uns von der SVP wesentlich mehr, als an dieser Idee der Unterführung festzuhalten.

Aus diesem Grund bitten wir Sie, den Anzug abzuschreiben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Im Namen der SP kann ich es kurz machen, denn wie meistens, wenn Antworten, Massnahmen und weitere Prüfungen sich ankündigen, dann beantragen wir, den Anzug stehen zu lassen. So auch hier.

Die schnell umsetzbaren Massnahmen, die wurden genannt von Lorenz Amiet. Wir möchten diese gerne sehen und dann den Anzug abschreiben. Und das andere sind diese Ideen, die der Regierungsrat aufgebracht hat, nach den Erhaltungsmassnahmen des ASTRA an der Osttangente, und das wäre dann auch nicht mehr so weit entfernt, das ist ab 2025, dann könnte man das bestimmt auch noch ausführlicher begründen, weshalb diese Unterführung jetzt befahrbar oder nicht befahrbar ist.

Wir finden, dieser Anzug hat seine Wichtigkeit, auch in der Diskussion um die Solitude-Promenade und S-Bahnstation, und deshalb wünschen wir uns, wie auch der Anzugstellende, eine neuerliche Berichterstattung und bitten Sie, den Anzug stehen zu lassen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. Somit hat in der zweiten Runde Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Diese Achse, die ist wirklich verbesserungswürdig. Es ist wichtig, dass wir da Verbesserungen erzielen für den Veloverkehr und deshalb haben wir uns jetzt als Departement auch nicht mit dem zweiten Teil der Antwort zufrieden gegeben. Wir sehen einfach, dass bis zu diesen Arbeiten an der Osttangente 2028 das schwierig ist. Ich komme noch mal darauf zurück. Wir haben uns nicht damit zufrieden gegeben und Lösungen gesucht, wie man schneller auch Verbesserungen umsetzen kann und das werden wir tun voraussichtlich bis Ende nächstes Jahr.

Beim Knoten selbst ist es so, dass das ASTRA nicht nur für die Autobahn zuständig ist, sondern auch quasi Einspracherecht oder ein Mitspracherecht hat, was die Kreuzungen gleich unmittelbar bei den Autobahnen anbelangt. Weil es darum geht, dass wenn beispielsweise wir mit der Kreuzung etwas machen würden, was sich dann in einen Rückstau auf die Autobahn niederschlägt, ist es natürlich problematisch. Deshalb hat das ASTRA das Recht, bei dieser Kreuzung mitzudiskutieren. Und solange diese Ertüchtigungsmassnahmen auf der Osttangente stattfinden, wird dieser Knoten dort stärker belastet sein und wir werden keine Erlaubnis vom ASTRA bekommen, diese Unterführung nur für Velos zu öffnen. Ich spüre dort eine Offenheit für die Zeit danach, aber nicht während diesen Arbeiten und das bringt mich jetzt etwas in Bedrängnis, weil ich nicht weiss, was ich bis ins Jahr 2028 Ihnen alle zwei Jahre berichten soll. Aber es ist klar, ich glaube, ab 2028 ist wieder etwas möglich.



Das Kurzfristige machen wir und wir werden es auch ganz sicher nicht vergessen, weil ich glaube, genau diese Achse ist auch etwas, was uns weiterhin beschäftigen wird, auch weil bei der Solitude jetzt nicht ganz kurzfristige Massnahmen möglich sind.

Deshalb bitten wir Sie, diesen Anzug abzuschreiben und wir sind dran, mit dem ASTRA Lösungen zu finden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 54 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001733, 19.10.23 21:04:49]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug stehen zu lassen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 54 Nein-Stimmen bei 41 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

49. Interpellation Nr. 74 Eric Weber betreffend Flughafen-Bus in Basel - warum ist dieser kostenfrei für Reisende, die in Deutschland buchen? Wer bezahlt das?

[19.10.23 21:05:05, 23.5303.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugeteilt. Der Interpellant hat die Möglichkeit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe mehrere Sachen aufgedeckt als Grossrat, die Zeitungen schreiben immer darüber. Zu dieser Sache muss ich sagen, es ist ein Rekord. Ich habe zwei schriftliche Anfragen gestellt zum gleichen Thema und diese Interpellation. Man muss sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen, zwei schriftliche Anfragen und diese Interpellation, weil die Antwort immer wieder von der Regierung verschwiegen wird.

Ich bin mit der Antwort sehr unzufrieden und ich möchte das begründen. Ich werde diese Anfrage über andere Abgeordnete in den deutschen Bundestag bringen und dann werden wir die Antwort bekommen. Ich habe eine normale Frage gestellt, wie viel Geld bekommt Basel-Stadt für den Flughafen-Bus aus Deutschland. Sie wissen alle, Geld regiert die Welt. Die Sache ist komplex und ich komme bei meiner Interpellation nicht weiter. Die Fragen wurden nicht beantwortet. Die Fragen werden sogar falsch beantwortet von der Regierung.

Ich fange bei der letzten Frage an, Frage 4. Ich habe gefragt: Ist es folgerichtig, dass man mit dem 49-Euro-Ticket auch in ganz Basel kostenfrei fahren kann? Und da sagt die Regierung: Eric Weber, und die Antwort ist falsch, mit dem 49-Euro-Ticket können Sie vom Badischen Bahnhof bis zum Bahnhof SBB fahren. Das ist eine Antwort, aber nur ein Teil ist richtig. Das würde vielleicht eine ungenügende Note geben in der Schule, das würde vielleicht eine 3 geben, aber keine 6. Mit dem 49-Euro-Ticket können Sie auch vom Badischen Bahnhof nach Riehen fahren. Sie können auch mit dem Tram von Weil am Rhein, mit dem Tram-Nummer 8, bis zur Endstation fahren, weil die Bahn von Deutschland kommt. Die Regierung gibt mir falsche Antworten und darum bin ich sehr unzufrieden mit dieser Interpellation.

Ich möchte Ihnen mal sagen, was bei Frage 1. steht. Ich frage: «Warum kommt kein Geld von Deutschland für den Flughafen-Bus?» Dann sagt die Regierung: «Der Kanton sei nicht an der BVB beteiligt und die Leistungen werden der BVB vergütet.» Aber wir als Kanton haben die Oberhand über die BVB. Und jetzt widerspricht sich die Regierung schon bei der



Frage 2. Ich frage dort: «Welche Vereinbarung besteht konkret zwischen wem, dass der Flughafen-Bus in Basel kostenfrei ist?» Und da sagt die Regierung: «Der Flughafen-Bus in Basel ist nicht kostenfrei, für die Fahrt muss ein Rail&Fly-Ticket erworben werden. Für die Verrechnung besteht eine Vereinbarung zwischen der Deutschen Bahn und der SBB.» Aber ich will wissen, wie viel Geld die Schweizer aus dem Ausland für den Flughafen-Bus bekommen. Einmal heisst es, der BVB wird da vergütet, jetzt heisst es, die SBB bekommt das vergütet von der Deutschen Bahn.

Ich werde das anfragen lassen im deutschen Bundestag von der deutschen Regierung, dann müssen sie uns antworten und ich bin davon überzeugt, dass dann eine Antwort kommt: Ja, Basel schenkt uns das. Wir müssten für den Flughafen-Bus mindestens drei Millionen Franken pro Jahr bekommen, aber ich sage Ihnen, in Wahrheit bekommen wir vielleicht einen symbolischen Beitrag von 1'000 Franken. Und das kann nicht sein, weil das Rail&Fly-Ticket wird in Deutschland pro Tag 850'000-mal verkauft und mit dem Ticket können Sie den Flughafen-Bus nehmen. Von diesen 850'000 verkauften Tickets pro Tag fliegen natürlich nicht alle von Basel, aber ein grosser Teil.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

50. Interpellation Nr. 102 Stefan Wittlin betreffend Verkauf der Allmendflächen der Globus-Arkaden

[19.10.23 21:10:41, 23.5394.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Stefan Wittlin (SP): Wir kennen alle diese Baustelle hier in direkter Nachbarschaft, es ist auch nicht die erste Interpellation zu dieser Baustelle. Ich war im Sommer überrascht, als ich die mediale Berichterstattung gelesen habe, dass die Arkaden des Globus nun doch geschlossen werden sollen und habe dazu einige Fragen gestellt.

Vorweg möchte ich sagen, dass ich dem Projekt grundsätzlich positiv gegenüberstehe. Ich habe einen persönlichen Bezug zum Architekturbüro, das dieses Projekt umsetzt. Das war mein erster Arbeitgeber nach meinem Architekturstudium. Ich habe da quasi meine Lehre als Architekt absolviert und weiss, wie gut die Arbeit ist, das dieses Büro macht, und habe deshalb auch grosses Vertrauen in dieses Architekturbüro.

Ich war deswegen auch in persönlichem Kontakt, nachdem ich die Interpellation eingereicht hatte, auch mit der Grundeigentümerschaft und da hat sich einiges geklärt, insbesondere zur Kommunikation, weil es war wirklich etwas verwirrend. Man hat ursprünglich damit gerechnet, dass der Globus die Arkaden schliessen möchte, dann hat er das Baugesuch eingereicht ohne eine Schliessung der Arkaden und nicht nur das, sondern er hat auch eine Visualisierung erstellt, wo man das Projekt sah mit dieser neuen aufgefrischten Fassade mit dem Erhalt der Arkaden. Das hat die Online-Berichterstattung von Architektur Basel sogar dazu bewogen, eine Richtigstellung machen zu müssen. Spätestens dann hätte der Globus beziehungsweise die Grundeigentümerschaft oder auch die Architekten reagieren müssen und das richtigstellen, dass das nach wie vor vorgesehen ist, diese Arkaden zu schliessen. Vielleicht wäre dann etwas mehr Klarheit da gewesen von Anfang an.

Nun zu den konkreten Fragen und Antworten. Einerseits gab es Fragen zur Verkehrssituation, weil der Raum dadurch enger wird und da ist zwar jetzt nicht viel Neues zu finden in der Beantwortung, aber die Antworten sind für mich schlüssig und nachvollziehbar. Wir werden ja dann mit dem Vorprojekt zur Schifflande auch im Detail sehen, wie das aussieht. Was mich hier freut, ist, dass explizit auch bestätigt wird, dass geprüft wird, vom Marktplatz bis zur Mittleren Brücke durch die Eisengasse eine Begegnungszone einzurichten.

Der andere Teil der Fragen bezog sich auf die Arkaden und für mich war eigentlich die Kernfrage jene nach dem öffentlichen Interesse für diesen Deal. Für die, die es nicht wissen, heute ist diese Fläche Allmend. Die soll also verkauft werden und die Baulinie soll nach vorne geschoben werden, damit der Globus seine Schaufenster nach vorne rücken kann. Ich habe den Regierungsrat gebeten, das öffentliche Interesse dieses Deals darzulegen und was hier drinsteht in der Beantwortung ist eine Auflistung folgender Begriffe. Es steht, für eine Schliessung sprechen insbesondere verkehrliche, städtebauliche, denkmalpflegerische, betriebswirtschaftliche und sicherheitstechnische Argumente. Mehr weiss ich nicht dazu.

Bei einigen dieser Begriffe weiss ich wirklich auch nicht, was denn daran ein öffentliches Interesse sein soll. Verkehrliche, denke ich, können wir von mir aus abhaken. Ich sehe keinen Vorteil verkehrlich, deshalb überrascht es mich. Dann



städtebauliche, denkmalpflegerische kann man sicher so auslegen und ich weiss auch von den Architekten, dass das ihr grosses Anliegen ist. Aber wenn man über den denkmalpflegerischen Ansatz spricht, dann muss man einfach im Bewusstsein behalten, dass hintendran ein Neubau entsteht, dass wirklich nur die Fassade da bleibt beziehungsweise rekonstruiert wird. Zu gewissen Teilen wird rekonstruiert, wo von Anfang an eine Arkade war. Ich finde einfach wichtig, dass man diesen Hintergrund kennt. Dann betriebswirtschaftliche Aspekte, für den Globus glaube ich schon, aber für uns als Öffentlichkeit, das wage ich zu bezweifeln.

Alles in allem bin ich etwas enttäuscht, weil diese Auslegung fehlt des öffentlichen Interesses und deshalb bin ich nur teilweise zufrieden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

51. Interpellation Nr. 112 Lisa Mathys betreffend Einschätzungen zur Verkehrsentwicklung im Osten der Stadt

[19.10.23 21:16:15, 23.5426.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Lisa Mathys (SP): Besten Dank für die Beantwortung meiner Interpellation. Ich erkläre mich teilweise befriedigt. Ehrlich gesagt, bin ich immer noch sehr verwirrt darüber, weil ich nicht verstehe, was genau unsere Regierung plant und will und was genau unsere Regierung wirklich auch in Bundesbern tun und unternehmen wird, damit wir in Basel-Stadt etwas von diesen grossen Projekten haben. Deshalb erkläre ich mich im Moment für teilweise befriedigt und wir werden sehen, wie es mit diesen Autobahnbindungen weitergeht.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

52. Motion Sandra Bothe und Konsorten betreffend die gesetzliche Verankerung bezüglich der Förderung der Weiterbildung der Basler Bevölkerung

[19.10.23 21:17:22, 23.5030.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Für den Regierungsrat das Wort hat Regierungsrat Conradin Cramer. Er verzichtet. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erste Fraktionssprecherin für die GLP ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Wer rastet, der rostet. Erfolgreich unterwegs ist heute, wer bereit ist, sich kontinuierlich weiterzubilden und immer wieder mal neu zu erfinden. Die Frage, wie der Erhalt und die Förderung der Arbeitsmarktfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Kanton Basel-Stadt erreicht und gesetzlich verankert werden kann, ist der Kern dieses Vorstosses.

Die Stellungnahme der Regierung, die darauf hinweist, dass bereits heute Weiterbildungsbeiträge verfügbar sind, um den Aufstieg in der gelehrten Berufsrichtung, eine Zweitausbildung oder Umschulung zu unterstützen, greift das Hauptanliegen der Motion denn auch nur teilweise auf. Travail Suisse verdeutlicht die unterschiedlichen Weiterbildungspartizipation der Bevölkerung in der Schweiz nach Bildungsstand. Gerade mal 31 Prozent der Arbeitnehmenden ohne nachobligatorische Bildung profitieren von einer durch den Arbeitgebenden unterstützten Weiterbildung. Für Personen mit einem Abschluss auf



Sekundarstufe 2 beträgt der Anteil 56 Prozent. Immerhin. Hingegen liegt der Weiterbildungsanteil bei Arbeitnehmenden bei einem Tertiärabschluss bei 75 Prozent.

Der Dachverband fordert unter anderem denn auch, die Hürden zum Zugang zur Weiterbildung abzubauen und meint weiter, Arbeitnehmende müssen dafür bereit sein, aber Arbeitgeber müssen auch fördern und die öffentliche Hand unterstützen. Der Besuch von Weiterbildungen ist jedoch auch von den Ressourcen und Mitteln der Arbeitgebenden abhängig. Dies soll sich nicht zum Nachteil der weiterbildungswilligen Arbeitnehmenden auswirken. Die finanzielle Unterstützung durch den Bund von 50 Prozent der Kosten für eidgenössische Abschlüsse an höheren Fachschulen im Rahmen des Programms Berufsbildung 2030 ist sicher eine entscheidende Initiative für den Arbeitsmarkt. Das will ich ja gar nicht bestreiten. Im Gegenteil. Im Sinne einer Gleichbehandlung wäre sogar eine Übernahme der Studienkosten für diplomierte Berufsleute im gleichen Umfang wie für Maturanten und Maturantinnen eine Idee, die man weiterverfolgen könnte. Dies auch im Sinne der Stärkung der Berufslehre.

Es ist aber von grundlegender Bedeutung, dass Weiterbildung nicht ausschliesslich für diejenigen gefördert wird, die höhere Abschlüsse anstreben, sondern auch für diejenigen, die ihre Fachkenntnisse vertiefen und weiterentwickeln wollen, um in ihrem Berufsfeld fit zu bleiben. Indem wir hauptsächlich die höhere Bildung und Qualifikation fördern und mitfinanzieren, vernachlässigen wir die Fachkräfte an der Basis. In der Konsequenz heizen wir den Fachkräftemangel auf dieser Ebene einfach an. Wir befördern sie quasi weg. Entscheidend ist doch, zufriedene, qualifizierte und spezialisierte Fachkräfte in allen Bereichen zu haben. Die Gesellschaft ist darauf angewiesen. Und ein Mittel gegen den Fachkräftemangel ist, Arbeitnehmende gezielter auf dem Arbeitsmarkt anzusprechen, indem wir in ihre Weiterbildung auf allen beruflichen Ebenen investieren und ihr Potenzial besser fördern.

Ich bedanke mich beim Regierungsrat für die fundierte Stellungnahme. Sie führt aus, dass dringender Klärungsbedarf für klare Kriterien in der Weiterbildungsförderung besteht und die Abgrenzung von Ausbildung zu Weiterbildung essenziell sei, um gezielt Förderung zu ermöglichen. Die GLP verweist sodann auf die angesprochenen Arbeitsmarktstipendien, die die Stadt Zürich eingeführt hat. Sie unterstützt ihre Einwohnenden mit Beiträgen an die Weiterbildung, wenn ihnen die Weiterbildung dabei hilft, ihre Stellung auf dem Arbeitsmarkt zu sichern und zu verbessern und hat dafür bereits Kriterien festgelegt. Die Grünliberalen finden dieses Modell sehr prüfenswert.

In diesem Kontext unterstützen wir die Umwandlung der Motion in einen Anzug. Wir vertrauen aber darauf, dass mit der Klärung der Kriterien auch tatsächlich der Weg geebnet wird, Menschen in Basel-Stadt, die sich weiterentwickeln wollen, zielgerechter zu fördern. Wir stehen vor erheblichen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt, sei es durch den technologischen Wandel oder die demografischen Veränderungen. Wir müssen sicherstellen, dass alle die Möglichkeit haben, ihre Chancen zu nutzen. Wenn die Bevölkerung ihr Potenzial besser ausschöpft, ergeben sich daraus positive wirtschaftliche Effekte, von denen die Gesellschaft als Ganzes profitiert. Ich freue mich über alle Mitunterstützung für die Überweisung als Anzug und danke Regierungsrat Conradin Cramer, dass er ihn entgegennimmt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist die Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Ich halte wieder ein Doppelvotum, dieses Mal für die SVP und die LDP und unsere beiden Fraktionen empfehlen Ihnen, diesen Vorstoss abzuschreiben, anstelle ihn als Anzug zu überweisen. Und bevor man uns irgendwelche Argumente im Mund umdreht, wir sind nicht gegen Weiterbildungen. Wir sehen auch, dass Weiterbildungen wichtig sind, gerade im Kampf gegen den Fachkräftemangel, aber nicht, wenn es über die individuelle Steuerung geht, wie dies hier gefordert wird. Meine Vorrednerin hat sehr viel zu Zielgerichtetheit gesagt. Das ist wichtig, aber die erreichen wir nicht, wenn wir einfach allen Weiterbildungsgutscheine zur Verfügung stellen, wie das gefordert wurde. Die erreichen wir dann, wenn die Arbeitgebenden, die Mühe haben, ihre Arbeitskräfte zu fördern und ihnen Weiterbildungen zu ermöglichen oder daran zu zahlen, wenn diese Personen unterstützt werden. Dort kann auch geprüft werden, in welchem Rahmen der Kanton das übernehmen kann. Ansonsten möchte ich, wie schon beim ersten Votum zu diesem Thema, darauf hinweisen, dass jeder Arbeitgeber, der seine Mitarbeitenden mit einer Weiterbildung unterstützt, dies dann schlussendlich eigentlich nicht im Gewinn hat, der schlussendlich besteuert wird, das heisst Weiterbildungen zu finanzieren, ist schon in einem gewissen Masse attraktiv.

Und noch zum Fachkräftemangel. Auch hier ist es ja so, nicht alle Branchen sind betroffen zum Glück. Das heisst aber, dass besonders dort angesetzt werden muss, wo wir den Fachkräftemangel haben und wo er am stärksten ist und wo er uns am schnellsten das Genick bricht.

Aber die Forderung, wie sie hier gefordert wurde, die können weder die SVP noch die LDP unterstützen und wir hoffen sehr, dass der Regierungsrat in der weiteren Prüfung, die, wenn man auf die Kreuztabelle schaut, sehr wahrscheinlich ist in Form eines Anzugs, dort dann darauf eingeht, wo die Weiterbildungslücke geschlossen werden könnte und wo wirklich Unterstützung durch den Kanton notwendig ist. Denn eine pauschale Staatsunterstützung für Weiterbildungen, die hier gemäss ursprüngliche Forderung nicht besonders an die Zielgerichtetheit anknüpft, das kann es wirklich nicht sein.



Entsprechend bitten wir Sie, diese Motion, die Stellungnahme abzuschreiben, diesen Vorstoss nicht weiter zu behandeln und ich danke Ihnen herzlich für die Aufmerksamkeit.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als Anzug zu überweisen. Annina von Falkenstein beantragt die Nichtüberweisung. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

67 Ja, 26 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001742, 19.10.23 21:25:53]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion in einen Anzug umzuwandeln und dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben die Motion als Anzug überwiesen mit 67 Ja-Stimmen bei 26 Gegenstimmen und keiner Enthaltung.

53. Motion Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Schaffung einer Fachstelle «Schule und Kultur» nach dem Vorbild des Kanton Zürichs - aus bestehenden Ressourcen

[19.10.23 21:26:05, 23.5123.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion bis Sommer 2025.

Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Conradin Cramer. Er verzichtet. Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Erste Fraktionssprecherin für die SP ist Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Ich erinnere mich an die Erstüberweisung. Es war Donnerstag, der 11. Mai kurz vor 12 Uhr, daher habe ich mein Votum damals drastisch gekürzt. Denn ich hatte grosse Unterstützung und die Überweisung hat geklappt. Die Regierung wollte es allerdings nicht und die Antwort, rechtlich unzulässig ein Killerargument. Wenn der Bedarf und die Notwendigkeit verstanden worden wären, wäre es sicherlich irgendwie möglich gewesen und die rechtliche Unzulässigkeit wäre nicht so ein Thema gewesen. Unabhängig davon, als Motionärin stelle ich fest, dass es vorbildlich gut funktionierende Beispiele in Zürich, Aargau, Luzern und der Ostschweiz gibt, die sich bestens bewähren. Das ED stellt sich auf den Standpunkt, dass hier alles in Butter ist bei uns, was in meinen Augen nicht stimmt. Das Vorbild Schule+Kultur in Zürich mit der Fachstelle ist ein Beispiel, so ein Vorbild.

Wenn das ED verstehen würde, worum es mir geht in dieser Motion und die Notwendigkeit anerkennen würde, könnten sie es von mir aus ganz anders bewerkstelligen. Die Forderung ist von Seiten unterschiedlicher Kulturschaffenden schon lange da. Es gibt diverse Konzepte und Vereine, die jeweils beim ED abblitzen. In der Antwort steht, dass eine Überarbeitung des Bildungsserver eduBS ansteht. Es wird möglicherweise kleine Verbesserungen mit sich bringen, aber das Thema ist die Schnittstelle, das Kuratieren, das Bündeln der Angebote und davon steht nirgends.

Es gibt auch Missverständnisse in der Antwort. Es geht nicht, wie vom ED in ihrer Antwort impliziert, um die Qualität der Angebote. Davon gibt es wirklich viele in Basel, sie sind sehr umfangreich und qualitativ hochstehend. Zitat ED: «Es gehört zu den Kernaufgaben der Lehr- und Fachpersonen, Bezüge zu den Kompetenzen des Lehrplans 21 herzustellen und dem Besuch einer Ausstellung oder einer Veranstaltung in den Unterricht einzubetten». Das Einbetten und die Bezüge schaffen, das wäre auch bei einer Kuratierung nach wie vor bei den Lehrpersonen. Zudem, das Modell einer Fachexpertin beziehungsweise Ansprechperson hat mit dem PZ.BS in Basel Tradition und ist bewährt. So gibt es das schon für die Fächer Mathe, Gestaltung, Französisch und Schulentwicklung. Es ist also nichts Artfremdes, was ich hier fordere.



Ich hätte nichts gegen einen Anzug gehabt, wenn die Antwort des Regierungsrates gewesen wäre: Wir sind dran, wir sehen das Thema. Wir werden mit der Abteilung Kultur zusammenarbeiten. Irgendsoetwas. Aber die Regierung will einen Anzug, damit sie in zwei Jahren berichten kann, wie sich die Webseite verbessert hat. So kommt es mir vor.

Ehrlich gesagt, ich bin unschlüssig. In der Fraktion haben wir besprochen, es als Anzug zu überweisen, so wie es die Regierung vorschlägt. Wissen Sie, und das werden Sie wahrscheinlich nicht oft aus meinem Mund hören, machen Sie, was Sie wollen, aber unterstützen Sie mich beim nächsten Vorstoss, Schule und Kultur 2.0, demnächst in diesem Saal.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Ich schon wieder, dieses Mal nur für die LDP. Schon bei der Erstüberweisung durfte ich auch zu diesem Geschäft votieren und schon dort habe ich auch verschiedenste Möglichkeiten, Synergien und wechselseitige Erfahrungen, die bereits heute in der Lehrerschaft vorhanden sind und in der Schulleitung und in der Schuladministration bewusster zu sammeln und zu nutzen, hingewiesen. Jetzt können wir noch schwarz auf weiss lesen, es braucht diese Fachstelle nicht zwingend. Es ist schon sehr viel abgedeckt, nicht zwingend unter einem Dach, aber die Infos und Ansätze, die sind da. Deshalb braucht es die Fachstelle eben nicht.

Ich bitte Sie erneut und will gar nicht viel mehr Zeit dazu verlieren, dieses Geschäft hier abzuschreiben, nicht zu überweisen, denn es gibt die Ansätze, sie sind auch wichtig, das bestreiten wir nicht, aber es braucht dafür nicht eine weitere gepoolte Stelle. Deshalb bitte nicht überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SVP ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Ich bitte Sie, die Motion abzuschreiben und nicht als Anzug zu überweisen.

Ich habe vom Regierungsrat noch selten eine so klare Argumentation und Auflistung gesehen, dass ein Vorstoss keinen Sinn macht. So sagt er zum Beispiel, den Besuch einer Ausstellung, Veranstaltung in den Unterricht einzubetten und einen Bezug zu den Kompetenzen im Lernplan 21 herzustellen, sei Kernaufgabe jeder Lehrperson oder Fachperson. Und wenn es eine Kernaufgabe ist, dann gehe ich jetzt mal davon aus, dass die Lehrpersonen und Fachpersonen fähig sind und dementsprechend auch ausgesucht werden und es erwiesen ist, dass man ihnen das zumuten kann. Die Lernpersonen sind also absolut fähig, um die nötigen kulturellen Angebote passend zu ihrem Unterrichtsstoff zu finden. Sie können auch direkt mit den Veranstaltern die Angebote prüfen und selber fündig werden. Weiter führt der Regierungsrat aus, dass den Lehr- und Fachpersonen neben dem Bildungsserver weitere Plattformen zur Verfügung stehen. Diese seien stets aktuell. Für Theaterproduktionen bietet das ED sogar nochmals eine eigene Datenbank an.

Das regierungsrätliche Fazit des Ganzen ist, dass ein Transfer der Ressourcen und des Fachwissens in eine neue Abteilung keinen Sinn macht. Und wenn die Regierung die Sinnlosigkeit so klar formuliert, macht es für uns keinen Sinn, diese Motion auch noch als Anzug zu überweisen, sondern es macht Sinn, diese Motion konsequent abzuschreiben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Regierungsrat Conradin Cramer verzichtet auf ein Votum in der zweiten Runde. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Regierungsrat beantragt, die Motion als Anzug zu überweisen. Annina von Falkenstein beantragt Nichtüberweisung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 33 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001744, 19.10.23 21:34:26]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion in einen Anzug umzuwandeln und dem Regierungsrat zu überweisen.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben sich für Überweisungen als Anzug entschieden mit 59 Ja-Stimmen bei 33 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

54. Motion Alex Ebi und Consorten betreffend Planung eines neuen Hallenbads und einer neuen Publikumssporthalle

[19.10.23 21:34:40, 20.5443.03]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, für die beiden Motionen die Frist um zwei Jahre zu erstrecken.

Möchte der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet. Ich habe keine Fraktionssprechenden eingetragen. Wir kommen zu den Einzelsprechenden. Erster Einzelsprecher ist Thomas Gander.

Thomas Gander (SP): Ich spreche hier als Einzelsprecher und auch als Mitglied des Initiativkomitees des 50-Meter-Schwimmbeckens. Ich bestreite das gar nicht, dass es diese Fristverlängerung braucht. Die Initiative, die Abstimmung wurde auch verlängert auf irgendwann bis 2025, wo die Abstimmung dann stattfindet, aber ich möchte meine Sorge ausdrücken. Und zwar besteht meines Erachtens im Moment die Situation, dass wir in eine totale Blockade in dieser Frage hineinlaufen.

Wir haben zwei Initiativen, die eingereicht wurden. Eine Initiative zum Schwimmbecken, die örtlich auf den Kanton bezogen nicht verbindlich ist, wo das stattfinden muss, und wir haben die Initiative zum Schutz des Musical Theaters, die irgendwann dann auch zur Abstimmung kommt. Und hier besteht natürlich die grosse Gefahr, dass Sport und Kultur in verschiedenen Abstimmungskämpfen gegeneinander ausgespielt werden. Hier wäre einfach mein Appell auch an die Regierung, jetzt diese Zeit, die wir ihm hier mehr geben, auch so zu nutzen, dass dies eben nicht passiert, dass eine kreative Lösung gefunden wird, sage ich jetzt mal, wo die verschiedenen Bedürfnisse miteinfließen können.

Das sage ich jetzt völlig offen, es kann sein, dass ein anderer Ort für ein Musical Theater gefunden wird, es kann aber auch sein, dass Alternativstandorte für ein Schwimmbecken gefunden werden. Aber wenn wir uns nur auf dieses Musical Theater konzentrieren, dann werden wir am Schluss nur Verlierer haben. Weil selbst wenn das Musical Theater dann bestehen bleibt durch eine Volksabstimmung, heisst das nicht, dass dort je wieder Mal ein Musical stattfindet, weil ich glaube nicht, dass der Regierungsrat zumindest gewillt ist, dort dann grosse Investitionen in ein Musical oder sogar Betriebskosten zu sprechen an eine neue Musicalproduktion. Und auf der anderen Seite besteht die grosse Gefahr, wenn über das 50-Meter-Schwimmbecken abgestimmt wird vor dem Volk, dass die Verknüpfung mit dem Musical Theater stattfindet und dann besteht die Gefahr, dass diese Initiative auch noch abgelehnt wird und dann sind wir bei Punkt null.

Jetzt gibt es aber eine Auslegungsordnung im Herbst, habe ich gehört. Ich weiss noch nicht, was da drinsteht und es wird dann an den Kommissionen liegen, diese Machbarkeitsstudie sehr gut zu beraten. Hier wäre mein Appell, wirklich zu schauen, dass wir nicht in eine totale Blockade hineinlaufen, sondern dass wir Lösungen finden im Sinne des Sports und im Sinne der Kultur. In Bern wurde jetzt ein Schwimmbecken eröffnet. Es hat auch etwa 20/25 Jahre gedauert, in Basel warten wir noch länger darauf. Wir haben jetzt die grosse Chance, das zu realisieren, aber ich glaube, die Gefahr muss uns bewusst sein, dass wir alle schlussendlich mit null dastehen und das darf uns in dieser Frage nicht passieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Natürlich ist das eine Motion, die ich vor 13 Jahren eingereicht habe. Ich bin jetzt seit vier Jahren hier dabei oder fast fünf Jahre und ich habe das Gefühl, es ist ewig her, es ist drei Jahre her und es passiert nichts. Ich habe am Anfang gedacht, das sind alles nur Sprüche, die man da erzählt in der Politik, dass immer alles so lange geht, offensichtlich ist das auch ein Teil der Demokratie. Mir persönlich geht das viel zu lange. Ich komme aus der Privatwirtschaft und ich bin Sportler und ich weiss auch nicht, die beiden Roche-Türme, die haben später angefangen zu bauen, als ich das eingereicht habe.

Ich bin natürlich wahnsinnig enttäuscht und überrascht, dass das wirklich so lange geht und immer wieder kommt eine neue Idee. Dann heisst es, das machen wir zusammen, so eine Publikumssporthalle, wir versuchen, so eine Sportarena zu machen. Viele Sportler kommen zu mir und erzählen, aber Sie denken dann daran, wir brauchen auch noch eine Fechthalle, die Fechthalle ist nämlich jetzt auch kaputt, die müssen wir auch irgendwo hinbauen. Beach-Volleyballer kommen, die haben jetzt vielleicht etwas im Volta-Areal unter dieser Brücke. Von links und rechts kommen alle Sportler zu mir und haben das



Gefühl, ich könne jetzt da irgendetwas umsetzen und irgendwie will ich die auch nicht enttäuschen, aber ich komme irgendwo auch nicht weiter.

Jetzt kam wieder eine glatte Idee, wir machen ein Schwimmbad ins Musical Theater rein. Ich weiss nicht, wer in dieser Stadt schon einmal von dieser Idee gehört hat, aber die, die von dieser Idee gehört haben und mir etwas gesagt haben, haben gesagt: Wie? Musical Theater umhauen, Schwimmbad reinmachen? Es wird herumgeeiert, es geht immer länger und länger und länger und wie gesagt, es kommen immer neue Ideen. Jetzt stockt das wieder. Wir haben vor einiger Zeit gehört, wir haben 20 Orte, die da anscheinend evaluiert wurden für die neue Schwimmhalle. Da ist man auf die beste Idee gekommen, das in das Musical Theater hineinzumachen. Thomas Gander hat es jetzt gerade erzählt, am Schluss haben wir gar nichts, weil es allenfalls Volksabstimmungen gibt, zweimal kommt Nein und dann haben wir weder das eine noch das andere und das dritte kommt auch nicht.

Ich weiss nicht, was man machen muss in dieser Politik. Ich bin nicht so ein Routinier, aber irgendetwas muss doch sein, dass man hier einmal irgendeinen Schwung hineinbekommt, aber irgendwie klappt das einfach nicht. Und jetzt kommt wieder zwei Jahre warten, ich weiss nicht, auf was wir noch warten müssen. Wir haben das Joggeli dort unten, es ist sonnenklar, dass das ins Joggeli muss. Nein, das geht nicht, Münchenstein, Baselland, die machen sicher nicht mit, wer soll das zahlen? Es kommen 100 Argumente, warum etwas nicht geht. Ich würde mich wahnsinnig freuen, wenn einmal nur die Hälfte von diesen Argumenten kämen, die sagen, so geht es. Und auf das freue ich mich und darum kann ich nicht sagen, ich finde das toll, dass das jetzt noch stehen gelassen wird die nächsten zwei Jahre. Ich hoffe, es wird wirklich etwas bewegt in nächster Zeit und ich freue mich auf die tollen 20 Orte, wo wir vielleicht irgendeinmal zu hören bekommen, wo sonst noch das Schwimmbad hätte hinkommen können, wo es jetzt doch nicht sollte.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. In der zweiten Runde verzichtet der Regierungsrat auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist zur Erfüllung um zwei Jahre zu erstrecken.

55. Anzug Johannes Sieber und Konsorten betreffend politische Bildung von Jugendlichen durch Abgabe eines Medien-Gutscheins

[19.10.23 21:42:22, 21.5243.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug als erledigt abzuschreiben.

56. Motion Franziska Roth und Konsorten betreffend genügend Unterrichtszeit für alle

[19.10.23 21:42:46, 23.5229.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Für den Regierungsrat hätte Conradin Cramer das Wort. Er verzichtet. Erste Fraktionssprecherin für die SP ist Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Ich erkläre mich zähneknirschend einverstanden, die Motion als Anzug weiterzuverfolgen. Die Begründung, warum die Motion rechtlich nicht zulässig ist, ist doch recht spitzfindig und hätte ich eine leicht andere Formulierung geschrieben, würde sie wohl als zulässig gelten. Mir ist Inhalt aber wichtiger als Form und ich mag mich auch



nicht auf einen Machtkampf einlassen. Ich möchte, dass das Anliegen umgesetzt wird, sei das jetzt in Form einer Motion oder in Form eines Anzuges. Ich erwarte darum, dass in den beiden genannten Massnahmenpaketen klar aufgezeigt wird, dass es vor allem beim Sek A-Zug, dass die Studentafel nicht gekürzt wird und dass tatsächlich Verbesserungen herbeigeführt werden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Auch in der zweiten Runde verzichtet der Regierungsrat auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion in einen Anzug umzuwandeln und diesen dem Regierungsrat zu überweisen.

57. Anzug Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Infrastruktur für Schwimmunterricht an der Primarschule

[19.10.23 21:44:28, 21.5424.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Erster Fraktionssprecher für die SP ist Stefan Wittlin.

Stefan Wittlin (SP): Ich möchte mich zuerst bedanken für die Beantwortung dieses Anzuges und wenn man ihn in einem Satz zusammenfassen möchte, dann könnte man sagen, das ist alles kein Problem. Das wäre ja grundsätzlich eine gute Antwort, aber wenn ich mit Lehrpersonen spreche, wenn ich mit anderen Menschen spreche, die sich wirklich auskennen mit den Primarschulen, da war mir einfach klar, dass wir gewisse Punkte etwas genauer anschauen müssen und ich möchte vier Punkte hervorstreichen, wo ich mir wünsche, dass wir sie etwas genauer betrachten.

Das erste ist die Prognose zur Anzahl der Schülerinnen und Schüler. Die prognostizierte Anzahl wird zwar bis zum Schuljahr 29/30 dargelegt, es fehlt aber die langfristige Perspektive. Dem Umstand, dass die Zahlen weiterhin stark zunehmen werden, wird kaum Rechnung getragen. Zudem wird eine jährliche Gesamtkapazität von Schwimmlektionen angegeben und dieser Zahl wird die Anzahl Lektionen, die die Primarschule benötigt, gegenübergestellt. Und man kann es dann aus dem folgenden Satz in der Beantwortung schon rauslesen, aber diese Zahl, die ist einfach nicht direkt übertragbar, da die Primarschulen ihre Schwimmlektionen nur am Vormittag machen können.

Dann ein zweiter Punkt ist die Verschiebung der Priorität zu Lasten der Sekundarschule. Das hat mich eigentlich am meisten schockiert beim Lesen. Der Anzug, der ist ausdrücklich auf die Primarschulen ausgerichtet. Dennoch ist die Aussage, dass eine Verschiebung der Priorisierung von der Sekundarschule hin zur Primarschule stattgefunden hat, nicht zufriedenstellend. Unserer Ansicht nach darf die Sicherstellung des Schwimmunterrichts in den Primarschulen auf keinen Fall zu Lasten der Sekundarschulen gehen.

Ein dritter Punkt sind die anstehenden Sanierungen der Schwimmhallen. Dieser Punkt war zwar im Anzug nicht direkt gefordert, aber ich finde, man dürfte erwarten, dass der Regierungsrat auch die anstehenden Sanierungen bei der Auslegeordnung berücksichtigt. Meines Wissens stehen in Kleinhüningen, im Bäumlhof-Schulhaus wie auch in Riehen Wasserstelzenschulhaus Sanierungen an und es bleibt jetzt unklar, wie sich diese temporären Ausfälle der Infrastruktur, wie sich diese auswirken und wie diese kompensiert werden sollen.

Vierter Punkt, das sind die langen Wege. Die zurückzulegenden Wege von bis zu einer halben Stunde pro Weg erachtet der Regierungsrat als verhältnismässig. Dass dadurch auch zusätzliche Kosten für die Begleitung entstehen beziehungsweise dass dies einfach auf Kosten von Unterrichtszeit geschieht, das wird in der Beantwortung zu wenig ausgeführt. Und dass in diesem Zusammenhang auch die Schaffung von zusätzlichen Kapazitäten für die Schulklassen aus Grossbasel West als unnötig eingestuft wird, das ist für mich wirklich nicht zufriedenstellend. Ich glaube, da ist wirklich ein Problem in Grossbasel West, da gibt es zu wenig Infrastruktur. Der Anzug verlangt nicht, dass Sie jetzt eine neue Halle bauen, es gibt auch andere Möglichkeiten.

Aus den genannten Gründen möchten wir beantragen, diesen Anzug stehen zu lassen und insbesondere zu diesen Punkten, die ich jetzt genannt habe, ausführlicher nochmals Auskunft zu geben und allfällige Massnahmen, die nötig sind, einzuleiten.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Doch mit einigermaßen grossem Erstaunen stelle ich fest, dass alle Parteien, die grün bis grünlich sind, an diesem Anzug festhalten wollen und damit an der Forderung festhalten wollen, dass in Basel zusätzliche Schwimmhallen gebaut werden sollen. Parteien, die sonst jedes Gramm CO₂ einzeln abzählen. Schwimmhallen sind Energiefresser. Je nachdem, je nach Quelle, je nach Grösse, usw. etwa 50 bis 100-mal so viel wie eine Durchschnittswohnung brauchen Schwimmhallen. Ja das kann Fernwärme sein, das kann elektrische Energie sein, das muss nicht unbedingt fossile Energie sein, aber Energie wird dennoch im ganz grossen Stil verbraucht.

Und wenn wir die heutige Grosswetterlage uns zu Gemüte führen und schauen, für was wir hier drin alles stehen wollen, dann steht dieser Anzug doch recht quer in der Landschaft. Dies, obwohl die Regierung meines Erachtens klar macht in ihrer Stellungnahme, dass die Kapazität genügt. Ja, in Einzelfällen muss man einen etwas längeren Weg in Kauf nehmen. Energie sparen ist dort am einfachsten, wo man nicht Komfort reduzieren muss, sondern keinen neuen Komfort schaffen muss, eben zum Beispiel bei zusätzlichen neuen Schwimmhallen.

Deshalb schreiben Sie bitte diesen Anzug ab.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GAB): Auch das GAB möchte diesen Anzug stehen lassen. Ich möchte die Aspekte, die Stefan Wittlin bereits ausgeführt hat, nicht nochmals wiederholen. Ich möchte jedoch noch einen weiteren Aspekt hier in die Debatte einbringen, weshalb es mehr Schulschwimmhallen braucht. In Basel fehlen Wasserflächen, das haben wir immer wieder hier in diesem Saal auch schon gehört, das wissen wir auch schon lange. Es fehlen Wasserflächen nicht nur für Primarschulen, sondern auch für Sportvereine, für Schwimmschulen und für die Öffentlichkeit braucht es mehr Wasserflächen.

Als ehemalige Schwimmsportlerin und als ehemalige Schwimmlehrperson während sieben Jahren möchte ich Ihnen gerne näherbringen, dass die Primarschulzeiten nicht nur in diesen Hallen von den Primarschulen und Primarklassen genutzt werden möchten. Die Wasserflächen zu Schulzeiten würden auch von Eltern-Kind-Kursen, von Schwangerschaftsschwimmen, von Aquagymnastik und von vielen weiteren Angeboten gerne benützt werden. Nun, auch diese Kurse finden zu den Schulzeiten statt. Es ist ganz klar, dass die Primarschulen Vorzug haben sollen, das ist sicher eine gute Massnahme, jedoch führt dieser Vorzug auch dazu, dass andere Kurse zu wenig Wasserflächen haben, und das wirkt sich auch schon bei der Sekundarschule aus und es wirkt sich aber auch auf die Sportvereine und das Kursangebot für die Bevölkerung aus.

Schwimmen ist gesund, schwimmen fördert die Gesundheit von unserer Bevölkerung und daher, auch unter diesem Aspekt, bitte ich Sie, diesen Anzug stehen zu lassen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die Fraktion Mitte/EVP ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Von Seiten Mitte/EVP-Fraktion nur nochmals zu einem Aspekt. Die Schätzungen zu Kapazitäten sind nicht immer etwas schwierig, aber nehmen wir an, die sind ganz zuverlässig. So möchte ich doch auf den letzten Punkt, den Stefan Wittlin genannt hat, auch noch kurz eingehen, die Frage der Wege.

Die Schulhäuser Gotthelf, Isaak Iselin und Wasgenring sind in einem Gebiet, wo es keine Schwimmhallen hat. Sie müssen auf jeden Fall einen längeren Weg zurücklegen. Im St. Johann ist schon relativ hohe Belegung durch die Schulhäuser in der Gegend dort, die gehen in der Regel zum Beispiel an die Rittergasse oder ins Kirschgarten. Und dann darf man nicht unterschätzen, ich kenne Lehrpersonen, ich traue denen wirklich zu, dass sie das Maximum an Tempo aus ihren Schülerhorten im Primarschulalter herausholen, aber die sagen mir, dass sie faktisch für eine Lektion drei Lektionen brauchen, weil eben, eine halbe Stunde Weg und das Umziehen geht ja bei Primarschülern jetzt auch nicht immer so im superschnellen Tempo vonstatten. Das heisst, wenn sie ein Semester lang Schwimmunterricht haben, haben sie für 20 Lektionen Unterricht zusätzliche 40 Lektionen. Natürlich auch bei einem etwas kürzeren Weg würden vielleicht immer noch 20 Lektionen anfallen, aber es ist eine halbe Arbeitswoche, bei Primarschülern sogar etwas mehr Lektionen, die statt für Mathematik, Deutsch oder was auch sonst immer für den Weg zum Schwimmunterricht gebraucht werden.

Ich denke, wie Stefan Wittlin gesagt hat, vielleicht braucht es nicht unbedingt 20 neue Schwimmhallen, aber Überlegungen, wie man das ändern könnte, um den Schwimmunterricht, der wichtig ist, zu ermöglichen, ohne zu viel andere Unterrichtszeit dafür zu opfern. Das denke ich, wäre wichtig, darüber nachzudenken.



Darum bitte ich Sie im Namen der Mitte/EVP-Fraktion, dass Sie es stehen lassen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: In der zweiten Runde wünscht Regierungsrat Conradin Cramer das Wort und hat es.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Zunächst zum Positiven. Jedes Schulkind in Basel-Stadt kann schwimmen lernen. Das ist für uns selbstverständlich im städtischen Raum, das ist längst nicht in jedem Kanton selbstverständlich, geschweige denn im benachbarten Ausland. Also wir stehen da gut da. Dann auch das ist in der Anzugsbeantwortung geschildert, die Engpässe haben sich verringert in den letzten Jahren, wir stehen besser da, wir konnten es noch besser koordinieren. Wir haben Sanierungen abschliessen können, im Moment ist die Situation also insofern befriedigend. Wir haben, das steht auch im Anzug, an und für sich mehr Schwimmhallenkapazitäten als wir brauchen im Schulunterricht.

Aber, und jetzt kommt das aber, was Sie auch in der Debatte moniert haben, die Schwimmhallen sind aus Schulsicht suboptimal verteilt im Kanton. Hochprivilegiert ist hier das Kleinbasel und sozusagen unterprivilegiert ist Grossbasel West. Historische Zufälligkeit, aber es ist so und es ist tatsächlich auch so, wie Sie genannt haben, dass es in Extremfällen Wege von bis zu 30 Minuten gibt für eine Schulklasse zur nächstgelegenen verfügbaren Schwimmhalle. Und klarerweise ist das anspruchsvoll für die Schulorganisation, ist nicht zeiteffizient, ist nicht optimal. Wie viel die Schülerinnen und Schüler Schaden nehmen durch diesen Weg in die Schwimmhalle, das mag ich bezweifeln. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das so dramatisch ist, es ist ein bisschen eine Frage, wie stark man das problematisiert, wie schlimm man das findet. Es geht so, wie es ist, aber klarerweise aus Schulsicht hätten wir gerne noch eine oder gar zwei zusätzliche Schwimmhallen.

Nun, wie soll man das tun. In der Theorie könnte man eine Schwimmhalle im Raum Grossbasel West, also im Raum Gotthelf, Wasgenring, Neubad bauen. Ja, Stefan Wittlin, Sie sagen, das fordern sie nicht, Sie möchten mich anhalten zu kreativen Ideen. Ich muss Ihnen gestehen, mir fehlt da ein bisschen die Kreativität. Ich habe auch gemerkt, dass man mit kreativen Ideen zum Bau von Schwimmhallen durchaus nicht überall auf Zustimmung stösst. Also das ist anspruchsvoll.

Wenn Sie wirklich sagen, wir haben ein Problem, ein echtes Problem, wir müssen das beheben, ich glaube, da muss man ehrlich sein und sagen, ja gut, dann nehmen wir die zehn, 20 Millionen in die Hand, bauen irgendwo eine Schwimmhalle, versuchen das auf kantonseigenem Gelände in einem Bestandsbau, möglichst wahrscheinlich nicht unter einer Grünanlage, aber auf kantonseigenem Gelände in einem Bestandsbau. Ich weiss nicht wo, also ich weiss wirklich schlicht nicht wo und wenn man sieht, wie es der Sportinfrastruktur in Grossbasel West geht, ein privater Verein versucht seit über fünf Jahren eine Tennishalle zu realisieren, ist mit Einsprachen ohne Ende konfrontiert, also selbst wenn man es wollte, und Sie wollen es ja gar nicht, wäre es hoch anspruchsvoll.

Aus diesen Gründen sehe ich irgendwie nicht, was ich Ihnen in zwei Jahren wieder berichten soll, gestützt auf diesen Anzug. Wenn, dann müsste man wirklich ehrlich fordern, baut neue Schwimmhallen und das Geld dafür geben, das Land dafür geben, wo dann eben etwas anderes nicht gebaut werden kann, zum Beispiel eine Publikumssporthalle, sondern es wäre dann eine Schulsporthalle, also ich glaube, da müsste man einfach klarere Aufträge geben seitens des Parlaments. Einfach den Anzug jetzt stehen lassen, damit können wir nicht viel bewegen und das ist auch der Grund, warum der Regierungsrat das Problem nicht so dramatisch findet, aber durchaus anerkennt, Ihnen aber Abschreiben des Anzugs beantragt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage vor von Oliver Thommen. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Oliver Thommen (GAB): Ich habe eine Frage zu Seite 4, zur Auflistung der Schulen. Können Sie mir sagen, wo die Schule Walkeweg, die entstehen wird, wo die dann schwimmen wird? Sie ist dort nicht aufgeführt, weil sie ja noch nicht in Betrieb ist.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Jetzt auf die Gefahr hin, dass ich Ihnen nicht da komplett Auskunft geben kann abends um 10 Uhr. Was ja klar ist, wir haben die Schwimmhalle Sesselacker, das war ja, glaube ich, bei Anzugeinreichung noch nicht sicher. Die steht jetzt definitiv den Schulen zur Verfügung, die haben wir ja übernommen von der CMS. Also das ist die Hauptmöglichkeit.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegt noch eine Zwischenfrage vor von Christian von Wartburg. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.



Christian von Wartburg (SP): Was genau ist unklar an der Motion Alex Ebi «Planung eines neuen Hallenbads»? Das ist ja genau ein solcher Auftrag gewesen, dass man ein solches neues Hallenbad plant. Nur weil Sie vorher gesagt haben, Sie hätten keine klaren Aufträge.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Ich spreche viel mit Alex Ebi, aber selten über Primarschülerinnen und Primarschüler. Hier geht es um eine Publikumssporthalle möglichst mit einem 50-Meter-Becken, das ist eine andere Geschichte als eine Schulsporthalle.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Stefan Wittlin beantragt, den Anzug stehen zu lassen.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen

Ergebnis der Abstimmung

32 Ja, 57 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001749, 19.10.23 22:00:51]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 57 Nein-Stimmen bei 32 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

58. Anzug Sandra Bothe und Konsorten betreffend Einführung eines Praktikums in der Fachmaturitätsklasse Pädagogik für zukünftige Lehrpersonen

[19.10.23 22:01:10, 22.5523.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug als erledigt abzuschreiben.

59. Interpellation Nr. 114 Jo Vergeat betreffend «Ist die Durchführung der UEFA Women's Euro 2025 in Basel gefährdet?»

[19.10.23 22:01:30, 23.5433.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat uns mitgeteilt, dass sie mit der Antwort zufrieden sei. Die Interpellation ist erledigt.



60. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend Eindämmung überbordender Bürokratie

[19.10.23 22:01:55, 22.5302.03]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist um ein Jahr zu erstrecken.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum in der ersten Runde. Ich habe keine Fraktionssprechenden mehr eingetragen. Somit kommen wir zu den Einzelsprechenden. Erster Einzelsprecher ist Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Es wird langsam zum Dauerbrenner, dass ich noch das letzte Votum oder eines der letzten Voten halten darf. Deshalb habe ich es auch nicht geschafft, mich als Fraktionssprecher einzutragen, aber ich werde hier für die SP und das GAB sprechen. Wir sprechen hier über eine Motion. Da geht es darum, die Bürokratie abzubauen bei der Umsetzung des Wohnschutzes. Es ist eine Motion, die eigentlich eine klare Frist hat von sechs Monaten, wo wir eigentlich denken, das wäre durchaus nötig und möglich gewesen, diese Fragen innerhalb dieser Frist zu erledigen. Jetzt geht es noch einmal um eine Fristverlängerung und wir können zähneknirschend da zustimmen, dass wir nochmals diese Zeit geben, weil es bringt ja nichts, auf der Frist zu bestehen, wenn man genau weiss, dass die Antwort noch nicht vorliegt und wir jetzt nochmals diese Zeit brauchen beziehungsweise die Zuständigen im entsprechenden Departement.

Wichtig ist uns aber trotzdem nochmal festzuhalten, die scheinbar mangelnde rechtliche Zulässigkeit von zwei Forderungen. Hier müssen wir doch nochmal etwas richtigstellen. Ich weiss, es ist ein Dauerthema ein bisschen im Moment mit diesen Motionen und ihrer rechtlichen Zulässigkeit. Ich möchte nicht über die anderen Motionen urteilen, aber in diesem Fall ist es uns schon sehr wichtig, hier das klarzustellen. Es handelt sich bei diesen zwei Forderungen, die bestritten werden, um einfache Massnahmen. Es wird keine neue Behörde und keine neue Stelle verlangt. Wir bestehen nicht darauf, dass eine leitende Person gekündigt wird oder irgendeine personelle Massnahme gemacht wird.

Es geht also in dem Sinn nicht darum, einen in der Kompetenz des Regierungsrats liegenden Rekurs, der abgelehnt wurde, doch noch gutzuheissen, usw. Wir denken, es geht hier wirklich nicht, dass wir hier die alleinigen Kompetenzen des Regierungsrates beeinträchtigen. Wir verlangen hier einfache Massnahmen und das ist absolut im Sinne der sogenannten Verordnungsmotion. Ich verweise hierzu auf den Praxiskommentar zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates auf der Seite 242.

Die Motion ist demnach bei allen drei Punkten rechtlich zulässig. Die lakonische, einsilbige Antwort des Regierungsrates auf die Forderung 1. und 3. können wir also nur als Weigerung verstehen, diese Motion in allen Teilen umzusetzen. Damit sind wir nicht einverstanden, denn der Grosse Rat hat verbindliche Aufträge hier überwiesen und wir stimmen der Fristverlängerung zu, aber unter Vorbehalt des Gesagten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich kann mich inhaltlich Pascal Pfister voll und ganz anschliessen. Ich danke, dass er das auch so ausgeführt hat. Für uns gibt es eine kleine Differenz. Wir sind der Ansicht, es braucht keine Fristverlängerung. Es ist nicht allzu komplex, was gefordert wird. Diese Motion wurde überwiesen an den Regierungsrat und sie kann so umgesetzt werden, wie sie auch formuliert worden ist. Es scheint uns auch sehr wichtig, wenn wir Berichte lesen, ungeachtet, ob man nun auf der Seite derer ist, die dieses Wohnschutzgesetz toll oder weniger toll finden, dass man es möglichst so handhabt, dass es unbürokratisch vonstattengehen kann. Das, glaube ich, ist im Sinne auch eines fairen Wohnschutzverfahrens und eines Wohnschutzverfahrens, das möglichst auch effizient ist. Deshalb beantrage ich, dass wir dieser Fristverlängerung nicht zustimmen. Ich sehe aber auch den «Chrüzlistich» und ich sehe, dass dieser Antrag keine Mehrheit finden wird, also sprich, dass der Regierungsrat diese Fristverlängerung gewährt erhält.

Und dann möchte ich trotzdem auch auf diesen anderen Punkt zu sprechen kommen, der jetzt auch schon mein Kollege Pascal Pfister erwähnt hat, das ist diese Frage der rechtlichen Zulässigkeit. Und das ist einfach, und da bitte ich auch den Regierungsrat, noch einmal in sich zu gehen, es ist einfach so, dass wir mit dieser neuen Formulierung gemäss unserer Geschäftsordnung, Paragraph 42 Abs. 1, die Möglichkeit geschaffen haben, dass wir als Grosser Rat den Regierungsrat beauftragen können, das so umzusetzen, wie wir es wollen. Es gibt keine Begründung, weshalb diese Motion nur teilweise rechtlich zulässig ist. Es geht hier weder um eine organisatorische Frage, wo welche Dienststelle in einem Departement angesiedelt ist. Das liegt in der Kompetenz des Regierungsrates. Aber diese konkrete Forderung, die wir stellen, das hat Pascal Pfister auch schon gesagt, gehört da nicht darunter.

Ich empfehle dem Regierungsrat deshalb dringend, diesen Paragraph 42 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Grossen Rates noch einmal zu studieren, mit dem Rechtsdienst des Regierungsrates anzuschauen und ich verweise hier auch explizit auf



den Praxiskommentar zur Geschäftsordnung, der ja von einem ehemaligen Leiter unseres Parlamentsdienstes geschrieben worden ist, der darauf ebenfalls deutlich hinweist und es gibt auch andere Juristen, die in der Zwischenzeit das ganz klar so sehen, dass diese Motion rechtlich vollständig zulässig ist.

Deshalb, ich versuche es trotzdem, bitte gewähren Sie dem Regierungsrat keine Fristverlängerung. Das ist mein Antrag. Wenn Sie diese Fristverlängerung gewähren, bitte ich den Regierungsrat aber zur Kenntnis zu nehmen, dass diese Motion vollständig rechtlich zulässig ist.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Regierungspräsident Beat Jans verzichtet in der zweiten Runde auf ein Votum. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA Fristerstreckung, NEIN keine Fristerstreckung

Ergebnis der Abstimmung

82 Ja, 10 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001753, 19.10.23 22:09:39]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist um ein Jahr zu erstrecken.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Antrag des Regierungsrats zugestimmt mit 82 Ja-Stimmen bei 10 Gegenstimmen und keiner Enthaltung.

61. Motion Jo Vergeat und Konsorten betreffend aktives Stimm- und Wahlrecht für 16-Jährige

[19.10.23 22:09:55, 19.5161.03]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist um zwei Jahre zu erstrecken.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist um zwei Jahre zu erstrecken.

62. Anzug Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Stoppen des Projekts "Ausdehnung von E-Voting"

[19.10.23 22:10:20, 18.5416.04]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.



Joël Thüring (SVP): Im Namen meiner Fraktion bitte ich Sie, dass dieser Anzug stehen gelassen wird. Ich bin nicht sehr oft an der Seite von Michael Wüthrich, das war nämlich der Urheber dieses Anzuges, wie Sie wissen, und der Anzug damals, ich war damals auch schon Mitglied dieses Rates, hatte eine klare Stossrichtung, weshalb er eingereicht worden ist, und diese Stossrichtung ist, dass E-Voting unsicher ist. Und an diesem Grundsatz hat sich nun wirklich überhaupt nichts geändert. Michael Wüthrich ist ein Experte in diesem Gebiet, auch wenn Sie mit anderen IT-Experten sprechen, wird Ihnen das bestätigt werden, daran hat sich nichts geändert.

Weshalb muss nun dieser Anzug stehen gelassen bleiben, nämlich weil der Regierungsrat auf Seite 4 sagt, dass er beabsichtigt, bis zur maximalen Grenze von 30 Prozent des kantonalen Elektorats für kommende Urnengänge, sollten die jetzt dann erfolgreich verlaufen, auch dieses E-Voting zur Verfügung zu stellen, sodass eine elektronische Stimmabgabe möglich wäre. Das lehnen wir ab, wir sind gegen eine elektronische Stimmabgabe. Wir können uns bei den Auslandschweizern damit einverstanden erklären, so wie es ja auch in diesem jetzigen Teil des Anzuges auch beschrieben ist, aber darüber hinaus sind wir nicht dafür, dass diese Ausdehnung vorgenommen wird.

Wir haben hier kein Schreckensszenario an eine Wand gemalt, das unrealistisch ist. Wenn wir sehen, überall auf der Welt, wo Wahlen stattfinden, gibt es Versuche, diese Wahlen digital zu beeinflussen. Sie haben überall diese Meldungen auch gelesen über die Wahlen 2020 in den Vereinigten Staaten. Sie haben gehört, was dort auch seitens anderer Staaten für Versuche unternommen wurden, diese Wahlen zu beeinflussen und E-Voting ist, auch wenn man es mit einem Schweizer Anbieter macht, einfach zu unsicher und wir glauben, dass es die Demokratie nicht verträgt, dass wir hier ein Risiko eingehen und uns auf elektronische Kanäle verlassen.

Auch das können Sie jetzt glauben oder nicht, aber ich glaube, solange wir auch beim Kanton immer wieder von grossen Datenlecks betroffen sind, ich möchte daran erinnern, dass es erst vor wenigen Monaten einen erheblich massiven Angriff auf das Erziehungsdepartement, auf die dortigen Daten gegeben hat, dann ist diese Sorge nicht unberechtigt und dann scheint uns das, insbesondere wenn es um Abstimmung und Wahlen geht, erst recht für sehr gefährlich zu sein.

Wenn wir den Anzug stehen lassen, ist zumindest auch die Idee weiterhin beim Regierungsrat vorhanden, dass wir diesem unsicheren System des E-Votings weiterhin sehr kritisch gegenüberstehen und wir hier nun nicht möchten, dass er mit dem Abschreiben des Anzuges die Möglichkeit erhält, diese Idee, so wie er es in der Begründung ausführt, irgendwann auszudehnen.

Ich bitte Sie deshalb im Namen meiner Fraktion, diesen Anzug stehen zu lassen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für das GAB ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Danke, Joël Thüring, es war ja damals gar kein Anzug, sondern es war eine Motion, die später dann umgewandelt wurde. Ich denke, das war im Umfeld der damaligen Situation mit dem E-Voting, wie es auch vom Bund her vorgesehen war, absolut richtig, dies so in die Schranken zu weisen und hat letztendlich auch zum Stopp aller Projekte in der ganzen Schweiz geführt und zu einem Neuaufgleisen dieser E-Voting-Projekte. Und das jetzige Projekt, wie es vom Bund vorgesehen ist, mit den Einschränkungen, die gemacht worden sind, aber auch jetzt mit dem baselstädtischen von der Staatskanzlei vorgesehenen Verfahren, denken wir, dass es in diesem Rahmen als Pilotprojekt durchführbar ist. Klar, es wird evaluiert werden müssen und wir sehen ganz klar, dass wenn eine solche Evolution ergeben sollte, dass Sicherheitsbedenken bestehen sollten, dass man dann wieder parlamentarisch eingreifen müsste, sollte der Regierungsrat nicht selbst zu dieser Erkenntnis kommen. Wir bitten Sie also, hier abzuschreiben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelsprechenden. Erster Einzelsprecher ist Bruno Lötscher-Steiger..

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Dieses Thema hat gewisse Ermüdungserscheinungen. Nicht nur hier bei uns im Saal, weil wir schon den ganzen Tag eine Marathonsitzung haben, sondern weil man seit etwa 20 Jahren darüber redet. Und jetzt sind wir offenbar so weit, dass wir meinen, wir haben die Probleme gelöst und das stimmt nicht. Wenn Sie mit ernsthaften, seriösen Informatikern sprechen, haben wir hier ein grosses Problem, das auf uns zukommt und wir verschliessen die Augen.

Natürlich wollen wir, dass die Informatik alle Lebensbereiche durchdringt, aber seien wir doch ehrlich, das Wählen und das Abstimmen ist nicht ein derart komplexes Verhalten, dass hier dringend Vereinfachungen nötig wären, die die Informatik mitbringen. Das neue System, das jetzt vorgesehen ist, hat in Neuenburg schon gezeigt, dass es Lecks geben wird, dass es Lücken hat und dass Schwachstellen bestehen und dass man nicht überprüfen kann per Papier, ob man effektiv irgendeinem fremden Provider irgendwie auf den Leim gekrochen ist.



Warum wollen wir denn das unbedingt durchdrücken beziehungsweise warum wollen wir diesen Anzug abschreiben, wo wir das doch gar noch nicht sicher wissen? Ich meine, einer der fundamentalen Eckpunkte unserer Demokratie ist das Vertrauen auf die Richtigkeit und Korrektheit des Resultats. Das Mehrheitsprinzip ist das A und O unserer Demokratie mit so vielen Abstimmungen und das wird mit dem E-Voting eigentlich unnötig in Frage gestellt. Ich plädiere dafür, nötige Versuche zu machen, aber ich plädiere auch dafür, das nicht zu forcieren. Es sind vor allem die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, die wirklich davon profitieren. Wollen wir das? Ist es der Wert, dass man nach 20, 30, 40 Jahren dann immer noch vom Ausland her möglichst einfach mitwählen, mitstimmen kann, dass wir das ganze System in Frage stellen?

Ich kann jedes Wort unterstreichen, unterschreiben, das vorher Joël Thüring gesagt hat. Ich meine nicht, dass es Sinn macht, diesen Anzug jetzt einfach abzuschreiben. Lassen wir ihn stehen. Die Probleme sind nicht gelöst und die Demokratie ist ein zu wichtiges Gut, als dass wir hier mit 30 Prozent des Elektorats Prüfungen und Experimente machen können.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage vor von Oliver Thommen. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Oliver Thommen (GAB): Für gewisse behinderte Menschen ist es eine grosse Erleichterung, ein E-Voting-Zugang zu haben. Würden Sie dem dann zustimmen, dass diese einen haben können?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Das ist ein sehr guter Einwand, da bin ich sehr damit einverstanden. Aber das wird nicht dazu führen, dass 30 Prozent des Elektorats daran teilnehmen müssen an diesen Versuchen. Machen wir doch zum Beispiel die Versuche mit behinderten Personen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Sie entnehmen dem «Chrüzlistich», die FDP ist offen, deshalb meine Wortmeldung als Einzelsprecher. Ich denke, ich kann mit gutem Gewissen sagen, ich bin wahrlich kein Digitalisierungsgegner. Wir haben in diesem Gremium diverse Digitalisierungsvorstösse, die pendent sind, die von mir kommen, also ich würde mich vielleicht sogar als Digitalisierungsturbo bezeichnen für den Kanton. Aber ich verstehe wirklich nicht, warum der Kanton Basel-Stadt jetzt unbedingt bei diesem E-Voting vorne mit dabei sein will. Das ist eigentlich von der Komplexität her eines der komplexesten Dinge, die Sie machen können in der IT und das hat mit dem Wahl- und Stimmgeheimnis zu tun. E-Banking ist viel einfacher als E-Voting, weil beim E-Voting müssen Sie sicherstellen, dass man nicht nachvollziehen kann, wie Sie gestimmt, wie Sie gewählt haben. Und das ist unglaublich komplex, das sicherzustellen und trotzdem zu gewährleisten, dass man nachvollziehen kann, ob die Stimme am Schluss dann richtig gezählt wurde oder nicht. Ich kann wirklich nicht nachvollziehen, wieso man hier so eine grosse Priorität setzt, wenn man sieht, bei anderen IT-Projekten, nicht nur, aber auch dieses Kantons, wie viele Probleme, dass es gibt mit deutlich einfacheren Projekten.

Es ist letztendlich eine Frage des Vertrauens. Das hat Bruno Lötscher absolut richtig gesagt, ich kann jedes Wort unterschreiben, das er in seinem Votum gesagt hat. Das Vertrauen, das wir hier in Frage stellen, in unser Abstimmungssystem. Wir gehen hier ein enormes Risiko ein und müssen uns fragen, ist es dieses Risiko wirklich wert. Und gerade weil wir ein solch enormes Risiko eingehen mit E-Voting, müssen wir uns die Frage stellen, stehen denn wenigstens auf der anderen Seite der Abwägung so grosse Vorteile, dass es dieses Risiko wert ist. Und die Antwort ist klar, nein, das ist nicht so. Sie haben, das kann man zugestehen, bei den Auslandschweizern den klaren Vorteil. Dort haben wir ein zeitliches Problem mit dem Versand, man könnte sich noch überlegen, kann man das irgendwie via Botschaften lösen, aber ja, da haben wir ein Problem, da haben wir einen Vorteil mit E-Voting. Bei Menschen mit Behinderungen sieht es dann schon wieder anders aus. Das grösste Problem haben wir dort bei den blinden Personen und dort gibt es inzwischen eine ganz einfache Lösung, entwickelt vom Schweizerischen Blindenverband, eine Kartonschablone, mit viel weniger Aufwand zu machen, mit viel weniger Risiko zu machen, damit Menschen mit Behinderungen eigenständig diese Zettel ausfüllen können.

Man verspricht sich davon eine höhere Stimm- und Wahlbeteiligung. Inzwischen nachgewiesen, das ist klarerweise nicht der Fall, die Stimmbeteiligung, die steigt nicht. Man verspricht sich davon, es wird einfacher. Haben Sie einmal die Testplattform der Post ausprobiert, wie dieses E-Voting dann wirklich funktioniert? Das ist deutlich komplexer, als einfach bei diesem Stimmzettel die Kreuze zu machen oder zu wählen. Das ist deutlich komplizierter, es ist nicht einfacher. Und dann noch die Behauptung, dann nehmen mehr Junge Teil, weil die Jungen sind ja heute alle digital. Auch das in einer Studie, die kürzlich publiziert wurde, klarerweise widerlegt. Das ist noch eigentlich lustig, die Menschen, die E-Voting nutzen, das sind die älteren Herren. Die älteren Herren sind die, die überdurchschnittlich oft E-Voting nutzen, aber wie wir wissen, sind das auch diejenigen, die auf Papier diejenigen sind, die überdurchschnittlich wählen gehen. Also auch dort, Ziel nicht erfüllt.



Das ist die Gesamtabwägung, die man hier vornehmen kann, und dann unter dem Strich die Frage, und dafür lohnt es sich jetzt, dieses grosse Risiko einzugehen? Meine Antwort klarerweise, nein. Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug stehen zu lassen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage von Georg Mattmüller vor. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Georg Mattmüller (SP): Ich wollte die Diskussion eigentlich nicht verlängern, aber ist Ihnen bewusst, dass der Schweizerische Blinden- und Sehbehindertenverband als erste Priorität das E-Voting im Forderungskatalog hat? Die Schablone ist eine veraltete Geschichte und man muss dabei helfen, wenn jemand es selbst nicht kann.

Luca Urgese (FDP): Mein Austausch mit dem Blindenverband ist noch nicht so lange her, dass man das als veraltet bezeichnen könnte.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Mich fasziniert immer wieder, wie man in der Informatik zugegebenermassen die Horror-Geschichten hört. Oliver Thommen hat etwas ganz Schönes gesagt. Es ist ein Verfahren, was hinter der Geschichte jetzt hier steht. Es ist ein Verfahren, welches auch überprüft, dass man entsprechend auch diese digitale Sicherheit hat. Ohne das Verfahren, da würde ich Joël Thüning recht geben, da hätte ich auch meine Bedenken.

Ich bin zufälligerweise als ethical Hacker unterwegs und versuche auch Systeme zu knacken im Auftrag meiner Auftraggeber und bin häufig sehr erfolgreich. Das andere mache ich nicht. Und da ist es eigentlich so, dass man da wirklich feststellt, dass rein aus einer technischen Optik die ganze Geschichte ohne weiteres seine Lücken hat und meistens irgendwo bei den Menschen angesiedelt ist, die Fehler machen.

Wenn aber ein Verfahren dahintersteckt, welches Checks and Balances macht, ich denke, die meisten von Ihnen machen auch die Zwei-Faktor-Authentisierung, die einem da entsprechend die Sicherheit gibt, es gibt verschiedene Verfahren und im vorliegenden Fall bin ich eigentlich sehr positiv gewesen oder immer noch, weil das ganze Verfahren, was jetzt dort implementiert worden ist, nicht nur auf Informatik beruht, sondern auch genügend Checks and Balances im Hintergrund hat, die sicherstellen, dass das Verfahren funktioniert. Deshalb danke Oliver Thommen.

Von daher möchte ich Sie bitten, das Ganze jetzt hier abzuschreiben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage von Bruno Lötscher-Steiger vor. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich möchte nur kurz fragen, ob es nicht so ist, dass das Hauptproblem beim ungesicherten Endgerät des Stimmbürgers, der Stimmbürgerin liegt? Das können Sie nicht in den Griff bekommen.

Olivier Battaglia (LDP): Es gibt sehr viele mögliche Eingriffspunkte und das System in sich, wenn jetzt jemand dort gehackt wird und es nur auf der Endgerät-Plausibilisierung liegen würde, ja, ansonsten nein.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: In der zweiten Runde verzichtet Regierungspräsident Beat Jans auf ein Votum. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst Stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung



56 Ja, 28 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001756, 19.10.23 22:27:41]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 56 Ja-Stimmen bei 28 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen.

63. Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend kantonaler Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus

[19.10.23 22:27:58, 21.5495.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Möchte jemand einen Antrag stellen? Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich bitte Sie, diesen Anzug im Namen der SVP-Fraktion stehen zu lassen. Ich habe den Regierungsrat gestern scharf kritisiert, hier in diesem Geschäft muss ich den Regierungsrat loben. Es wurde hier bei der Anzugsbeantwortung gut gearbeitet. Ich habe auch mit den Mitarbeitenden des Präsidialdepartements gute Gespräche geführt. Vielen Dank an dieser Stelle.

Es ist gut, was kam in der Beantwortung, dass eine Stelle eingeführt wird, damit antisemitische Fälle gemeldet werden. Es ist gut, dass das Likrat-System eingeführt wird. Es ist gut, dass das Sicherheitsdispositiv schon vor ein paar Jahren erhöht wurde und es ist gut, dass bei der Wahrung der Erinnerungskultur auch ein Bezug zur Basler Geschichte gemacht wird. So weit so gut, da möchte ich auch nichts dagegen sagen und das ist tadellos.

Trotzdem ist es, glaube ich, jetzt vielleicht der falsche Zeitpunkt, um diesen Anzug abzuschreiben. Wir haben aktuell die Situation in Europa und auch in der Schweiz wahrscheinlich in den nächsten Wochen und Monaten, dass der Hass auf die Juden in den Strassen eskalieren wird und hier braucht es explizit mehr Sicherheitsmassnahmen. Wir hatten heute Abend eine Demonstration in Kleinbasel, bei der auch antisemitische Parolen geschürt wurden. Wir haben Vereine, die in Basel tätig sind, die antisemitisch aktiv sind, das hat auch die Interpellation von Joël Thüring sehr gut aufgedeckt.

Auch beim Likrat-System fehlt mir so etwas wie das Obligatorische dahinter. Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob jetzt das eingeführt werden kann oder bei Bedarf eingeführt wird oder vielleicht eingeführt wird. Und auch generell vielleicht beim Thema Lehrplan, ich sage nicht, man muss ein eigenes Fach oder ein neues Fach einführen, aber dass zumindest das Thema Zweiter Weltkrieg oder das Thema Nahost auch generell neben dem Likrat-System bei den Schulen oder in allen Schulen stattfindet und thematisiert wird. Da müssen wir schon auch einen Schwerpunkt daraufsetzen.

Ich kann mich an meine Schulzeit erinnern, wo tatsächlich jemand nach seiner obligatorischen Schulzeit mich gefragt hat, was Auschwitz bedeutet, und wir haben auch Petitionen in diesem Grosse Rat schon mehrfach überwiesen, weil Schülerinnen und Schüler gesagt haben, das Thema Zweiter Weltkrieg kommt zu wenig vor in den Schulen. Und auch hier in diesem bildungspolitischen Bereich ist es wichtig, dass wir diesen Anzug auch stehen lassen. Ich habe auch einen Massnahmenplan gefordert, dass periodisch darüber berichtet wird, über die Fortschritte in den einzelnen Bereichen, die ich aufgelistet habe.

Basierend auf diesen Punkten bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, diesen Anzug stehen zu lassen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. In der zweiten Runde wünscht Regierungspräsident Beat Jans das Wort.

Regierungspräsident Beat Jans: Wir haben diese Antwort vor dem 7. Oktober geschrieben und hätten grosses Verständnis dafür, Sie in zwei Jahren spätestens nochmal über dieses Thema zu informieren. Das wollte ich einfach noch nachschieben.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Pascal Messerli beantragt, den Anzug stehen zu lassen.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst Stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

0 Ja, 87 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001758, 19.10.23 22:32:38]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 87 Nein-Stimmen bei keiner Gegenstimme und keiner Enthaltung.

Schluss der 34. Sitzung

22:33 Uhr



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1
23.9050

Abstimmungsdatum

18. Oktober 2023 09:30:06

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Messerli Pascal (SVP)	Ent
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht abgestimmt
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ent	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	60	30	17	0	8	0	0	5	0	0
Nein	32	0	0	15	2	8	5	1	1	0
Ent	3	0	0	0	1	0	1	1	0	0
Abgestimmt	95	30	17	15	11	8	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Stimmberechtigt	97	30	17	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1
23.9050

Abstimmungsdatum

18. Oktober 2023 09:35:01

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ent	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (LDP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	93	30	16	14	11	8	7	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	16	15	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	30	17	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1
23.9050

Abstimmungsdatum

18. Oktober 2023 09:37:38

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein	Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Sägesser Daniel (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein	Vergeat Jo (GAB)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	88	27	15	15	11	7	6	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	15	15	11	7	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	8	3	2	0	0	1	1	0	0	1
Stimmberechtigt	97	30	17	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3
23.9051

Abstimmungsdatum

18. Oktober 2023 09:52:01

Geschäft

Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1732)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein	Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Sägesser Daniel (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein	Vergeat Jo (GAB)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	von Wartburg Christian (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	91	30	16	15	9	8	6	7	0	0
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	16	15	10	8	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	0	1	0	1	0	0	1
Stimmberechtigt	97	30	17	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3
23.9051

Abstimmungsdatum

18. Oktober 2023 09:53:04

Geschäft

Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1732)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (LDP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ent	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt
Goepfert Nicola (GAB)	Nicht abgestimmt	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	85	29	14	14	8	6	7	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	4	0	0	1	2	1	0	0	0	0
Abgestimmt	90	29	14	15	10	7	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	7	1	3	0	1	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	30	17	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 4
23.5446

Abstimmungsdatum

18. Oktober 2023 09:57:48

Geschäft

Bericht und Antrag der Wahlvorbereitungskommission über die Besetzung der Ombudsstelle des Kantons Basel-Stadt für die Amtsdauer 2024 – 2029

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	93	29	17	14	11	8	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	29	17	14	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	1	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	30	17	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 4
23.5446

Abstimmungsdatum

18. Oktober 2023 09:58:36

Geschäft

Bericht und Antrag der Wahlvorbereitungskommission über die Besetzung der Ombudsstelle des Kantons Basel-Stadt für die Amtsdauer 2024 – 2029

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ent	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ent
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ent
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ent
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ent
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ent
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ent
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ent
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ent	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Hettich Daniel (LDP)	Ent	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ent	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	79	30	15	11	1	8	7	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	16	0	2	4	10	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	30	17	15	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	30	17	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 6
21.1523

Abstimmungsdatum

18. Oktober 2023 10:45:02

Geschäft

Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Bericht des Regierungsrates betreffend Kantonale Volksinitiative "Hafen für alle - Freiräume statt Luxusprojekte!"

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ent	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (LDP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ent
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	93	30	17	15	10	8	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	2	0	0	0	1	0	0	1	0	0
Abgestimmt	96	30	17	15	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	30	17	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 6
21.1523

Abstimmungsdatum

18. Oktober 2023 10:46:50

Geschäft

Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Bericht des Regierungsrates betreffend Kantonale Volksinitiative "Hafen für alle - Freiräume statt Luxusprojekte!"

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ent
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein	Vergeat Jo (GAB)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	41	29	12	0	0	0	0	0	0	0
Nein	52	0	5	15	11	8	6	7	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	1	0	1	0
Abgestimmt	95	29	17	15	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	30	17	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7
21.0998

Abstimmungsdatum

18. Oktober 2023 15:38:29

Geschäft

Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Kantonale Volksinitiative "Kinderbetreuung für Alle" und Gegenvorschlag "für eine bedarfsgerechte, finanziell tragbare und qualitativ hochwertige familienergänzende Kinderbetreuung"

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein	Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ent	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Sägesser Daniel (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ent	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ent
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein	Vergeat Jo (GAB)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	von Wartburg Christian (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ent	Wittlin Stefan (SP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Zappalà Andreas (FDP)	Ent
Jenny David (FDP)	Ent	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	15	0	0	3	11	1	0	0	0	0
Nein	72	29	18	9	0	6	7	3	0	0
Ent	8	0	0	3	0	0	0	4	1	0
Abgestimmt	95	29	18	15	11	7	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	29	18	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7
21.0998

Abstimmungsdatum

18. Oktober 2023 15:39:53

Geschäft

Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Kantonale Volksinitiative "Kinderbetreuung für Alle" und Gegenvorschlag "für eine bedarfsgerechte, finanziell tragbare und qualitativ hochwertige familienergänzende Kinderbetreuung"

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ent	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	93	29	18	14	11	7	7	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	18	15	11	7	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	29	18	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7
21.0998

Abstimmungsdatum

18. Oktober 2023 15:40:58

Geschäft

Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Kantonale Volksinitiative "Kinderbetreuung für Alle" und Gegenvorschlag "für eine bedarfsgerechte, finanziell tragbare und qualitativ hochwertige familienergänzende Kinderbetreuung"

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Ent	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	47	29	18	0	0	0	0	0	0	0
Nein	46	0	0	14	11	7	7	7	0	0
Ent	2	0	0	1	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	29	18	15	11	7	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Stimmberechtig	97	29	18	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7
21.0998

Abstimmungsdatum

18. Oktober 2023 15:42:24

Geschäft

Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Kantonale Volksinitiative "Kinderbetreuung für Alle" und Gegenvorschlag "für eine bedarfsgerechte, finanziell tragbare und qualitativ hochwertige familienergänzende Kinderbetreuung"

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ent	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ent	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ent
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	79	16	16	14	11	7	7	7	1	0
Nein	11	9	2	0	0	0	0	0	0	0
Ent	3	2	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	18	15	11	7	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	0	0	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	29	18	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7
21.0998

Abstimmungsdatum

18. Oktober 2023 15:44:14

Geschäft

Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Kantonale Volksinitiative "Kinderbetreuung für Alle" und Gegenvorschlag "für eine bedarfsgerechte, finanziell tragbare und qualitativ hochwertige familienergänzende Kinderbetreuung"

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Ent	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ent	Sägesser Daniel (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	64	0	17	15	11	7	7	7	0	0
Nein	29	27	1	0	0	0	0	0	1	0
Ent	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	18	15	11	7	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	29	18	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8
23.0739

Abstimmungsdatum

18. Oktober 2023 17:17:09

Geschäft

Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission der Universität Basel (IGPK Universität) zum Bericht des Regierungsrates betreffend Berichterstattung zum Leistungsauftrag 2022 der Universität Basel; Partnerschaftliches Geschäft

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	27	17	15	11	8	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	17	15	11	8	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	1	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	95	28	18	15	11	8	7	7	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9
23.0547

Abstimmungsdatum

18. Oktober 2023 17:25:28

Geschäft

Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für das Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2022; Partnerschaftliches Geschäft

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	94	29	18	14	11	8	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	18	15	11	8	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	96	29	18	15	11	8	7	7	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10
23.1116

Abstimmungsdatum

18. Oktober 2023 17:49:32

Geschäft

Ausgabenbericht betreffend Erhöhung des Staatsbeitrags für die BAS Beratungsstelle für Asylsuchende der Region Basel für die Jahre 2024 bis 2026

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	80	28	17	15	0	6	7	7	0	0
Nein	10	0	0	0	10	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	28	17	15	10	6	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	6	1	1	0	1	2	0	0	0	1
Stimmberechtigt	96	29	18	15	11	8	7	7	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 11
23.5471

Abstimmungsdatum

18. Oktober 2023 17:58:28

Geschäft

Konsolidierte Rechnung des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2022

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ja
Göpfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	87	26	18	14	9	7	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	26	18	14	9	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	0	0	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	91	28	18	14	9	8	7	6	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1
23.9050

Abstimmungsdatum

18. Oktober 2023 19:35:02

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht anwesend
Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht anwesend
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend	Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Messerli Pascal (SVP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht anwesend	Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt	Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP, P)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend	Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Schaller Beat K. (SVP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Friedl Harald (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht anwesend	Stumpf Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend
Gander Thomas (SP)	Nicht anwesend	Thommen Oliver (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend
Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend	Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nicht anwesend
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaella (GAB)	Nicht anwesend	von Wartburg Christian (SP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Hettich Daniel (LDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht anwesend	Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend	Yilmaz Semseddin (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Zappalà Andreas (FDP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend		
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	4	1	0	0	0	1	1	0	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 13
23.5383

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 09:27:12

Geschäft

Motion 1 Erich Bucher und Konsorten betreffend wirksame Entlastung der Basler Steuerzahlerinnen und Steuerzahler

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent	Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Sägesser Daniel (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	von Wartburg Christian (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	46	0	0	15	11	7	6	7	0	0
Nein	48	29	18	0	0	1	0	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	1	0	1	0
Abgestimmt	96	29	18	15	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	29	18	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 14
23.5421

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 09:45:08

Geschäft

Motion 2 Joël Thüring betreffend ÖV neu denken – ÖV in der Innenstadt attraktiver gestalten

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein	Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Sägesser Daniel (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	von Wartburg Christian (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	23	0	0	0	9	6	0	7	1	0
Nein	68	27	18	15	0	1	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	18	15	9	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	0	1	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	96	29	18	15	10	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 16
23.5379

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 10:05:50

Geschäft

Anzug 2 Barbara Heer und Konsorten betreffend öffentliche Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Basels

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ent	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	63	27	18	0	0	7	7	4	0	0
Nein	28	0	0	14	11	0	0	2	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	92	27	18	14	11	7	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	1	0	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	29	18	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 17
23.5380

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 10:33:23

Geschäft

Anzug 3 Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend "Mit OECD-Mehreinnahmen Armut in Basel reduzieren"

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	46	29	17	0	0	0	0	0	0	0
Nein	49	0	0	15	11	8	7	7	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	17	15	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	29	18	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 19
23.5382

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 10:38:25

Geschäft

Anzug 5 Bruno Lötscher und Konsorten betreffend Veloroute Gellert-Jacob Burckhardt-Strasse-Gundeldingen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht abgestimmt
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	75	27	16	12	0	8	6	6	0	0
Nein	11	0	0	0	11	0	0	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	0	1	1	0
Abgestimmt	88	27	16	12	11	8	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	7	2	1	2	0	0	1	0	0	1
Stimmberechtigt	95	29	17	14	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 20
23.5388

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 10:50:11

Geschäft

Anzug 6 Joël Thüring betreffend Aufwertung des Vorplatzes / Eingangsbereich und der Wartezone für Busreisende am Bahnhof SBB

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt
Brandenburger Jessica (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ent	Roth Franziska (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Sägesser Daniel (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	von Wartburg Christian (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	46	0	0	15	11	8	4	7	1	0
Nein	45	28	16	0	0	0	1	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Abgestimmt	93	28	16	15	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	1	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	96	29	17	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 21
23.5389

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 11:21:28

Geschäft

Anzug 7 Christian von Wartburg und Lisa Mathys betreffend Basel als Gastgeberin eines «Europa-Konzils»

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein	Vergeat Jo (GAB)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nicht abgestimmt	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	35	27	0	0	0	1	7	0	0	0
Nein	56	0	15	15	11	7	0	7	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	15	15	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	2	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	96	29	17	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 26
23.5423

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 11:57:12

Geschäft

Anzug 12 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend einfachere Umsetzung Begegnungszonen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	60	29	16	0	0	8	7	0	0	0
Nein	33	0	0	15	11	0	0	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	16	15	11	8	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Stimmberechtigt	95	29	16	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 89
23.5444

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 15:20:41

Geschäft

Resolution

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (LDP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	94	29	17	15	11	8	7	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	17	15	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	96	29	17	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 27
23.5424

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 15:29:28

Geschäft

Anzug 13 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend entsiegelten und biodiversitätsfördernden Kindergärten, Schul- und Universitätsarealen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	79	28	17	13	0	8	7	6	0	0
Nein	13	0	0	2	10	0	0	1	0	0
Ent	2	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	28	17	15	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	96	29	17	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 28
23.5425

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 15:40:21

Geschäft

Anzug 14 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend grossflächiger Entsiegelung von Parkplätzen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	78	28	17	12	0	8	7	6	0	0
Nein	15	0	0	2	11	0	0	1	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	17	14	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	1	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	96	29	17	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 31
23.5087

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 16:14:42

Geschäft

Motion Bau- und Raumplanungskommission betreffend Fuss- und Velobrücke «Güterbahnhof Wolf»

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Baumgartner Claudia (LDP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Sägesser Daniel (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein	Vergeat Jo (GAB)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	von Wartburg Christian (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	14	0	0	0	2	0	6	6	0	0
Nein	74	28	16	15	8	7	0	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	0	1	1	0
Abgestimmt	90	28	16	15	10	7	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	6	1	2	0	1	0	1	0	0	1
Stimmberechtigt	96	29	18	15	11	7	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 32
18.5412

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 16:23:03

Geschäft

Motion Beatrice Isler und Konsorten betreffend neue Planung für Wohnungsbau entlang Grenzacherstrasse

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	63	28	0	14	1	6	7	7	0	0
Nein	28	0	17	1	9	1	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	92	28	17	15	10	7	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	1	0	1	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	96	29	18	15	11	7	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 32.1
18.5410

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 16:23:53

Geschäft

Motion Christian von Wartburg und Sebastian Kölliker betreffend weg mit dem Rank, neue Ansätze für Wohnen am Rhein

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	63	28	0	14	1	6	7	7	0	0
Nein	28	0	17	1	9	1	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	92	28	17	15	10	7	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	1	0	1	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	96	29	18	15	11	7	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 35
21.5322

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 16:40:36

Geschäft

Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend biodiversitätsschädigende Subventionen im Kanton Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein	Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Sägesser Daniel (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	40	0	0	14	10	8	2	6	0	0
Nein	51	28	18	0	0	0	5	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	92	28	18	14	10	8	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	1	1	0	0	1	0	1
Stimmberechtigt	97	29	18	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 36
19.5022

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 16:52:26

Geschäft

Anzug René Brigger und Konsorten betreffend Ergänzung der Bebauungspläne mit raumplanerischen Zielen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Sägesser Daniel (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	47	0	0	14	11	8	7	6	1	0
Nein	46	28	18	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	18	14	11	8	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	1	0	0	0	1	0	1
Stimmberechtigt	97	29	18	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 38
18.5439

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 16:56:33

Geschäft

Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend transparente und faire Verfahren bei der Vergabe von Planungsaufträgen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Sägesser Daniel (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt
Gölgeli Edibe (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeze Jo (GAB)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Nein		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	62	0	17	14	11	7	7	6	0	0
Nein	27	27	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	90	27	17	14	11	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	7	2	1	1	0	1	0	1	0	1
Stimmberechtigt	97	29	18	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 40
18.5028

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 17:12:19

Geschäft

Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Ausarbeitung einer kantonalen Biodiversitäts-Strategie und einem daraus abgeleiteten Aktionsplan Biodiversität für den Kanton Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Sägesser Daniel (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	von Wartburg Christian (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	49	1	0	14	11	8	7	7	1	0
Nein	46	28	18	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	18	14	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	29	18	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 41
23.5114

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 17:28:18

Geschäft

Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend Umnutzung des Roche-Parkhauses an der Schwarzwaldallee zu einem Quartierparking

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ent
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	76	29	2	13	11	8	7	6	0	0
Nein	16	0	15	0	0	0	0	1	0	0
Ent	2	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	29	18	13	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	96	29	18	14	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 42
23.5211

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 17:42:52

Geschäft

Motion Daniel Seiler und Konsorten betreffend Massnahmen zur Beschleunigung von kantonalen Bauprojekten

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	56	29	18	0	0	2	7	0	0	0
Nein	39	0	0	15	11	6	0	6	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	18	15	11	8	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Stimmberechtigt	97	29	18	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 43
23.5231

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 17:55:44

Geschäft

Motion Tonja Zürcher und Konsorten betreffend keine Preiserhöhungen beim TNW

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nein
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ent
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	47	29	18	0	0	0	0	0	0	0
Nein	48	0	0	15	10	8	7	6	1	1
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	18	15	11	8	7	6	1	1
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	97	29	18	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 44
23.5230

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 20:15:10

Geschäft

Motion Annina von Falkenstein und Consorten betreffend mit U-Abo bis zu den FHNW-Standorten Brugg und Olten

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Sägesser Daniel (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	39	0	9	0	11	7	6	6	0	0
Nein	53	28	8	15	0	1	0	1	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	28	17	15	11	8	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	1	0	0	1
Stimmberechtigt	96	29	17	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 45
19.5144

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 20:27:24

Geschäft

Motion Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Basel pro Klima: Erhalt und Erhöhung der Biodiversität

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Sägesser Daniel (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	von Wartburg Christian (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	46	0	0	15	11	7	5	7	1	0
Nein	49	28	18	0	0	1	2	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	18	15	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	29	18	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 46
23.5217

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 20:53:49

Geschäft

Motion Jean-Luc Perret und Konsorten für den unterirdischen Schutz von Grünanlagenzonen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein	Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Sägesser Daniel (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	von Wartburg Christian (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	42	0	0	15	11	8	1	7	0	0
Nein	52	28	18	0	0	0	6	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	28	18	15	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	29	18	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 46
23.5217

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 20:54:37

Geschäft

Motion Jean-Luc Perret und Konsorten für den unterirdischen Schutz von Grünanlagenzonen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	52	29	18	0	0	0	5	0	0	0
Nein	41	0	0	15	11	8	0	6	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	94	29	18	15	11	8	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	0	1	1	0	1
Stimmberechtigt	97	29	18	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 48
21.5710

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 21:04:27

Geschäft

Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Öffnung der Unterführung Grenzacherstrasse für Velos/E-Bikes/Motorfahräder

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Baumgartner Claudia (LDP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Sägesser Daniel (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein	Vergeat Jo (GAB)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	von Wartburg Christian (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	41	0	0	15	11	1	7	7	0	0
Nein	54	29	18	0	0	7	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	96	29	18	15	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	29	18	15	11	8	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 52
23.5030

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 21:25:30

Geschäft

Motion Sandra Bothe und Konsorten betreffend die gesetzliche Verankerung bezüglich der Förderung der Weiterbildung der Basler Bevölkerung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (LDP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	67	29	17	0	0	7	7	7	0	0
Nein	26	0	0	15	10	1	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	17	15	10	8	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	95	29	18	15	10	8	7	7	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 53
23.5123

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 21:34:03

Geschäft

Motion Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Schaffung einer Fachstelle «Schule und Kultur» nach dem Vorbild des Kanton Zürichs - aus bestehenden Ressourcen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	59	28	18	0	0	6	7	0	0	0
Nein	33	0	0	15	10	2	0	6	0	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	18	15	10	8	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	94	29	18	15	10	8	7	6	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 57
21.5424

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 22:00:29

Geschäft

Anzug Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Infrastruktur für Schwimmunterricht an der Primarschule

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein	Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Sägesser Daniel (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein	Vergeat Jo (GAB)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	von Wartburg Christian (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht abgestimmt
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	32	0	0	13	10	3	0	6	0	0
Nein	57	29	18	1	0	4	5	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	90	29	18	14	10	8	5	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	0	2	0	0	1
Stimmberechtigt	93	29	18	14	10	8	7	6	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 60
22.5302

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 22:09:16

Geschäft

Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend Eindämmung überbordender Bürokratie

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	82	29	18	14	0	8	7	6	0	0
Nein	10	0	0	0	10	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	18	14	10	8	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	93	29	18	14	10	8	7	6	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 62
18.5416

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 22:27:18

Geschäft

Anzug Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Stoppen des Projekts "Ausdehnung von E-Voting"

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ent	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ent
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	56	26	7	13	0	5	2	3	0	0
Nein	28	0	8	1	10	3	3	3	0	0
Ent	3	0	2	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	87	26	17	14	10	8	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	3	1	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	92	29	18	14	10	8	6	6	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 63
21.5495

Abstimmungsdatum

19. Oktober 2023 22:32:15

Geschäft

Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend kantonaler Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein	Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Sägesser Daniel (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht anwesend	Stumpf Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein	Vergeat Jo (GAB)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	von Wartburg Christian (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	87	28	15	14	10	8	6	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	28	15	14	10	8	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	1	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	90	29	16	14	10	8	6	6	0	1

Anhang B

Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse / Zuweisungen / Kenntnisnahme

Überweisung an Kommissionen

1.	Ausgabenbericht betreffend "Ausgabenbewilligung für Staatsbeiträge an den Verein Diakonische Stadtarbeit Elim für das Angebot Hey-U Intensiv - Unterbringung von Menschen mit schwerer Substanzabhängigkeit und psychischer Erkrankung mit/ohne Fürsorgerische Unterbringung für die Jahre 2024 bis 2027"	GSK	GD	23.1189.01
2.	Ratschlag betreffend Programm zur Dickdarmkrebs-Vorsorge sowie zum Mammografie-Screening mit dem Verein Krebsliga beider Basel im Kanton Basel-Stadt für die Jahre 2024-2027; Vertragsgenehmigung und Ausgabenbewilligung	GSK	GD	23.1223.01
3.	Ausgabenbericht betreffend Staatsbeitrag für die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge (KOFFF) für die Jahre 2024 bis 2027	GSK	WSU	23.0728.01
4.	Ratschlag "Staatsbeiträge an vier Trägerschaften im Suchthilfebereich des Kantons Basel-Stadt für die Jahre 2024 bis 2027"; Staatsbeiträge an die Trägerschaften Stiftung Suchthilfe Region Basel, Stiftung Sucht, Stiftung Blaues Kreuz/MUSUB beider Basel und Verein frau sucht gesundheit	GSK	GD	23.1357.01
5.	Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung für die Realisierung des Projekts SomPsyNet (Prävention psychosozialer Belastungsfolgen in der Somatik) für die Jahre 2024 und 2025	GSK	GD	23.1344.01
6.	Ratschlag «Bauinvestitionen Universitätsspital Basel - Gewährung eines Darlehens zur Mitfinanzierung der Neubauten Klinikum 2 (Phase 1, Turm) und Klinikum 3»	FKom	GD	23.1367.01
7.	Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für Staatsbeiträge für 20 Trägerschaften der Quartierarbeit in den Jahren 2024 - 2027	BKK	PD	23.0849.01
8.	Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Basler Kunstverein für die Jahre 2024 bis 2027	BKK	PD	23.1277.01
9.	Ausgabenbericht betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Ausstellungsraum Klingental für die Jahre 2024 bis 2026	BKK	PD	23.1278.01
10.	Ratschlag zur Anpassung des Schulgesetzes vom 4. April 1929 zur Umsetzung der Motionen Claudio Miozzari und Consorten betreffend gesetzliche Regelungen für die Tagesstruktur und Ferienangebote, Sandra Bothe und Consorten betreffend "Keine Ausgrenzung von Kindern in den Tagesferien auf Grund der Schulwahl", Brigitte Gysin und Consorten betreffend Vertretung der Tagesstrukturen in den Schulräten sowie Bericht zu zwei Anzügen	BKK	ED	23.1307.01 21.5508.03 22.5081.03 22.5397.03 17.5195.05 18.5390.04
11.	Ratschlag betreffend Bewilligungen von Staatsbeiträgen an die Beyeler Museum AG für die Jahre 2024 bis 2027	BKK	PD	23.1343.01
12.	Ausgabenbericht betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen zugunsten Jüdisches Museum der Schweiz für den Zeitraum 2024 bis 2027	BKK	PD	23.1320.01
13.	Ausgabenbericht betreffend «Bewilligung eines Staatsbeitrags an HEKS Geschäftsstelle beider Basel für die Jahre 2024-2027»	JSSK	PD	23.1317.01
14.	Ratschlag betreffend Bewilligung eines Staatsbeitrags an GGG Migration für die Jahre 2024-2027	JSSK	PD	23.1272.01
15.	Ratschlag zu einer Teilrevision des Gesetzes betreffend die Organisation der Gerichte und der Staatsanwaltschaft (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) zwecks Schaffung eines zusätzlichen Präsidiums am Strafgericht	JSSK	JSD	23.1304.01
16.	Ratschlag «Neuorganisation des Amtes für Justizvollzug, Anpassungen beim Personal und Ausbau der Betreuung in Basler Justizvollzugseinrichtungen»	JSSK	JSD	23.1356.01
17.	Petition P467 "Einführung eines obligatorischen Workshops zum Thema Umwelt und Nachhaltigkeit an den Sekundarschulen der Stadt Basel"	PetKo		23.5509.01

18.	Petition P468 "Einführung von umfassender Aufklärung und Prävention gegen Allgemeine und sexuelle Belästigung in schulischen Bildungsprogrammen"	PetKo	23.5510.01
19.	Petition P469 "Massnahmen gegen die ausufernde Drogenszene im Kleinbasel"	PetKo	23.5511.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

20.	Budget 2024 - Vorgezogene Budgetpostulate. Bericht des Regierungsrates zu den Vorgezogenen Budgetpostulaten zum Budget 2024; Heidi Mück, Erziehungsdepartement, Dienststelle 290, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (offene Kinder- und Jugendarbeit), Barbara Heer, Erziehungsdepartement, Dienststelle 290, Jugend, Familie und Sport, Personalaufwand (Frühschwimmen in Gartenbädern), Barbara Heer, Erziehungsdepartement, Dienststelle 290, Jugend, Familie und Sport, Personalaufwand, Öffnungszeiten Gartenbäder	FD	22.1785.01 23.5011.02 23.5010.02 23.5009.02
21.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P464 "Für eine sichere Veloroute auf dem Luzernerring"	PetKo	23.5225.02
22.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P465 "Tempo 30 für die Neuweilerstrasse"	PetKo	23.5335.02
23.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Funktionskontrolle bei den thermischen Solaranlagen	WSU	21.5437.02
24.	Zahl der den Wahlkreisen der Stadt Basel und den Gemeinden Bettingen und Riehen im Grossen Rat zustehenden Sitze, Wahlen 2024, Bericht des RR	PD	23.1353.01
25.	Anträge auf Einreichung einer Standesinitiative:		
1.	Andrea Strahm und Konsorten zur Einführung einer nationalen Elternzeit		23.5448.01
2.	Joël Thüning betreffend "Mehr Geld zum Leben – Reduzierter Mehrwertsteuersatz für Strom"		23.5516.01
26.	Motionen:		
1.	Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Velopasserelle vom Gundeli über die Bahngleise zum Elsässertor		23.5452.01
2.	Joël Thüning und Konsorten betreffend «Verlängerung der Videoüberwachung auf der Dreirosenanlage»		23.5459.01
3.	Patrick Fischer und Konsorten betreffend «Anpassung des Datenschutzgesetzes in Bezug auf die Videoüberwachung»		23.5460.01
4.	Luca Urgese und Konsorten betreffend automatisch ausgefüllte Steuererklärung		23.5477.01
5.	Lorenz Amiet und Konsorten betreffend «Wider die Auswüchse bei Lohnvergleichsanalysen im kantonalen Beschaffungswesen»		23.5478.01
6.	Luca Urgese und Konsorten betreffend Gleichbehandlung von Ehegatten und Konkubinatspaaren bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer		23.5497.01
7.	René Brigger und Konsorten betreffend Anpassung Basler Baurecht an die Solaroffensive		23.5512.01
27.	Anzüge:		
1.	Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Ausbreitung der Tigermücke		23.5453.01
2.	Daniel Seiler und Konsorten betreffend defizitären Versorgungsgrad des Kantons mit Hausärztinnen und Hausärzten		23.5454.01
3.	Felix Wehrli und Konsorten betreffend "Für mehr Klarheit: BODYCAMs für die Kantonspolizei"		23.5464.01
4.	Roger Stalder und Konsorten betreffend "Mehr Grenzschutz – mehr Sicherheit"		23.5465.01

5.	Patrick Fischer und Konsorten betreffend "Gemeinsame Grenzschutzübungen in der Region Basel mit der Armee"		23.5466.01
6.	Daniela Stumpf und Konsorten betreffend "Beleuchtungskonzept für ein sicheres Basel"		23.5463.01
7.	Gianna Hablützel-Bürki und Konsorten betreffend "Ausschaffung krimineller Ausländer – der Regierungsrat soll beim Bund Druck machen"		23.5462.01
8.	Pascal Messerli und Konsorten betreffend "Mobile Polizeiposten in den Quartieren"		23.5461.01
9.	Lorenz Amiet und Konsorten betreffend "Bälert – Kantonale App für eine Sofortalarmierung der Polizei"		23.5467.01
10.	Fleur Weibel und Konsorten betreffend Deeskalation bei Kundgebungen		23.5472.01
11.	Adrian Iselin und Konsorten betreffend Umnutzung Büroflächen zu Wohnraum		23.5473.01
12.	Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission betreffend Transparenz über den Einsatz von algorithmischen Systemen in der Verwaltung		23.5474.01
13.	Anouk Feurer und Konsorten betreffend Mobile Spielplätze		23.5475.01
14.	Balz Herter und Konsorten betreffend gemeinsames Wachsen von Bevölkerung und Sicherheit		23.5479.01
15.	Balz Herter und Konsorten betreffend Vorbereitung auf Extremwetterereignisse		23.5480.01
16.	Tim Cuénod und Konsorten betreffend Kapazitätsausbau bei der Buslinie 36 und möglicher Schaffung einer Schnellbus-Ringlinie		23.5491.01
17.	Christine Keller und Konsorten betreffend mehr Biodiversität auf Grünflächen – "Bunte Wiesen statt Rasen"		
18.	Eric Weber betreffend Rathaus-Turm öffentlich machen		23.5493.01
19.	Eric Weber betreffend der Plan von einer abgekühlten Stadt		23.5494.01
20.	Eric Weber betreffend Lärm verursacht Stress und macht krank		23.5495.01
21.	Eric Weber betreffend Sauber Stadt Basel – Bussgelder für Kippen-Sünder		23.5496.01
22.	Daniel Albiets und Konsorten betreffend Fusion von IWB, Primeo/EBM sowie EBL		23.5505.01
23.	Oliver Bolliger und Melanie Nussbaumer betreffend Ausbau schadensmindernden Massnahmen in der Suchtarbeit		23.5506.01
24.	Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Roadmap Lastoptimierung und Energiespeicherung		23.5513.01
25.	Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Wahltarife mit dynamischen Energie- und Netznutzungspreisen für flexible elektrische Lasten		23.5514.01
26.	Lisa Mathys und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den Ausbau der kantonalen PV-Anlagen und Einsatz einer Betriebsgesellschaft zur Umsetzung		23.5515.01

Kenntnisnahme

28.	Schreiben der Finanzkommission zum Tätigkeitsbericht 2022 der Finanzkontrolle	FKom	23.5456.01
29.	Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1733)	BegnKo	
30.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Mark Eichner und Konsorten betreffend Gewerbeflächen für klassische Handwerksbetriebe auf dem Hafeneareal (stehen lassen)	BVD	14.5672.05

31.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend ein attraktives Zentrum für Gundeldingen (stehen lassen)	BVD	21.5518.02
32.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug David Jenny und Konsorten betreffend systematische Überprüfung der Vergütungen von Mitgliedern in Gremien des Kantons Basel-Stadt (stehen lassen)	FD	18.5225.04
33.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Salome Bessenich und Konsorten betreffend "Ferienstrassen" für Basel: Temporäre kinderfreundliche Umnutzung von Quartierstrassen während der Sommerferien (stehen lassen)	BVD	21.5512.02
34.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Pascal Pfister betreffend Lehre in überbetrieblichem Verbund	ED	23.5365.02
35.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Christine Keller betreffend Beiträge für betreuende Angehörige	GD	23.5351.02
36.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Franz-Xaver Leonhardt betreffend Gaststadtpolitik Basel-Stadt	PD	22.5591.02
37.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Tim Cuénod betreffend der Nutzung der ehemaligen Räumlichkeiten des "A2" unter der St. Jakobs-Arena	FD	23.5330.02
38.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Nicola Goepfert betreffend problematisches Zusatzabkommen V des Regierungsrates mit dem Bürgerrat und der Christoph Merian Stiftung bezüglich der CMS-Fördermittel-Verteilung und -Verwendung	FD	23.5377.02
39.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Lea Wirz betreffend überlastetes Zivilstandsamt	JSD	23.5353.02
40.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Michela Seggiani betreffend Überprüfung der Möglichkeit einer Kantonalen Krankenkasse	WSU	23.5350.02
41.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Georg Mattmüller betreffend Evaluation Behindertenhilfegesetz des Kantons	WSU	23.5352.02
42.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Jo Vergeat betreffend Lavabos an öffentlichen Recyclingstationen	BVD	23.5374.02
43.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Jo Vergeat betreffend gesamtheitliche/s Areal-Organisation/-Management St. Jakobs-Areal	ED	23.5375.02
44.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Pascal Pfister betreffend Monitoring von und Umgang mit Long Covid	GD	23.5364.02
45.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Barbara Heer betreffend Beleghebammen als Erfolgsmodell, aber wer bezahlt die Rechnung?	GD	23.5366.02
46.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Nicola Goepfert betreffend Härtefallbewilligungen für Sans-Papiers	JSD	23.5378.02
47.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Joël Thüring betreffend «Nach Nein zu den Flüchtlings-Containerdörfern: Öffnet der Regierungsrat endlich die Zivilschutzanlagen oder will er die Quartierbevölkerung weiter belasten?»	WSU	23.5371.02
48.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Sasha Mazzotti betreffend Massnahmen zu Gunsten Quereinsteiger:innenausbildung zur Lehrperson	ED	23.5376.02
49.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Oliver Bolliger betreffend Umgang der Sozialhilfe Basel-Stadt mit Mietzinsgrenzwerten	WSU	23.5390.02
50.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Johannes Sieber betreffend wann gibt's wieder Open-Air Konzerte im Joggeli?	PD	23.5393.02
51.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Michael Hug betreffend Verhalten des Fachausschusses Literatur bei der Behandlung des Fördergeld-Gesuches eines Schriftstellers	PD	23.5367.02

52.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Johannes Sieber betreffend Auswirkungen der kantonalen Kulturförderung auf die Kunstfreiheit und das Kulturschaffen	PD	23.5369.02
53.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Catherine Alioth betreffend Förderung von «Quanten-Computing»	ED	23.5387.02
54.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Franziska Roth betreffend Dienststellen und Staatsbeitragsempfänger im freien Strommarkt	WSU	23.5338.02

Anhang C

Schriftliche Stellungnahmen zu Interpellationsbeantwortungen

Interpellation Nr. 93 Brigitte Gysin

betreffend Zensurvorwurf gegenüber Fachausschuss Literatur BS/BL

23.5359.01

Sehr geehrter Herr Präsident, geehrter Statthalter, geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Fragen. Die Abläufe der Gesuchbehandlungen an den Fachausschuss Literatur sowie die Aufgabeteilung zwischen Fachausschuss und Abteilung Kultur werden in Ansätzen geklärt. Es ist zu begrüßen, dass einerseits die künstlerische Freiheit in der Behandlung der Gesuche wesentlich ist, andererseits sorgfältig mit dem Einsatz der staatlichen Gelder umgegangen und die Einhaltung von Grundrechten wie dem Schutz vor Diskriminierung hohe Beachtung geschenkt wird.

Im konkreten Fall, der die Diskussion und daraus folgenden Fragen ausgelöst hat, bleibt eine gewisse Irritation. Der Fachausschuss sei für die künstlerische Bewertung zuständig und schlage der Abteilung Kultur Werke zur Unterstützung vor, der Abteilung Kultur obliege es, die Rechtskonformität zu gewährleisten. Diese klare Aufgabenteilung muss auch für die Gesuchsteller jederzeit erkennbar sein. So sollte es klar sein, welches Gremium Nachfragen stellt und wie diese einzuordnen sind. Dass in dieser Hinsicht bei der Abteilung Kultur Fehler passiert sind, wurde im Rahmen einer Podiumsdiskussion durch die Leiterin der Abteilung Kultur eingestanden.

Insgesamt bin ich mit der Antwort auf die Interpellationsfragen teilweise zufrieden.

Brigitte Gysin